

Till Westermayer

Blogtexte

Band II. Weitere Texte 2006 bis 2011

Gundelfingen, Mai 2026

Blogtexte. Band II. Weitere Texte 2006 bis 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Die automatisierte Analyse des Werkes, um daraus Informationen insbesondere über Muster, Trends und Korrelationen gemäß §44b UrhG („Text und Data Mining“) zu gewinnen, ist untersagt.

© 2026 Till Westermayer

Verlag: BoD · Books on Demand GmbH, Überseering 33, 22297 Hamburg,
bod@bod.de

Druck: Libri Plureos GmbH, Friedensallee 273, 22763 Hamburg

Till Westermayer
Kandelstr. 62
79194 Gundelfingen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Einleitung	iv
<i>Politische Fragen</i>	1
Kongressplitter mit Sahne und Schokostreuseln	1
Grundeinkommen und ökologische Lebensstile	7
Realpolitik heißt Sockelgrundeinkommen.....	10
CDU-Grünen-Koalition in Hamburg.....	14
Über Abwählbarkeit	19
Netzsperrn, oder: Wie grün ist Netzpolitik?	21
Nach der Wahl.....	27
Wie Akkreditierungen Studiengänge bürokratisieren	32
Einige Überlegungen anlässlich des Workshops <i>Nachhaltige Hochschulen</i>	38
Merkel angeschlagen, Wulff gewählt, alle zufrieden	43
Die taz fragt: Müssen Linke bio essen?.....	47
Der schmale Grat der SPD	51
Der grüne Boom	55
Sieben Fragen zu Stuttgart 21 und anderem.....	58
Der Weg von der Idee ins Programm	62
Unsozial, unfrei, ungerecht: die FDP	68
Demokratische Kultur und bürgerliche Negativkampagnen.....	74
Der Fortschritt der SPD. Eine Exegese.....	77
Logiken des Promovierens, oder: Senf zu Guttenberg.....	86
Über nervende Unstetigkeiten des Wahlsystems.....	92
Erst wenn die CDU das erste AKW vom Netz nimmt, glaube ich Merkel und Mappus	96

Wie die Wahl in Baden-Württemberg ausgehen kann	101
Nebensache?! Selektionseffekte des Wahlsystems	106
Ein historisches Ereignis.....	108
Schtreschschtescht	110
<i>Sozialwissenschaft</i>	115
Das magische Dreieck, oder: Milchkaffee	115
Zwischen Wissenschaft und Kunst.....	118
Von Luxusgrün zu Notwendigkeitsgrün?	122
Natur/Gesellschaft: Technik an der Grenze – Beispiel Mobiltelefon	125
Vulkan greift Flugverkehr an!	130
Homöopathie und die Deutsche Bahn im Sommerloch	134
Ein Versuch über die Technikfeindlichkeit.....	139
Kann Konsum nachhaltig sein?.....	142
Nachdenken über Nachhaltigen Konsum	145
<i>Netz, Medien und digitales Leben</i>	153
flickr sperrt Deutsche aus?! (Update 47 und Schluss)	153
Wechsel nicht möglich	163
Der Fall Flickr: Soziale Netzwerke als Ware	165
Netzwerk sucht Knoten	171
Google regulieren statt Wikipedia schlagen	172
Ideen gesucht: Infostand 2.0	176
Twitter, Grüne und Parteitagsszenierungen	180
Geschichte wird gemacht // change.gov.....	182
Thesen von Netzpolitik zu Politik 2.0	189
Mein Wurzelwerk-Tagebuch.....	195

Ein Versuch über Wikipedia.....	204
Weltherrschaft als Koppelprodukt.....	212
Die Sache mit Facebook.....	215
Wie Frauen und Männer das Internet nutzen.....	222
Vergemeinschaftung statt Expertise, oder: Wo Sascha Lobo falsch liegt.....	227
Die unvermittelte Gleichzeitigkeit von Panik und Alltag.....	234
<i>Anhang</i>	236
Personenindex	236

Einleitung

Biographiearbeit durch Wühlen im eigenen Blog. Das trifft das, was ich hier mache, doch ganz gut. Während der erste Band anhand der organisch gewachsenen Liste der mir wichtigsten Texte mehr oder weniger einen Schnitt durch das gesamte Blogwerk von 2002 bis 2025 zieht (tendenziell: weniger, weil es eine gewisse Präferenz für neuere Beiträge gibt), geht es hier um eine Tiefbohrung.

Vorgegangen bin ich wie folgt: ich habe mir in der Benutzeroberfläche von WordPress meine Beiträge gefiltert anzeigen lassen, beginnend mit den ältesten, die über mehrere Zwischenstufen aus dem Jahr 2002 in mein heutiges Blog gewandert sind. Alles, was mehr als 3000 oder 4000 Zeichen umfasst, habe ich mir dann näher angeschaut. Faktisch beginnt die Textauswahl im Jahr 2006, weil das Blog davor vor allem zum *Microblogging* und für den einen oder anderen Filmbericht genutzt wurde. Der Endpunkt für diesen Band liegt im Jahr 2011. Das hat zum einen pragmatische Gründe. Mehr als die jetzt zusammengekommenen rund 250 Seiten wären dann doch unhandlich. Zum anderen ist 2011 biografisch für mich ein relevantes Jahr, denn u.a. habe ich hier den Spurwechsel von der Wissenschaft in die Politik gewagt. Insofern umfasst diese Sammlung Texte von mir aus 2006 bis 2011.

Wie auch im ersten Band habe ich die Rechtschreibung korrigiert, wo mir etwas aufgefallen ist,¹ ansonsten aber weitgehend auf editorische Eingriffe verzichtet. Klammerbemerkungen sind teilweise in Fußnoten gewandert, und zumindest innerhalb der einzelnen Bei-

¹ Das Projekt ist in Word entstanden, nicht in LibreOffice oder Scribus, was die Alternativen gewesen wären. Dabei lässt sich feststellen, dass Word inzwischen – anders als zu meinen Unizeiten – mit Textdokumenten mit 200 und mehr Seiten durchaus zufriedenstellend klarkommt und selbst Grafiken ordentlich platzieren kann. Dennoch gibt es die eine oder andere Tücke. Aufgefallen ist mir, dass inzwischen – wohl ein Effekt des KI-Zeitalters – die Rechtschreibprüfung gerne mal daneben liegt und die Grammatikprüfung nicht nur hilfreiche Hinweise gibt, sondern auch seltsame Meinungen zu kleinzuschreibenden Adjektiven am Satzanfang oder großzuschreibenden Verben in komplizierteren Satzbauteilen hat. Und auch die Silbentrennung hat, so meine ich mich jedenfalls zu erinnern, schon einmal deutlich besser funktioniert. Vermutlich liegt es an KI ...

träge habe ich versucht, halbwegs konsistent mit Kursivschreibungen etc. umzugehen. Zudem habe ich die auftauchenden Personen indiziert und die Textverarbeitung ein Personenregister erstellen lassen.

Inhaltlich bleibe ich bei der im ersten Band vorgenommenen groben Einteilung in *Politik*, *Sozialwissenschaft* (mit einem Fokus auf Praxistheorie und nachhaltigen Konsum) und dem *digitale Leben*. Science Fiction findet sich bis 2011 im Blog nur in Form von Einzelrezensionen und Filmkritiken, bleibt insofern hier außen vor.

Die Bögen, die sich in diesen drei Kategorien über rund fünf Jahre auf-tun, finde ich – jenseits persönlicher Eitelkeiten – ganz interessant. Bei den *politischen Fragen* verschiebt sich mein Fokus: am Anfang steht die innergrüne Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen. Dann geht es um Listenaufstellungen und Koalitionsbildungen, um die große netzpolitische Frage des Jahres 2009 (Netzsperrern einführen oder rechtswidrige Beiträge löschen? – verbunden mit dem Aufkommen der als potenziell starker Konkurrenz empfundenen Piratenpartei) und einige hochschulpolitische Feinschmeckerthemen (Nachhaltige Entwicklung an Hochschulen, die Frage der Akkreditierung im Bologna-System sowie anhand des Falls Gutenberg die Plagiatsdebatte). Mit dem Jahr 2010 taucht die Trias aus grünem Boom, Fukushima und Stuttgart 21 im Blog auf. Der Wahlkampf wird begleitet, genau beobachtet, die Haltung der SPD und die Kampagne der FDP kritisch beäugt. Am Schluss des politischen Bogens steht 2011 die Wahl von Winfried Kretschmann zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten an – samt der etwas bangen Frage, ob er habituell so bleibt „wie er ist“, und ob das mit der „Politik des Gehörtwerdens“ etwas werden kann. Beide Fragen hat die Geschichte – aus meiner Sicht positiv – beantwortet. Und Stuttgart 21 ist immer noch nicht fertig gebaut, während der Atomausstieg in Deutschland (fast) unumkehrbar scheint.

Im Themenfeld *Sozialwissenschaft* finden sich Nebenprodukte meines später abgebrochenen Promotionsvorhabens. Techniksoziologie und Praxistheorie, Wissens- und Wissenschaftssoziologie geben sich hier die Hand, in dem Versuch, eine Theorie zu basteln, um nachhaltigen

Konsum und ökologische Lebensstile erklären und erforschen zu können. Aus heutiger Sicht interessant: ein wissenssoziologisches Plädoyer dafür, sich beim Thema Homöopathie nicht zu verkämpfen. Hier habe ich dann andere Pfade eingeschlagen, während eine praxistheoretische und wissenssoziologische Fundierung meine angewandt-politische Wahrnehmung, würde ich jedenfalls behaupten, heute noch prägt.

Fast schon historisch interessant dann die Beiträge im *netzpolitischen Teil*. Den Anfang macht eine Dokumentation eines heute vermutlich weitgehend vergessenen politischen Streits: die – von mir nach wie vor genutzte – Fotoplattform Flickr, damals zu Yahoo! gehörig, führte 2007 eine als übergriffig empfundene Regelung ein: als „unsafe“ oder „restricted“ gekennzeichnete Fotos durften aufgrund einer harten Interpretation landestypischer Gesetze von Nutzer*innen, die in Singapur, Hongkong oder Deutschland registriert waren, nicht mehr geöffnet werden. Als Reaktion gab es koordinierte Protestaktionen, die in der Netzöffentlichkeit eine gewisse Aufmerksamkeit erregten. Für mich der Ausgangspunkt, mich mit Plattformen, Abhängigkeiten und *social graphs* zu befassen.

Facebook taucht 2007 als neue Plattform auf, die damals noch Möglichkeiten bietet, per API Drittanbieter-Anwendungen laufen zu lassen – und findet sich 2010 mal wieder im Mittelpunkt politischer Aufmerksamkeit, weil die AGBs heimlich geändert werden. Twitter kommt 2008 als Teil des amerikanischen Wahlkampfs in der deutschen politischen Öffentlichkeit an – das findet ebenso Widerhall in meinem Blog wie die Social-Media-Kampagne von Barack Obama und heiß diskutierte Fragen, was diese neuen „Web 2.0“-Möglichkeiten für Wahlkämpfe und innerparteiliche Organisation bedeuten. Ob das „Wurzelwerk“ (so der Name der grünen parteiinternen Plattform bei Einführung) eine Lösung darstellt? Erstaunlich, wie scheinbar fest die sich in den Jahren zwischen 2006 und 2011 etablierende Web 2.0-Infrastruktur auch heute noch ist:² die Strategie von Google (damals noch eher auf der

² OpenAI, Anthropic und die anderen Akteure der KI-Revolution der letzten Jahren sind selbstverständlich in diesem Band noch kein Thema.

Seite von *not evil*, trotz absehbarer Weltherrschaftsstrategie) und die Strukturierung der Wikipedia sind weiterhin Themen.

Der Abschnitt endet mit zwei Texten aus dem Jahr 2011, die aus heutiger Sicht auf Epochenmarker hinweisen. Das eine ist eine wissenssoziologisch begründete Auseinandersetzung mit Sascha Lobos Kritik am Expertentum als Breitensport, die in einem Plädoyer für Medienkompetenz endet. Spätestens seit der Corona-Pandemie leben wir in einer Welt, in der die verschwörungsorientierte Verbreitung von Falschinformationen noch einem eine ganz andere Bedeutung erreicht hat.

Und der zweite, den Band schließende Text hält das seltsame Gefühl fest, wie es ist, in derselben Twitter-Timeline zeitgleich irrelevante Banalitäten und Live-Tweets aus Utøya (dem rechtsextremen Anschlag auf ein norwegisches Sommerlager) wahrzunehmen. „Die moderne Gesellschaft kennt keine Pausentaste“, schreibe ich da, und frage mich, wie ein Umgang mit dem Einbruch des fassungslos machenden Schreckens in den Alltag aussehen könnte.

Eine Pausentaste für den stetigen Kommunikationsstrom haben wir noch immer nicht, bräuchten diese aber dringender denn je. Und nein, damit meine ich keine Internetsperren, wie wir sie heute in autokratischen Ländern erleben, sondern eine Umgangsform mit Terror, die nicht zu dessen Wirkungssteigerung und auch nicht zu dessen Normalisierung beiträgt.

Gundelfingen, im Mai 2026

Politische Fragen

Kongresssplitter mit Sahne und Schokostreuseln

4. September 2006 – Grundeinkommen, So grün, so grün

Der Zukunftskongress von Bündnis 90/Die Grünen ist vorbei, und was habe ich mitgenommen? Ein paar Impressionen.



Präsentation der Ergebnisse auf dem Markt der Möglichkeiten

Stimmung: Der ganze Kongress fand in einer – gerade im Vergleich zu den oft sehr stressvollen Parteitag – offenen und lockeren Stimmung statt. Das äußerte sich zum Beispiel darin, dass es kaum Sicherheitsvorkehrungen gab (die letzten Parteitagen hatten „dank“ Regierungsbeteiligung und Joschka Einlasskontrollen, Absperrungen vor der Bühne, und auch tiefe mentale Gräben zwischen z.B. den Parteivorsitzenden und den Delegierten). Das war hier ganz anders. Trotzdem wurde ernsthaft, ehrlich und engagiert diskutiert. „Harmoniesülze“ als Gegenextrem gab’s auch nur selten (ein Negativbeispiel war das Panel Bildung, s.u.).

Ergebnisse: Den Hauptteil des Kongresses machten sechs Themenblöcke mit je acht bis zehn Workshops aus. Zum Abschluss am Sonntagmorgen

Politische Fragen

präsentierte sich jeder dieser Themenblöcke mit einem Marktstand (von nett, bunt, handgestrickt bis zu *last-minute*-Professionalität). Da wurde schon deutlich, dass es gar nicht so einfach ist, die großen Themen Ökologie, Globalisierung, Bildung, Integration, Arbeit & Soziales und Europa jeweils auf einen kleinen Nenner zu bringen. Gemacht wurde es trotzdem; und ganz am Schluss dann richtig zugespitzt: ein Satz für jeweils zweieinhalb Stunden Paralleldiskussion in vielfältigsten Workshops (manche eher mit informativem Charakter, andere richtig kontrovers). Klar, dass um diese Sätze (die *taz* heute druckt sie alle ab; siehe dazu auch [hier](#)) von denjenigen, die in der Nacht noch am Aufarbeiten und Vorbereiten waren intensiv gestritten wurde. Im Themenblock Arbeit & Soziales („Zukunft sozialer Teilhabe und Arbeit“), in dem auch „mein“ Workshop lag, haben wir uns letztlich auf einen Satz geeinigt, der sich, wie ich finde, als Leitlinie grüner Politik in diesem Feld durchaus sehen lassen kann, auch wenn er sicher nicht alle Workshops zusammenbringt: „Befähigen statt Bevormunden: Erwerb ist nicht genug“.



Brainstorming dazu, was die Partei zur Förderung eines Lebensstilwandels tun kann, im Workshop der BAG Energie

Streitkultur: War der alte grüne Begriff für die Form intensiver konstruktiver Auseinandersetzung auch mit Leuten, die ganz anders denken. Wurde hier gelebt statt eingefordert, auch wenn der Streit der Runde kritisierender Journalisten noch nicht weit genug ging.

Medienaufmerksamkeit: War da.

Harmoniesülze: Am Beispiel des Panels Bildung. Ein Mensch aus dem finnischen Zentralamt erläutert, dass das finnische Bildungssystem auf der Grundregel aufbaut, Qualität, Effizienz und Gerechtigkeit gleichzeitig optimieren zu wollen, was unter anderem heißt, darauf zu achten, dass es den Kindern auch gut geht („Wohlbefinden“) und dass die finnische Einheitsschule erst mit sieben Jahren anfängt. Ein Mensch aus dem Deutschen Institut für Wirtschaft sagt: die Wissenschaft habe festgestellt, Menschen lernen zwischen vier und fünfzehn Jahren am besten, deswegen müsse der auf Bildungserwerb ausgerichtete Kindergarten zur Pflicht gemacht werden und alle Kinder ab fünf eingeschult werden. Außerdem sei er dafür, mit der Selektion nach Hauptschule/Realschule/Gymnasium erst etwas später zu beginnen. Fazit der Grünen: Wir sind uns ja alle einig. Fand ich nicht, und hier hätte ich mir ein ausdiskutieren von Kontroversen sehr gewünscht.



Lebhafte Debatte in der Pause im Atrium des Energieforums

Alles wie früher: Ja, insofern es darum geht, sich wieder darauf zu besinnen, dass inhaltliche Radikalität (beharrlich, nicht Borniertheit!) auch eine Stärke sein kann. Wenn z.B. Reinhard Loske sich in einen Workshop zu ökologischen Lebensstilen begibt und dort durchaus dafür ist, dass Grüne das wieder zu einem Thema machen müssen. Aber auch das

Politische Fragen

äußere: Ja, insofern der Inszenierungsanteils des Kongresses weniger stark zur Geltung kam als bei Parteitagen (Markt der Möglichkeiten, das durchaus nach „öko“ aussehende Essensareal draußen). ((Oder daraufhin inszeniert war, spontan und uninszeniert auszusehen)). Ja: wir sind bunt und vielfältig. Nein, weil in einem hypermodernen Glasbau getagt wurde. Nein, weil die Welt sich verändert hat, und Grüne das begriffen haben. Und nein, weil der Schatten der Regierungszeit in der einen oder anderen Ecke durchaus zu finden war.



Panel Arbeit/Soziale Teilhabe

Zukunft der Arbeit: Einer der großen Streitpunkte. Auf dem Panel zur Zukunft der Arbeit überzeugten mich Ska Keller von der FYEG und die Soziologin Jutta Allmendinger mit dem Hinweis auf flexiblere und unsichere Arbeitsverläufe als Regelfall der Arbeit der Zukunft weitaus mehr als der Herr Huber von der IG Metall, der den Kern der Arbeit weiterhin in der Industriearbeit sieht, sich für Normalarbeitsfiktionen verkämpft und auf Nachfrage „Industriearbeit“ so umdefiniert, dass damit die Verwaltungstätigkeiten in Industriebetrieben gemeint seien.

Grundeinkommen: Eng damit verbunden die Debatte ums Grundeinkommen. Was viele glaube ich noch nicht kapiert haben, sind zwei Dinge: Erstens die u.a. von Loske ins Spiel gebrachte Verknüpfung von Grundeinkommen als Existenzsicherung und nachhaltigeren Lebensstilen, die erst

in dieser Verbindung für weite Bevölkerungskreise die Möglichkeit bieten, Erfüllung jenseits von Konsum zu finden. Zweitens wurde immer wieder „Ende der Arbeit + Grundeinkommen“ und „Arbeit wie bisher + neue Formen der sozialen Sicherung wie Kombilöhne und progressive Sozialabgaben“ gekoppelt. Was dabei überhaupt nicht deutlich wurde: ein Grundeinkommen muss nicht als Reaktion darauf diskutiert werden, „dass uns die Arbeit ausgeht“. Vielmehr ist es eine Möglichkeit, unterbezahlte oder nicht bezahlte Tätigkeitsfelder in Wert zu setzen (und so Arbeit zu schaffen), und zugleich in flexibleren und heterogenen Lebensläufen Phasen der Nicht-Arbeit zu überbrücken. Als Bildungsgeld, als Erziehungsgeld, oder auch für den – grade in der Zeitung zu lesenden Fall – dass zwischen Abschluss des Referendariats und Einstellung als LehrerIn in BaWü zwei Monate Arbeitslosigkeit liegen, für die Hartz-IV mit seinen komischen Vorstellungen von Förderung und Forderung eben nicht das richtige ist. Kurz gesagt: der Versuch, die Idee Grundeinkommen in alte Formen zu pressen, ist untauglich.

Wissengesellschaft: Der von mir mitorganisierte Workshop zur Wissensgesellschaft war gut besucht, Katja Husen hat das Ganze toll moderiert, und gelernt haben wir wohl auch einiges. Was mir letztlich dann weniger gut gefallen hat, als ich mir das gedacht habe, war die „inszenierte Kontroversität“. Der Workshop war zweigeteilt; im ersten Teil ging's um Open-Access und Zugang zum Wissen, im zweiten Teil um die Zukunft der Hochschule, insbesondere die Rolle der Lehre, unter dem Blickwinkel der Hochschule als Ort der Wissensproduktion. Eigentlich sollten beide Teile kontrovers angelegt sein, de facto war es – aus Zufällen der Zusagen etc. heraus – nur der erste Teil. Die Diskussion zwischen Open-Access-Aktivist und Börsenverein war lebhaft, hat Spaß gemacht, hat aber letztlich v.a. bestätigt, was wir eh schon wussten. Der zweite Teil war für mich dafür viel spannender: sowohl Susanne Baer (Vizepräsidentin HU Berlin) als auch Sascha Spoun (Uni Lüneburg) kamen letztlich zu einer Neudefinition der Universität als Ort der Persönlichkeitsentwicklung – insofern Humboldt – aber gerade darin zuge-

Politische Fragen

schnitten auf die Anforderungen eines wissensgesellschaftlichen Arbeitsmarktes (insofern eben durchaus an „employability“ orientiert). Auch die beiden waren sich glücklicherweise nicht in allen Punkten einig – aber wie das diskutiert und entwickelt wurde, das fand ich überzeugend.



Zweite Runde im Workshop zur Wissensgesellschaft

Sillerismus: Auffällig war die starke Präsenz unseres jüngsten Flügelnetzwerks, das sich um den Grundsatzkommissar Peter Siller scharrt. Die SilleristInnen (Eigenbezeichnung „Realismus & Substanz“) waren nicht nur in den Debatten präsent, sondern verteilten auch massiv die neuste Auflage des türkisgrünen Büchleins. Gelesen habe ich's noch nicht, aber wahrscheinlich wird es mir damit ähnlich gehen wie mit vielen anderen Äußerungen: inhaltlich durchaus vieles, was ich auch so sehe, einiges, was ich ganz anders sehe, aber durchzogen von einer gewissen Besserwisserei und einem eigentlich nicht begründeten Anspruch auf Definitionsmacht. Im Auge behalten!

Gut: Slogan der Sparkasse, die den Kongress im Rahmen des Sponsorings mit Kaffee, Keksen und Schokolade versorgt.

Grundeinkommen und ökologische Lebensstile

27. Februar 2007 – Grundeinkommen, So grün, so grün, Zukunftsvisionen

In meinem Beitrag Für ein existenzsicherendes Grundeinkommen habe ich es ja schon kurz erwähnt: ein Grundeinkommen macht auch aus der Perspektive eines Zusammendenkens von ökologischer und sozialer Frage Sinn. Reinhard Loske plädiert seit einiger Zeit dafür. Heute hat er einen Kommentar („Den Konsumismus überlisten“) in der taz, der sich hauptsächlich damit beschäftigt, dass es für eine radikal-realistische Klimapolitik nicht ausreicht, Glühbirnen zu verbieten und Hybridautos zu fordern. So schreibt er:

„Die Politik muss höllisch aufpassen, dass sie die Klimadebatte nicht zerredet und so klein hackt, dass die Bevölkerung letztlich den Eindruck gewinnt, man könne an der Misere sowieso nichts mehr ändern und konzentrierte sich am besten darauf, das eigene Scherflein ins Trockene zu bringen oder die letzte Party zu feiern. Was jetzt gebraucht wird, sind große Würfe, die dann auch verbindlich beschlossen und schrittweise umgesetzt werden: die kohlenstofffreie Energiewirtschaft, klimafreundliche Verkehrsmittel und Gebäude sowie Infrastrukturen, die für jeden ein richtiges Leben im richtigen ermöglichen.

Alle Windräder, Holzpellettheizungen und Hybridautos werden uns aber nicht retten, wenn wir uns länger um die Lebensstilfrage herumdrücken. Da gibt es eine natürliche Scheu, die verständlich ist, gerade bei Politikern, die den Vorwurf der Verzichtspredigt scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Aber der Konsumismus, also das Anhäufen von Gütern als Substitut für Sinn, ist heute der größte Feind des Klimaschutzes. Deshalb ist es eine Kulturaufgabe erster Ordnung, die Rückkehr zum menschlichen Maß zu befördern.“

Das nur als Kontext für die hier interessante Frage, wie Grundeinkommen und Klimapolitik zusammenpassen. Als Zwischenschritt dazu argumentiert Loske dazu, nicht klassisch-kapitalismuskritisch und ver-

zichts betont an die Frage ökologischer Lebensstile heranzugehen, sondern „den Konsumismus zu überlisten“, d.h.:

„[...] Maßhalten mit Lebensfreude, Verzicht mit Genuss, weniger mit mehr, Askese mit Selbstentdeckung zu verbinden, um Mut zu machen und zur Nachahmung anzuregen. Bei der Pluralität unserer Gesellschaft wird das nicht zum Einheitslebensstil führen, sondern zu einer Vielfalt von Lebensstilen, die aber allesamt klimaverträglicher sein würden.“

Hier kommt nun das Grundeinkommen ins Spiel, das Loske als Chance sieht, soziale und ökologische Frage zu verbinden und denen, die es wollen, die Möglichkeit zu geben, neue ökologische Lebensstile zu entdecken:

„Freilich gilt es eine wichtige Einschränkung zu machen: Wenn Verzicht für die Reichen lediglich hieße, ihren Off-Roader in der Fastenzeit am Sonntag stehen zu lassen, während er für die Armen die Kürzung der Hartz-IV-Leistungen von 345 Euro pro Monat auf 300 Euro bedeutete, wäre ein solcher Ansatz ohne Aussicht auf breite gesellschaftliche Zustimmung. Die Chance, maßvollen Lebensstilen zum Durchbruch zu verhelfen, steigt mit der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, national wie international. Das Grundeinkommen für jede und jeden könnte die Brücke sein, um übermäßigen Wachstumsdruck von der Gesellschaft zu nehmen. Es ist an der Zeit, die ökologische und die soziale Frage endlich zusammenzudenken.“

Ich finde das eine ziemlich spannende Perspektive, selbst wenn ich noch nicht davon überzeugt bin, dass ein derartiger Lebensstilwandel auf breiter Front passieren wird. Aber selbst für die von Loske als unzureichend dargestellten Maßnahmen sind Avantgarde-Haushalte sinnvoll, die zeigen, wie ein ökologisch nachhaltiger, emissionsreduzierter und trotzdem genussvoller Lebensstil aussehen kann, und von denen der „raffinierte Kapitalismus“ lernen kann. Um diese möglicherweise anfangs recht kleine Gruppe zu unterstützen, ist ein Grund-

einkommen eine gute Idee (jedenfalls besser als die Idee eines Zuschusses für geprüftes ökologisch korrektes Verhalten ...).

Anders gesagt: das Grundeinkommen würde einen postmateriellen Lebensstil ermöglichen, und so zu einer verbesserten gesellschaftlichen Ökobilanz beitragen. Der Schritt dazwischen ist der, dass jemand mit Grundeinkommen weniger Zeit für Arbeit und mehr Zeit für „Sein“ haben kann, und die dann idealerweise nicht dafür nutzt, Konsumgüter zu kaufen (und sich zu verschulden), sondern für Kontemplation, Eigenarbeit, ehrenamtliche Arbeit, Familie, Kunst, ... andere Formen der Selbstfindung, also jedenfalls alles Dinge, die deutlich weniger materialintensiv sind. Im Prinzip finde ich das eine sehr gute Idee (und habe deswegen auch auf Loskes Beitrag hingewiesen) – allerdings nehme ich an, dass es nur eine relativ kleine Gruppe von Menschen gibt, die ein Grundeinkommen so nutzen würden. Dazu gehört ja beispielsweise, sich nicht über die Erwerbsarbeit zu definieren, etwas mit sich anfangen zu können, ohne externe Unterhaltung geboten zu bekommen usw.

Allerdings bin ich da bei aller Sympathie ein bisschen skeptisch, weil es eine doch recht klare gesellschaftliche Strukturierung in „Milieus“ gibt (z.B. SINUS-Milieus), die jeweils für bestimmte Werthaltungen, für einen bestimmten Lebensstil stehen. Und positive Resonanzen mit einem durch ein Grundeinkommen ermöglichten Lebensstil des „positiven Verzichts“ sehe ich nur bei den Milieus „B12 Postmaterialisten“ und „C2 Experimentalisten“, zusammen sind das maximal 20% der Gesellschaft. Andererseits sind die tatsächlichen Umweltfolgen und die Lebensstile verschiedener Milieus auch noch einmal zwei voneinander getrennt zu betrachtende Dinge.

Warum blogge ich das? Erstens finde ich die Idee interessant, „ökologische und soziale Frage zusammenzudenken“, was auch immer dabei letztlich genau rauskommt wird. Und zweitens beschäftige ich mich in meiner Diss. mit nachhaltigen Lebensstilen und finde diese Debatte auch deswegen spannend.

Realpolitik heißt Sockelgrundeinkommen

3. Oktober 2007 – Grundeinkommen, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

Nach einem arbeitsreichen Sommer liegt unser Antrag für ein partielles Grundeinkommen (oder Sockelgrundeinkommen) inzwischen auch offiziell vor. Der baden-württembergische Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen hatte ja nicht nur elektronisch über dieses Thema diskutiert, sondern Anfang des Jahres auch eine Projektgruppe Grundeinkommen/Grundsicherung ins Leben gerufen. Nach gemeinsamen Eckpunkten hat sich dann vor der Sommerpause gezeigt, dass innerhalb der Projektgruppe noch immer sowohl VertreterInnen eines „Weiter so“ im Sinne einer Verbesserung von Hartz-IV (als „lernender Reform“, wie dies Kerstin Andreae so schön ausdrückte) als auch VertreterInnen eines Grundeinkommens zu finden waren. Es gab dann also zwei Arbeitsgruppen, die jeweils einen eigenen Antrag ausgearbeitet haben.

Der Kern des Antrags der Grundeinkommensgruppe (geleitet von Beate Müller-Gemmeke, sehr aktiv dabei Thomas Poreski) ist ein als negative Einkommenssteuer ausgestaltetes „Sockelgrundeinkommen“ in Höhe von 420 Euro pro erwachsener Person (300 Euro für Kinder, das Thema RentnerInnen wurde ausgeklammert, ließe sich aber analog über eine Mindestrente ausgestalten). Negative Einkommenssteuer heißt dabei: das Grundeinkommen wird mit der Steuerschuld verrechnet. Wer kein Einkommen hat, und deswegen auch keine Steuern zahlt, erhält automatisch 420 Euro im Monat (Wohngeld und Leistungen in besonderen Lebenslagen kommen bedarfsgeprüft noch dazu). Wer 420 Euro pro Monat an Steuern zahlt, erhält nichts und zahlt nichts; wer mehr zahlt, zahlt seine Steuerschuld abzüglich der 420 Euro pro Monat. Insofern wirkt das Grundeinkommen bei höheren Einkommen als eine Art Steuerfreibetrag. Bei GeringverdienerInnen soll die Krankenversicherung vom Staat übernommen werden, wird also – anders als z.B. bei Althaus – nicht von den 420 Euro abgezogen.

Zur Finanzierung soll vor allem auf eine Einkommenssteuerreform (d.h. letztlich auf Umverteilung zwischen SpitzenverdienerInnen und

Armen) gesetzt werden. Dazu gehört insbesondere die Abschaffung von Steuerfreibeträgen, u.a. auch das Ehegattensplitting (stattdessen entsteht ein individualisierter Leistungsanspruch unabhängig von Partnerschaften etc.). Zudem kann eine Art Ökosteuer-II zur Finanzierung beitragen und zugleich ökologische Lenkungswirkungen entfalten. Anders als bei dem gerne diskutierten Götz-Werner-Modell kommt es also nicht zu einer unsozialen extremen Mehrwertsteuererhöhung.

Das Sockelgrundeinkommen kann jedoch nicht alleine dastehen. Wir wollen nicht alles auf den finanziellen Transfer reduzieren. U.a.



Impressionen von der Regionalkonferenz zu Grundeinkommen/Grundsicherung im Februar 2007

deswegen ist auch die im Vergleich zu anderen Modellen eher geringe Höhe zu erklären. Eingebettet werden soll das Sockelgrundeinkommen sowohl in Bildungsreformen, wie die Grünen sie schon lange fordern (also etwa die Basisschule oder den Ausbau von Schulsozialarbeit) als auch in aktive Arbeitsmarktpolitik – auf freiwilliger Basis.

Ein zweiter Schritt, der sich an das ABC aus Armutsbekämpfung, Bildungsförderung und die Eröffnung von Chancen anschließt, ist eine Kombination aus Erhöhung des Grundeinkommens auf etwa 500 Euro und die Kopplung an Reformen im Sozialversicherungsbereich (v.a. auch Rente) in Richtung Bürgerversicherung/Schweizer Modell.

Das Sockelgrundeinkommensmodell ist insofern sehr pragmatisch und realpolitisch, als es – durch eine Einkommenssteuerreform – relativ schnell einzuführen wäre. Es stellt einen Einstieg in einen Systemwechsel dar, einen fließenden Übergang. Nach einigen Jahren kann dann anhand der Erfahrungen damit überlegt werden, ob ein darüber hinausgehenden Grundeinkommen sinnvoll ist, und ob die Hoffnungen in die Entfaltung von Freiheitlichkeit und Kreativität berechtigt waren.

Abschließend, weil das immer wieder gerne als Strohhalm oder Strohhalm aufgestellt wird: das Sockelgrundeinkommen ist nicht identisch mit dem 1200-Euro-Grundeinkommensmodell, sondern begrenzt sich auf 420 Euro; es dient nicht der Abschaffung der Erwerbsarbeit, sondern stellt eine Möglichkeit dar, mit den veränderten Bedingungen der Erwerbsgesellschaft sinnvoll umzugehen, statt auf die utopische Hoffnung „Arbeitsplätze für alle“ zu setzen; es ist finanzierbar – und es ist kein Versuch, Menschen ins Eck zu stellen und mit Geld abzuspäßen, sondern soll von sinnvollen Maßnahmen aus der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik begleitet werden.

Warum blogge ich das? Ob das Sockelgrundeinkommen zum grünen Modell wird, entscheidet sich für Baden-Württemberg am 14. Oktober auf dem Landesparteitag in Heilbronn. Schon am 6. Oktober diskutiert der [LV Berlin](#) ein ähnliches Konzept, und auch ein Teil der bundesweiten Kommission zur Zukunft der Sozialen Sicherung tendiert wohl zu ähnlichen Vorstellungen. Bis zum 14.10.

wird es jetzt u.a. darum gehen, noch einmal massiv Werbung für das Modell zu machen, es zu erläutern und zu diskutieren. Dieser Blogbeitrag soll einen Beitrag dazu liefern.

Update (6.10.2007): Die Berliner Grünen haben das Grundeinkommen knapp abgelehnt.

Update 2: Artikel und Kommentar zur knappen Grundeinkommensablehnung in Berlin. Für mich wird hier noch einmal deutlich, dass es sich beim Grundeinkommen eben nicht um ein klares „Flügelprojekt“ handelt, wie das manche sehen, sondern dass die Konfliktlinien hierzu quer zu den Strömungen in der Partei liegen. Auch wenn das Konzept Grundeinkommen alt ist, mag die Debattenlage etwas mit der Aktualität des Konzepts und der Tatsache zu tun haben, dass der postindustrielle Wandlungsprozess allmählich auch außerhalb soziologischer Labors deutlich wird.

Update 3 (8.10.2007): Henning äußert sich prinzipiell-sympathisch und konkret-kritisch zum Sockelgrundeinkommens-Antrag. Schade, dass das jetzt kommt. Wäre blöd, wenn aus solchen Überlegungen heraus am Schluss ein LDK-Entscheid für ein Grundsicherungsmodell herauskommt. Noch ist die Frist für Änderungsanträge nicht abgelaufen ...

CDU-Grünen-Koalition in Hamburg

16./22. April 2008 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün

CDU-Grüne-Koalition steht (vielleicht) (Update 7: taz)

Jedenfalls meldet z.B. der NDR Details der Koalitionsvereinbarung und mögliche Personen für mögliche Ministerien. Wenn das ganze stimmt, frage ich mich, warum die Grünen bei der Wissenschaftsbehörde nicht zugegriffen haben. Wäre doch eigentlich der ideale Posten für Krista Sager, die hat das ja auch schonmal gemacht ...

Miniblogschau dazu: Julia kommentiert das (ironisch? psycho-analytisch? ernstgemeint?) mit „Das Monster steht vor der Tür“, bei Grünes Freiburg gibt's eine Erörterung der Vor- und Nachteile einer solchen Koalition, und mein Maßstab steht weiterhin hier.

Warten wir mal ab, was jetzt wirklich im Vertrag steht, und was die beiden Parteitage dazu sagen.

Update: (17.04.2008) Johnny Häusler von Spreeblick macht sich Sorgen um das nachlassende WählerInnen-Interesse an den Grünen, sollte es zur Koalition kommen. Robert ebenso. Henning sieht's als Romanze. Für Dany ist's eher ein Experiment als eine Ehe. Jürgen Trittin will mehr davon – bzw. auch nicht, war nur der trockene Humor der Norddeutschen. Ebenso geht's der CSU. Und prompt findet Katja das Bayerische in Hamburgs Politik. Soweit der heutige Pressespiegel.

Update 2: (17.04.2008) Julia weist darauf hin, dass der Koalitionsvertrag (pdf) inzwischen online ist. Vielleicht poste ich noch ein paar Gedanken dazu. Zumindest die Präambel finde ich ganz beeindruckend, wenn es dort heißt:

CDU und GAL legen mit diesem Vertrag ihr Regierungsprogramm für Hamburg vor, das sich auf die Schwerpunkte und neuen Akzente der gemeinsamen Regierungsarbeit konzentriert.

CDU und GAL sind durch unterschiedliche politische Erfahrungen und Ideen geprägt. Wenn sie dennoch zusammenarbeiten,

müssen und wollen sie sich auf Neues einlassen. Unterschiede müssen nicht zu Widersprüchen zugespitzt werden, sie können auch zu Ergänzungen verbunden werden, die neue Lösungen ermöglichen. [...]

In diesem Sinne werden die Koalitionspartner in den nächsten vier Jahren auf der Grundlage dieses Vertrages vertrauensvoll zusammenarbeiten. Ohne eigene Überzeugungen der beiden Parteien aufzugeben, wollen wir das Gemeinsame suchen und versuchen. Bei bestehenden Divergenzen werden wir entweder versuchen, diese zu überbrücken oder sie im fairen Umgang miteinander den Interessen der Stadt unterzuordnen.

Das ist zumindest mal eine klare Ansage. Und ein ganz anderer Tonfall als z.B. der Pathos des rot-grünen Vertrages von 1998/2002. Personell heißt es ganz am Schluss des Vertrags, dass die SenatorInnen der Schulbehörde, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Justizbehörde von der GAL gestellt werden. Das entspricht den NDR-Spekulationen von gestern, die als konkrete Personen dafür (in dieser Reihenfolge) Christa Goetsch, Anja Hajduk und Till Steffen genannt haben.

Update 3: Die Personalien sind inzwischen bestätigt.

Update 4: (18.04.2008) Ario hat seinen Beitrag dann doch ironisch ironiefrei „Überraschung!“ betitelt (und nicht „Es ist ein Mädchen“), schaut sich den Koalitionsvertrag an und findet zwar das eine oder andere grüne Haar in der schwarzen Suppe, kommt aber letztlich – wie geschätzt 75% der grünen Linken, aber möglicherweise weniger als 50% der grünen HamburgerInnen – zur zwischenzeitlich doch deutlich herauslesbaren Einschätzung, dass jetzt nur eine Vertragsablehnung die Partei retten könnte. Etwas ernsthafter: vieles im Koalitionsvertrag sind Prüfaufträge, weithin sichtbare grüne Erfolge gibt es wenige, und die Krötenhaftigkeit für CDU und Handelskammer – da würde dann zumindest mal die metaphorische Farbe stimmen – muss sich auch erst noch zeigen.

Update 5: Der Tagesspiegel berichtet, dass 52 Prozent der BürgerInnen, 73 Prozent der Grünen-AnhängerInnen und immerhin noch 58 Prozent der CDU-AnhängerInnen schwarz-grün sinnvoll finden.

Politische Fragen

Update 6: (19.04.2008) Das eine schwarz-grüne Koalition strategisch in einem Fünf-Parteien-System durchaus hilfreich sein kann – und noch dazu beitragen kann, die dunkleren Seiten der SPD ins Licht zu zerren – zeigt sehr schön die Reaktion von Kurt Beck und Sigmar Gabriel auf Hamburg. Der eine spielt beleidigtes Arbeiterkind, der andere will das Klima durch Kohle retten und sieht Moorburg schon gefallen.

Update 7: Lesenswert die Einschätzung der taz hamburg – „Der schwarz-grüne Koalitionsvertrag in Hamburg ist unerwartet gut. Für die Elbvertiefung und die Innere Sicherheit akzeptiert die CDU viele grüne Positionen, die kürzlich noch als Teufelszeug galten.“

Positionspapier linker Grüner zur CDU-Grünen-Koalition in Hamburg

Als kleines Gegengewicht zu meinen eher optimistischen Beiträgen zum strategischen Potenzial von schwarz-grün möchte ich auf eine heute veröffentlichte Analyse einer Gruppe grüner Linker (oder linker Grüner) verweisen (u.a. Robert Zion und Peter Alberts). Umfangreich wird dort der Koalitionsvertrag durchgearbeitet. Bemängelt wird die große Zahl von Prüfaufträgen, gerade bei wichtigen grünen Projekten. Die generelle Einschätzung ist, dass die Grünen sich – bei wichtigen Punkten – gegenüber der CDU kaum durchsetzen konnten. Schwarz-grün wird sowohl konkret für Hamburg als auch abstrakt als problematisch dargestellt.

Während ich viele Punkte der Analyse teile, aber von anderen Maßstäben ausgehe, was sinnvollerweise erwartbar war, teilweise andere strategische Einschätzungen habe und vor allem optimistischer bin, was die Arbeit der grünen SenatorInnen und StaatsrätInnen angeht (z.B. glaube ich, dass eine grüne Umweltsenatorin ein Kohlekraftwerk rechtlich verhindern kann und wird, auch wenn sowohl Greenpeace als auch Vattenfall das anders sehen), ist es vor allem ein Punkt, der mich an dieser Ausarbeitung erheblich stört – nämlich die Vermutung, dass eine große Koalition für die tatsächliche Durchsetzung einiger wichtiger grüner Ziele (Schulreform, Moorburg) besser gewesen wäre. Und

auch die Kritik am Verhandlungsstil halte ich nicht für angebracht, sondern für eine Projektion eines Projektes, dass es so aus grüner Perspektive nicht gibt. Aus dem Papier:

„Gerade die ungewöhnliche Art der Verhandlungsführung (entgegen der gängigen und sinnvollen Praxis wurden zuerst die weniger stritten Punkte verhandelt, damit „die Stimmung“ stimmt) weist nicht nur auf den gewollten „Projektcharakter“ dieser Koalition hin – wohlgemerkt: der schwarz-grünen Koalition an sich, nicht der Konzeptionen und Inhalte –, sie hat auch dazu geführt, dass die GAL eine Fülle „weicher“ Themen setzen konnte (wenn auch zumeist nur als Prüfaufträge), sich in den für Grüne wirklich harten und im Wahlkampf bestimmenden Politikfeldern (Kohlekraftwerk, Elbvertiefung, Schule, Studiengebühren) aber am Ende kaum oder gar nicht durchsetzen konnte. Die Frage, ob eine Hamburger SPD bei etwaigen Koalitionsverhandlungen zu einer großen Koalition gerade bei diesen harten Themen nicht doch mehr hätte durchsetzen können, sollte sich daher ernsthaft stellen. Die Elbvertiefung würde – wie jetzt auch – wohl kommen. Das längere gemeinsame Lernen angesichts des SPD-Programms wohl auch, vielleicht wären es ein paar Jahre mehr geworden. Ob hinsichtlich des Kohlekraftwerkes Moorburg noch weniger als die Durchführung des Genehmigungsverfahrens herauskommen würde, darf bezweifelt werden. Ein offenes Bekenntnis der SPD in Hamburg zu Moorburg dürfte nicht erwartet werden. Zu eindeutig wird Moorburg im SPD-Programm abgelehnt und stattdessen ein Gaskraftwerk gefordert.“

Da scheint mir das Gras auf der anderen Seite des Zauns doch deutlich grüner zu sein; jedenfalls kann ich zwar nachvollziehen, dass das SPD-Wahlprogramm entsprechend positiv abschneidet, kann mir aber kaum vorstellen, dass die SPD in Bildungs- und Umweltfragen in einer Koalitionsverhandlung mit der CDU erstens mehr Beharrlichkeit und zweitens mehr Verhandlungsmacht mitbringt. Warum? Weil nach meinen bisherigen Beobachtungen die SPD ihre Schwerpunkte in

Verhandlungen anders setzt, und Umwelt- und Bildungsfragen gerne auf dem Verhandlungstisch opfert. Und weil da immer noch z.B. die Bundes-SPD mit „Kohle-Gabriel“ als Umweltminister da ist.

Insofern kann ich mich dieser Stellungnahme nicht anschließen, sondern bleibe dabei, dass es – gerade, wenn es mittelfristig darum geht, das linke Profil der Grünen zu schärfen – gar nicht so schlecht ist, am Einzelbeispiel Hamburg deutlich zu machen, dass wir nicht am Gängelband der SPD hängen, und dass es manchmal möglich – vielleicht sogar besser möglich – ist, grüne Inhalte auch mit einem politischen Gegner durchzusetzen, der auch deutlich als solcher sichtbar ist. Das bedeutet m.E. mehr Ehrlichkeit in Verhandlungen, und mehr Profilschärfe der Koalitionspartner. Wichtig ist, dass es hier eben nicht um ein „historisches Bündnis“ (*FAZ*) geht, sondern um eine aus einer bestimmten Situation heraus geborene Zusammenarbeit. An die sollten strenge Maßstäbe gesetzt werden, und wenn sich bis in einem Jahr zeigt, dass Prüfungsaufträge und grüne Zumutungen an die CDU im politischen Alltag nicht umsetzbar sind, dann halte ich es für ein Gebot politischer Hygiene, so eine Koalition auch wieder aufzukündigen. Aber jetzt schon Feuer zu schreien, ist aus meiner derzeitigen Sicht verfrüht und führt parteiintern nur dazu, Gestaltungsspielräume freiwillig abzugeben und einzuziehen.

Warum blogge ich das? Nicht zuletzt deshalb, weil in der internen Diskussionsliste der Grünen Linken zwar mehrheitlich die im Papier dargestellte Position zu Wort kommt, durchaus aber auch andere Stimmen zu hören sind.

Über Abwählbarkeit

21. Oktober 2008 – So grün, so grün

Demokratie heißt auch, dass das politische Personal ausgetauscht werden kann. Dies geschieht im Wahlsystem der Bundesrepublik in doppelter Hinsicht: durch die Aufstellung der Bundestagslisten durch die Parteien, und durch die Direktwahl von Abgeordneten. Trotzdem ist die Gestaltung des Personalwechsels sicherlich eine der schwierigsten Stellschrauben politischer Systeme. Wer, wie Uschi Eid auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Grünen in Baden-Württemberg kürzlich, seinen bzw. ihren bisherigen sicheren Listenplatz verliert, verliert auch sicher das Mandat und die entsprechenden Zahlungen, das Büro, die Mitarbeiter/innen, den innerparteilichen Einfluss. Das kann hart sein, aber es gehört zum Risiko, auf das sich diejenigen, die ein politisches Mandat auskleiden, einlassen.

Eine Möglichkeit, diese Härte abzufedern, besteht darin, den Wechsel zu institutionalisieren. Manche Landesverbände der Grünen haben das gemacht, etwa mit „Neuenquoten“ (jeder dritte Platz muss durch eine neue Person besetzt sein) oder Quoren für mehr als zweimalige Wiederkandidaturen (vgl. auch die US-Präsidentschaft – mehr als acht Jahre George W. Bush sind verfassungsmäßig nicht möglich – hat was für sich). Und natürlich gab es bei den Grünen mal den Versuch der institutionalisierten Rotation, der auch etwas mit dieser Stellschraube zu tun hat.

Dann gibt es die Variante, dieses Problem durch Sozialvertrauen zu lösen: wer gut beraten ist, weiß vor der Kandidatur, ob es schwierig werden wird, ob es Konkurrenz aus dem eigenen Lager gibt – und kann sich dann entscheiden, es eben nicht noch einmal zu versuchen, als *elder statesman* oder *stateswoman* den vernünftigen Abgang zu wagen. Vielleicht auch quer – vom Bundestag ins Europaparlament, vom Europaparlament in den Bundesvorsitz. Oder so. Auch das ist eine Möglichkeit. Dem Hörensagen lösen andere Parteien das Problem, in dem dort nicht einfach jede/r kandidieren kann, sondern eine Auswahlkommission oder der Vorstand Vorschläge macht. Nicht meine Vorstellung von Demokratie.

Wie dem auch sei: irgendwie gibt es immer mal wieder Menschen, die nicht gewählt werden. Als Anhänger des linken Flügels der Grünen kenne ich dieses Gefühl aus den letzten Jahren sehr gut. (Und ich selbst bin auch schon für Ämter angetreten, in die ich dann nicht gewählt wurde, wenn auch mit ungleich kleinerer Fallhöhe). Und wenn es wirklich um etwas geht, kann die Nichtwahl auch zur persönlichen Katastrophe werden – was nur begrenzt verhinderbar ist.

Zurück zur LDK in Baden-Württemberg. Eine, die es nicht geschafft hat, noch einmal auf die Liste zu kommen, ist die langjährige Bundestagsabgeordnete Uschi Eid. Die ist jetzt erklärtermaßen sauer. Das kann ich nachvollziehen, ich kann auch nachvollziehen, dass sie in so einer Situation ihre Wahlkreiskandidatur zurückzieht (die eben vor allem Arbeit bedeutet, ohne Gewinn). Besser fände ich es, wenn sie sagen würde, als kleine Rückzahlung an die Partei gibt es jetzt eben – nach ein paar Tagen Verarbeitung der Situation – Unterstützung der gewählten Liste durch einen engagierten Wahlkampf der örtlichen Prominenten. Und danach dann das Leben nach dem Bundestag. Aber gut, muss nicht sein.

Was ich allerdings überhaupt nicht verstehen kann, ist die Tatsache, dass Uschi Eid aus ihrer persönlichen Niederlage bei der Listen-LDK in einem Brief an die Partei einen Rückfall in alte Zeiten, einfache Erklärungen und simple Weltbilder macht. Das klingt für mich sehr irrational, es klingt danach, dass da eine der Partei schon lange nicht mehr über den Weg traut (und erst recht nicht glaubt, dass irgendwer in dieser Partei der ehemaligen Afrikabeauftragten des Kanzlers das Wasser reichen könnte).

Und es ist schlichtweg falsch – allein schon deswegen, weil es letztlich ungefähr 20 Stimmen (d.h. 10 % der Delegierten) waren, die den Ausschlag zwischen angeblichem „Linksruck“ und „Weiter wie bisher“ gegeben haben. Kurz gesagt: wer jetzt versucht, die Ergebnisse der baden-württembergischen LDK als „Refundamentalisierung“ zu erklären, tut das entweder als Racheakt oder aus kognitiver Dissonanz heraus, als einzige Möglichkeit, sich selbst die Wahrnehmung des Scheiterns zu erklären. Bedauerlich ist beides.

Netzsperrern, oder: Wie grün ist Netzpolitik?

19. Juni 2009 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün*



Heute – na, eigentlich schon gestern – fand im Bundestag die „Zensursula“-Abstimmung statt, also die Abstimmung darüber, ob das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen angenommen

wird. Die Abstimmung fiel mit einer fast einheitlichen Zustimmung der Koalitionsfraktionen erwartungsgemäß aus; auf Antrag der Grünen wurde namentlich abgestimmt, so dass im Detail dokumentiert ist, wer wie abgestimmt hat.

Dabei sind eine Reihe von Überraschungen zu verzeichnen. Positiv: eine Gegenstimme in der CDU, sie gehört Jochen Borchert, dem Vater der WAZ-Online-Chefin, Katharina Borchert. Positiv: drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen in der SPD, dreimal so viele wie ursprünglich erwartet. Na gut – bei sonstiger harter Fraktionseinheitlichkeit ist es vielleicht übertrieben, das positiv zu nennen.

Wie dem auch sei. Es gab auch negative Überraschungen. Und die leider nicht bei FDP oder LINKE, die beide einheitlich – in Fraktionsdisziplin – gegen das Gesetz gestimmt haben, sondern bei Bündnis 90/Die Grünen.

Keine Ja-Stimme, ganz so schlimm ist es nicht, aber doch 15 Enthaltungen, also ein knappes Drittel der grünen Bundestagsfraktion. Das hat in den Stunden nach der Abstimmung in der Netzcommunity ziemlich für Aufregung gesorgt – und aus meiner Sicht etwas zu Unrecht die eigentlichen Themen beiseitegeschoben (dazu: Thomas Knüwer kommentiert im Handelsblatt pointiert, wie hier „das Netz“ mediale Machtverhältnisse zuungunsten der „Experten“ der Volksparteien verschoben hat; und beim METRONAUT wird klar gemacht, dass trotz verlore-

ner Abstimmung der Kampf um die Bürgerrechte im Netz jetzt erst richtig losgeht).

Trotzdem auch hier noch ein paar Worte zum grünen Abstimmungsergebnis. War es unerwartet? Ja, insofern in den letzten Tagen Grüne in der Öffentlichkeit, eben gerade auch im Kontrast zur SPD, immer als netzpolitisch zugängliche und vernünftige Partei präsentiert worden sind. Das ist auf gruene.de der Fall, es war auf Twitter etc. der Fall, und es war auch in den etablierten Massenmedien so. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Antreten der PIRATENPARTEI bei den Europawahlen war eines der Argumente für potenzielle Piraten-WählerInnen, dass GRÜNE für eine verlässliche und vernünftige Netzpolitik stehen, und auch sonst keinen Unsinn betreiben (und ja, ich gebe zu: ich habe durchaus auch in diese Richtung argumentiert).

Ich zumindest hatte nicht mit einer geschlossenen Ablehnung gerechnet. Das hat etwas damit zu tun, dass Meinungsfreiheit auch in Hinsicht auf die einzelnen Abgeordneten bei Grünen etwas größer geschrieben wird als in anderen Fraktionen, es hat aber auch etwas damit zu tun, dass es ja durchaus im Vorfeld von einzelnen Abgeordneten eher schwierige Wortmeldungen gab. Ekin Deligöz – als kinderpolitische Sprecherin natürlich aus einer spezifischen Perspektive argumentieren – muss jetzt als Beispiel dafür dienen. Oder auch der Programmpartei-tag: dort wurde die Kritik an Internetsperren und dem untauglichen Umgang mit Kinderpornographie ins Wahlprogramm geschrieben. Die Debatte war aber durchaus uneinheitlich, auch Applaus gab es für beide Seiten. Mit 15 Enthaltungen hatte ich nicht gerechnet, mit ungefähr fünf aber schon. Leider liegen die persönlichen Erklärungen der Abgeordneten noch nicht vor – da würde mich schon interessieren, wie das begründet wird.

Was bedeutet das jetzt? Insgesamt haben Grüne als Fraktion sich richtig verhalten. Dass das Bild weniger einheitlich ist, als in anderen Fraktionen, muss erst einmal hingenommen werden. In der Sache waren die Abstimmungsalternativen Nein/Enthaltung unwichtig – es war klar,

dass die Mehrheit der Koalition stand. Ärgerlich ist die große Zahl an Enthaltungen trotzdem.

Meine Schlussfolgerung: Grüne sind sehr offen, was die Nutzung neuer Medien angeht – auch einige der Enthaltungsstimmen sind z.B. aktiv bei Facebook unterwegs, persönlich und nicht nur im Sinne eines Pressemitteilungsverteilers. Dazu zählt auch die Nutzung neuer Medien als Wahlkampfinstrument. Und prinzipiell und insgesamt würde ich auch weiterhin sagen, dass es eine große Offenheit für netzpolitische Forderungen gibt. Die Zahl derer, die sich damit aktiv auseinandersetzt, ist in der Partei allerdings relativ klein. Es sind absolut wie prozentual vielleicht mehr Köpfe als in der SPD, wo der Weggang – mal schauen, ob's noch zum Parteiwechsel kommt – von Tauss schwarze Löcher reißt. Aber die große Mehrheit der Partei mag gerne im Netz kommunizieren, ist prinzipiell auch dafür, den jungen bzw. junggebliebenen Leuten hier ihre politische Spielwiese zu lassen, hat aber den Ernst der Lage noch nicht erkannt. Und nimmt sich im Zweifel die Freiheit, sich nicht in sein Abstimmungsverhalten reinreden zu lassen.

Es geht also darum, aus der netzaffinen Partei auch eine netzpolitisch kompetente Partei zu machen. Allerdings wäre es völlig falsch, darunter nur „Kommunikations“- oder Vermittlungsprobleme innerhalb der Partei zu verstehen. Vielmehr brauchen wir eine echte innerparteiliche Diskussion darüber, wie weit der grüne Einsatz für eine zukünftige Gesellschaft geht, in der informationelle Infrastrukturen mehr Einfluss auf Wertschöpfung und Produktivität haben als Autobahnen, um's mal pathetisch zu formulieren. Es geht nicht (nur) um Aufklärung, sondern um Überzeugung – und möglicherweise bei dem einen oder anderen Punkt auch darum, innerparteiliche Einigungen zu finden, die nicht hundertprozentig dem „Netzkonsens“ entsprechen.

Parteien machen sowas nicht im Wahlkampf. Das Bundestagswahlprogramm steht, und es steht für netzpolitisch sinnvolle Ziele. Wer möchte, dass Bündnis 90/Die Grünen beim nächsten Ernstfall besser abschneiden, muss dennoch jetzt die Weichen dafür stellen, dass in der im September neugewählten Fraktion ebenso wie in der Partei –

Politische Fragen

vielleicht auch: mal wieder – ernsthaft inhaltlich über das Netz gestritten wird. Und muss das so organisieren, das dort nicht nur die üblichen Verdächtigen aus Netz- und Bürgerrechtspolitik auftauchen, und vielleicht noch die, die jetzt gerne schöne bunte Wahlkampfseiten haben wollen – sondern auch die „Mitte der Partei“, die sich „eigentlich“ nur für ganz andere Dinge interessiert: für Umweltpolitik, für Gleichberechtigung, für Bildung, für Kinderpolitik. Die müssen wir mitnehmen. Anders gesagt: organisationelles Lernen organisieren, statt sich von Piraten entern zu lassen!

Warum blocke [!] ich das? Eigentlich wollte ich warten, bis klar war, warum die 15 so abgestimmt haben, wie sie abgestimmt haben; aber nachdem ich in den letzten Tagen doch ziemlich auf die SPD eingehauen habe, fand ich's ein Gebot politischer Ehrlichkeit, jetzt auch hier zu sagen, was Sache ist. Aber nota bene: für Netzzensur hat kein einziger Grüner, keine einzige Grüne gestimmt, das waren andere! Und für sowas – kurz nach der Abstimmung kam die erste CDU-Ankündigung, über eine Ausweitung nachzudenken – erst recht nicht.

Update: (19.6.2009, mittags) Das vorläufige Plenarprotokoll (pdf) der gestrigen Sitzung (BT-Drucksache 16/16227) liegt inzwischen vor. Die Debatte um das Netzsperrengesetz ist dort ab S. 127 wiedergegeben – falls jemand nochmal wörtliche Zitate etc. sucht. Die persönlichen Erklärungen sind als Anlagen erwähnt, die aber dem vorläufigen Protokoll noch nicht beiliegen.

Update 2: Hier die persönliche Erklärung von Ekin Deligöz zu ihrem Abstimmungsverhalten.

Update 3: Sylvia Kotting-Uhl hat die persönliche Erklärung jetzt auch auf ihre Homepage gestellt; wenn ich das richtig sehe, ist diese wortgleich mit der von Ekin. Wenn ich mir die 15 AbweichlerInnen nochmal anschaue, dann bleibt der Eindruck einer Mischung – die 15 würden sonst nicht unbedingt gemeinsam unter einem Antrag o.ä. stehen.

Interessant sind die Themenfelder: Ekin Deligöz ist kinder- und familienpolitische Sprecherin, Irmingard Schewe-Gerigk ist frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Cornelia Behm, Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell und Ulrike

Netzsperrern, oder: Wie grün ist Netzpolitik?

Höfgen sind ExpertInnen der Fraktion in verschiedenen umweltpolitischen Feldern. Thilo Hoppe ist Entwicklungsexperte und Vorsitzender dieses Ausschusses. Thea Dückert ist eine der parlamentarischen GeschäftsführerInnen und sitzt im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, der den Gesetzentwurf federführend betreut hat. Im klassischen Sortiermechanismus „Flügel“ reicht das Spektrum von ganz links (z.B. Kotting-Uhl, Schewe-Gerigk, Hoppe) bis ganz realoistisch (z.B. Christine Scheel, Katrin Göring-Eckardt). Was ich damit sagen will: hier wird mehr oder weniger das ganze Spektrum der Partei abgebildet.

Nicht bei den „EnthalterInnen“ dabei sind (glücklicherweise) die Fachleute für Innenpolitik und Bürgerrechte (z.B. Volker Beck, Wolfgang Wieland, Jerzey Montag, Hans-Christian Ströbele, Monika Lazar). Schade, dass deren Expertise hier nicht mehr Gewicht erhalten hat.

Update 4: Der Website von Priska Hinz ist zu entnehmen, dass die bisher bekannte persönliche Erklärung von ihr, von Ekin Deligöz, Christine Scheel, Katrin Göring-Eckardt, Kerstin Müller, Sylvia Kotting-Uhl, Thea Dückert, Cornelia Behm, Harald Terpe und Hans-Josef Fell unterstützt wird. Bleiben also noch fünf (Marieluise Beck, Rainer Steenblock, Thilo Hoppe, Ulrike Höfken und Irmingard Schewe-Gerigk) die sich – soweit mir bisher bekannt – nicht zu den Gründen für ihr Abstimmungsergebnis geäußert haben.

Update 5: Musste ja so kommen ;-) – inzwischen gibt's die Facebook-Gruppe Grüne Pirat innen. Mit hoffentlich deutlich mehr Rückenwind als bei den Piraten in der SPD (das gleichnamige Blog wurde übrigens inzwischen gelöscht). Und zumindest schon mal mit 'nem Gender_Gap im Namen.

Update 6: (20.6.2009) Per Twitter wird vermeldet, dass das heute stattgefundenene „Camp Netzbegrünung“ mehr netzpolitische Kompetenz – auch in der grüne Bundestagsfraktion einfordert. Was auch immer das konkret bedeutet. Und nochmal zum Abstimmungsverhalten der grünen Fraktion – es war wohl erst kurz vor der Abstimmung klar, dass es eine große Zahl von Enthaltungen geben würde. Wie zu hören war, gab es keine Probeabstimmung, und auch die namentliche Abstimmung war in der Fraktion nicht abgesprochen. Einerseits schade, weil ein geschlosseneres und klareres Bild vielleicht besser gelungen wäre, wenn die

Politische Fragen

Fraktionsführung früher die Brisanz der Sache wahrgenommen hätte, bzw. wenn die „EnthalterInnen“ früher Wort gegeben hätten. Andererseits liegt damit ein sonst in der Programmposition verdeckter Konflikt in der Partei in der Öffentlichkeit – das ist im Wahlkampf nicht toll, ist aber Voraussetzung dafür, dass der Konflikt jetzt angegangen wird.

In other news: die heutigen Mahnwachen waren wohl überwiegend gut besucht, auch von Grünen (dass es in Freiburg eine geben sollte, habe ich leider zu spät erfahren). Jörg Tauss hat, wie gestern bereits als Gerücht zu hören, heute seinen Übertritt zur Piratenpartei verkündet – da passt er hin, denke ich.

Update 7 (21.06.2009): Die politische Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke der Grünen stellt in ihrem Blog nochmal klar da, was die offizielle Parteilinie ist – und sagt auch deutlich, dass sie die 15 Abweichungen davon falsch findet. Im HR-Blog wird die persönliche Erklärung von Priska Hinz et al. verrissen. Und „Was war, was wird“ bei heise online zitiert diesen Blogeintrag, wenn auch nicht ganz vorteilhaft ;-)) – „Mit 15 Enthaltungen zeigten die Grünen ihre bekannte Geschmeidigkeit der kohlkraftigen Interpretation, die schon immer die FDP für Besseresser auszeichnete.“

Update 8 (22.06.2009): „Claudia Roth ist mit dem grünen bundesvorstand einstimmig gegen internetsperrung.“ schreibt sie auf ihrer Facebook-Seite. Und auch die Grüne Jugend hat auf ihrem gestrigen Bundesausschuss einen entsprechenden Beschluss gefasst (noch nicht online). Schließlich noch der Hinweis auf die inner-grüne Unterschriftensammlung mit Bitte an die Fraktion, das Thema ernst zu nehmen.

Update 9: Wer sowas mag, kann sich den grünen Bundesvorsitzenden Cem Özdemir zum Thema Ablehnung der Netzsperrern auch im Bewegtbild anschauen.

Update 10 (2.7.2009) Hab's auch als Kommentar drangehängt, der Vollständigkeit halber auch hier: Es gab wohl heute ein Gespräch zwischen der Bundestagsfraktion der Grünen, diversen (grünen) NetzpolitikerInnen und KinderschützerInnen. Habe bisher nur die Tweets von Julia Seeliger, Jan Philipp Albrecht und Josef Winkler dazu gesehen, die allesamt positiv klangen. Bin gespannt, ob des Gespräch konkrete Ergebnisse zeitigt.



Nach der Wahl

28. September 2009 – Politik und Gesellschaft

Die Umfragen in den Tagen vorher hatten es schon angedeutet; auch der ernsthafte Ausschluss einer Ampel durch die FDP, der dieser sicher noch eine ganze Reihe zusätzliche Stimme einbrachte, senkte die Erwartungen. Die große Frage am Wahlabend war die nach dem Juniorpartner der Merkel-CDU. Ebenso war schon seit einigen Tagen klar, dass die sommerlich euphorischen 13 bis 14 Prozent, die uns Grünen auch schon mal vorhergesagt worden waren, nicht erreicht werden würden.

Trotz der dermaßen reduzierten Erwartungen war das Wahlergebnis insgesamt enttäuschend: Eine klare Mehrheit für Schwarz-Gelb, auch ohne Überhangmandate. Eine am Boden zerstörte SPD. Keine grünen Direktmandate jenseits von Kreuzberg. Grüne nur auf Platz fünf, erst im Vergleich zu den vorherigen Wahlen wird bewusst, dass 10,7 Prozent Zweitstimmen für die Grünen eine Größe sind, die vor wenigen Monaten für eine Bundestagswahl noch als kaum vorstellbar galt. Insofern

stimmt der Spruch auf gruene.de, dass es sich hier um ein historisches Ergebnis handelt. In den Geschichtsbüchern wird aber wohl doch eher die strukturellen Verschiebungen im Parteiensystem landen als das bis dato beste Ergebnis der kleinsten Oppositionspartei.

68 Grüne sitzen in der neuen Fraktion. Erst spät am Wahlabend, gegen 3.30 Uhr, war klar, wie sich diese 68 Mandate zwischen den Ländern verteilen werden. Insgesamt wird die Fraktion ein Stück bunter, linker, jünger werden – zum Beispiel mit Sven-Christian Kindler, mit Agnieszka Malczak (was mich ganz besonders freut), oder auch mit Beate Müller-Gemmeke, die in Baden-Württemberg die Grundeinkommensdebatte maßgeblich beeinflusst hatte. Ich glaube, dass es eine gute grüne Fraktion werden wird und bin schon gespannt, wie sich hier Themen und Zuständigkeiten verteilen werden.

Letztlich ist das aber eine Momentaufnahme. Jetzt steht die Frage an, ob die Konstellation Schwarz-Gelb vs. Rot-Rot-Grün eine neue Lagerbildung automatisch nach sich zieht – oder ob wir diese unbedingt vermeiden sollten. Die Koalitionsbildungen im Saarland und in Thüringen werden erste handfeste Antworten auf diese Frage darstellen. Die Grünen in Schleswig-Holstein sind ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gezogen, und haben – hier lässt sich das wirklich sagen – ein historisch gutes Ergebnis erreicht. Lag's daran, oder doch nur an der Schlammschlacht der Großen?

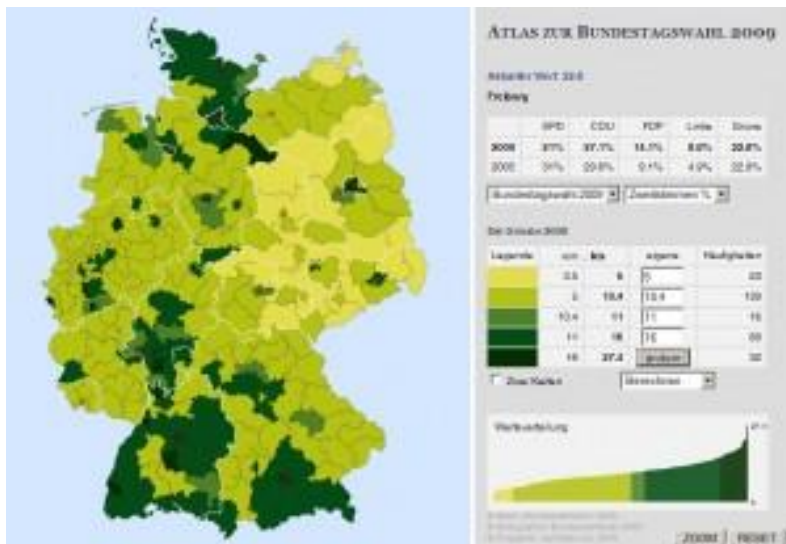
Wie weit kann grüne Eigenständigkeit gehen? Wann muss die Opposition zusammenstehen, um Druck auf die Raubkatzen-Regierung auszuüben, wann geht's drum, vom letzten Platz aus lautstark Gehör zu finden? Ich rechne damit, dass stärker als in den letzten vier Jahren – und auch da gab es diese Entwicklung ja schon – eine Hinwendung zurück zu den alten und neuen sozialen Bewegungen festzustellen sein wird. So ruft Campact aktuell dazu auf, einen offenen Brief an die neue Regierung zu unterzeichnen, den Atomausstieg beizubehalten – schon knapp 20.000 Menschen haben diese Bitte unterschrieben. Die Anti-Atom-Mobilisierung kurz vor der Wahl war ein weiterer Hinweis darauf, dass hier – nicht im Sinne eines wollsockigen Zurück-zur-

Basis-Gefühls, sondern als wohlüberlegtes gesellschaftliches Bündnis – der Schulterschluss zwischen Partei(en) und Bewegung wieder enger geworden ist.¹

Spannend wird es, wenn die neue Netzbewegung dabei in den Blick gerät. Zwei Prozent für die Piraten (zwei Prozent, die anderswo gefehlt haben), deutlich höhere Werte in einigen Unistädten und unter männlichen! Erstwählern (bis zu 13 Prozent in der jüngsten Altersgruppe!) sind definitiv ein Signal, dass Bürgerrechte im Netz mobilisieren können. Hinsichtlich der weiteren Parteikarriere dieser sozialen Formation bleibe ich skeptisch. Diese Forderungen aufzunehmen, sie innerparteilich ernsthaft zu diskutieren, und auch personell – über die üblichen Verdächtigen hinaus – hier bündnisfähig zu werden, erscheint mir wichtig für jede Oppositionspartei. Wir sollten hier die ersten sein, die sich aus dem Fenster lehnen. Warum beispielsweise nicht die Forderung nach einem „netzpolitischen Sprecher“ (oder einer „netzpolitischen Sprecherin“) in der neuen grünen Fraktion umsetzen?

Spannend wird es aber auch, wenn neue grüne Eigenständigkeit bedeutet, – möglicherweise einfach aus rechnerischen Gründen bedeuten muss – neue Koalitionsoptionen ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ernsthafte thematische Projekte mit den „Bürgerlichen“ zu bedenken. Wie könnte beispielsweise, um im Hypothetischen zu bleiben, ein baden-württembergischer Landtagswahlkampf 2011 aussehen, wo je nach Gegend die Größenunterschiede zwischen SPD, FDP und uns Grünen marginalisiert sind, und wo Mehrheiten ohne entweder die CDU oder die FDP derzeit undenkbar erscheinen? Lassen sich grüne Inhalte und realisierbare Gestaltungsoptionen in so einem Wahlkampf zusammenbringen, ohne auf ein „linkes Lager“ festgelegt zu sein? Was sind die Projekte und Hürden, die mit den rechten Parteien CDU und FDP auf Landesebene umsetzbar wären, ohne dass wir uns verbiegen? Und was bedeutet das alles für die Wahl 2013?

¹ Nebenbei: eine Forderung der Gesellschaft an die FDP müsste jetzt eigentlich sein, das Innenministerium für sich zu reklamieren und es mit einem oder einer Bürgerrechtsliberalen zu besetzen. Glaube nicht, dass die das machen – wäre aber ein Signal.



Auf dem Weg zur Volkspartei? Grünes Zweitstimmenergebnis im Visuellen Atlas

Vielleicht muss die SPD hier noch einmal als abschreckendes Beispiel dienen: sie hat den Bogen überspannt, ihre Stammwählerschaft verloren, es nicht hingekriegt, sich aus der Umklammerung der großen Koalition inhaltlich und personell zu lösen, sondern ist in diesem Bundestagswahlkampf als Staatspartei aufgetreten. Die Quittung ist deutlich (und ob daraus ein inhaltlicher und personeller Neuanfang erwächst, bleibt nicht nur fraglich, sondern vor allem auch voraussetzungsreich). Klar ist jedenfalls: mit einer auf künstliche Geschlossenheit bedachten, jede Regung im Keim erstickenden Parteiführung, die den Kontakt zur Parteibasis und zur Wählerschaft und den dort vorhandenen Präferenzen verloren hat, wäre es vermutlich selbst mit einer charismatischeren Persönlichkeit kaum gelungen, ein deutlich besseres SPD-Ergebnis einzufahren.

Im Umkehrschluss bedeutet das: gerade jetzt, wo wir Grüne von den Wahlergebnissen und der internen Bandbreite an Positionen da und dort in die Nähe einer Volkspartei geraten, ist es extrem wichtig, einen Modus der innerparteilichen Organisation zu finden, der Geschlos-

senheit nicht durch Erstickungstod simuliert (so interpretiere ich das „Volkspartei-Vorbild“ SPD), sondern tragfähige Formen der internen Auseinandersetzung, Diskussion und Meinungsbildung ermöglicht.

Die Anlagen dafür haben wir – wie weit sie umgesetzt werden, und dann auch noch dazu führen, dass Mitglieder motiviert statt frustriert werden, hängt nicht zuletzt am Führungspersonal in der Partei, in der Fraktion und in den Landesverbänden. Das muss die unterschiedlichen Richtungen in der Partei integrieren können, es muss nach außen für die Partei (und nicht für Partikularitäten) stehen, und es muss mittelfristig auch den Generationenumbruch widerspiegeln.

Zum Schluss noch einmal zurück vom Grünen zum Allgemeinen: was diese Bundestagswahl auch deutlich gemacht hat, und was mehr noch die Landtagswahl in Schleswig-Holstein deutlich gemacht hat, sind die Wechselwirkungen zwischen Wahlsystem und Wahlverhalten. Stimmensplitting und taktisches Wählen gehören ebenso dazu wie die unzähligen – im Bund überhaupt nicht ausgeglichenen – Überhangmandate, die aus einer Zeit herrühren, in der zwei Vierzig-Prozent-Parteien miteinander konkurriert haben. Hier sind Reformen und intelligenterere Wahlsysteme überfällig.

Wenn diese nicht oder nur in Minimalform kommen, dann wird es 2013 wichtig sein – und vielleicht wird die SPD dann auch bereit dazu sein – hier bindenden Absprachen zu treffen. Mindestens drei der zehn baden-württembergischen Überhangmandate hätten vermieden werden können, wenn es im Ländle zu vorherigen Absprachen zwischen SPD und Grünen gekommen wäre. Bisher hatte die SPD den grünen Verzicht auf Erststimmwahlkampf als naturgegeben hingenommen. Auf die Idee, dafür eine Gegenleistung zu erbringen, wollte sie sich bis heute nicht einlassen. Diese Arroganz einer sich selbst überschätzenden Traditionsparterie gehört hoffentlich 2013 zum Abfallhaufen der Geschichte.

Warum blogge ich das? Um mal einen Teil der unsortierten Gedanken loszuwerden, die mir seit gestern 18:00 Uhr so gekommen sind.



Wie Akkreditierungen Studiengänge bürokratisieren

30. Oktober 2009 – Hochschulpolitik, Politik und Gesellschaft

Ich war ja gestern im Landtag. Sogar richtig im Plenum. Und im „Plenum“, mittags. Genauer gesagt: bei der Öffentlichen Anhörung „Plan B(achelor) 2012“ von Theresia Bauer MdL (hochschulpol. Sprecherin und stlv. Fraktionsvorsitzende) und der grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg. Theresia will den Bachelor reformieren und damit Baden-Württemberg zum Vorreiterland machen. Und wie das geht, darum ging es bei der – übrigens recht gut und breit besuchten – Anhörung.¹

Inhaltlich ging es um die eigentlich recht sinnigen und hehren Ziele der Bologna-Reform, um die Schwächen ihrer tatsächlichen Umset-

¹ Nebenbei bemerkt: Waren wir als Studierende eigentlich auch penetrant darin, eine verfasste Studierendenschaft und mehr studentische Mitbestimmung als Allheilmittel zu verkaufen?

zung in nationale bzw. baden-württembergische Gesetzgebung und Studienordnungen, und um Ideen, Bachelor und Master besser zu gestalten. Letzteres kam mir allerdings etwas zu kurz.

Hier möchte ich jetzt ein Thema aufgreifen, das wiederholt zu Tage trat. Als Frage formuliert: Ist es in Deutschland überhaupt möglich, eine „Ermöglichungskultur“ umzusetzen?

Soll heißen: vor anderen kulturellen Hintergründen und (hochschul-)politischen Traditionen scheinen Bachelor, Master und die damit im Zusammenhang stehenden Instrumente wie beispielsweise die Akkreditierung von Studiengängen durchaus zu mehr Freiheit, mehr Qualität und Innovation an Hochschulen geführt zu haben. Prof. Ulrich Druwe verwies hier beispielsweise auf die Schweiz, in der sehr viel mehr kommuniziert wurde, um das Studium umzustellen (ist bei einem recht kleinen Land ja vielleicht auch leichter möglich) und auf die guten Ranking-Positionen der Niederlande, der Schweiz und der nordischen Länder. Dr. Susanne Klöpping nannte Finnland als Beispiel für ein Land, in dem Qualitätssicherung – eines der Ziele hinter der Akkreditierung von Studiengängen – nicht als bürokratische Hürde, sondern als unterstützendes Qualitätsaudit umgesetzt wurde.

Die Erfahrungen, die aus Baden-Württemberg berichtet wurden, gehen jedoch eher in eine andere Richtung.

So stellte Santina Battaglia, die Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hochschuldidaktik die These auf, dass neue Ideen für Lernen und Lehren längst da sind – dass sich nur kaum ein Institut traut, diese Ideen auch umzusetzen. Richtlinien werden als strenge Vorgaben betrachtet, das oberste Ziel bei der Entwicklung von Studienordnungen ist die Rechtsfestigkeit. Im Ergebnis sind Bachelor-Studiengänge dann alles andere als attraktiv. Nicht kompatibel, nicht mobilisierend, stark verschult und häufig wenig studierbar.

Wieso ist das so? Als ein Fazit der Anhörung nehme ich mit, dass es wohl tatsächlich sowas wie eine kulturelle Tendenz der Deutschen zur Bürokratie und juristischer Absicherung gibt. Auch eigentlich anders gedachte Instrumente wie die Akkreditierung werden dann

schnell vom „TÜV“ oder der „Stiftung Warentest“ zu einer Art akademischen Steuerfahndung. Das ist nicht verwunderlich. Umso wichtiger erscheint es mir (trotz des Titels), Ideen wie die in der Exzellenzinitiative für die Lehre prämierten Projekte breiter umzusetzen. Auch der Leuphana Bachelor (auf der Anhörung ausnahmsweise mal kein Thema) scheint mir in die richtige Richtung zu gehen. (Nebenbei – vieles von dem, was ich 2004 zu einem konstruktiven Umgang mit BA/MA geschrieben habe, scheint mir weiterhin zu stimmen). Vielleicht ist es ja doch möglich, auch an deutschen Hochschulen und Universitäten einen kulturellen Wandel einzuleiten. Und damit meine ich keinen Wandel hin zu einer Effizienzkultur, sondern hin zu einer Kultur der Fehlerfreundlichkeit und der Ermöglichung individuellen Ausprobierens, eine Kultur der Unterstützung statt der Verhinderung von Zielen.

Noch einmal zurück zum Beispiel Akkreditierung. In der Arbeitsgruppe dazu wurde erstens klar, dass das in der Tat ein „technisch“ schwieriges Prozess ist. Die Idee hinter Akkreditierungen von Studiengängen ist die, dass *Stakeholder* (ProfessorInnen aus anderen Bundesländern, aber oft auch VertreterInnen der Wirtschaft bzw. Gesellschaft und zumeist auch Studierende) in Form von Begehungen – d.h. vor allem direkten Gesprächen mit den örtlichen Akteuren, auf der Grundlage von Studiengangsbeschreibungen – feststellen, ob ein Studiengang gut genug ist, um ein amtliches Siegel zu bekommen. Früher war dies – die Genehmigung von Studienordnungen – Aufgabe von MinisterialbeamtenInnen in den Wissenschaftsministerien.

Mit „gut“ – meiner Umschreibung für eine Unklarheit – fangen die Probleme mit Akkreditierungen allerdings auch schon an. Es ist nicht so ganz klar, was eigentlich akkreditiert, d.h. bescheinigt, wird: Studierbarkeit? Niveau? Qualität? Formale Erfüllung von Vorgaben?

Und dann entscheiden bzw. empfehlen die GutachterInnen, die akkreditieren, ja auch nicht aus ihrem Gefühl heraus, sondern anhand von Vorgaben. Hinter diesen Vorgaben steckt letztlich die Kultusministerkonferenz (KMK), also die für die Hochschulen zuständigen

Ministerien der Länder (damit doch wieder die Politik). Die KMK hat einen Akkreditierungsrat eingerichtet, der Vorgaben entwickelt hat und Beschlüsse fällt. Dieser Rat überwacht – kontrolliert! – die Akkreditierungsagenturen. Das sind gemeinnützige Vereine, die den Akkreditierungsprozess organisieren (der übrigens pro Studiengang etwa 12.000 Euro kostet – auch das kann schon ein K.O.-Kriterium sein, Beispiel Gender-Master in Freiburg). In den Akkreditierungsagenturen empfehlen nun Fachkommissionen anhand der Begehungen einer davon unabhängigen Akkreditierungskommission, ob ein Studiengang „akkreditiert“, „mit Auflagen akkreditiert“, „mit Empfehlungen akkreditiert“ oder „nicht akkreditiert“ werden soll.

Also ein ganz schön bürokratisches Maschinchen. Dass das so bürokratisch ist, wundert allerdings auch nicht – wieder mit dem Verweis auf die Traditionslinie „Hochschulbürokratie“. Die Studiengangszuständigen an den Hochschulen sehen der Akkreditierung letztlich eher ängstlich gegenüber, die Akkreditierungsagenturen haben dafür eine gewisse Angst vor dem hierarchiehöheren Akkreditierungsrat. Eine Professorin fasste dies zusammen zu „alle versuchen, möglichst alles genau richtig zu machen, so dass am Schluss alles falsch ist“. Der realexistierende Akkreditierungsmechanismus soll zwar die Qualität von Studiengängen sicherstellen. Letztlich ist damit aber ein Instrumentarium geschaffen worden, dass vor allem sicherstellt, dass die diesem innewohnenden bürokratischen – und manchmal auch idiosynkratischen („Mädchen“) – Vorgaben garantiert werden.

Ein bei der Tagung anwesendes Mitglied einer Akkreditierungsagentur führte diese Bürokratieprobleme darauf zurück, dass der erste Vorsitzende des Akkreditierungsrats ein Jurist gewesen sei, der bei der Formulierung von Vorgaben vor allem auf Rechtssicherheit wert gelegt hätte. Ich glaube, dass das ein bisschen erklärt, dass es aber auch unter anderen Umständen zu ähnlichen Folgen gekommen wäre. Denn letztlich schafft das Akkreditierungsverfahren ein Vorgabenmonopol beim Akkreditierungsrat. Studiengangsbeschreibungen, Modulhandbücher und Studienordnungen werden an den vermuteten Erwartungen dieses

Monopolisten ausgerichtet, nicht an dem der (böses Wort) studierenden „KundInnen“. In der Praxis führt das dann dazu, dass jede irgendwie durchgesickerte Anweisung wörtlich genommen wird. Zu groß wäre das Risiko, den Studiengang nicht ~~genehmigt~~ akkreditiert zu bekommen, umsonst 12.000 Euro gezahlt zu haben. In Passung zu diesen Erwartungen wird dann Antragslyrik formuliert. Entsprechend ist es wichtig, dass ein Bachelor-Studiengang 300 Kreditpunkte umfasst, dass jedes Modul in nachvollziehbarer Weise prüffähig ist und dass haarklein angegeben wird, was in den nächsten zehn Jahren angeblich gelehrt werden könnte.²

Zum System Hochschule gehört aber auch, dass diese Passung nur teilweise durchschlägt. Die Qualität der Studiengänge richtet sich in ihrer offiziellen Formierung zwar an diesen Erwartungen und Gerüchten über „amtliche“ Vorgaben aus. Und zwar in der vorsichtigsten und weitgehendsten Interpretation. Ob die so entstehenden Modulbeschreibungen etwas damit zu tun haben, was dann in diesen Modulen tatsächlich gemacht wird – das dürfte von Fach zu Fach und von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich sein.

Insofern ist, etwas zugespitzt formuliert, die Akkreditierung eines Studiengangs heute vor allem eine Aussage darüber, dass die tatsächlichen und vermuteten Erwartungen des Akkreditierungsrates, der Agentur und der akkreditierenden KollegInnen formal erfüllt worden. Über Studierbarkeit, Studienniveau und Qualität sagt die Akkreditierung eher wenig aus.

Vielleicht sind diese Probleme tatsächlich eher Kinderkrankheiten auf dem Weg zu einem kulturellen Wandel an den Hochschulen. So ganz überzeugt bin ich davon nicht. Und auch der Schritt von der Programm-Akkreditierung (jeder Studiengang wird akkreditiert) zur System-Akkreditierung (einer Hochschule wird bescheinigt, selbst gut kontrollieren zu können, welche Qualität ihre Studiengänge haben

² Die Anpassung der internen Operationen der Organisation Hochschule an die gekoppelte Umwelt Bürokratie lässt sich vermutlich auch sehr schön systemtheoretisch formulieren ...

ob ihre Studiengänge den Vorgaben der Akkreditierungsagenturen entsprechen), der derzeit diskutiert bzw. erprobt wird, muss dieses Problem – dass nachher die buchstabengeheure Erfüllung einer Vorschrift mehr zählt als Engagement und Innovation – nicht aus der Welt schaffen.

Letztendlich frage ich mich, was denn passieren würde, wenn auf Akkreditierungen komplett verzichtet würde und es der studentischen Nachfrage (und entsprechenden Rankings, Ratings und anderen Informationen) überlassen bliebe, zwischen stark nachgefragten und weniger stark nachgefragten Studiengängen zu sortieren. Damit das richtig funktioniert, müssen allerdings Studierende in der Lage sein, zu wechseln, wenn sich abzeichnet, dass ein Studiengang nicht gut ist. Die „Marktvolatilität“ ist allerdings eher niedrig, und vielfach werden Studiengänge auch nach inhaltsfremden Kriterien (wie Wohnortnähe, Studiengebühren etc.) ausgesucht.

Damit wäre es im Sinne des „Verbraucherschutzes“ trotzdem sinnvoll, formale Mindeststandards für Studiengänge festzuhalten. Dann würde ich aber dafür plädieren, diese Funktion („Überprüfung formaler Mindeststandards“, „TÜV“) von der Qualitätssicherung und -entwicklung zu trennen. Wenn eine Institution für beides zuständig ist, leidet – so vermute ich – automatisch die Qualitätsorientierung. Warum keine staatliche oder halbstaatliche Stelle, die von sich aus die Qualität von Studiengängen untersucht („Stiftung Warentest“) und besonders gute Studiengänge auszeichnet?

Warum blogge ich das? Um ein paar interessante Sachen aus der Anhörung festzuhalten.

Einige Überlegungen anlässlich des Workshops *Nachhaltige Hochschulen*

10. November 2009 – Hochschulpolitik, Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Wissenschaft

~~Gestern~~ Vor einem Jahr fand in Berlin eine gemeinsame Tagung von Heinrich-Böll-Stiftung und CampusGrün zur Zukunft der Hochschulen statt. Dieser Frage wurde in unterschiedlichen Workshops nachgegangen; ich war damals gebeten worden, einen Workshop „Nachhaltige Hochschulen“ vorzubereiten und zu leiten. Mit dem konkreten Workshopergebnis bin ich ganz zufrieden. Weil das Thema aber ja vielleicht auch Menschen außerhalb der grünen Hochschulgruppenszene interessiert, hier die Folien meines Inputs sowie ein paar Worte dazu.

1. Nachhaltige Entwicklung ist mehr als Umweltschutz

Der Schwerpunkt des Workshops lag – bewusst – auf einer konzeptionellen Ebene. Obwohl „Nachhaltige Entwicklung“ inzwischen in aller Munde ist, hatte ich doch den Eindruck, dass es sinnvoll sein könnte, nochmal in die Begriffsgeschichte zurückzugehen. Neben den (mehr oder weniger einflussreichen) forstlichen Wurzeln einer eher ökonomisch geprägten Nachhaltigkeit (Wald muss für die Folgegeneration als Wirtschaftsfaktor erhalten bleiben) ist es vor allem die Brundlandt-Kommission, die den Begriff 1987 geprägt hat. Wie Grober (2002) zeigt, gibt es auch hier durchaus Vorläufer, und die Übersetzungsvariante „nachhaltige Entwicklung“ für „sustainable development“ musste sich auch erstmal durchsetzen (z.B. gegenüber der Variante „zukunftsfähige Entwicklung“). Popularisiert wurde die nachhaltige Entwicklung dann mit dem UN-Umwelt- und Entwicklungsgipfel in Rio 1992.

Wichtig ist, dass bereits im Begriff zwei Themenfelder verwoben sind (insofern ist nachhaltige Entwicklung eben mehr als nur Umweltschutz). Auf der einen Seite steht, kurz gesagt, das ökologische Interesse des „Nordens“. Zusammengebracht wurde er mit dem Interesse

des „Südens“ an (wirtschaftlicher) Entwicklung bzw. Armutsbekämpfung. Nachhaltige Entwicklung stellt insofern also von Anfang an ein Kompromisskonzept dar, bzw. freundlicher formuliert, einen mehrdimensionalen Ansatz. Neben den üblicherweise herangezogenen Dimensionen Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit wird manchmal noch Kultur oder gar Spiritualität hinzugenommen. Für meinen Geschmack weitet das so ein Konzept allerdings doch zu sehr aus.

Analytisches Zentrum des Nachhaltigkeitsbegriffs ist die Verknüpfung von Gerechtigkeit zwischen den lebenden Menschen einerseits und den heutigen und zukünftigen Menschen andererseits – jeweils bezogen auf die unterschiedlichen Zieldimensionen. Damit wird auch klar, dass nachhaltige Entwicklung 1. ein normatives Konzept, also einen politisch vorgegebenen Rahmen darstellt, und dass 2. nachhaltige Entwicklung anthropozentrisch orientiert sein muss. Es geht nicht um den Erhalt von Natur per se, sondern um den Erhalt von Natur als Ressource für das Überleben zukünftiger Generationen.

Unterschiede gibt es darin, ob alle Zieldimensionen als gleichrangig angesehen werden („schwache Nachhaltigkeit“, Möglichkeit zur Ersetzung von „Kapital“ aus einer Dimension durch „Kapital“ der anderen Dimension), oder ob im Zweifel ein Primat der Ökologie gilt („starke Nachhaltigkeit“). In beiden Fällen bleibt jedoch der prinzipielle Anthropozentrismus.


Damit lassen sich auch die üblichen Kritikpunkte an Nachhaltigkeitskonzeptionen nennen: die Kompromissförmigkeit des Konzepts; die fehlende „Systemkritik“; die fehlende ökologische Radikalität – und last but not least – die durch die Vielschichtigkeit möglich gewordene breite Verwendung, bis hin universell verwendbaren Adjektiv „nachhaltig“, das nichts mehr mit dem historischen Bedeutungsgehalt („langfristig wirksam“) zu tun, sondern plötzlich als „Plastikwort“ so was meint wie „modisch gut für die Umwelt“ (vgl. zur Begriffskritik Kaufmann 2004). Bestes Beispiel dafür sind Angebote der großen Energiekonzerne für „nachhaltig klimaschonenden Strom“ (vgl. den Klima-Lügendetektor und die Greenwash-Studie von Lobbycontrol).

2. Nachhaltigkeit an und für Hochschulen

Was hat Nachhaltigkeit nun mit Hochschulen zu tun? Seit 1990 wird darüber diskutiert, wie Nachhaltigkeit an Hochschulen aussehen kann. Einige wichtige Schritte dabei sind 1993 die COPERNICUS-Charta sowie 2004 das Memorandum „Hochschule neu denken“ der Gruppe 2004. Seit 2005 befinden wir uns in der UNESCO-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (noch bis 2014). Auch die aus der COPERNICUS-Charta erwachsenen COPERNICUS Guidelines zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung im Bereich höherer Bildung sollten hier erwähnt werden. Ich sehe vier Handlungsebenen für Hochschulen für nachhaltige Entwicklung:

- *Hochschulen in der Gesellschaft*: die Erzeugung von gesellschaftlichem Reflexionswissen
- *Hochschulen als Ort der Forschung* (disziplinäre und interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung, aber auch eine Folgenabschätzung für Forschung insgesamt aus der normativen Nachhaltigkeitsperspektive)
- *Hochschulen als Orte des Lernens* – von speziellen Studiengängen zu Nachhaltigkeitskompetenzen bis zur Integration dieser Aspekte in alle Studiengänge
- *Hochschulen als Lebenswelt* – hier sind konkrete Umsetzungsmöglichkeiten vom Solarpanel bis zum Bioessen in der Mensa auf dem Hochschulcampus angesprochen, die im Sinne eines Erfahrungslernens aber auch zur Sozialisation der dort Lernenden (und Arbeitenden/Lehrenden) beitragen


Etwas genauer und ausführlicher ausgeführt wird dies im Positionspapier Beitrag der Hochschul- und Forschungspolitik zu einer nachhaltigen Entwicklung, dass die grüne BAG WHT im April 2009 beschlossen hat. Entsprechend sind eine ganze Reihe Akteure in unterschiedlicher Weise in der Lage, Nachhaltigkeit an Hochschulen zu bringen:

AKTEURE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG AN HOCHSCHULEN 

Möglichkeit, Rahmenbedingungen zu setzen

- Medien, Öffentlichkeit (Erwartungen ...)
- Hochschulpolitik von Bund und Ländern
- Wirtschaft, Drittmittelgeber
- Hochschulleitung
- Gremien der Hochschule und der Fakultäten inkl. AStA
- Forschende und Lehrende (Forschungsziele, Studiengänge)
- Studierendenwerke
- Forschende und Lehrende (Forschung, Lehre)
- Studierende
- Technische und VerwaltungsmitarbeiterInnen

Möglichkeit, Hochschulen im Sinne nachhaltiger Entwicklung mit Leben zu füllen



The diagram consists of three overlapping ovals: a purple one at the top labeled 'Ort des Lernens' with 'Sozial-/Geisteswissenschaft' written vertically on its left side; a green one at the bottom labeled 'Ort der Forschung' with 'Natur-/Technikwissenschaft' written vertically on its right side; and a central one labeled 'Lebenswelt Hochschule'. A rainbow triangle is positioned in the center where all three ovals overlap. Below the diagram, the text 'Hochschule in der Gesellschaft' is written with an arrow pointing to the central area.

Till Westermayer, BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik – Input „Nachhaltige Hochschule“ – November 2008

9

Akteure nachhaltiger Entwicklung an Hochschulen

3. Von Nachhaltigkeit an Hochschulen zu nachhaltigen Hochschulen

Wenn diese vier Punkte nicht einzeln betrachtet werden, sondern als vernetzte Ganzheit – Transdisziplinarität –, sind wir ungefähr beim „Lüneburger Ansatz“ der Gruppe 2004, die Nachhaltigkeit als neuen Modus von Lernen und Forschen beschreibt. Damit geht es dann nicht mehr nur um die Implementation einzelner Elemente in existierende Hochschulen, sondern um Nachhaltigkeit als Rahmen für Hochschulentwicklung und die Veränderung der Art und Weise, wie an Hochschulen gelernt und geforscht wird. Also beispielsweise im Kontext der Bologna-Reformen. Die neusten Überlegungen aus diesem Umfeld stammen aus dem Jahr 2008 (vgl. Michelsen et al. 2008).

Der Gedankengang – die „Vernachhaltigung“ des Wissenschafts- und Hochschulsystems – wird weiterhin von Uwe Schneidewind vorangetrieben. Einiges dazu steht in seinem [Blog „nachhaltige Wissenschaft“](#),

noch einiges mehr in seinem in diesem Jahr erschienenem Buch Nachhaltige Wissenschaft: Plädoyer für einen Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Vor einigen Wochen fand dazu eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung statt (ich konnte leider nicht dran teilnehmen). Dazu lässt sich einiges im Veranstaltungsbericht von Stephan Ertner nachlesen.

Warum blogge ich das? Manchmal bleiben angefangene Blogbeiträge lange liegen. Dieser hier z.B. gut ein Jahr. Aber irgendwie wollte ich ihn dann doch nicht löschen – sondern habe ihn dann lieber unten noch ein bisschen aktuell ange-reichert und dann doch veröffentlicht.

Zitierte Literatur

Brand, Karl-Werner / Jochum, Georg (2000): *Der deutsche Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung*. MPS-Texte 1/2000, München.

Brundtland, Gro Harlem et al. (1987): *Our Common Future: World Commission on Environment and Development*. Oxford University Press.

Grober, Ulrich (2002): „Modewort mit tiefen Wurzeln – Kleine Begriffsgeschichte von ‚sustainability‘ und ‚Nachhaltigkeit‘“, in Günter Altner et. al (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2003*, München: C.H. Beck, S. 167–175.

Kaufmann, Stefan (2004): „Nachhaltigkeit“, in Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hrsg.): *Glossar der Gegenwart*. Frankfurt: Suhrkamp, S. 174–181.

Luks, Fred (2002): *Nachhaltigkeit*. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.

Michelsen, Gerd / Adomßent, Maik / Godemann, Jasmin (Hrsg.) (2008): „Sustainable University“. *Nachhaltige Entwicklung als Strategie und Ziel von Hochschulentwicklung*. Hamburg: VAS.

Politische Ökologie (2005), Heft 93, Thema „Baustelle Hochschule“.

Schneidewind, Uwe (2009): *Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für einen Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.

Merkel angeschlagen, Wulff gewählt, alle zufrieden

30. Juni 2010 – Politik und Gesellschaft

Jetzt ist's also doch einer aus der Riege der amtsmüden Unions-Ministerpräsidenten geworden. Wenn auch erst im dritten Wahlgang. Das heißt zunächst einmal: die Strategie von Bündnis 90/Die Grünen und SPD ist aufgegangen: mit einem konservativen Kandidaten, der überzeugender daherkommt als der nun gewählte Bundespräsident konnten einige Wahlleute aus den Reihen der Union und der FDP dazu gebracht werden, sich zumindest im ersten und zweiten Wahlgang doch nicht wie Aufziehmäuschen zu verhalten. Damit ist klar, dass Merkel an politischem Gewicht verloren hat. Ein Indiz dafür wird sein, dass der aus Spitzname ‚Mutti‘ in Zukunft noch viel häufiger zu hören sein wird.¹

Ob das übrigens tatsächliche mit ein Erfolg der Verwendung des Netzes für das Werben um Gauck war – oder doch eher einer des „Hochschreibens“ durch die klassische Presse, sei dahingestellt.

Die Strategie ist aber noch in einer Hinsicht aufgegangen: die LINKE hat sich – zumindest aus der Perspektive des politischen Establishments, zu dem ich SPD und Grüne jetzt einfach mal dazuzähle – selbst entblößt. Denn eine Partei, die sich so stur stellt, und letztlich sehenden Auges mit Hilfe von Enthaltungen den CDU-Kandidaten mit wählt, kann ja doch nicht ernst genommen werden. Unterschwellig steckt da auch noch ein Diskurs über die DDR, die SED, die Blockparteien, die Stasi und die Frage, wie sehr DIE LINKE auf derartige Traditionen reduziert werden kann, mit drinne. Natürlich war es ein Affront, dass SPD und Grüne ohne jede Absprache mit der LINKEN einen eher konservativen Kandidaten aufgestellt haben – jedenfalls insofern, als die Erwartung konstruiert wurde, dass die LINKE ja wohl gefälligst mitwählen solle, was auf den Tisch gesetzt wird.

¹ Was aus gendertheoretischer Sicht dahintersteckt, dass eine Bundeskanzlerin so bezeichnet wird, wäre noch einmal einen eigenen Beitrag wert

Und obwohl diese Strategie aufgegangen ist, kann auch die Union und die LINKE zufrieden sein. Das mag jetzt erstmal paradox klingen, aber letztlich hat Merkel ihren Wunschkandidaten durchgesetzt – zwar erst im dritten Wahlgang, aber sowas ist schnell vergessen. Oder wer war noch einmal der andere Präsident mit dem dritten Wahlgang? Wulff ist jetzt weg vom Kanzlerfenster (gut für Merkel), und hat die Chance, sich standardkonform zum Volkspräsidenten mit Yellow-Press-Aura zu entwickeln (gut für Wulff). Damit ist das Amt des Präsidenten vielleicht da angekommen, wo es wirklich nur noch um den „Grüßaugust“ geht. Letztlich zählt hier das Kohl'sche „was hinten rauskommt“.

Und die LINKE? Ich kann mir vorstellen, dass sie aus ihrer Perspektive ebenfalls zufrieden ist. Sie hat sich nicht vorführen lassen, indem sie klar gemacht hat, dass sie sich nicht auf politische Schachzüge einlässt. Sie steht für einen konsequenten Fundamentalismus ohne Rücksicht auf die damit verbundenen politischen Folgen. Und das scheint mir momentan ihre Marktlücke zu sein. Ich glaube, das linke Signal war in etwa „wir wissen, dass das Amt des Bundespräsidenten nicht wichtig ist. Wir spielen nur so weit mit, wie es uns passt – mit einer eigenen Kandidatin, die für die wahre parteipolitische Linie steht – und mit einem Nichteinlassen auf Kompromisse, Regierungsfähigkeit etc.“ Ich finde eine solche gesinnungsethische Haltung gruselig und unpolitisch – aber ich bin ziemlich überzeugt davon, dass in der Anhängerschaft der LINKEN genau sowas ankommt.²

² Nebenbei: auch das Scheitern der Koalitionsverhandlungen in NRW lässt sich genau so deuten – der LINKEN ist es nicht wichtig, verantwortlich zu handeln, sondern es geht darum, nicht vom rechten Pfad abzukommen – um keinen Preis, selbst wenn dafür der Spott darüber ertragen werden muss, Wulff ermöglicht zu haben.

Und: Ja, mir ist bewusst, dass auch mit den Stimmen der LINKEN eine Mehrheit für Gauck im dritten Wahlgang nicht drinne gewesen wäre, und dass der erste und zweite Wahlgang ohne linke Kandidatin hinsichtlich der CDU/CSU/FDP-Gauck-Stimmen anders ausgefallen wäre – trotzdem bestand die Möglichkeit, dass zwei oder drei mehr CDUlerInnen auch im dritten Wahlgang für Gauck gestimmt hätten – und dann wäre ein anderes Abstimmungsverhalten der LINKEN als „Enthaltung“ überaus relevant gewesen. Die Enthaltung hat hier tatsächlich deutlich gemacht, dass das Ergebnis der Wahl der LINKEN „egal“ war.

Vielleicht ist es hilfreich, sich das bei den nächsten Debatten mit der LINKEN vor Augen zu halten – vielleicht auch im Vorfeld der Kraft-Kandidatur in NRW. Ich glaube zwar nicht – auch wenn ich rumgespottet habe – dass die LINKE heimlich einen CDU-Kandidaten oder eine CDU-Kandidatin mit wählt. Aber das Argument der politischen Verantwortung wird in der Minderheitenregierung nicht ziehen – nur wenn die Sache selbst ganz richtig ist, werden linke Stimmen möglich, denke ich. Auch wenn das ein „konsequent in den Untergang“ bedeuten mag.³

Alle zufrieden?⁴ Nein, ich bin es nicht, und ich glaube, dass ich damit nicht allein bin. Denn ein bisschen etwas von Theater hatte der ganze Monat Juni schon. Vom Volksfreudentaumel um Gauck bei aufrechten Grünen und SozialdemokratInnen bis hin zur Inszenierung des Nicht-Miteinander-Redens: all das trägt nicht dazu bei, Politik vernünftiger zu machen. Jörg Rupp hat ein bisschen was dazu geschrieben, wie schizophren Politik sein kann, wenn mit festem Blick auf das Parteirobotertum auf der eigenen Seite der anderen Seite genau dieses vorgeworfen wird. Da geht's weder um Gesinnungs- noch um Verantwortungsethik, sondern darum, den Spin der diskursiven Lage zu verändern. Überhaupt wurde selten deutlicher als bei dieser pompös gestalteten Wahl, wie sehr es in der Politik darauf ankommt, Gelegenheitsstrukturen zu konstruieren und Optionsräume zu verkleinern. Wahrscheinlich ist das schon eher Go als Schach.

Unzufrieden bin ich auch, weil ich glaube, dass es letztlich sehr viel wichtigere Dinge als die Wahl eines Bundespräsidenten gibt. Vielleicht

³ Und noch so ein Nebenbei: was auch stimmt, ist die Tatsache, dass es wohl vorher kaum zu Gesprächen gekommen ist, zwischen den Parteien – dass dann hinterher im Verlauf der Versammlung kurz vor dem dritten Wahlgang wieder einzuholen und halt zu hoffen, lässt auf ein seltsames Bild der jeweils anderen Partei schließen. Denn auch die unterliegt ja denselben Prozessen der Schließung von Optionsräumen und der Schwierigkeit, von einer einmal vorgegebenen Richtung – gerne unter dem Etikett der Geschlossenheit einprogrammiert – abzuweichen.

⁴ Eine interessante Frage ist natürlich, ob die FDP sich durch das Ergebnis in irgendeiner Weise glücklicher fühlt – Westerwelle gerierte sich als treuer Parteisoldat der Union, ob das so gut zu einer im Sturzflug befindlichen angeblich liberalen Partei passt, sei dahingestellt.

Politische Fragen

wäre es (auch wenn das jetzt ein bisschen nach der LINKEN klingt) besser gewesen, wenn SPD, GRÜNE und LINKE den Wahlakt boykottiert hätten. Auch dann hätte Merkel ihren Kandidaten durchsetzen können – allerdings um den Preis, dass das inhärent undemokratische an Parteien und die seltsame Konstruktion des Amtes sehr viel deutlicher sichtbar geworden wären.

Warum blogge ich das? Als noch relativ unsortiertes Nachdenken darüber, was da eigentlich heute und in den Wochen davor passiert ist.

Die taz fragt: Müssen Linke bio essen?

Di., 10. August 2010 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft



Ist diese Karotte links?

Die *taz* macht jeden Woche so einen „Streit der Woche“, und sucht dafür natürlich immer kontroverse Themen. Heute heißt es Müssen Linke bio essen?. Gute Frage, wie ich fand – bis ich näher darüber nachgedacht habe und festgestellt habe, dass die Frage eigentlich falsch gestellt ist. Und das hat etwas mit der Gründung der Grünen zu tun.

Kurze Rückblende in die siebziger Jahre. Mal abgesehen, dass ich da zur Welt komme (1975), finde ich dieses Jahrzehnt auch aus anderen Gründen interessant: da formiert sich nämlich die moderne Friedens- und Umweltbewegung und wird letztlich auch zur Partei DIE GRÜNEN (1979/80) (und die *taz* ...). Ein wichtiges Element in dieser Bewegung und in der sich gründenden Partei ist die „Neue Linke“, also eine Abkehr vom dogmatischen Sozialismus (Stichwort 1968er und so). In der Partei, aber auch in diesen Bewegungen kommt – ganz verkürzt gesagt – die Vorstellung eines „neuen Lebensstils“ zusammen, der für die Indu-

strieländer notwendig ist (später wird daraus das Nachhaltigkeitskonzept). Soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit müssen zusammengehen. Und damit kommt etwas Neues ins Spiel, das weder in der sozialdemokratischen Traditionslinie, die an der Umwelt nur interessiert hat, ob die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet einen blauen Himmel sehen können, noch in der dogmatisch-sozialistischen Linie (wo Umwelt irgendwo zwischen Nebenwiderspruch und „sowjetische AKWs sind gut, westliche AKWs sind böse“) eine Hauptrolle gespielt hat.

Jetzt, in der damals neuen „grünen“ Bewegung, kommt beides zusammen. Auch das hat historische Vorbilder (Stichwort: Lebensreform, so irgendwo zwischen 1880–1900–1920er Jahre). In der neuen Inkarnation ist der „neue Lebensstil“ in seiner Bewegungs- und Parteiform zudem mit massiven Heterogenitäten konfrontiert: in der neuen Partei sammeln sich zunächst mal machtbewusste Menschen aus den K-Gruppen, denen Umwelt so wichtig auch nicht ist ebenso wie naturschützende Blut- und Boden-Konservative, für die Umweltschutz und „Lebensschutz“ in eins fällt. Hier kommen sozialdemokratisch-protestantische AsketInnen aus der Friedensbewegung mit Menschen zusammen, die aus dem „neuen Lebensstil“ ein mit Leib und Seele gelebtes Öko-Projekt machen wollen (und aus deren Projekten zum Teil die heutigen Naturkostgiganten entstanden sind – ich fand hier den Selbstdarstellungsprospekt des Naturkosthändlers „Rapunzel“ zum 30-jährigen sehr interessant). Dieses Amalgam findet sich unter dem Banner „ökologisch – sozial – basisdemokratisch – gewaltfrei“ wieder.

Ein paar Jahrzehnte vorwärts: in den 1990er Jahren wurde mir dieses grüne Alleinstellungsmerkmal so richtig bewusst, als ich – in der damals sehr alternativen Grün-Alternativen Jugend (GAJ) aktiv – mit den lokalen JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL; ebenfalls heterogen zwischen linksliberal und neomarxistisch) über eine Zusammenarbeit verhandelte. Für ein paar Jahre gab es eine gemeinsame Gruppe GAJ/JD/JL in Freiburg – aus der Zeit heraus bin ich übrigens auch Mitglied der JungdemokratInnen. Jedenfalls: die Grün-Alternative Jugend bildete jenseits der Politik ihre Identität irgendwo zwischen Hanf (nicht

mein Ding), Vegetarismus (schon eher), Hippietum und Jugendumweltbewegung, tage in Waldorfschulen und machte bei Aktionen gegen den Autoverkehr mit. Für JungdemokratInnen war es dagegen überhaupt keine Frage, zur Delegiertenkonferenz ins sozialistische Tagungszentrum in Oer-Erkenschwiek mit dem Auto anzureisen (oder auch zum Camp ...) und lieber über Solidarität zwischen den sozialistischen Bruderländern und den Kampf der Arbeiter(innen?) zu reden als über so was Seltsames wie Ökologie. Die Frage eines Kollegen aus der JD/JL in dieser Zeit, warum ich den ein Problem mit dem Auto hätte, und dass es ja wohl wichtigeres gäbe, irritierte mich ebenso sehr wie den meine Antwort mit Verweis auf die Grenzen der planetaren Tragfähigkeit, und dass es ja wohl nichts Wichtigeres geben könne.

Aus dieser politischen Biographie heraus liegt der Fehler in der Frage, die die *taz* stellt, genau da. Natürlich essen traditionsbewusste Linke nicht bio, und schon gar nicht vegetarisch. Der Prototyp dafür ist heute vermutlich in den Gewerkschaften zu finden. Menschen, die bio essen, müssen – selbst wenn sie's nicht nur aus Gesundheitsgründen tun, sondern schon den (naturalen wie sozialen) Herstellungsprozess im Blick haben – nicht unbedingt links sein. Warum auch?

Womit wir am Schluss nochmal bei den Grünen wären. Idealtypisch ist das nämlich immer noch die Partei, in der beides zusammenkommt: das Bewusstsein dafür, dass es eine extreme Abhängigkeit zwischen ökologischen Prozessen und dem Leben von Menschen auf diesem Planeten gibt, und dass „ökologisches Kapitel“ eben nicht beliebig durch anderes ersetzbar ist, und das Bewusstsein dafür, dass weltweit und lokal gesehen Ausbeutungsverhältnisse und Ungleichbehandlungen Menschen an ihrer Selbstentfaltung hindern und nicht zuletzt darum zu bekämpfen sind. Beides kommt in Konzepten wie dem der Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) zusammen: die Feststellung, dass Smog eben nicht demokratisch ist, sondern sich ökologische Risiken sozial ungleich verteilen.

Müssen Linke bio essen? Nicht unbedingt, aber wenn sie wollen, dass sie im 21. Jahrhundert ernst genommen werden, dann wäre Bio-Essen

Politische Fragen

ein Symbol dafür, links zu sein, ohne dabei den Blick für politische Fragen jenseits des Verhältnisses von Kapital und Arbeit verloren zu haben (das ganze ließe sich übrigens auch mit Feminismus statt mit Bio-Essen durchspielen). Oder anders gesagt: wer im 21. Jahrhundert behauptet, links zu sein, aber seinen persönlichen Lebensstil nicht für ein Politikum hält, hat was verpasst.

Warum blogge ich das? Weil mich die Frage durchaus angesprochen hat. Und ich mir auch noch gar nicht so sicher bin, ob das hier meine endgültige Antwort darauf ist. (U.a., weil ich oben noch gar nichts zu Latours politischer Ökologie gesagt habe).

Nachtrag (14.08.2010): Die taz hat mich heute mit einer (von mir verfassten) Kurzfassung dieses Beitrags auf ihrer Streitfragenseite. Lustig finde ich, dass der von mir geseitenhiebt LINKEN-Chef Klaus Ernst ebenso wie ich auf der „Ja, Linke sollten bio essen“-Seite mit einem Kommentar vertreten ist. So ganz überzeugt davon, dass diese politische Haltung auch seiner persönlichen Praxis entspricht, bin ich allerdings immer noch nicht. Eher ärgerlich: dass die taz mir die Binnen-Is (und den Verweis auf die Parallelität zum Thema Emanzipation) rausgekürzt hat. Und natürlich das fehlende „ay“ ...



Der schmale Grat der SPD

21. September 2010 – Politik und Gesellschaft

Irgendwann ist dann die SPD aufgewacht und hat festgestellt, dass diese komische Kellner-Partei ihr bedrohlich nahe rückt, in den Umfragen. Was also tun? Am besten nach der Butter schnappen, die auf dem Tablett der grünen Kellner liegt. Da ist zum Beispiel das Thema Volksentscheid. Was SPD-Chef Gabriel hier völlig richtig sagt: Es wäre längst an der Zeit, mehr direkte Demokratie auch auf Bundesebene zuzulassen.¹ Schön und bequem aber auch, dass er den schwarzen Peter hier der Bundesregierung zuschieben kann. Überhaupt: es scheint bei der SPD gerade beliebt zu sein, nach Volksentscheiden zu rufen – beim sozialdemokratischen Wackelprojekt Stuttgart 21, und – wenn

¹ Was mich dabei allerdings auch irritiert: dass es mal wieder nur darum gehen soll, richtig zu erklären, was als richtige Politik erkannt wurde, und Gabriel den Volksentscheid nicht als Partizipationsinstrument, sondern als Druck, Politik zu erklären, begründet.

es ein Thema ist, zu dem die Massen gerade auf die Straße strömen – dann eben auch zum Atomausstieg.

Soweit ok. Dann aber sagt Gabriel in eben diesem oben zitierten Interview auch Dinge, die ich eher haarsträubend finde. Von Volkspartei und Volksentscheid geht's da nämlich zu Volkes Meinung, sprich der beliebten Übung „Sarrazin kritisieren, aber man darf ja mal sagen, dass ...“. Zwischen den Zeilen tun sich hier Abgründe auf in eine Partei nicht der Arbeiterklasse, sondern der verunsicherten Milieus „kleiner Leute“. Und da fallen dem SPD-Chef plötzlich lauter Dinge zur Stärkung der „Sicherheitsgefühls“ ein, bei denen einem das Gruseln kommen kann:

Aber natürlich müssen wir auch fordern. Egal ob Deutscher oder Ausländer: Wer seine Kinder nicht regelmäßig und pünktlich in die Schule schickt, dem schicken wir die Polizei vorbei und der zahlt auch empfindliche Bußgelder – auch dann, wenn er Hartz-IV-Bezieher ist. Wer auf Dauer alle Integrationsangebote ablehnt, der kann ebenso wenig in Deutschland bleiben wie vom Ausland bezahlte Hassprediger in Moscheen.

Volkserziehung durch das großzügige (und großmäulige) Verteilen von Watschn? Bessere Bildung für alle durch Polizei und „empfindliche“ Bußgelder (statt z.B. durch Schulsozialarbeit, bessere Schulen, Stadtteilpolitik, ...)? Die Idee der „Gastarbeiter“ mit Rückkehrzwang im neuen Gewande statt Einwanderungspolitik? Großzügiges Rauswerfen? In der Apologie eines Gabriel-Fanboys bei Twitter klingt das dann so:

„Das Sicherheitsgefühl der Deutschen ist auch etwas, vor dem man Respekt haben muss.“ (Sigmar Gabriel) – Innere Sicherheit ist ein sozialdemokratisches Kernthema, bzw. sollte eines sein. Die „kleinen Leute“ sind auf Sicherheit angewiesen. Regeln und Gesetze gibt es nicht zum Spaß. Die müssen durchgesetzt werden. Ohne Sicherheit bringt Freiheit nichts. Die SPD muss wirklich dankbar sein, dass sie einen Vorsitzenden wie Sigmar Gabriel hat.

Provokation gelungen – aber was da durchschimmert an Glauben an den starken Staat, an die Gefährdung der Öffentlichkeit durch Toleranz und an nicht zuletzt einem seltsamen Rechtsstaatsbewusstsein – also bitte! Natürlich sind Gesetze, die nicht durchgesetzt werden, sinnlos; das macht aber noch nicht jedes Gesetz, nur weil es im formal richtigen Verfahren beschlossen wurde, auch politisch sinnvoll und klaglos mitzutragen!

Wenn ich diese Randbeobachtungen zusammennehme, und meinen Eindruck ein bisschen zuspitze, dann kommt dabei das Bild einer SPD als Partei heraus, die an Volksbegehren und Volksentscheiden eigentlich nur den Populismus von „Volkes Stimme“ gut findet; die noch immer daran zu knabbern hat, vor etwa hundert Jahren vom damaligen bürgerlichen Establishment als vaterlandslose Gesellen bezeichnet worden zu sein, und die in der Krise dann fast schon reflexhaft versucht, patriotischer und volkstreu aufzutreten als sonst wer. Es könnte ihr ja sonst jemand einen Vorwurf machen.

Mit einer gewissen Berechtigung ließen sich sogar Schröders Agenda-2010-Reformen diesem Reflex zuordnen: nur ja die Regierungsfähigkeit beweisen, klar machen, dass „man“ eine richtige Partei ist – also ob das nach über hundert Jahren irgendwer bezweifeln würde. Aber der Minderwertigkeitskomplex scheint tief zu sitzen, so tief, dass es immer dann, wenn es wichtig wäre, schwierig wird, an die verschütteten emanzipatorischen und letztlich auch liberalen Grundströmungen der deutschen Sozialdemokratie heranzukommen. Die setzt dann lieber auf Nummer sicher, auf Sicherheit, auf Einheit, auf Einigkeit, auf Recht – aber selten auf Freiheit.

Zu diesen Reflexen passt es dann auch, wenn die SPD in Nordrhein-Westfalen zur Minderheitenregierung getragen werden musste, und anderswo lieber Stabilität und CDU-Regierende in Kauf nimmt, statt sich für progressive Koalitionen zu öffnen.

Damit sind wir beim zweiten Trauma, dem der späten 1960er und 1970er Jahre, als die progressive Linke dann andere Orte gesucht und gefunden hat, es gar gewagt hat, sich als Partei zu formieren. Das zu

Politische Fragen

überwinden, scheint bei der SPD ein Prozess zu sein, der nur sehr langsam zu einem Abschluss kommt. Und die gesellschaftlichen Veränderungen, die seit den 1970er Jahren stattfinden, scheinen auch noch immer nicht wirklich begriffen worden zu sein, von den SozialdemokratInnen.

Ich glaube nicht, dass die SPD als Partei bald Geschichte sein wird. Als dominante gesellschaftliche Strömung hat sie ihre Blütezeit längst hinter sich; die Wahl in Schweden ist da nur ein i-Tüpfelchen. Ob sie es schafft, sich als Partei, die etwa ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen kann, wirklich neu aufzustellen? Oder schleppt sie sich weiter, öltankergleich?

Warum blogge ich das? Aus Sorge um eine Partei, die wir dann doch zum Regieren brauchen.



Der grüne Boom

24. September 2010 – So grün, so grün

Steffi Lemke konnte vor kurzem verkünden, dass wir nicht nur in den Umfragen Traumwerte erzielen, sondern auch die Schwelle von 50.000 Mitgliedern überschritten haben (bei uns im Kreisverband werden es mit etwas Glück bis Jahresende 200 – auch das eine lange nicht mehr überschrittene Schwelle). Anderswo wird darüber gespottet wird, dass es ja einfach sei, bei einer Partei mit „Wohlfühlthemen“ beizutreten oder diese als Wahloption anzugeben. Überhaupt, alles Besserverdienende.

Dem gegenüber stehen die Ergebnisse einer Befragung der Neumitglieder (für alle Grünen im Wurzelwerk abrufbar). Stärker noch als in der Gesamtpartei – und viel stärker als in allen anderen Parteien – sind dies Menschen mit Hochschulabschluss (zwei Drittel). Zum Vergleich: nur ein Drittel der Mitglieder der SPD haben einen Hochschulabschluss, und jeweils etwas mehr als die Hälfte bei FDP und Linkspartei. Die

meisten der grünen Neumitglieder (ein gutes Drittel übrigens weiblich, überwiegend in den 20ern oder 30ern) geben als Beruf an, Angestellte oder Studierende/SchülerInnen zu sein. Drei Viertel schätzen ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut ein.

Gut gebildet, gute wirtschaftliche Lage – also doch die klientelistische Besserverdienendenpartei nach dem Motto „Bionade für alle“? Nein, es geht um die grüne Zukunftsorientierung, um eine an Themen und Inhalten orientierte Politik und um Glaubwürdigkeit. Um Karriere geht es nur einer Minderheit, und auch beim genaueren Blick darauf, welche Themen gefragt sind, wird klar, dass es mit den „Wohlfühlthemen“ soweit her nicht sein kann. Klima und Umwelt, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechte, Friedenspolitik und Wirtschaft und Arbeit – das sind die Themen, die an der Spitze der Rangliste stehen.

Aber, mag nun jemand einwenden: hochgebildete Menschen, denen die Gesellschaft und die Umwelt wichtig ist – die gehen doch nur in 'ne Partei, weil sie sich dann besser fühlen. Pfuibäh.

Ich weiß nicht, ob an diesem Einwand faktisch etwas dran ist, was also die Motivationen und Beweggründe sind (laut Studie: eine politische Heimat finden, ein Thema voranbringen, Gleichgesinnte zu treffen, aktiv zu werden). Aber selbst, wenn es so wäre, dass es allein darum ginge, sich besser zu fühlen, weil man oder frau für das Gute eintritt – was wäre denn schlecht daran? Und unterscheidet sich das wirklich von derjenigen, die in der CDU für *law & order* streitet und sich dann besser fühlt, oder demjenigen, der in der SPD für – keine Ahnung, wofür in der SPD gestritten wird – streitet, und sich dann besser fühlt?

Soweit ich meine Mitglieder kenne, sind sehr viele dabei, die fest davon überzeugt sind, dass politisch mit dieser Welt etwas falsch läuft, dass es wichtig ist, für Alternativen und vernünftige Lösungen zu arbeiten – und denen die durchaus auch existenziell bedrohlich wahrgenommene Aussicht einer ganz und gar nicht nachhaltigen Zukunft Motivation genug ist, Parteimitglied zu sein.

Vielleicht ist so eine Motivlage weniger unmittelbar als der Kampf für den Erhalt des Alten oder für die eigene soziale Sicherheit. Diese

existenzielle Begründung des politischen Engagements ist abstrakter – aber damit vielleicht auch besser, weil es letztlich um langfristige Wertfragen geht, und nicht um kurzfristige Vorteile. Ich würde sagen: in gewisser Weise die Anti-FDP.

Besserverdienende? Wohlfühlthemen? In-Partei? Oder einfach die Erkenntnis, dass es möglich ist, konsequent für die Sache zu kämpfen und am Ende trotzdem Kompromisse zu schließen. Das ist möglich, weil wir wissen, um was es uns geht, und warum wir an Regierungen beteiligt sein wollen – auch wenn das manchmal unbequem ist (und natürlich nicht in jedem Fall so funktioniert, wie es ideal wäre).

Übrigens: die überwiegende Zahl der grünen Mitglieder ordnet die Grünen links von der SPD ein. Jeweils etwa 40 Prozent sehen sich in der Partei als Linke oder als Mitte – nur wenige wollen Parteirechte sein. Auch dass ein Indiz dafür, dass – egal wie bionadebürgerlich der Habitus sein mag – gesellschaftliche Solidarität für ganz viele Grüne ein wichtiger Wert ist. Wenn der Begriff nicht so inflationiert wäre, würde der Untertitel „Die Nachhaltigkeitspartei“ es treffen, denke ich – in allen Gerechtigkeitsdimensionen von Nachhaltigkeit. Und das ist, soweit ich das sehe, noch immer ein Alleinstellungsmerkmal.

Warum blogge ich das? Eigentlich, weil ich ein bisschen was Böses über die Grünen sagen wollte, so zur Abwechslung. Was mir aber nicht gelungen ist. Die Beschimpfungen müssten jetzt also in den Kommentaren nachgeholt werden.

Sieben Fragen zu Stuttgart 21 und anderem

1./10. Oktober 2010 – Politik und Gesellschaft

Im Lauf des Tages sind mir einige Fragen und nachforschungswürdige bzw. nachdenkenswürdige Punkte – z.T. auch Gerüchte – gekommen, die mehr oder weniger direkt mit Stuttgart 21 zusammenhängen. Die habe ich hier mal aufgeschrieben. Kleiner eingefügt der aktuelle Stand des Wissens aus den Kommentaren und meinem Twitterfeed, 10.10.10.

1. Auf Twitter kursiert ein Schreiben des Eisenbahnbundesamtes, das so verstanden werden kann, dass die Baumfällaktion gestern Nacht illegal war, da einige naturschutzrechtliche Vorbedingungen – u.a. die Sicherung lokaler Populationen des Juchtenkäfers, was auch immer das ist – nicht eingehalten worden sind. Das Ganze kann ein Skandal oder ein elaboriertes Fake sein. Zumindest der Briefkopf ist echt: die dort genannte Monika Kaufmann steht mit identischem Briefkopf auch auf anderen Planfeststellungsschreiben. *Hat mal jemand direkt beim Eisenbahn-Bundesamt nachgefragt? Und wenn es echt wäre: was ist der tatsächliche rechtliche Gehalt?*

Das Schreiben war wohl echt, es gab angeblich vor dem Abholzen auch noch Gespräche zwischen Bahn, Bauleitung und EBA, mit dem Ergebnis, dass dann das Abholzen erlaubt wurde. Genaueres ist unklar, Protokolle dieser Gespräche scheint es nicht zu geben. Allerdings wurde das Schreiben nicht an das Verwaltungsgericht weitergeleitet, dem ein Antrag auf einstweilige Verfügung des BUND vorlag – dies wurde vom Verwaltungsgericht inzwischen gerügt. Und der Einsatzleiter der Polizei musste von sich aus im Ministerium nachfragen, was es mit dem ihm über den BUND zugänglich gemachten Schreiben auf sich hat. Für den restlichen Baumbestand gibt es inzwischen eine strafbewehrte Verfügung des EBA, keine Bäume einzuschlagen, bis die Naturschutzfragen geklärt sind – und der Juchtenkäfer ist zum Volkshelden geworden.

2. Gestern kursierten wilde Gerüchte über *Schwerverletzte* - und einige Male auch über Tote – über Twitter. Gibt es irgendwo verlässliche und nachgeprüfte Angaben dazu?

Tote gab es definitiv keine, aber zwei Personen mit erheblichen Augenschäden durch den Wasserwerfereinsatz, die derzeit mit dem Erblinden kämpfen (Dietrich Wagner und Daniel Kartmann).

3. Was ist dran an den Aussagen, dass die Abholzfirma aus Rechts Wahlkreis kommt, dass ein Tunnelbohrunternehmer der CDU im letzten Jahr 70.000 € gespendet hat usw. – wie sehen die finanziellen Netzwerke aus, die dieser Partei jede Vernunft rauben? *Cui bono?*

Beides scheint zu stimmen, ob es hier kausale Bezüge gibt, ist umstritten. Insgesamt kommt in den letzten Tagen immer mehr ans Licht, wie sehr Stuttgart 21 in verschiedene Wirtschaftsinteressen eingebunden ist. Neben den diversen Bauaufträgen geht es dabei vor allem auch um Immobilien und Grundstücke auf der dann frei werdenden Fläche.

4. Welche Strategie verfolgen Innenminister Rech und Ministerpräsident Mappus? „Abholzen“ mitten in der Nacht plus hartes Durchgreifen gibt es auch in vergleichbaren Situationen, etwa bei Castor-Blockaden. Da steht das ganze aber unter Zeitdruck, der hier nicht direkt gegeben ist. Warum also eskalieren und durch Abholzen der ersten Bäume vollendete Tatsachen schaffen?

Ging es darum, die Protestierenden zu denunzieren (die Steinwürfe in der *Tagesschau*, die unsäglichen Rech-Interviews)? Dann wäre die Strategie erstmal massiv gescheitert – 100.000, die heute Abend friedlich in Stuttgart ihre Wut zeigen, zeigen das ebenso wie das Zurückrudern und Zuweisen der Verantwortung an die ausführende Polizei. Oder geht es darum, zu polarisieren und im März als harter Macher dazustehen? Dazu auch dieser NTV-Kommentar. Eine Alternativinterpretation: Technokraten ohne Durchblick, denen die Macht der neuen Medien in die Quere kommt?

Politische Fragen

Die Strategiefrage scheint mir bis heute nicht geklärt. Einen gewissen Einblick in die Hintergründe in der örtlichen CDU gibt diese FAZ-Reportage, zudem gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Polizeiplanung eher chaotisch war. Hinsichtlich der bundesweiten Akzeptanz zeigen derzeit alle Umfragen eine deutliche Ablehnung des Vorgehens – und entsprechende Umfragewerte für die Parteien. Einen Hinweis auf die Strategie „jetzt Tatsachen schaffen“ sind die im Rahmen der Debatte um die Schlichtungsgespräche gemachten angeblichen Zugeständnisse und auch auf die Bedeutung des Grundwassermanagements, für das die Bäume abgeholzt wurden, für das Gesamtprojekt.

5. Bündnis 90/Die Grünen sind – anders als die SPD – von Anfang an mit dem Protest gegen Stuttgart 21 verbunden. Damit lastet aber auch eine große Verantwortung auf uns – wenn die Wahl im März tatsächlich zu einer Volksabstimmung über die Regierungspolitik wird, dann ist jedes Prozent mehr mit großen Erwartungen verknüpft. *Wie können wir dem gerecht werden, ohne nicht erfüllbare Hoffnungen zu schüren? Was kann noch gerettet werden – und was ist, wenn bis März kein Baustopp erreicht ist?*

Die Tatsache, dass wir weiterhin klar sagen, dass das Ziel ein Ende von S21 ist, dass aber nicht versprochen werden kann, dass wir das tatsächlich erreichen, sorgte in den letzten Tagen für hitzige Debatten, die im Vorwurf gipfeln, dass Grüne umfallen würden, schwarz-grün vorbereiteten (!) und überhaupt unredlich seien. Mein Kommentar dazu ist eher der, dass es gut ist, dass wir ehrlich bleiben, auch wenn die Umfragen mit inzwischen über 30 Prozent (!) Grün für BaWü die eine oder andere Verlockung in die andere Richtung enthalten.

6. In dem sehr guten Text „Ohnmacht, Wut und repräsentative Demokratie“ verknüpft Felix Neumann die *Proteste gegen Stuttgart 21 mit der Idee, dass das repräsentativdemokratische System sich in einer tiefen Krise befindet: die parlamentarische Mehrheitsfindung und die „Paketwahl“ gerät unter massiven Rechtfertigungsdruck. Stimmt diese Analyse – und was könnten machbare Alternativen sein?*

Einen interessanten Kommentar dazu hat Christian Rath in der Wochenendstaz veröffentlicht. Und auch die 50.000 in München (Anti-Atom-Menschenkette) und 150.000 in Stuttgart (S21) an diesem Wochenende zeigen m.E., dass die Frage nach angemessenen politischen Beteiligungsformen in der Luft liegt.

7. Ein bisschen anders ausgedrückt: die Bevölkerung in Baden-Württemberg ist (mehrheitlich?) viel weiter als die Landesregierung. Es ist ein großer Wunsch da, Dinge nicht mehr einfach hinzunehmen, sondern sich zu beteiligen. Vor Ort geschieht dies – kollidiert aber mit einem Politikstil des Von-oben-Durchregierens.

Ich kann mir vorstellen, dass es letztlich *diese* „Politikstilunzufriedenheit“ sein könnte, die im März wahlentscheidend wird. Ich weiß nicht, ob diese auch eher aus dem Bauch heraus kommenden Überlegungen stimmen – aber wenn das die Stimmung im Land trifft, dann brauchen wir im Wahlprogramm – und erst recht in potenziellem Regierungshandeln nach der Wahl – einen ganz starken Schwerpunkt im Bereich partizipativerer, offener und transparenterer Prozesse des politischen Handelns. Dazu gehört das klassische Thema direkte Demokratie, dazu gehört aber auch die Frage, wie beispielsweise eine Planung wie die von S21 ergebnisoffen und partizipativ gestaltet hätte werden können. Oder, um ein anderes Thema zu nennen: wer sind die Stakeholder, und wie werden die einbezogen, wenn es um die Weiterentwicklung der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg geht? Mag jetzt erstmal nicht nach Zusammenhang aussehen, ist für mich aber – im Blick auf den Politikstil, das Demokratieverständnis und das Menschenbild – dasselbe in grün.

S.o. zu Nr. 6 – ich bin weiterhin überzeugt davon, dass die Frage, wie ein Politikstil aussehen kann, der Menschen mitnimmt und beteiligt, ohne sie zu überfordern (bzw. überzogene Ansprüche hinsichtlich des politischen Engagements stellt), zentral für diesen Wahlkampf werden wird – und hoffe, dass wir Grüne da eine überzeugende Antwort geben können und werden, als klare Alternative zum autoritären Durchregieren der CDU.



Der Weg von der Idee ins Programm

8. Oktober 2010 – So grün, so grün

Nachdem auf Twitter gerade darüber diskutiert wird, wie das mit der ganzen innerparteilichen Struktur bei Bündnis 90/Die Grünen so aussieht, und meine Antwort neben diesem Bild eigentlich nur ist: *vielfältig*, weil jeder Kreis- und Landesverband in gewisser Hinsicht seine eigenen Gepflogenheiten (Satzungsautonomie!) hat, und weil es viele verschiedene „Machtzentren“ gibt, doch noch mal ein paar Worte mehr zu der Frage, wie eine politische Idee vom Mitglied ins Programm wandert. Dafür sind sechs Schritte wichtig:

1. Der Beschluss über das Programm für eine Wahl fällt auf dem Programmparteitag der jeweiligen Ebene; spricht: das Landtagswahlprogramm wird auf einer Landesdelegiertenkonferenz bzw. auf einer Landesmitgliederversammlung beschlossen, das Bundestags- und das nationale Europawahlprogramm auf einer Bundesdelegiertenkonferenz.

2. Programmparteitage sind ernsthafte Arbeitsparteitage – es gibt einen Entwurf, zu dem es haufenweise Änderungsanträge gibt. Viele davon werden in Vorbesprechungen zum Parteitag eingearbeitet, andere werden per Abstimmungsverfahren rausgeworfen oder übernommen. Zum Teil sind auch bereits im Entwurf strittige Punkte markiert, über die dann alternativ abgestimmt wird. Letztlich heißt das: der Entwurf (dazu gleich mehr) steht zwar vor dem Parteitag, und wird diesen insgesamt auch überleben – in Details und einzelnen politischen Forderungen kann sich auf dem jeweiligen Parteitag aber noch einiges tun. Per Mehrheitsbeschluss, aber noch häufiger in der Deliberation der jeweiligen Antragskommissionen mit den AntragstellerInnen.

3. Formal kommt eine Idee damit ins Programm, indem sie entweder Teil des Entwurfs ist (dazu gleich mehr), oder aber auf dem Parteitag als Änderungsantrag eingereicht wird. Änderungsanträge können gestellt werden von den jeweiligen Vorständen, von Kreis- und Ortsverbänden, von Arbeitsgemeinschaften, aber auch von – je nach Ebene – zehn bzw. zwanzig Einzelmitgliedern. Konkretes Beispiel: um einen Änderungsantrag für das derzeit diskutierte Landtagswahlprogramm Baden-Württemberg zu stellen, müsste ich entweder meinen Kreisverband davon überzeugen oder aber neun andere grüne Mitglieder aus Baden-Württemberg.

4. Wichtig ist also der Entwurf. Dieser wird federführend vom Landes- bzw. Bundesvorstand erstellt. Faktisch heißt das – wiederum am Beispiel des Landtagswahlprogramms Baden-Württemberg – dass vom Landesvorstand aus eine Programmkommission eingerichtet wird, in der VertreterInnen des Landesvorstands und der Landtagsfraktion sich über die Struktur einigen. Die meisten Texte werden von Landtagsabgeordneten und deren MitarbeiterInnen geschrieben – auch, weil da die professionellen FachpolitikerInnen sitzen. Letztlich beschließt der Landesvorstand darüber, wie der Entwurf aussieht, der dem Landesparteitag zur Abstimmung vorgelegt wird.

5. Auch die Entwurfsphase hat schon deliberative Elemente. Traditionell sind das Programmkonferenzen, auf denen offen über einen Vorentwurf gesprochen wird. Seit einiger Zeit kommen auch netzbasierte Diskussionen dazu (dieses Jahr gab es z.B. eine mehrwöchige Debatte im „Wurzelwerk“ über den Landtagswahlprogrammwurf). Der Entwurf ist dabei immer noch nicht öffentlich, diese Vordebatten geschehen parteiintern. Daneben gibt es, hmm, *Stakeholder*-Gespräche, um's mal so auszudrücken. Zum Beispiel aus den Landes- bzw. Bundesarbeitsgemeinschaften heraus mit den jeweiligen Fachabgeordneten. Oder von einzelnen Leuten, die ein Thema besonders wichtig finden, und die bereits im Vorfeld versuchen, dieses in den Entwurf hineinzukriegen, indem sie mit dem Landesvorstand, mit Fachabgeordneten oder mit der Programmkommission Kontakt aufnehmen. Beispielsweise habe ich als Sprecher der BAG Wissenschaft relativ ausführlich mit Theresia Bauer, unserer Fachabgeordneten für den Bereich Hochschulpolitik, über den Vorentwurf für diesen Programmteil gesprochen. Ähnliche Gespräche gab es mit Campusgrün. Ebenso gibt es in dieser Phase – vom Entwurf zum Leitantrag – meistens noch redaktionelle Überarbeitungen.

6. Der vom Landes- bzw. Bundesparteitag verabschiedete Entwurf für das Landtags- bzw. Bundestagswahlprogramm wird dann zur Grundlage für den Wahlkampf. Das Ganze sind Texte mit 70 bis 150 Seiten. Was davon als Botschaft im Wahlkampf auftaucht, ist wiederum Ergebnis eines Selektionsprozesses durch den Landesvorstand und durch die SpitzenkandidatInnen, oder auch durch eine vom Landesvorstand eingerichtete Wahlkampfkommission. Beispielsweise gibt es oft eine Kurzfassung, die aus hundert Seiten Forderungen die zehn wichtigsten rauspicks. Es fallen Entscheidungen darüber, welche Themen plakatiert werden. Der Einfluss als Mitglied auf diesen Selektionsprozess ist marginal – klar, es besteht die Möglichkeit, mit dem Vorstand zu sprechen – aber letztlich entscheidet dieser. Ein bisschen Einfluss gibt es, weil schon die Struktur des Programms nahelegt, was zentrale Themen

werden – etwa, indem bestimmte Punkte als Leitprojekte o.ä. gekennzeichnet sind. Und schließlich kann ein Mitglied im Rahmen des örtlichen Wahlkampfs natürlich – z.B. in einem Kreisvorstand – darüber entscheiden, ob bestimmte Plakate verwendet werden oder nicht.

Das Ganze hat natürlich auch eine zeitliche Dimension: die Landtagswahl ist im März 2011, der eigentliche Wahlkampf beginnt im Januar oder Februar, das Programm wird Anfang Dezember beschlossen, der Entwurf ist jetzt finalisiert, die Programmkonferenz dazu fand im Juli statt, die ersten Entwürfe für den Entwurf gab es wohl im März 2010 – also mit gut einem Jahr Vorlauf. Es kommt also auch drauf an, langfristig abzuschätzen, was die zentralen Wahlkampfthemen sein werden.



Aber nochmal zur Ausgangsfrage: wie kommt die Idee ins Programm? Entweder, weil sie schon vorher drinstand (auch für den Entwurfstext des Programms werden natürlich alte Programme, Beschlüsse, Fraktionspapiere usw. herangezogen), also weil die Idee längst Bestandteil eines „Grundkanons“ war. Wenn es vorher schon Debatten und Beschlüsse

über eine Idee gegeben hat (z.B. im Rahmen von Positionspapieren, die auf „normalen“ Parteitag verabschiedet wurden), ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Idee es ins Programm schafft, schon einmal sehr viel höher, als wenn die Idee „plötzlich“ da ist und bisher kaum in der Partei diskutiert wurde. Und dann müssen entweder diejenigen, die den Entwurf schreiben, schon der Meinung sein, dass die Idee wichtig genug ist, um in das Programm aufgenommen zu werden – oder aber es muss, notfalls bis zur letzten Minute, d.h. der Abstimmung auf dem Parteitag – darum gekämpft werden, den Entwurf entsprechend zu ändern.

Beides ist wiederum voraussetzungsreicher, als es zunächst aussieht: Mehrheiten auf dem Parteitag hängen nicht nur von guten Reden, Argumenten und der Tagesform der RednerInnen ab, sondern auch davon, vor dem Parteitag schon (hybride) Bündnisse geschmiedet zu haben, die die Idee tragen, und dazu beitragen, andere von deren Wichtigkeit zu überzeugen. Hinter jeder Änderung des Programmentwurfs steckt letztlich ein Netzwerk, das versucht, noch unentschlossene Delegierte mit hineinzuziehen.

Aber auch die Frage, wann eine ProgrammautorIn findet, dass eine Idee wichtig genug ist, um ins Programm aufgenommen zu werden, ist voraussetzungsreich. Beispielsweise steht im Programmentwurf für die Landtagswahl eine Ablehnung von Studiengebühren drinne (gestritten wird noch über „grundsätzlich gebührenfrei“ oder „gebührenfrei bis zu Zeitpunkt X“). Das dass da so steht, ist nicht selbstverständlich, sondern hat etwas mit Studiprotesten, Beschlüssen mehrerer Parteitage, Anhörungen im Landtag und einer übergreifenden Meinungsbildung zu tun – eingebunden wiederum in ein ganzes Netzwerk argumentativer Abhängigkeiten (von grünen Grundwerten bis zum Haushalt).

Fazit: Um eine Idee ins Programm zu bringen, ist es notwendig,

- schon lange vor dem entsprechenden Programmparteitag eine parteiinterne und gerne auch öffentliche Debatte über die Idee anzustoßen,

- Banden zu bilden (na gut, Bündnisse zu schmieden),
- wichtige Personen davon zu überzeugen.

Alternativ ist es auch möglich, Ideen ins Programm „einzuschmuggeln“ – also die Programmkommission bzw. später die Antragskommissionen davon zu überzeugen, dass eine Übernahme dieses einen Halbsatzes an dieser Stelle doch sinnvoll sei. Das kann funktionieren – kann aber auch dazu führen, dass im Programm zwar die Idee X steht (der eine Halbsatz auf S. 42), dass das aber niemand mitkriegt, dass die Idee die Filterungsmechanismen hin zu einem öffentlichen Damit-Werben nicht überlebt (kein Plakat für die Netzneutralität ...), und dass möglicherweise im Wahlkampf von einzelnen KandidatInnen auch ganz andere Dinge geäußert werden. Trotzdem kann auch dieser Weg sinnvoll sein – und sei es, um andere Akteure in der Partei gegebenenfalls auf S. 42 hinweisen zu können.

Ich hoffe, damit ist einigermaßen geklärt, wie die Idee ins Programm kommt – die zweite Frage ist dann, wie das Programm auch zu Politik wird. Und das wäre noch einmal eine ganz eigene Geschichte.

Warum blogge ich das? Weil mich diese Details innerparteilicher Meinungsbildung schon länger beschäftigen. Und weil ich glaube, dass es sinnvoll ist, das Erfahrungswissen in diesem Bereich transparent zu machen.

Unsozial, unfrei, ungerecht: die FDP

29. November 2010 – So grün, so grün

Wenn die SPD nicht mehr weiter weiß, dann gründet sie 'nen Arbeitskreis. Die FDP dagegen haut in dieser Situation am liebsten wild um sich. Das neuste Ergebnis dieses verzweifelten Um-Sich-Schlagens heißt gelb-statt-gruen.de und ist eine Anti-Grünen-Kampagnenseite. Ich bin ja ganz angetan davon, dass die FDP derzeit so wenig eigenes Konzept hat, dass sie's nur im Kontrast zu uns Grünen überhaupt darstellen kann. Noch mehr amüsiert mich aber, dass die Selbstdarstellung auf dieser Website ein ziemlich realistisches Bild der FDP zeichnet – und deutlich macht, warum die Partei out ist.

Bevor ich auf die inhaltlichen Punkte eingehe, eine Bemerkung zum Thema Web 2.0 – da sind zwar optisch schön gestaltete Banner drauf (mich erinnern sie an die derzeitige Optik von gruene.de, ob das Absicht ist, vermag ich nicht zu sagen), und es gibt multimediales Material (d.h. PDFs, ein eingebettetes Video und Links nach dahin und dorthin), aber jegliche Form der Interaktion fehlt. So ist es nicht möglich, auf [gelb-statt-gruen](http://gelb-statt-gruen.de) zu kommentieren – das wäre mutig gewesen, und hätte die Debatte über die dort genannten Punkte vorangebracht. Aber selbst ein „Like it“ fehlt. Oder ein Twitterkanal, RSS – aber für sowas gibt die Kritik an den Grünen wohl nicht genug Material her, und jeden Tag ein „Die sind die Dagegenpartei“ zu lesen, will wohl auch niemand.

Interaktiv mag die FDP es also nicht so sehr; jedenfalls dann nicht, wenn jemand etwas gegen das Vorgebrachte einwenden könnten. Oder gar Tatsachenbehauptungen durch Fakten widerlegen könnte. Und innovativ ist das Ganze auch nicht wirklich. Vielleicht sagt das auch etwas über das Niveau aus, auf dem die „Liberalen“ derzeit politisch agieren. Nun, denn, keine Interaktion, keine Innovation, aber wenigstens Inhalte?

Uns Grünen werden auf der Seite fünf Dinge vorgeworfen: Wir seien teuer; sozialpopulistisch, fortschrittsfeindlich, widersprüchlich und gleichmacherisch.

Gelb statt Grün

DIE GRÜNEN SIND FORTSCHRITTSFEINDLICH

Die Grünen sind teuer.

Würden die Grünen in Regierungsverantwortung kommen, käme das den deutschen Mittelstand und insbesondere Familien teuer zu stehen:

Über 23,5 Milliarden Euro durch ...

- ... die Abschaffung des Ehegattensplittings,
- ... die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze im Rahmen der geplanten Bürgerversicherung,
- ... die Ausweitung der Gewerbesteuer auch auf Freiberufler und
- ... höhere Strompreise durch die unfriedliche Verlegung von Stromleitungen

Gelb statt Grün: Die Liberalen arbeiten für die Mitte unserer Gesellschaft. Wir sorgen dafür, dass Familien entlastet werden, Wachstum nicht abgewürgt wird und gesunde Staatsfinanzen erreicht werden.

Die Grünen sind sozialpopulistisch.

Die Grünen wollen nicht Wachstumskräfte, Eigenversorge und den Arbeitsmarkt stärken, sondern staatliche Umverteilungsmaschinen anwerfen. Sie würden den Steuerzahler noch stärker belasten, nur um anscheinend Umverteilungsmaschinen zu stärken.

Weitere Informationen

- Material
- Gelb statt Grün - Flugblatt (PDF-Datei)
- Gelb statt Grün - Fakten (PDF-Datei)

Die Werbemittel zur Kampagne können Sie [hier](#) über den Online-Shop bestellen.

FDP E-Card "Immer nur dagegen bringt Deutschland nicht voran." [bestellen](#)

E-Card "Jürgen Trittin 2001 zu den Castor-Transporten" [bestellen](#)

Stuttgart 21: Grünen Wahlbetrug nach Hamburger Vorfall
Die Grünen wollen das Projekt "Stuttgart 21" stoppen.
FDP-Geschäftsführer Christian Lindner erwartet eher einen "Handshake nach Hamburg-Vorfall". Dort hätte die Grünen den Stopp des Koalitionsabkommens versprochen, nach der Wahl aber geringfügig ab...

Screenshot gelb-statt-gruen.de

Argument Nr. 1: „Würden die Grünen in Regierungsverantwortung kommen, käme das den deutschen Mittelstand und insbesondere Familien teuer zu stehen.“ – Dann werden eine Reihe von Beispielen aufgelistet, wo Grüne überall „teuer“ sein könnten. Prominenteste Posten dabei sind die Abschmelzung des Ehegattensplittings und die auf der BDK beschlossene Beitragsbemessungsgrenze. Das wir da ran wollen, ist richtig. Was die FDP übersieht: das Ganze hat einen Sinn. So lassen sich Kinder und Familien ganz sicher besser fördern als dadurch, dass die Hausfrauenehe steuerlich privilegiert wird. Und die höhere Beitragsbemessungsgrenze? Ja, die würde für die klassische FDP-Klientel wohl zu höheren Ausgaben führen – mit dem Ziel, das Zweiklassengesundheitssystem nicht auszubauen (wie es Rösler von der FDP macht), sondern solidarischer zu gestalten. Und wir sind so ehrlich, dabei klar zu sagen, dass das für einige Menschen teurer werden wird. (Die Politik der FDP in diesem Punkt macht Gesundheitsvorsorge übrigens auch teurer – aber eben für Menschen mit geringem Einkommen.)

Argument Nr. 2: „Die Grünen sind sozialpopulistisch.“ – Darunter fasst die FDP alle politische Maßnahmen, die Menschen mit geringem Einkommen zugutekommen würden, und die dazu beitragen würden, Armut zu bekämpfen. Höhere Hartz-IV-Sätze, die Kindergrundsicherung, die Abschaffung der Praxisgebühr („Die FDP ist teuer!“) und Überlegungen, Energiesparmaßnahmen so zu gestalten, dass auch ärmere Menschen davon etwas haben – und eben nicht über höhere Strompreise ohne Vermeidungspotenzial eine übermäßige Last tragen müssen. Wenn das „sozialpopulistisch“ ist, dann ist es heute richtig, eine sozialpopulistische Politik zu machen. Ja, wir Grüne sind an diesem Punkt eine linke, solidarische Partei, und das ist gut so! Bei der FDP scheint „Zukunft des Sozialstaats“ dagegen zu bedeuten, die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter aufzumachen, aus dem Wohlfahrtsstaat in einen Almosenstaat umzuschwenken und Lasten ungerechter zu verteilen. Um mich zu wiederholen: mit der FDP in Regierungsverantwortung wird das Leben teurer – für alle, die von Steuersenkungen und Klientenwohltaten nicht profitieren.

Argument Nr. 3 ist mein Lieblingsargument: „Die Grünen sind fortschrittsfeindlich.“ Leggewie hat dazu was geschrieben und hier und im Grünen-Blog steht auch einiges von mir dazu. Warum meint die FDP, wir Grünen seien fortschrittsfeindlich? Weil wir gegen Computer, Mobiltelefone, Gen- und Nanotechnologie seien, und weil wir bestimmte Großprojekte (S21 und Olympia werden hier bunt zusammengeworfen) ablehnen.

Dass Grünen gegen Computer sind, hat 1984 vielleicht noch gestimmt. Heute sind wir die Partei mit dem höchsten Anteil an InternetnutzerInnen (noch vor der FDP). Gentechnik *in der Landwirtschaft* lehnen wir ab – aus guten Gründen. Mobilfunk und Nanotechnologie sind Technikfelder, die negative wie positive Seiten haben, und bei denen wir deswegen Technikentwicklung nicht dem Markt überlassen wollen, sondern auf Technikfolgenabschätzung, Risikoanalysen und politische Regulationsrahmen setzen. Und auch bei den von der FDP genannten Großprojekten sind wir nicht dagegen, weil es Großprojekte sind, son-

dern weil sie unsinnig, teuer und/oder umweltschädlich sind. Die FDP dagegen versteht unter Zukunft „Großprojekte“ (egal, wie diese inhaltlich ausgefüllt werden, nur groooooß müssen sie sein) und unbedingte Forschungsfreiheit. Hier sind wir deutlich weiter: Wir Grüne sind für die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder und Enkel. Und genau deswegen geht es darum, Menschen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, Technikentwicklung zu gestalten und gezielt Forschung zur Lösung der großen Menschheitsprobleme zu fördern.

Argument Nr. 4: „Die Grünen sind widersprüchlich.“ – Nein, wir sind in der Lage, zu lernen und Positionen, die sich als falsch erwiesen haben, aus unserem Programm zu streichen. Wir entwickeln uns weiter. Ein schönes Beispiel dafür ist die gerade angesprochene Ablehnung des Computers, die 1984 gegolten haben mag, heute aber längst nicht mehr Teil der grünen Programmatik ist. Und: wir sind eine diskursive Partei. Wir streiten uns, wir suchen nach dem richtigen Weg – wir sind liberal und tolerant für unterschiedliche Positionen innerhalb der Partei. Andere – zum Beispiel die FDP – sind dagegen stur und scheinen nicht in der Lage zu sein, sich weiterzuentwickeln.

Argument Nr. 5: „Die Grünen sind gleichmacherisch.“ – Nein, wir wollen eine solidarische Gesellschaft. Wir wollen, dass alle die Chance haben, sich zu entwickeln. Wir wollen, dass Freiheit nicht vom Geldbeutel abhängt. Und genau deswegen gibt es viele grüne Konzepte, die böse mit dem Begriff „Einheitsirgendwas“ belegt werden können (die FDP zählt Einheitsschule, -rente, -versicherung, -löhne auf). Aber bei genauerem Hinsehen geht's eben genau nicht darum, irgendwen gleichzumachen. Wir wollen Schulen, in die alle Kinder gehen, ohne dass vorher nach leistungsstark/-schwach sortiert wird. Damit Kinder sich individuell entfalten können. Wir wollen eine Grundrente (dahinter steckt übrigens auch eine Individualisierung) und wir wollen ein Sozialversicherungssystem, bei dem alle mittragen und alle etwas davon haben. Das nennt sich Solidarität und Gemeinschaft – statt Egoismus. Witzig finde ich die „Einheitslöhne“. Entweder meint die FDP damit unsere Forderung, dass gleicher Lohn gleich bezahlt werden soll, egal ob die

Arbeit von Frauen oder Männern getan wird. Oder sie will damit auf die Forderung nach Mindestlöhnen eindreschen – und scheint zu glauben, dass es gut wäre, wenn der Markt für Arbeit keinen Boden hat.¹

Und was wäre hier die Alternative der FDP? „Wir Liberale setzen auf die Wahlfreiheit des Einzelnen. Wir akzeptieren Verschiedenheit als Bestandteil unserer Gesellschaft und des fairen Wettbewerbs.“ – Klingt schön, heißt aber faktisch doch: Alles soll so bleiben wie es ist. Wer die finanziellen und sonstigen Möglichkeit hat, sich zwischen verschiedenen Optionen zu entscheiden, soll dies tun können, und darf dann auch gerne die Solidargemeinschaft verlassen. Wer die Möglichkeiten nicht hat, – naja, schade, aber so ist das eben mit der Leistung. Und wir (die FDP) akzeptieren Verschiedenheit, das heißt auch: Wir ignorieren, dass strukturelle Gründe verschiedenen Menschen und Gruppen ganz unterschiedliche Entfaltungsräume zuordnen. Wir (die FDP) akzeptieren, dass Männer noch immer andere Möglichkeiten haben als Frauen, voranzukommen. Wir (die FDP) akzeptieren, dass Reiche von Haus aus mehr Chancen mitbringen. Wir (die FDP) akzeptieren, dass große Unternehmen auf dem Markt ganz anders agieren können als Kleine, und gerne auch mal Preise diktieren.

Die These, dass Menschen sich individuell entfalten sollen und über ihr Schicksal selbst entscheiden sollen, wird auch von vielen Grünen geteilt. Die implizite Annahme der FDP, dass es ausreicht, Freiheiten zu gewähren, ohne strukturelle Ungleichheiten und materiell unterschiedliche Chancen in den Blick zu nehmen – der sollten wir jedoch heftig widersprechen. Kurz: das, was hier als Gleichmacherei bezeichnet wird, ist die Vorbedingung für Freiheit.

¹ P.S.: Ich habe jetzt doch nochmal in die Langfassung der FDP-Argumente geschaut. Und was meint ihr, was da zu Einheitslöhnen steht? Nein, weder Mindestlohn noch Gender Pay Gap noch die von mir im Kommentar unten vermuteten selbstverwalteten Betriebe der 1980er – die FDP denkt dabei vielmehr an „Die Grünen haben unter anderem für Lehrer Einheitslöhne gefordert. Damit würden sie den Anreiz, sich im Beruf anzustrengen und weiterzuentwickeln, beseitigen.“ – Schön vage (Wann haben wir das gefordert? Und was heißt u.a.?) und ein schönes Beispiel, wieviel Schaum hinter diesen plakativen Dummheiten steckt.

Ich fasse zusammen: FDP-Politik ist teuer für alle, die nicht zu ihrer Klientel gehören. Sie will die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. Großprojekte findet die FDP gut, weil sie groß sind – und da hört ihr Verständnis von Zukunft und Fortschritt auch schon auf. Mit Widersprüchen und unterschiedlichen Meinungen, mit Lernerfolgen in einer Organisation: damit hat die FDP nichts am Hut. Und sie will, dass alles so bleibt, und die, die Freiheiten haben, diese behalten, während die, denen heute die Voraussetzungen dafür fehlen, sich frei zu entscheiden, nicht gefördert werden sollen. Oder, um es auf ein paar Schlagworte zu bringen:

Die FDP ist teuer. Sie ist unsozial. Sie ist blind fortschrittsgläubig. Sie kann sich nicht weiterentwickeln. Und sie will Freiheit nur für wenige. Das ist das Bild, dass die FDP auf ihrer grünen Kampagnenseite von sich selbst zeichnet. Danke schön, FDP!

Warum blogge ich das? Da muss reagiert werden, finde ich. Und hier kann kommentiert werden!

Demokratische Kultur und bürgerliche Negativkampagnen

11. Januar 2011 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün, Zukunftsvisionen

Ohne jetzt nochmal wirklich überall nachgelesen zu haben – die Medienberichte zu gelb statt grün (FDP), die-dagegen-partei.de (CDU) und „niveaulos“ (CSU) sind, so mein Eindruck, in einem einig. Nämlich darin, dass es interessant ist, dass die Union und die FDP sich jetzt die Grünen als Hauptgegner auserkoren haben – und darin, dass die Machart und Wirkungsweise nur auf sehr begrenzte Zustimmung stoßen.



Der Vollständigkeit halber sei auch auf die grüne Auflistung hingewiesen, die das ganze Gerede von der Dagegenpartei aufnimmt: Dagegen braucht's grün bzw. Dafür braucht's grün. Eine gute Zusammenstellung zentraler grüner Positionen (mal den einzelnen Links folgen, da steckt richtig Inhalt dahinter), die klar macht, dass es wenig bringt, kontextlos das Dagegensein zum Hauptmotiv einer Anti-Grün-Kampagne zu machen.

Auch zum Thema „Fortschritt“ bzw. „Fortschrittsfeindlichkeit“ (letztlich ja der gern der Negativkampagnen) ließe sich einiges sagen, samt einiger Seitenhiebe auf die SPD und deren stolz und grundlos mit dem Begriff „neuer Fortschritt“ betiteltem Programmwurf. Aber das lasse ich jetzt mal. Grund meines Postings ist vielmehr die simple Frage

nach der Bürgerlichkeit. Wikipedia verweist bei der Suche nach „bürgerlich“ auf das Bürgertum und referiert dann einige der soziologischen und sozialgeschichtlichen Theorien dazu. Letztlich wird deutlich, dass „Bürger“ hier ein Begriff der Abgrenzung ist – historisch gegen Bauernschaft, Adel und ArbeiterInnen, heute gegen – ja, gegen wen eigentlich? Was kennzeichnet dieses angeblich existierende „bürgerliche Lager“, das jetzt mit Klauen und Zähnen davon überzeugt werden soll, dass es auf gar keinen Fall vom Groß-, Mittel- oder Kleinbürger zum „Wutbürger“ (oder zur „Wutbürgerin“) werden darf, um dann die schlimme Tat des Grün-Wählens zu begehen? Gemeinhin als bürgerlich verstandene Tugenden können es jedenfalls schon einmal nicht sein. Jedenfalls dann nicht, wenn das Niveau der Negativkampagnen, der Westerwelle-Reden oder die politische Haltung der Sarrazin-GutfinderInnen hier typisch sein sollten.

Oder noch einmal anders gefragt: Gibt es tatsächlich sowas wie eine stabile soziale Konfiguration eines „bürgerlichen Milieus“, das eindeutig von anderen sozialen Milieus abgrenzbar ist? Und was war dann noch einmal die „neue Mitte“, wieso wählt die konsum-hedonistische „Unterschicht“ auch gerne mal CDU, und wie konnte es passieren, dass schon seit langem bei SINUS eines der (bürgerlichen?) Leitmilieus als „postmaterialistisch“ beschrieben wird? Zwischen Lebensstil und politischen Wahlentscheidungen gibt es schon seit längerem Divergenzen, eine klare Zuordnung eines politischen Lagers zu einem Milieu wird komplizierter. Angeblich wollte sich ja selbst die CDU schon mal für junge urbane Kreative öffnen, oder so ... auch wenn sie davon inzwischen wohl wieder abgekommen ist. (Und nebenbei bemerkt, widerspricht die Idee einer Volkspartei ja eigentlich auch der Idee einer engen Milieubindung – *you can't have both*).

Meine Vermutung: Die Behauptung, dass es bei diesen Kampagnen darum geht, eine bestimmte soziale Formation an sich zu binden (vulgo: „das bürgerliche Lager“), ist nicht sonderlich stichhaltig. Vielmehr findet das, was wir gerade sehen, auf zwei anderen Ebenen statt. Zum einen geht es um den Konkurrenzkampf zwischen Parteien und

dabei um den Versuch, Grüne klein zu halten – egal, was dafür gerade als Argument herhalten muss, und wie es begründet wird. Das hat etwas damit zu tun, dass sich die Union bisher als mit Abstand meistgewählte Partei mit dem Niedergang der SPD sicher fühlte, und jetzt feststellen muss, dass es zu einer Verschiebung im Parteiensystem kommt, die langfristig den Machterhalt extrem erschwert.

Zum anderen zielen diese Kampagnen darauf, Leitideen im gesellschaftlichen Diskurs zu besetzen, also die Leitkulturdebatte durch die Hintertür. Wahrscheinlich erinnert vieles auch deswegen so an die geistig-moralische Wende der 1980er Jahre Helmut Kohls. Hier aber erscheint mir – um an den Anfang zurückzukehren – das mediale Echo nicht gerade dafür zu sprechen, dass diese leitkulturelle Botschaft diskursiv ankommt. Wenn die Vermutung stimmt, dass die Schlichtung bei Stuttgart-21 etwas gebracht hat, und Menschen, die das bisher nicht im Traum zu denken gewagt haben, jetzt bei Meinungsumfragen angeben, grün wählen zu wollen (ganz egal, ob sie es dann wirklich tun oder nicht) – dann hat die CDU mittelfristig verloren. Denn dann ist bis weit ins „bürgerliche Lager“, in die „neue Mitte“ oder andere Ecken der Gesellschaft hinein die Botschaft angekommen, dass Politik von oben nicht mehr ankommt. Und dann funktioniert das Politikspiel aus Machterhalt, Seilschaften und „fortschrittlichen“ Großprojekten schlichtweg nicht mehr, ohne immer aufs Neue Widerstand zu entzünden. Die Kampagnen der CDU, der CSU und der FDP zielen meines Erachtens genau hierauf: zu verhindern, dass sich auf Dauer ein demokratisches Verständnis von Bürgergesellschaft festsetzt.

Darum, und nicht um 18, 20 oder 25 Prozent bei den nächsten Wahlen geht es.

Warum blogge ich das? Eigentlich wollte ich nur kurz was dazu sagen, dass ich den Begriff des Bürgerlichen als Abgrenzungsbegriff im politischen Raum vor-demokratisch finde. Und dann ist es länger geworden. Jetzt frage ich mich, ob meine Schlussfolgerung stimmt – und was das für evtl. grüne und „bürgergesellschaftliche“ Reaktionen auf diese Negativkampagnen bedeutet. Und ob ich nicht doch noch was über den Fortschrittsbegriff der SPD bloggen sollte.

Der Fortschritt der SPD. Eine Exegese

12. Januar 2011 – Politik und Gesellschaft, So grün, so grün, Zukunftsvisionen

Ich gebe zu: einen Moment lang war ich ziemlich erschrocken, als ich gelesen habe, dass die SPD jetzt auch in Fortschritt machen will. Erschrocken vor allem deswegen, weil ich mir seit geraumer Zeit Gedanken darüber mache, dass es doch eigentlich dringend notwendig wäre, mal eine grüne Debatte darüber zu initiieren, was denn nun eigentlich unser Verhältnis zum Fortschritt sei.

Das Erschrecken hat sich dann allerdings schnell wieder gelegt. Zum einen, weil mir wieder eingefallen ist, dass die SPD und ihr derzeitiger Chef gerne an den Glanz der industriellen Vergangenheit denken, wenn sie vom Fortschritt reden. Und zum anderen, weil sich bei rotstehtungut nicht nur nachlesen lässt, dass die 43 Seiten Programmentwurf eigentlich recht harmlos sind, und weil sich dort auch gleich ein Link zum Entwurf selbst findet, der bei der *Süddeutschen Zeitung* geleakt wurde. Und in dem sich nochmal nachlesen lässt, was die SPD meint, wenn sie einen „neuen Fortschritt“ will. Ach ja: dass es in dem Programmentwurf nicht ums Internet geht, ist nur für SPD-nahe Bestandteile der Netzgemeinde überraschend. Um es mal etwas böse auszudrücken. Aber darum geht es mir nur am Rande.

Teil I. Die Abkehr der SPD vom alten Fortschrittsbegriff

Mich interessiert mehr, was die SPD denn nun unter Fortschritt versteht. Dazu zunächst einmal ein paar Sätze aus der Einleitung des geleakten Entwurfs:

„Die Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen Partei des gesellschaftlichen Fortschritts. [...]

Aber im Gegensatz zu den Liberalen und den Konservativen setzten sich Sozialdemokraten von Anfang an dafür ein, diesen wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zu gestalten und die Früchte des Fortschritts

gerecht zu verteilen. Fortschritt war für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer ein gesellschaftlicher Fortschritt: zu mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität. Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt sollten allen zu Gute kommen: als Befreiung von unzumutbaren Arbeitsbedingungen ebenso wie für einen höheren allgemeinen Lebensstandard und wachsende soziale Sicherheit. [...]

Dieses alte Fortschrittsmodell ist brüchig und widersprüchlich geworden. Es bringt Verunsicherung statt Hoffnung, gerade dort, wo es früher als Versprechen an ganze Generationen gewirkt hat. Der Fortschritt, den wir erleben, ist entkoppelt – von der Verbesserung von Lebensqualität und Einkommen und der Sicherung von Nachhaltigkeit und Mitsprache. [...]

Seit Anfang der 70er Jahre sind die Zweifel gewachsen, ob das bisherige Fortschrittsmodell auf Dauer mit den natürlichen Lebensbedingungen auf der Erde vereinbar ist. Seit Mitte der 80er Jahre haben immer weniger Menschen einen gerechten Anteil am Fortschritt, weitet sich die Kluft zwischen Arm und Reich.“

Soweit sieht das erstmal prima aus: die SPD vollzieht *endlich* die Diskussionen der Neuen Linken und der Öko-Bewegung der 1980er Jahre nach und sieht ein, dass das „bisherige Fortschrittsmodell“, bei dem es nur darum ging, das technisch-wirtschaftliche Wachstum gerecht umzuverteilen, in Frage gestellt werden muss. (Ich muss jetzt nicht dazu sagen, dass diese – damals fehlenden – Einsichten in den 1980er Jahren zur Gründung der grünen Partei geführt haben, oder?)

Auf den folgenden Seiten der Einleitung erklärt die SPD dann noch einmal ausführlicher, dass „Fortschritt in Verruf“ geraten sei, und dass es zwar aus diversen Krisen und Transformationserscheinungen heraus eine massive Kritik am (kapitalistischen) Fortschritt, aber keine Weiterentwicklung des Fortschrittsbegriffs selbst. Das sei Aufgabe der SPD. Zugleich scheint es noch einmal so, als sei die alte sozialdemokratische Partei einsichtig:

„Der Kern des traditionellen sozialdemokratischen Fortschrittsversprechens – die Verbindung von technologischer Erneuerung und wirtschaftlichem Erfolg mit steigendem individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand, sozialer Sicherheit und demokratischer Teilhabe für die gesamte Gesellschaft – erscheint gebrochen.“

Dann jedoch wird es seltsam. BürgerInnen zeigen in der Analyse der SPD drei Reaktionsmöglichkeiten auf den fragwürdig gewordenen Fortschritt. Sie können (konservativ) ihre Privilegien verteidigen, (neoliberal) auf die individuelle Flexibilität setzen oder (klischeehaft grün) pessimistische Ängste äußern. Findet die SPD alles nicht gut, sondern will endlich mal wieder eine positive Haltung zum Fortschritt. (Anders gesagt: alles Fortschrittsfeinde außer Mutti Tante SPD). Das heißt dann so:

„Die für eine dynamische, wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Gesellschaft unverzichtbaren Projekte und Veränderungen werden immer seltener die Zustimmung der Bevölkerung finden, wenn es bei dieser skeptischen Grundhaltung gegenüber der politischen Gestaltungskraft von Fortschritts- und Veränderungsprozessen bleibt.“

Damit meint die SPD zum Beispiel die „skeptische Grundhaltung“ gegenüber Verkehrsprojekten wie „S21“. Nur um das klarzustellen. Gleichzeitig klingt es so ein bisschen nach dem alten Kommunikationsproblem: Die Gesellschaft soll doch bitte endlich einsehen, dass unsere Politik richtig ist, und wenn sie das nicht einsieht, dann stimmt was an der Kommunikation nicht, aber es kann nicht an der Politik liegen. Nein, nein, nein.

Fast schon wieder vernünftig dagegen die Relativierung, die dem Bekenntnis zum Fortschritt folgt. Erst heißt es:

„Wir Sozialdemokraten teilen einen solchen Pessimismus nicht. Wir halten auch weiterhin gesellschaftlichen Fortschritt für notwendig und möglich – national wie europaweit und international. Unsere Gesellschaft bleibt gestaltbar und nichts ist vorherbestimmt. Die Zukunft ist offen.“

Schön daran zunächst mal, dass die SPD inzwischen die grüne Grundeinsicht einer gestaltbaren (und gestaltungsnotwendigen) Zukunft teilt. Ob das dann noch mit dem Begriff „Fortschritt“ sinnvoll zu fassen ist, sei einmal dahingestellt. Auch der nächste Satz klingt richtig grün:

„Allerdings stellen wir uns der Notwendigkeit, das bisherige Fortschrittsmodell zu verändern. Jeder Fortschritt ist neu, aber nicht alles Neue ist Fortschritt. Die unübersehbaren ökologischen Grenzen einer auf Natur- und Rohstoffverbrauch ausgerichteten Industrialisierung zwingen zur Modernisierung unseres Fortschrittsverständnisses.“

Damit wären wir dann endlich bei der Überschrift des Programms angelangt. Die SPD will einen „neuen Fortschritt“, der sich vom alten Fortschritt, dem sie bisher angehangen hat, unterscheiden soll. Darüber, wie dieser neue Fortschritt aussehen soll, will die SPD in einer breiten gesellschaftlichen Debatte reden. Gute Idee! (Allerdings muss natürlich, ein paar Sätze weiter, „sozialdemokratische Politik“ die Richtung des neuen Fortschrittsprojekts bestimmen. Ach so war das mit dem „offen darüber reden“ gemeint ...)

Zwischenfazit: Auch wenn nicht so ganz klar ist, warum eine offene Debatte mit der Gesellschaft notwendig sein sollen, wenn die Richtung des „neuen Fortschritts“ doch von der SPD vorgegeben wird, gibt es zumindest mal ein paar Pluspunkte dafür, dass das Grundproblem des „alten Fortschritts“ (nicht nur der SPD) benannt wird und viele grüne Ideen aufgegriffen werden. Ein gestaltbarer Fortschritt ist besser als ein „größerbesser-neuer-Wachstum-um-jeden-Preis“-Fortschritt, auch wenn bei mir ein semantisches Unbehagen verbleibt: Warum soll dieses Zukunftsprojekt, Politik zu stärken und über gesellschaftliche Entwicklungsziele zu reden, mit dem „Fortschrittsbegriff“ (Fortschritt weg von was?) und seiner inhärenten Eindimensionalität verknüpft werden? Umso mehr interessiert jetzt natürlich, wie die SPD diese große Geste inhaltlich ausfüllen möchte.

Teil II. Worauf überall das Etikett „neuer Fortschritt“ geklebt werden kann

Zunächst einmal werden sieben Adjektive mit dem „neuen Fortschritt“ verknüpft. Dazu gehört eine längere Ausführung zum Thema „qualitatives Wachstum ist vielleicht doch besser als nur wirtschaftliches Wachstum, aber wir tun uns schwer damit, auch wenn wir’s wollen“, ein kleines Bekenntnis zur Nachhaltigkeit, ein klares Bekenntnis zur technischen Lösbarkeit gesellschaftlicher Probleme („Nachhaltigkeit braucht eine dritte industrielle Revolution“ – das Adjektiv heißt „innovativ“), zum sozialdemokratischen Fortschritt gehört natürlich auch „gute Arbeit“ (und „gutes Leben“, wobei das in den Ausführungen auf S. 10 des Entwurfs eigentlich nur in der Überschrift vorkommt, und sonst dann doch wieder auf Teilhabe an Arbeit reduziert wird), dann soll auch der neue Fortschritt unbedingt allen zu Gute kommen („sozial und gerecht“), ein bisschen Europa und „grüne Revolution“ kommt auch noch dazu („Fortschrittsskepsis ist gefährlich angesichts der Milliarden von Menschen, die ihren langen Marsch zu Wohlstand eben erst angetreten haben.“) und schließlich soll das ganze „demokratisch“ ablaufen – gemeint ist damit, Parlamente statt Märkte sollen Entscheidungen treffen, zu weitergehenden individuellen Partizipationsmöglichkeiten keine Ideen auf S. 11.

Upps, langer Satz. Interessanter als die angeklebten Etiketten an den neuen Fortschrittsbegriff der SPD ist das, was nicht dabei steht. Um das nochmal zu betonen: Nachhaltigkeit wird zwar groß geschrieben, aber unter den Vorbehalt gestellt, dass wirtschaftliches Wachstum nur ein bisschen in Frage gestellt werden darf. Eine Debatte über neue Lebensstile oder Suffizienz taucht nicht auf (weder beim „guten Leben“, das eben doch nicht vorkommt, noch bei der Frage, wie globaler Wohlstand eigentlich sinnvoll aussehen kann, wenn er denn nachhaltig sein soll). Leben wird auf Arbeit reduziert, entsprechend Demokratie auf die Frage „Markt oder Parlament“. Hier jedenfalls noch keine Umsetzung des oben noch geforderten gesellschaftlichen Dialogs. Und bei den Innovationen bleibt trotz aller eingangs beschworenen Ideen eines sozialen Fortschrittsbegriffs letztlich doch vor allem die technische Innovation übrig.

Also, viel Richtiges, aber noch viel mehr, was auch richtig und wichtig wäre, wenn es darum ginge, einen grundlegend an Nachhaltigkeit und der Begrenzung der Ressourcen „Fortschrittsbegriff“ (oder irgendein Zukunftsbild) zu formulieren, der zugleich den Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe für alle einlösen soll. Da springt die SPD mir zu kurz (was ja auch gut ist, weil sich damit schon eine erste Unterscheidung zum Original vieler dieser Ideen ergibt).

Die restlichen 30 Seiten des Programmentwurfs füllt die SPD dann mit einer Konkretisierung dieser Ideen. Auch da ist es mindestens so interessant, zu sehen, was nicht unter dem Etikett des „neuen Fortschritts“ aufgeführt wird, wie das, was laut SPD dazugehört. Die mit dem „neuen Fortschritt“ verbundenen „neuen Wege für Deutschland“ der SPD sind – und hier hängele ich mich einfach mal an den Überschriften lang – auf sechs große Punkte verteilt. Und da macht schon ein Blick auf die Reihenfolge und den Umfang deutlich, wo die SPD ihre Kernkompetenzen gerne sehen würde.

1. „Neuer Fortschritt“ wird mit „Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung“ in Verbindung gebracht, auf sieben Seiten geht es um „nachhaltige Investitionskonjunktur“ (hieß früher „Wachstum“), um die Struktur des europäischen Binnenmarkts, um die Währungskrise und die Finanzmärkte und um etwas, was die SPD „intelligente Industriepolitik“ nennt. Gemeint ist mit letzterem: Vollbeschäftigung, ein Verbleib der gesamten industriellen Produktionskette in Deutschland, die Förderung von Nachhaltigkeitstechnologien als Wirtschaftsfaktor. Ja, sogar „Rohstoffpipelines“ (und als Gegenstück dazu „qualifizierte Fachkräfte“ und eine „Forschungslandschaft“) werden erwähnt – kurz: der fordistische Traum mit einem grünen Mäntelchen. (Dienstleistungsgesellschaft, war da mal was?) Ach ja, noch ein Punkt: das Ganze, die europäische und deutsche Wirtschaftspolitik als Industriepolitik soll natürlich gewerkschaftlich-korporatistisch ausgedeutet werden. Bei der SPD: „Ein Fortschrittskonsens braucht Wirtschaftsdemokratie.“ Da geht’s zwar auch um die Förderung von Genossenschaften, vor allem aber um gewerkschaftliche und betriebsratliche Mitbestimmungsrechte. (Sagte da

jemand was von Schröders Deutschland-AG? Und seit wann ist die für ihre Abteilung „gesellschaftlicher Fortschritt“ bekannt?)

2. Das zweite SPD-Thema ist „Gerechtigkeit“. Dafür werden 10 von 43 Seiten verwendet. Auch hier viel Richtiges, aber nichts, was ich als großen Wurf in Richtung „neuer Fortschritt“ sehen würde. Bildung und Teilhabe, die Frage, wie das Steuersystem aufgebaut sein muss, um gerecht zu sein (Kernsatz: „Eine gerechte Steuerpolitik muss durch Umverteilung der staatlichen Belastungen auch finanzielle Spielräume für eine spürbare Entlastung der mittleren und unteren Einkommensgruppen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eröffnen.“), Abbau der Lohnnebenkosten, zumindest eine Reform des Ehegattensplittings, ein paar Sätze zum Lohnabstand zwischen Normalverdienerhaushalten mit mehreren Kindern und dem Sozialhilfeniveau. Aber es geht nicht nur um Steuern, sondern auch um den zu erhaltenden Sozialstaat (Bürgerversicherung, Verbesserungen im Gesundheitswesen, hier zumindest kein Wort zu Hatz-IV [!] und was damit weiter geschehen soll). Und dann: Bildung, Bildung und Integration, Integration.

3. Fortschritt für die SPD ist immer noch (auch wenn „neu“ dran klebt) „gute Arbeit und guter Lohn“. Das „gute Leben“ ist hier schon gar nicht mehr genannt (na gut, ganz am Schluss wird die 35-Stunden-Woche gelobt). Die Arbeitsgesellschaft lebt dafür weiter. Acht Seiten gibt es dafür. Die Inhalte sind erwartbar: gute Arbeitsbedingungen, eine neue Humanisierungsdebatte – sicher sinnvoll. „Wir müssen Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herstellen.“ (damit ist der Kampf gegen Flexibilisierungen, neue Arbeitsformen und Graubereiche zwischen Leben, Selbstständigkeit und angestellter Beschäftigung gemeint). Ausbildung und Qualifizierung, denn mit guten Fachkräften macht man nichts falsch. An die Stelle der 35-Stunden-Woche rücken Arbeitszeitkonten, und ganz große Neuerung für das alte fordistische Modell: auch Mutti soll arbeiten können (na gut, Vereinbarkeit für Väter und Mütter, finde ich ja auch wichtig).

Nach den drei wichtigen Themen (Wachstum, Industriekonjunktur, Arbeit und Steuerpolitik) kommt dann der Teil mit dem Gedöns, äh, den zentralen Grundlagen für „neuen Fortschritt“. Als da wären:

4. Nachhaltigkeit. Huh, Überraschung! Dafür gibt's immerhin fünf Seiten. Auf denen steht: „Ohne Ökologie und Nachhaltigkeit kann es keinen ökonomischen Fortschritt geben.“ (aber: Energie für Wachstum wird weiter gebraucht). Also, weiter Wachstum, aber „Umbau der Industriegesellschaft“ (der Begriff ist übrigens ein Zitat aus einem grünen Programm von, wenn mich nicht als täuscht, 1986 – schön, dass die sozialdemokratischen FreundInnen inzwischen auch so weit sind – ich muss allerdings zugeben, dass die Debatte bei uns inzwischen ein bisschen vorangeschritten ist). Also: „Umbau der Industriegesellschaft“, grüne Jobs usw. Konkret: statt BIP einen anderen Indikator für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wählen (sinnvoll), Energiewende (prinzipiell sinnvoll, aber bei den SozialdemokratInnen gehört – wegen dem Strompreis – auch der Bau von modernen Kohlekraftwerken dazu!), und schließlich „ökologische Industriepolitik“ (Sammelsurium, zusammenfassbar vielleicht unter „industriegesellschaftliche Strukturen sollen jetzt mal Öko machen“, oder: für die Deutschland AG soll's jetzt auch ein Geschäftsfeld „green technologies“ geben). Und das war's dann auch schon mit der Nachhaltigkeit. Und der Umwelt. Verkehr? Naturschutz? Biodiversität? Agrarpolitik? Nicht so wichtig, wenn nur der industrielle Kern grün angemalt wird.

5. Am Schluss dann schnell noch zweieinhalb Seiten zu Europa und globaler Gerechtigkeit und ...

6. ... zwei Seiten zum Thema „Krise der repräsentativen Demokratie“. Die gelöst werden soll durch ...

„Was wir brauchen, ist eine neue Vertrauensbildung zwischen den Menschen in unserem Land und den politischen Institutionen. Wir brauchen mehr Beteiligungs- und Sachorientierung. Wir brauchen gelebte Demokratie.“

Allerdings: „Wir sind uns bewusst, dass der hier beschriebene Weg der Reform unserer Gesellschaft die aktive Beteiligung der Bürger voraussetzt.“ Mist aber auch. Deswegen sollen „Bürger“ „stärker und rechtzeitiger“ beteiligt werden. Auf allen Ebenen. Aber: „Zur parlamentarischen Demokratie gibt es keine Alternative.“ Sprich: wir hören mal zu, entscheiden sollen aber letztlich die großen sozialdemokratischen Fraktionen in den Parlamenten. Eben, wie in der Glanzzeit der deutschen Sozialdemokratie. Entsprechend gibt es recht hohe Hürden für Volksentscheide, die begrüßt werden. Und auch die Jugend, die Gewerkschaften und die SPD-Ortsvereine sollen in die Debatte einbezogen werden.

Fazit

Damit endet der (zuerst den Medien und dann den demokratisch gewählten SPD-Gremien zugespielte) Entwurf, und, weil ich jetzt schnell zum Kindergarten muss, auch diese Exegese. Noch eine Minute zum SPD-Fortschrittsbegriff. Mein Eindruck: der Text fängt damit an, große Erwartungen zu schüren („Modernisierung unseres Fortschrittsverständnisses“), baut auf der inzwischen gesellschaftlich tief verankerten Fortschrittskritik der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre auf, nennt wichtige Ansprüche daran, wie Gesellschaften mit Zukunft umgehen sollten – und verliert dann auf halber Strecke die Lust, was anderes zu machen als eine Aufzählung der alten und wenig fortschrittlichen sozialdemokratischen Programmatik. Mag sein, dass in der einen oder anderen Zeilenlücke noch von mir übersehene soziale Innovationen stecken – aber der große Wurf ist das nicht. Oder glaubt die SPD ernsthaft, mit der grün getünchten Deutschland-AG, dem Festhalten am schon lange nicht mehr existenten Bild der Normalarbeit und ein paar Pflicht-Seiten am Schluss zu Nachhaltigkeit und Demokratie „neuen Fortschritt“ definieren zu können?

Warum ich das blogge? Na, für die offene Debatte, die sich die SPD so wünscht.



Logiken des Promovierens, oder: Senf zu Gutenberg

17. Februar 2011 – Politik und Gesellschaft, Wissenschaft

Seit gestern huscht ein Sturm der – massenmedial abgeschwächten – Entrüstung durchs Netz: der allseits beliebte Verteidigungsminister hat abgeschrieben. Da liegt aber eigentlich schon das Problem: der Skandal ist nicht die Tatsache, dass von und zu Gutenberg in seiner Dissertation auf fremde Quellen zurückgreift und diese ausführlich zitiert. Das ist – gerade in eher geisteswissenschaftlichen Arbeiten – durchaus üblich. Der Skandal liegt darin, dass größere Passagen der Arbeit aus anderen Texten – offensichtlich Netzfunde – in seine Arbeit hineinkopiert wurden, dort sprachlich teilweise überarbeitet wurden, aber eben weder korrekt als Zitate gekennzeichnet sind noch in wissenschaftsadäquater Weise damit umgegangen wird (also z.B. das Zitat zum Ausgangspunkt einer eigenen Standpunktsuche gemacht wird). Vielmehr scheint es von und zu Gutenberg hier einzig und allein darum gegangen zu sein,

wohlformulierte Gedanken in schmückender Weise in seinen Text einzufragen. Visuell schön aufbereitet finden sich diese Schmuckübernahmen bei der Süddeutschen Zeitung (auf die ich hier allerdings nur mit Bauchschmerzen verlinke, setzt sie sich selbst doch gerade intensiv für ein „Leistungsschutzrecht“ ein, das selbst kurze Zitate aus Zeitungstexten im Netz illegal machen würde – während hier zu Dokumentationszwecken umfangreichst aus der Arbeit von und zu Guttenbergs wie aus den Originalquellen zitiert wird). Und hingewiesen werden muss natürlich auch auf Andreas Fischer-Lescano, der als Jura-Professor in Bremen die ganze Sache überhaupt erst ins Rollen gebracht hat.¹

Wie ist das *Copy'n'Paste* von und zu Guttenbergs nun zu werten? Dass es sich hierbei in der Logik der Wissenschaft letztlich um nichts anderes handeln kann als um Plagiate, bringt Anatol Stefanowitsch schön auf den Punkt, indem er von und zu Guttenbergs Vorgehen mit seinen eigenen Erfahrungen mit plagierenden Studierenden und deren Ausreden („wusste nicht, dass das nicht ok ist“, „war ein Versehen“, „habe da wohl die Fußnote vergessen“) parallelisiert. Dazu kommt die Einschätzung aus dem Verfassungsblog, dass das ganz klar ein wissenschaftliches Fehlverhalten darstellt – anders als ich es könnte, geht Max Steinbeis hier auch auf das Renommee der unterschiedlichen Beteiligten in der juristischen Fachgemeinde ein. Auch wenn letztlich die Uni Bayreuth darüber entscheiden muss, welche Konsequenzen diese Aufdeckungen für den Dokortitel des Verteidigungsministers haben, wird doch klar, dass hier jemand, der möglicherweise demnächst für die Kanzlerschaft kandidiert, einen Dokortitel führt, dessen wissenschaftliche Meriten gerade arg ins Wanken geraten.²

Interessant zu beobachten ist nun die Verteidigungslinie, die u.a. in der BILD aufgefahren wird (die ich jetzt nicht verlinke), und die sinnge-

¹ Nachtrag: das Netz sucht nun auch kollaborativ nach undokumentierten Zitaten ...

² Nebenbei: dass eine juristische Arbeit zu europäischen und amerikanischen Verfassungen auf der ersten Seite eine ausführliche Fußnote zur Herkunft des Wortes „Amerika“ enthält, kann ich zwar gewissermaßen nachvollziehen, weil ich selbst derartige Abschweifungen zuweilen ganz amüsant finde – zur Qualität der Arbeit trägt derartige aber eher nicht bei.

mäß in diese Richtung geht: Da habe halt einer ein bisschen gemogelt, vielleicht aus Versehen was vergessen – dass diese, huch, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen das so ernst nehmen, das zeige ja nun doch deren Arroganz. Und überhaupt, was für ein tapferer junger Mann. Oder, mit noch etwas mehr Spin: Das Ganze sei eine Kampagne „aus der linken Szene“ (CSU), um den Verteidigungsminister zu beschädigen.

Kurz: Hier soll suggeriert werden, dass das Vorgehen von und zu Guttenbergs letztlich harmlos sei, und dass es nur irgendwelche volksfremden Gruppen (AkademikerInnen, Linke) seien, die versuchten, daraus einen Skandal zu machen. Dem ist nicht so. Natürlich schlägt „der politische Gegner“ jetzt in die Kerbe – das haben PolitikerInnen der Rechten aber bisher in ähnlichen Fällen ganz ähnlich gehandhabt. Nein, der Skandal liegt in einem fragwürdig gewordenen Titel. Und für den ist der Verteidigungsminister selbst verantwortlich – und sollte die Konsequenzen daraus ziehen, die jedoch nicht darin bestehen könnten, noch einmal seine Fußnoten durchzugehen.

Ein Nebenaspekt in der ganzen Sache, der auf Twitter immer wieder in unterschiedlichen Abwandlungen kommentiert wurde: Hier gerät von und zu Guttenberg zum ersten Mal in Vorwürfe, die er nicht durch tatkräftiges Feuern irgendwelcher Subalterner von sich abweisen kann. Es sei denn, er hätte die Arbeit ganz oder teilweise nicht selbst geschrieben – was aber den Titel erst recht in Frage stellen würde. Und einen vor allem die Frage stellen lässt, wie viel Zeit MdBs (und ähnlich vielbeschäftigte Menschen) eigentlich so nebenbei haben. Und wie verlockend eigene Büros sein können.

Aber es hätte ja, um ins Sujet fantastischer Geschichten abzuschweifen, auch ganz anders gewesen sein können. Von und zu Guttenberg gab nichtsahnend das wunderbar verfußnotete Manuskript in die Druckerei, und dann kam eine linke Lektorin und löschte diese. Oder war es ein gewerkschaftlich organisierter Schriftsetzer, der eine Zeitbombe legen wollte – und sie jetzt gezündet hat? Wie auch immer es gewesen sein könnte – zumindest wäre dann die Fahnenkorrektur des Werkes mangelhaft vorgenommen worden. Diesen Fantasien gegenüber er-

scheint es doch deutlich plausibler, dass schlicht und einfach noch eine Einleitung fehlte, und die *FAZ* das so schön formuliert hatte

Überhaupt: dass von und zu Guttenberg die *FAZ* und die *NZZ* plagiiert hat, gehört zu den erfreulichen Umständen des ganzen Skandals. Denn diese konservativen bildungsbürgerlichen Zeitungen können ja nun gar nicht anders, als ihre Rechte zu verteidigen – und damit von und zu Guttenberg in Frage zu stellen. Ich bin gespannt, wie sich dieses Thema weiter entwickelt.

Bleiben noch zwei Aspekte, die ich nicht unkommentiert lassen möchte. Das eine ist die Debatte um das Urheberrecht („Guttenberg als Pirat“): Ich finde es richtig, wenn wissenschaftliche Texte ausführlich zitierbar bleiben, denn ein großer Anteil der Kunst geistes- und sozialwissenschaftlichen Arbeitens besteht in der intelligenten Auseinandersetzung mit anderen Texten. Aber, wie eingangs bereits gesagt: Es geht hier gar nicht darum, dass von und zu Guttenberg ausführlich andere Texte zitiert hat – das wäre anhand der Wissenschaftsschranken im Urheberrecht durchaus möglich gewesen (wobei seine Langzitate da auch Grenzfälle darstellen). Es geht darum, dass er das getan hat, ohne diese Texte nach den geltenden Regeln des Wissenschaftsbetriebs zu kennzeichnen, und es geht darum, dass er das getan hat, ohne auf diese Texte als Material oder als Quelle vorhergehender Ideen eingegangen zu sein. Nein: er hat sie als eigene Gedanken ausgewiesen. Unabhängig davon gilt, dass Geistes- und Sozialwissenschaften in ihren eher theoretischen Texten häufig einer Remix-Logik folgen. Aber einer Remix-Logik, die sich eben in ihren Praktiken vom künstlerischen Collagieren unterscheidet. Und da es unwahrscheinlich ist, dass von und zu Guttenberg seinen Text als Kunstwerk geschrieben hat, halte ich es für mehr als legitim, die Erwartungen der wissenschaftlichen Remix-Logik an seinen Text heranzutragen.

Der zweite Aspekte, auf den ich noch eingehen möchte, hat etwas damit zu tun, dass mir unklar ist, warum ein MdB mit besten Karriereaussichten einen Dokortitel erworben hat. Oder allgemeiner: mit der ZEIT

lässt sich fragen, „was ein Doktor heute noch wert ist“, und wer warum eine Promotion anstrebt.

Ich frage mich das manchmal auch, und finde für mich selbst zwei Antworten: Ich stecke seit inzwischen einigen Jahren Zeit und durchaus auch Geld (bzw. Chancen ...) in meine Dissertation, weil ich mich 1. intensiv und selbstbestimmt mit einem Thema auseinandersetzen möchte, und glaube, dadurch zum Erkenntnisfortschritt beizutragen, und weil ich 2. sehe, dass die meisten Karrierewege im wissenschaftsnahen Feld einen Titel voraussetzen. Weil mir der erste Punkt wichtiger ist als der zweite, ist mein Promovieren strategisch nicht unbedingt geschickt – zu großen Teilen selbst finanziert, neben Familienarbeit und Projektbearbeitungen, mit einem Thema, das mich interessiert, das aber möglicherweise gar nicht so relevant ist. Usw. Ich kenne durchaus Menschen, die ebenfalls im wissenschaftlichen Feld arbeiten wollen, und die sich hier geschickter angestellt haben: indem sie beispielsweise ein drittmittelfinanziertes Projektthema zu einer Diss. machen, oder einfach ihre Magisterarbeit ausgebaut haben, oder ...

Ich erwähne das hier, weil schon damit deutlich wird, dass die Standards, die an eine Dissertation herangetragen werden, höchst unterschiedlich sind. Ich habe auch schon höchst unterschiedliche Dissertationen gelesen – von grundlegenden Arbeiten für bestimmte soziologische Teilbereiche bis hin zur reinen deskriptiven Materialsammlung. Was hinter einem Dokortitel steckt, auch wenn dieser ganz korrekt erworben wurde, ist also durchaus heterogen.

Noch weiter fallen die Standards auseinander, wenn andere Fachkulturen (kumulatives Promovieren mit ein paar nicht mal unbedingt peer-reviewten Aufsätzen!) und vor allem andere Motivationen hinter einem Promotionsvorhaben herangezogen werden. Wenn es also beispielsweise darum geht, dass in den Führungsetagen großer Konzerne ein Dokortitel gerne gesehen ist, und deswegen ohne großes wissenschaftliches Interesse und mit einem sehr großen Gewicht auf strategische Ziele wie eine kurze Dauer des Promotionsverfahrens promoviert

wird. Ich kann mir gut vorstellen, dass der von und zu Guttenbergsche Titel in diese Kategorie fällt.

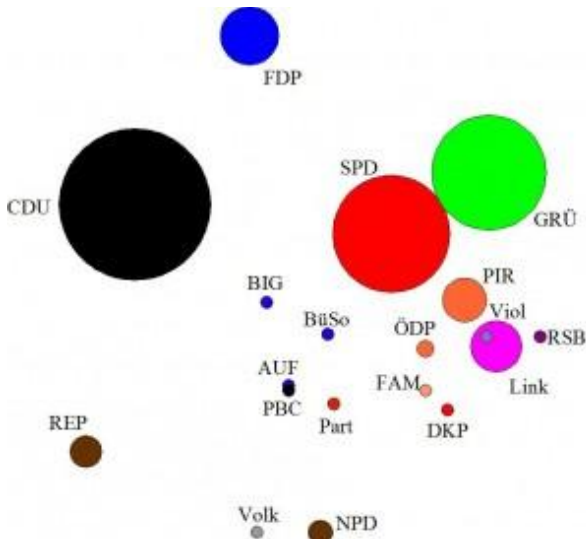
Je wichtiger allerdings strategische Ziele werden, desto geringere Bedeutung kommt letztlich wissenschaftlichen Standards und der Ökonomie wissenschaftlicher Reputation und Aufmerksamkeit zu. Diese scheinbar saubere Trennung verkompliziert sich dadurch, dass natürlich auch innerhalb des Wissenschaftssystems strategische Ziele überwiegen können, also beispielsweise Wissenschaft als ein Spiel betrachtet wird, bei dem es nicht um Erkenntnis, sondern um Zitierhäufigkeiten geht. Die Grenzlinien zwischen *Quick-and-Dirty*-Lösungen innerhalb des Systems und wissenschaftlichem Fehlverhalten können da sehr dünn werden. Insofern kann die Debatte um die von und zu Guttenbergsche (Kopier-)Arbeit auch als Ausgangspunkt einer Debatte angesehen werden, bei der es um die unterschiedlichen Erwartungen an das Wissenschaftssystem und die damit verbundenen Veränderungen im System geht. Das hat mit der Frage, ob ein Minister sich unmoralisch verhalten hat, wenig zu tun – aber viel damit, wie Wissenschaft arbeitet, und wie die Bedingungen dafür aussehen müssen, dass die Anreize dafür überwiegen, ehrlich und gründlich zu arbeiten.

Warum blogge ich das? Weil selten ein politischer Skandal so viel mit Wissenschaftspolitik zu tun hatte. Und zwar um einiges tiefgreifender als bei der Debatte um den Dokortitel der Familienministerin.

Update: 18.2. – soeben hat von und zu Guttenberg Medienberichten zufolge verkündet, seinen Dokortitel vorerst nicht mehr verwenden zu wollen; wohl nach Intervention der Bundeskanzlerin. Inhaltlich bestreitet er weiterhin alle Vorwürfe und lehnt auch einen Rücktritt ab. Ich finde: die Mubarak-Strategie darf nicht aufgehen. Nicht nur, weil von und zu Guttenberg mit seinem Vorgehen allen Promovierenden und Promovierten Schaden zufügt, sondern auch aus moralischen Gründen. Mal schauen, ob die vereinten Kräfte der durch sein Vorgehen verärgerten Presse (exklusive Pressekonferenz parallel zur Bundespressekonferenz, Übernahmen aus „Qualitätszeitungen“) und des Netzes (bisher an die 80 Verdachtsstellen) doch noch dazu beitragen, aus dem vorläufigen Dr. a.D. einen Minister a.D. zu machen.

Über nervende Unstetigkeiten des Wahlsystems

6. März 2011 – Politik und Gesellschaft



Ungefähre¹ Distanz der Positionen einzelner Parteien zueinander (laut Auswertung der Wahl-o-Mat-Antworten für die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011), Größe der Kreise gibt prognostizierte Wahlergebnisse wieder. Für mich eine schöne Illustration der These, dass die Wahl von Kleinstparteien zu einem gewissen Grad durch die Wahl größerer Parteien substituierbar ist. Quelle der Abbildung: andena17 bei Libri Logico-rum, mit freundlicher Genehmigung.

Auch wenn es jetzt sicher sofort wieder heißt, dass es sich hierbei um die Arroganz einer etablierten Partei handeln würde, und dass ich als Grüner – also als Mitglied einer Partei, der Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre eben trotz der Argumente der SPD der Sprung von der außerparlamentarischen Bewegung in die Parlamente gelungen ist –

¹ Mir ist das Verfahren, mit dem hier Distanzen (aus Korrelationen der Positionen heraus entwickelt) in einen zweidimensionalen Raum umgesetzt wurden, nicht ganz klar – wenn ich die im oben verlinkten [Blogeintrag](#) angeführten Tabellen mit Zahlenwerten zu den Distanzen richtig lese, dann stimmen die Abstände der Kreise voneinander nur so ungefähr.

damit irgendwie ganz besonders arrogant argumentieren würde, muss ich doch nochmal die Fakten aufzählen, die mich dazu bringen, von der Wahl von Parteien abzuraten, die nicht annähernd auf fünf Prozent kommen. Über diese Fakten können wir gerne diskutieren.

1. Die Fünf-Prozent-Hürde ist ungerecht, weil sie dazu führt, dass ein nicht unerheblicher Teil an WählerInnen-Stimmen bei der Berücksichtigung der Parlamentszusammensetzung keine Rolle spielt, und so dazu beitragen kann, dass die parlamentarische Mehrheit keine Mehrheit der WählerInnen repräsentiert.

2. Bei der Wahl zum baden-württembergischen Landtag gilt die Fünf-Prozent-Hürde.

3. Derzeitige Umfragewerte sehen relativ stabil ein Patt zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün/Grün-Rot. Aufgrund des Wahlsystems (CDU-Direktmandate, Überhangmandate etc.) bedeutet dies derzeit eine höhere Wahrscheinlichkeit dafür, dass Schwarz-Gelb fortgeführt wird. Etwas ändern würde sich daran, wenn Grüne bzw. SPD gegenüber CDU bzw. FDP in den letzten Wochen noch einmal deutlich zulegen, oder wenn die LINKE (derzeit bei vier Prozent gehandelt) den Sprung in den Landtag schafft.

4. Jenseits von CDU, Grünen, SPD, FDP und evtl. der LINKEN gibt es keine Partei, die reelle Chancen hat, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Ich schätze das Potenzial der Piraten – auch nach den letzten Wahlen – auf etwa zwei bis drei Prozent ein, die rechtsextremen Parteien sind glücklicherweise relativ viele, so dass keine allein über fünf Prozent kommen wird, und ÖDP, Violette etc. liegen vermutlich noch unter dem Ergebnis der Piraten.

5. Es macht einen Unterschied, ob in Baden-Württemberg Schwarz-Gelb mit Mappus weiterregiert, oder ob es zu einem Politikwechsel mit Rot-Grün oder Grün-Rot kommt.

5.a Mit Politikwechsel meine ich damit vor allem das in den Programmen beider Parteien – auch als Lehre aus Stuttgart 21 – recht groß geschriebene Interesse daran, direkte Demokratie auszubauen und politische Prozesse partizipativer zu gestalten.

5.b Aber auch substantiell würde sich einiges ändern, wenn die CDU die Macht verlieren würde – da lässt sich fast jedes Politikfeld von der Energiepolitik über die Verkehrspolitik bis zur Bildungspolitik heranziehen.

6. Die oben aufgeführten Argumente (Existenz der Fünf-Prozent-Hürde, Chance auf einen Politikwechsel, schlechte Chancen der Kleinstparteien sowie Patt-Situation und damit eine hohe Relevanz jeder einzelnen Stimme für das Wahlergebnis) machen es wichtiger als bei anderen Wahlen, dass WählerInnen sich (auch wenn das gerne als „taktisches Wählen“ verunglimpft wird) Gedanken über die Risiken und Nebenwirkungen ihrer Stimmabgabe machen.

Aus meiner Perspektive heißt das: weil es bei dieser Wahl auf jede Stimme ankommt, ist es um einiges sinnvoller, Grüne, SPD oder LINKE zu wählen, als die eigene Stimme für eine Partei abzugeben, die die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen wird. Ich finde die Piraten durchaus sympathisch (auch wenn sie sehr schnell gelernt haben, Bürokratiedebatten ins Extreme vergrößert zu führen, und wenn ihre Vorstellung, dass alle anderen Parteien ganz furchtbar sind, für mich etwas realitätsfern klingt – weder haben die Piraten Netzpolitik oder die Forderung nach Bürgerbeteiligung erfunden, noch entsprechen andere Parteien den Karikaturen, die Piraten gerne von ihnen zeichnen).

7. Gegenargument: Kluge WählerInnen z.B. der rechten Splitterparteien und der rechtsextremen Parteien müssten letztlich genau diese Gedanken nachvollziehen und dann halt doch CDU wählen statt REP oder PBC. Damit würde sich letztlich das unter „Sonstige“ stehende Potenzial, wenn alle taktisch wählen würden, relativ gleichmäßig auf größere Lager verteilen, weswegen es dann eh egal ist.

Ich halte das für falsch, weil ich die WählerInnen von Piraten und anderen eher progressiven Kleinstparteien tendenziell für vernünftiger

halte als rechte ProtestwählerInnen. Vielleicht liege ich damit falsch, aber ich finde, dass es den Versuch wert ist, hier zu überzeugen (natürlich heißt das letztlich auch: auch inhaltlich überzeugend klarzumachen, dass es mit Grünen und SPD tatsächlich eine bessere Politik in BaWü als mit CDU und FDP geben würde).

8. Gegenargument: Die vielbeschworene Eigenständigkeit, bzw. anders gedreht die (von Piraten etc. gerne geschürte Angst), dass eine Stimme für Grün letztlich doch eine Stimme für eine schwarz-grüne Koalition sein könnte (selbes Spiel mit der SPD und einer „großen“ Koalition). Hier fände ich es in der Tat sinnvoll, wenn die aus meiner Sicht faktisch bestehende inhaltliche Basis, die eine schwarz-grüne Koalition in dieser Legislaturperiode ausschließt, auch zu einer formalen Feststellung dieser Differenz führen würde. Letztlich ist das das „umgekehrte“ Risiko bei der Wahl einer „großen“ Partei. Ich halte es für weitaus geringer als das Risiko, mit der Wahl einer progressiven Kleinstpartei zum Erhalt des Status quo beizutragen – das mögen aber andere anders sehen. (Nebenbei: und natürlich macht es einen Unterschied, für welche der größeren Parteien eine Stimme für den Politikwechsel abgegeben wird – aber das führe ich *jetzt* nicht aus).

Warum blogge ich das? Zur Ordnung der Gedanken, und weil ich dann einfach auf diesen Blogbeitrag verweisen kann, statt all die Argumente jedes Mal wieder einzeln durchzukauen. Und: jede Wahl ist anders – wenn die Mehrheiten der Lager deutlicher sind, fällt das Wählen von Kleinstparteien deutlich weniger ins Gewicht. Aber diese Wahl ist eben diese Wahl, bei der sich in Baden-Württemberg zum ersten Mal seit langem tatsächlich etwas ändern könnte. Dass das nicht klappt – davor habe ich Angst. Nicht davor, dass die Piraten irgendwann zu einer etablierten Konkurrenzpartei werden (das halte ich derzeit für unwahrscheinlich).

Erst wenn die CDU das erste AKW vom Netz nimmt, glaube ich Merkel und Mappus

14. März 2011 – Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, So grün, so grün



Wenn es denn tatsächlich so wäre, dass die CDU (und die FDP) jetzt in der Atompolitik umdenken, würde mich das freuen. Überzeugt davon bin ich aber keineswegs, auch wenn Merkel leisere Töne anschlägt und Mappus eine Expertenkommission einberuft. Zum einen, weil ich das wie Michael Spreng als eine vor allem auch dem Wahlkampf geschuldete Inszenierung von Handlungsbereitschaft wahrnehme, die in einem halben Jahr wieder vergessen ist. Wenn Merkel ihren Vorschlag einer Sicherheitsüberprüfung aller AKWs in Deutschland ernst meinen würde, dann müsste es jetzt ein Moratorium geben – eine Abschaltung aller AKWs, dann die Sicherheitsüberprüfung, dann die Wiederezulassung der AKWs, die als sicher angesehen werden. Solange keine Schritte in eine solche Richtung unternommen werden, ist es Krisenbewältigungsrhetorik, sonst nichts. (Von der Rücknahme der Laufzeitverlängerung rede ich erst gar nicht).

Und dann ist da Mappus. Noch vor knapp einem Jahr hat er eine Laufzeitverlängerung auf 15 Jahren gefordert. Jetzt plötzlich gibt er sich nach-

Erst wenn die CDU das erste AKW vom Netz nimmt, glaube ich Merkel und Mappus denklich und will gegebenenfalls auch über eine Abschaltung von AKWs reden. Nötig wäre das.

Nur: die Fakten über das „Restrisiko“ von Atomkraftwerken, ihre mit bitteren Konsequenzen versehene Fehlerunfreundlichkeit, die lagen auch vor der Katastrophe in Fukushima schon auf dem Tisch. Noch einen Tag vor der japanischen Katastrophe haben Greenpeace und BUND im baden-württembergischen Umweltministerium darauf hingewiesen, dass die Alt-AKW Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 selbst nach Nachrüstarbeiten nicht sicher betrieben werden können – während die Umweltministerin Gönner den Eindruck erweckt, diesbezügliche Informationen nicht nur nicht wahrhaben zu wollen, sondern sie auch bewusst zurückzuhalten. Greenpeace hat deswegen Strafanzeige gegen sie gestellt.

An dieser Faktenlage ändert sich durch die Ereignisse in Fukushima nichts. Insofern unterstelle ich Mappus und Gönner bis zum Beweis des Gegenteils – vielleicht ja schon in der morgigen Sonder-Landtags-sitzung -, dass sie nicht ihre Meinung, sondern nur ihre Rhetorik geändert haben. Von der unterstellten Selbstverständlichkeit sicherer deutscher AKWs (wie sie auch vom Atomforum gestern noch durch die Welt posaunt wurde) hin dazu, dass eine gründliche Sicherheitsüberprüfung selbstverständlich nicht das Ergebnis erbringen kann, dass ein deutsches AKW abgeschaltet werden muss.

Ich bleibe hier extrem misstrauisch. Winfried Kretschmann hat angekündigt, die EnBW-AKW Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 sofort vom Netz zu nehmen. Wir WählerInnen in Baden-Württemberg haben am 27.3. die Möglichkeit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wenn mich die CDU bis zum Wahltermin durch Taten – und nicht durch eine verschobene Rhetorik – davon überzeugt, dass es dort selbst bei Hardlinern wie Mappus tatsächlich zu einem Wandel der Position gekommen ist, habe ich nichts dagegen. Der sicherere Weg, mit dem Restrisiko der Atomkraft umzugehen, besteht darin, schwarz-gelb abzuwählen.

Politische Fragen

Warum blogge ich das? Weil mich das Doppelspiel der Union aus rhetorisch überschwappender Handlungskraft einerseits und Thematisierungsverbot wg. Wahlkampf andererseits aufregt. Und um noch einmal dafür zu werben, an den Mahnwachen teilzunehmen, die heute ab 18 Uhr in vielen deutschen Städten stattfinden (siehe ausgestrahlt.de).

P.S.: Während ich das geschrieben habe, kam die Meldung, dass die Regierung eine „Aussetzung“ der Laufzeitverlängerung plant. Auch wenn's erstmal gut klingt – ich bin weiterhin nicht davon überzeugt, dass die das ernst meinen. Oder dass „Sicherheitsüberprüfung“ und „Moratorium“ etwas anderes heißt als „Aussetzung der Laufzeitverlängerung bis zum 27.3.“ und „wir schauen noch einmal mit denselben falschen Maßstäben, mit denen wir bisher schon geschaut haben, und kommen dann zu den gleichen Ergebnissen wie bisher“.

P.P.S. (22.00 Uhr): Erstaunlich, in was für einer Geschwindigkeit (und wie sehr an der eigenen Fraktion und Partei vorbei) Merkel in der Lage ist, radikale 180°-Kehrtwenden in langjährigen Grundsätzen vorzunehmen, wenn gerade eine wichtige Wahl ansteht. Wenn jetzt das baden-württembergische AKW Neckarwestheim-I tatsächlich vorübergehend abgeschaltet wird, wie es sich gerade andeutet (um dann später drei Monate länger zu laufen?), dann ist das allerdings nicht das, was ich mit „AKWs vom Netz nehmen“ meine. Wollte ich nur mal dazu sagen. Interessant auch – darauf weist die IPPNW hin – dass mit der Konstruktion „Aussetzen der Verlängerung“ die gefährlichsten deutschen AKWs (nämlich Siedewasserreaktoren wie Philippsburg-I) eben gerade nicht vorübergehend (oder gerne auch endgültig) vom Netz genommen werden.

P.P.P.S. (23.00 Uhr): Wenn ich die verschiedenen Twitter-etc-Faktoide richtig interpretiere, will Merkel ein Moratorium auf mehr oder weniger freiwilliger Basis. Für Umweltminister Röttgen gehört dazu auch die Abschaltung von Neckarwestheim, die Mappus wohl morgen – auf der von der CDU einberufenen Landtagsondersitzung – verkünden wird. Mappus selbst hat allerdings im heute-journal zugegeben, dass es sich dabei aus seiner Sicht nur um eine temporäre Maßnahme handelt, die nach drei Monaten (wenn die Wahlen rum sind und das Thema nicht mehr oben auf der Agenda steht) wieder aufgehoben werden kann. So richtig an einem Strang ziehen die nicht. Mappus versucht, den Guttenberg zu spielen, der energisch und mit

Erst wenn die CDU das erste AKW vom Netz nimmt, glaube ich Merkel und Mappus großer Tatkraft Neckarwestheim entlässt, um weiter Atomministerpräsident bleiben zu können – und Röttgen erinnert an Günter Schabowski, der 1989 mehr oder weniger aus Versehen im Fernsehen das Ende der DDR einleitete. (Und Grüne decken gleichzeitig auf, dass BaWü-Umweltministerin Gönner wohl meldepflichtige Vorfälle in Philippsburg verschweigt).

Noch ein P.S. (15.3., 12.15 Uhr) – Gerade eben hat Merkel nach ihrem Treffen mit den (CDU-)Ministerpräsidenten der Atomkraftwerkstandorte verkündet, dass die sieben ältesten AKW vorübergehend – für drei Monate – vom Netz genommen werden. Ziel sei es, in dieser Zeit eine Energiedebatte zu führen. Auf welcher rechtlichen Grundlage das geschehen soll, ist nicht wirklich klar, genannt wurde – neben der Möglichkeit einer freiwilligen Vereinbarung mit den Energiekonzernen (Deal: Strompreiserhöhung vs. Abschalten) oder einer echten, durch ein Gesetz abgesicherten Veränderung des Atomkompromisses – vor allem §19 (3) 3 des Atomgesetzes:

(3) Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, daß ein Zustand beseitigt wird, der den Vorschriften dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, den Bestimmungen des Bescheids über die Genehmigung oder allgemeine Zulassung oder aus einer nachträglich angeordneten Auflage widerspricht oder aus dem sich durch die Wirkung ionisierender Strahlen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter ergeben können. Sie kann insbesondere anordnen,

- 1. daß und welche Schutzmaßnahmen zu treffen sind,*
- 2. daß radioaktive Stoffe bei einer von ihr bestimmten Stelle aufbewahrt oder verwahrt werden,*
- 3. daß der Umgang mit radioaktiven Stoffen, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen der in den §§ 7 und 11 Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Art sowie der Umgang mit Anlagen, Geräten und Vorrichtungen der in § 11 Abs. 1 Nr. 3 bezeichneten Art einstweilen oder, wenn eine erforderliche Genehmigung nicht erteilt oder rechtskräftig widerrufen ist, endgültig eingestellt wird.*

Wenn ich das richtig verstehe, würde das bedeuten: die Atomaufsicht entzieht den ältesten Kraftwerken die Betriebsgenehmigung einstweilen, um einen Zustand zu beseitigen, der rechtswidrig ist oder aus dem sich „durch die Wirkung ionisierender Strahlen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter ergeben können“.

Politische Fragen

Abgesehen davon, dass die Koinzidenz der Drei-Monats-Phase mit den Landtagswahlen vor der politikvergesslichen Sommerpause erstaunlich ist (Bremen wählt am 22. Mai, das ganze würde bis 15. Juni laufen), stellt sich mir hier die Frage, ob der Weg über das Atomgesetz nicht 1. letztlich ein Eingeständnis darstellen müsste, dass der Betrieb der ältesten sieben AKW auch in der Vergangenheit rechtswidrig bzw. Leben, Gesundheit und Sachgüter gefährdend war. Das aber wiederum hieße dann auch, dass es völlig unklar ist, warum der Sicherheitszustand der ältesten AKW nach drei Monaten besser als vorher sein soll. Dann aber wäre das kein „Aussetzen der Laufzeitverlängerung“, sondern dann müssten die ältesten sieben AKW (darunter Neckarwestheim und Philippsburg-I) in der Tat, wie es Umweltminister Röttgen gestern noch verkündete, ganz abgeschaltet werden – eine Forderung, die nicht erst seit den Ereignissen in Fukushima durch Grüne und Umweltbewegung immer wieder erhoben wurde.

Schon jetzt ist jedenfalls klar: nach dieser Merkel-Volte kann es kein Zurück zu einigen der großen Lügen der Atombranche geben. Wenn es möglich ist, sieben AKW gleichzeitig für drei Monate auszuschalten, dann ist es auch möglich, sie endgültig stillzulegen, ohne dass die Lichter ausgehen. Wenn es wirklich von nun an in erster Linie um Sicherheit gehen soll, dann gewinnen „radikale“ Forderungen nach einem schnellstmöglichen Ausstieg ein ganz neues Gewicht – sie können jetzt nicht mehr ganz so einfach diskreditiert werden.

Ich gehe ja immer noch davon aus, dass das alles vor allem ein Manöver angesichts der kommenden Wahlen ist. Gleichzeitig scheint sich Merkel den Weg zurück zum alten Atomkurs mit diesem Manöver versperrt zu haben. Zudem zeigt sich hier noch einmal deutlich, wie orientierungslos in der Sache und wie undemokratisch im Vorgehen Merkel ist – Gesetze, zuletzt die Vorratsdatenspeicherung Internetsperren (danke, Hanno!), und jetzt die Laufzeitverlängerung, werden per „ordre de mutti“ mal an- und mal ausgeknipst, wie es gerade besser passt

Übrigens: über Atommüll und nicht vorhandene Endlager könnten wir auch mal wieder reden. Vielleicht weiß die Bundesregierung bisher einfach nicht, dass das ein Problem darstellt.



Wie die Wahl in Baden-Württemberg ausgehen kann

24. März 2011 – Politik und Gesellschaft, *So grün, so grün*

Was der best case beim Wahlausgang jetzt am Sonntag für Baden-Württemberg wäre, ist klar. Und dafür brauchen wir Grüne jede Stimme. Trotzdem kurz die Übersicht, was am Sonntag passieren kann.¹

1. SPD und Grüne haben zusammen eine relative Mehrheit der Stimmen und erreichen damit eine absolute Mehrheit der Sitze. Wenn die SPD

¹ Doppelter Disclaimer: Ich bin aktives Mitglied der Grünen, das heißt, das folgende ist aus einer bestimmten politischen Perspektive geschrieben (und trotzdem meine private Meinungsäußerung und kein Statement meiner Partei) – und es enthält keinerlei inhaltliche Argumente für oder gegen eine bestimmte Wahl (da habe ich mich an anderen Stellen zu geäußert, vor allem im Blog der baden-württembergischen Grünen). Manche nennen das Nachdenken über die ganz konkreten Konsequenzen bestimmter Stimmabgaben „taktisches Wählen“ und rümpfen darüber die Nase – ich finde es notwendig, wenn es einem oder einer wichtig ist, zu wissen, was die Folgen einer bestimmten Stimmabgabe sind.

dabei vor den Grünen liegt, gibt es eine rot-grüne Regierung mit Nils Schmid als Ministerpräsident, wenn die Grünen stärker als die SPD werden, eine grün-rote Regierung mit Winfried Kretschmann als Ministerpräsident. Wo macht das einen Unterschied? Zum Beispiel bei der Frage Stuttgart 21 – aber auch bei der Frage, wieviel ökologischer Drive und wie viel Politikwechsel auch im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.

2. CDU und FDP haben zusammen eine relative Mehrheit der Stimmen und erreichen damit eine absolute Mehrheit der Sitze. Die schwarz-gelbe Koalition macht weiter und Stefan Mappus bleibt Ministerpräsident. Die theoretisch mögliche Variante Ampel hat die FDP bereits ausgeschlossen. Variationen wie Schwarz-Grün oder Rot-Schwarz wird es ebenfalls definitiv nicht geben, wenn es für Schwarz-Gelb in irgendeiner Weise reicht. Schwarz-Grün wurde von Mappus schon eine definitiv Absage erteilt. Schlecht fürs Land, aber eine demokratisch klare Entscheidung.

3. Es kann aber noch schlimmer kommen: nämlich dann, wenn SPD und Grüne zusammen eine relative Mehrheit der Stimmen erreichen, aber die Mehrheit der Sitze im Parlament auf CDU und FDP entfällt (vgl. Bush vs. Gore). Das ist dann möglich, wenn der Unterschied zwischen Grüne+SPD und CDU+FDP relativ klein ist, und dann der Ausgleich der überhängenden Direktmandate in den Regierungsbezirken zu Buche schlägt (kurz gesagt: beim Ausgleich der CDU-Direktmandate wird ein mathematisches Verfahren verwendet, das dazu führt, dass so knapp wie möglich ausgeglichen wird, und damit die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass es zwei bis vier CDU-Mandate mehr gibt als bei einem Ausgleich auf Landesebene – und diese Mandate könnten wahlentscheidend sein). Aus meiner Sicht eine noch schlechtere Situation als Fall 2, weil hier zwar CDU und FDP die Regierung bilden werden, dafür aber eigentlich die demokratische Legitimation fehlt. Die ist ja an und für sich schon zweifelhaft, wenn mit 46, 47, 48 Prozent der Stimmen (wg. Fünf-Prozent-Hürde) und bei einer Wahlbeteiligung von 50 bis 60

Prozent letztlich 23 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung darüber entscheiden, wer regiert. Noch dünner wird sie, wenn diese Mehrheit nur aufgrund des verwendeten Ausgleichsverfahrens zustande kommt. Ob es dann zu Klagen gegen das Wahlergebnis kommen wird, weiß ich nicht, halte es aber für gut möglich.

4. Weder SPD und Grüne noch FDP und CDU erreichen zusammen eine Mehrheit der Sitze, d.h. mindestens eine weitere Partei schafft den Einzug ins Parlament. Dann wäre rechnerisch zwar eine Mehrheit gegen ein Weiter-so der schwarz-gelben Regierung da, ob die umgesetzt wird, ist aber zweifelhaft. Möglich sind hier theoretisch mehrere Varianten – in absteigender Wahrscheinlichkeit aus meiner Sicht:

4.a Am wahrscheinlichsten ist es, dass die SPD „über ihren Schatten springt“ (allerdings in die falsche Richtung) und zum Wohle des Landes etc. etc. dann doch eine Koalition mit der CDU eingeht. In der SPD Baden-Württemberg gibt es leider durchaus starke Kräfte, die dazu jederzeit bereit wären.

4.b Es kommt zu einer Minderheitenregierung aus Grünen und SPD (je nach Stärke unter Führung von Schmid oder von Kretschmann), die von der LINKEN toleriert wird (das NRW-Modell). Dass ist das Modell, gegen das die CDU jetzt in den letzten Wahlkampfminuten noch einmal kräftig Stimmung macht und sich dabei auch nicht scheut, altgediente Gewerkschaftsfunktionäre in die SED-Mottenkiste zu stecken. Ausgeschlossen wurde dieses Modell bisher nicht, und persönlich würde ich darin durchaus eine Bereicherung sehen. Mit Blick auf die LandespolitikerInnen von SPD und auch von uns Grünen gebe ich einer solchen Minderheitenregierung allerdings nur eine nicht allzu hohe Chance. (Noch ein Wort zur Mottenkistenkampagne: dass der Einfluss der LINKEN in einem solchen Arrangement besonders hoch wäre, glaubt außer der CDU niemand). Ein Problem bei einer Tolerierung ist ein wichtiger Unterschied zu NRW. In der baden-württembergischen Landesverfassung heißt es:

Art. 46 (1) Der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.

Das ist in NRW prinzipiell auch erst einmal so, allerdings sieht die Verfassung dort vor, dass es (nach einem zweiten und dritten Wahlgang mit absoluter Mehrheit) eine Stichwahl geben kann, bei der gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl erhält. Das ist in Baden-Württemberg nicht vorgesehen – d.h., zumindest bei der Wahl des Ministerpräsidenten müsste eine tolerierende LINKE mit Ja mitstimmen. In Gesetzgebungsverfahren geht es dann um die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Art. 33 (2)). In der Geschäftsordnung des Landtags wird präzisiert (§97), dass es mehr Ja- als Nein-Stimmen geben muss, Enthaltungen werden nicht berücksichtigt. Hier würde es also im Zweifelsfall ausreichen, dass eine tolerierende LINKE sich enthält (wie in NRW).

4.c Es kommt zu einer Ampelkoalition oder zu einer tatsächlichen Koalition von SPD und Grünen mit der LINKEN. Beides halte ich für höchst unwahrscheinlich, ebenso wie eine schwarz-grüne Regierung. Ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass viele Grüne eine Regierung Mappus mitmachen würden, auch die CDU unter Mappus hat das ausgeschlossen.

4.d Inhaltlich völlig ausgeschlossen sind in der derzeitigen Lage – wie auch schon durch die derzeit zu erwartenden Fraktionsgrößen – Modelle wie „Jamaika“, eine CDU-LINKE-Regierung oder andere Varianten.

Mein Fazit aus diesen möglichen Wahlausgängen ist klar: Wer einen Politikwechsel in Baden-Württemberg möchte, ist mit einer Stimme für die Grünen oder (eingeschränkt) für die SPD auf der sicheren Seite. Stimmen für die LINKE sind schwierig: Auf der einen Seite stimmt zwar das Argument, dass es, wenn die LINKE bis zu 4,9 Prozent erhält und nicht in den Landtag einzieht, sein kann, dass genau diese Stimmen letztlich fehlen, um Mappus abzusetzen und Schwarz-Gelb dann weitermachen kann. Wenn die LINKE in den Landtag kommt, also 5,0 Prozent oder mehr erhält, hat Schwarz-Gelb in der Tat keine Mehrheit mehr.

Wie die Wahl in Baden-Württemberg ausgehen kann

Allerdings halte ich es dann für wahrscheinlich, dass es, sollte die LINKE in den Landtag einziehen, zu dem oben dargestellten Fall 4.a kommt (und eben nicht zu 4.b) – das heißt, zu einer Koalition von CDU und SPD unter Führung der CDU. Damit ist das Risiko mit einer Stimme für die LINKE in der aktuellen Lage hoch, dass (alle anderen Argumente, warum eine Präsenz der LINKEN im Landtag sinnvoll ist oder nicht, einmal beiseitegelassen) damit eine klare Mehrheit für eine Regierung aus Grünen und SPD verhindert wird, und dass eine ziemlich große Gefahr besteht, dass Mappus weiterregieren kann. Wer die LINKE wählen möchte, sollte sich dieses Risikos bewusst sein.

Warum blogge ich das? Vor allem natürlich, um die Piraten zu ärgern ;-)

Nebensache?! Selektionseffekte des Wahlsystems

29. März 2011 – Politik und Gesellschaft

Das baden-württembergische Wahlsystem macht nicht nur Wahl-abende spannend, sondern trägt, da es keine Listen gibt, auch dazu bei, dass übliche (formale wie informelle) Quotierungsinstrumente nicht greifen. Das wirkt sich u.a. auch auf die Geschlechterquote aus – und reduziert auch generell die Chancen für alle, die nicht dem Typus des populistischen Direktmandatärs entsprechen, in den Landtag einzuziehen. Schauen wir dazu mal die Abgeordneten im neuen Landtag an, getrennt nach den vier Fraktionen:

- Die CDU entsendet 60 Abgeordnete in den Landtag. Darunter sind gerade mal acht Frauen (wenn ich mich jetzt nicht verzählt habe). Das sind 13 Prozent dieser Fraktion.
- Ein bisschen besser – aber auch nicht wirklich gut – sieht es bei uns Grünen aus. In der neuen großen Fraktion mit 36 Abgeordneten beträgt der Frauenanteil 31 Prozent (d.h. 11 Abgeordnete).
- Bei der SPD sind es sechs weibliche Abgeordnete bei einer Fraktionsstärke von 35 Sitzen, also 17 Prozent.
- Und die FDP hat es tatsächlich geschafft, eine rein männliche Siebener-Fraktion in den Landtag zu bringen.

Im Landtag insgesamt kommen wir damit auf einen – auch im Vergleich zu anderen Landtagen in Deutschland – vorsintflutlichen Frauenanteil von 18 Prozent. Ich gehe davon aus, dass das bei der Verteilung der Regierungsposten ein bisschen anders aussehen wird. Wenn mit Kretschmann und Schmid schon ein Männerduo an der Spitze steht, wird es in beiden Parteien meiner Meinung nach schwer durchsetzbar sein, beim weiteren Regierungspersonal weniger als eine Quotierung umzusetzen. Mir geht es in diesem Artikel allerdings gar nicht nur darum, Frauen und Männer zu zählen und Quoten auszurechnen. Ich sehe den geringen

Frauenanteil – der ja selbst in der grünen Fraktion deutlich hinter den üblicherweise in grünen Gremien erwarteten 50 Prozent liegt – im Landtag als einen sehr deutlichen Hinweis darauf, dass das baden-württembergische Wahlrecht, dessen Grundlage ja Wahlkreiskandidaturen sind, Struktureffekte hat und dazu beiträgt, einen bestimmten Personentyp – der honorige, örtlich verankerte Politiker (m, d.) – zu bevorzugen. Ich habe dazu jetzt keine Daten, aber ich gehe davon aus, dass das auch bei der Altersverteilung, bei Berufen und definitiv beim Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund eine Rolle spielt.

Zum Vergleich vielleicht noch, hier mal nur die Grünen, die Situation bei der Kandidatur. In den landesweit 70 Wahlkreisen sind bei uns 24 Frauen angetreten (34%), also ein etwas höherer Anteil als in der Fraktion. Anders gesagt: die kritische Schwelle scheint gar nicht so sehr die Wahl zu sein, sondern der Schritt davor – das Erringen eines (aussichtsreichen) Wahlkreises. Die drei Spitzenergebnisse (und Direktmandate) bei den Grünen haben übrigens allesamt Frauen erzielt – Muhterem Aras mit 42,5 Prozent in Stuttgart I, Edith Sitzmann mit 39,9 Prozent in Freiburg II und Theresia Bauer mit 36,7 Prozent in Heidelberg.

Ob die Zusammensetzung des Landtags, die in den letzten Jahren ähnlich war, Auswirkungen auf die dort entstehende Politik hatte oder haben wird, darüber lässt sich streiten. Ich bin nicht der Ansicht, dass Politik sich automatisch ändert, weil sie von Menschen mit weiblichen Geschlechtsteilen gemacht wird. Mir geht es eher darum, dass der Frauenanteil ein Hinweis darauf ist, wie wenig repräsentativ der Landtag für die ganz unterschiedlichen Lebensentwürfe und Alltagssituationen der baden-württembergischen Bevölkerung ist. Und in dieser mangelhaften Abbildung der realen Vielfalt – darin sehe ich auch ein Problem für die dort entstehende Politik.

Warum blogge ich das? Als kleinen Hinweis darauf, dass das Wahlrecht in Baden-Württemberg auch in anderer Weise verzerrend wirkt. P.S.: Jan weist im Kommentar auf eine Übersicht des Statistischen Landesamts hin, in der für alle Parteien aufgeführt ist, wie viele Bewerberinnen überhaupt angetreten sind (bei uns demnach 37% = 26 Frauen statt der oben genannten 34%/24 Frauen; CDU: 15%, SPD: 20%, FDP: 25%).



Ein historisches Ereignis

13. Mai 2011 – So grün, so grün

Auch wenn ich gestern weder in Stuttgart sein konnte noch am Arbeitsplatzrechner den Livestream verfolgen konnte, habe ich natürlich mitgezittert – und war (wie meine ganze Twittertimeline) dann schon gerührt, froh, aufgeregt, euphorisch, glücklich, gespannt auf alles, was jetzt kommt, als gestern Mittag das Ergebnis der Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg verkündet wurde. Nein, kein zweiter Wahlgang – dafür sogar zwei Stimmen aus der Opposition (wie seltsam es ist, dass dieser Begriff in diesem Land jetzt CDU und FDP meint). Und Winfried Kretschmann als erster grüner Ministerpräsident in Deutschland.

Ein gutes Vierteljahrhundert nach der Vereidigung des ersten grünen Ministers ist das ein gewaltiger Schritt für uns Grüne – aber natürlich noch viel wichtiger: auch ein ganz entscheidender Schritt für Baden-Württemberg.

Mein kleiner Beitrag zum Jubel gestern war dieses [Twitpic](#), das dann prompt viral wurde und inzwischen knapp 4000 Mal aufgerufen wurde.

Jetzt bin ich wie gesagt sehr gespannt, wie das alles weitergeht. Werden wir Grünen jetzt zur Volkspartei? Oder ist das eine überholte Kategorie? Ist die Regierungsbeteiligung als stärkste Partei ein einmaliges Ereignis, oder hat sich da tatsächlich was verschoben im Parteiensystem? Bleibt Winfried Kretschmann habituell so, wie er ist? Oder heben Winfried und seine Regierungstruppe jetzt ab? Kriegen wir das mit der Politik des Gehörtwerdens hin? Und wie läuft's mit der Landespartei weiter, die jetzt u.a. eine neue Vorsitzende und eine neue Landesgeschäftsführerin braucht, und die auf ihrer nächsten Landesdelegiertenkonferenz dann vielleicht schon mit den ersten enttäuschten Erwartungen klarkommen muss?



Also Fragen über Fragen – aber erst einmal überwiegt bei mir immer noch das Gefühl, kaum glauben zu können,¹ dass es gerade in Baden-Württemberg geklappt hat.

¹ Nebenbei bemerkt: in diesen Tagen erscheint endlich die Ausgabe 1/2011 der *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, in der ich einen Text habe, den ich im Herbst 2010 geschrieben habe. Letztlich geht's in dem Text um Technikfeindlichkeit, aber ein bisschen eben auch um die Grünen. Angesichts der Umfragewerte kurz nach Stuttgart 21 und der großen Mobilisierung zu den Protesten gegen die Laufzeitverlängerung (noch weit vor Fukushima!) habe ich dort schon die Mutmaßung geäußert, dass es zumindest möglich geworden ist, dass wir Grüne in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten stellen könnten. Aber so ganz glauben können, dass das Wirklichkeit sein wird, wenn der Text erscheint, habe ich damals noch nicht. Da war viel mehr noch die Idee da, dass allein schon die Verschiebung von „völlig undenkbar, grün zu wählen“ zu „jetzt wähle ich grün“ in vielen Köpfen was bewegt hat, was dann in den nächsten Jahren zu einem allmählichen Wandel im Parteiensystem führen könnte. Aber wie vielleicht bei alle großen Ereignissen: Statt allmählichem Wandel gab's einen Bruch und eine Neuausrichtung.



Schreschtescht

29. Juli 2011 – Politik und Gesellschaft

Wer meine Tweets über den heutigen Tag verfolgt hat, hat gesehen, dass ich immer mal wieder in die Livestreams zur öffentlichen Präsentation des Stresstests zu Stuttgart 21 reingeschaltet und das Geschehen dort kommentiert habe.

Über weite Strecken war das inhaltlich nur so mittelspannend: Die S21-Gegnerschaft hat nochmal dargestellt, warum die Prämissen des Stresstests dem Schlichterspruch aus dem Herbst nicht gerecht werden, und dass der Vergleich zwischen der begrenzten und mit bestimmten Randbedingungen versehenen Modellierung von Stuttgart 21 mit dem jetzigen Kopfbahnhofszustand ohne Optimierung einer von Äpfeln und Obstbäumen ist. Die S21-Befürworterschaft – von der Bahn bis hin zum SPD-MdL Rivoir, der gerade versucht, dem BUND die Gemeinnützigkeit zu entziehen – hat erwartungsgemäß all das zurückgewiesen und behauptet, dass alles gut ist. Der Schlichter Dr. Heiner Geißler gab

dabei nur eine begrenzt gute Figur ab, ließ sich immer wieder aus der Ruhe bringen, argumentierte parteiisch usw.

Bis dahin jedenfalls das vorläufige traurige Ende einer demokratischen Innovation. (Und ja: Geißler hat recht damit, dass das ganze fünf Jahre zu spät gekommen ist und es hoffentlich, selbst wenn in Stuttgart dadurch nichts gewonnen ist, dazu beiträgt, Bürgerbeteiligung bei Großprojekten frühzeitig groß zu schreiben).

Dann war ich eine Zeitlang mit anderen Dingen beschäftigt, um am späten Nachmittag wieder in den Stream einzuschalten. Eigentlich hatte ich damit gerechnet, dass die Stresstest-Präsentation zu diesem Zeitpunkt schon abgehakt gewesen wäre. Aber nein: sie lief auch um 17 Uhr noch. Und zwar mit einer, so ich das beim Wiedereinschalten wahrnehmen konnte, endlosen und wenig einträglichen, auch wenig erträglichen Debatte über die Unterschiede zwischen „guter Qualität“, „Premium“ und „optimaler Wirtschaftlichkeit“.

Eine Schattendebatte – insofern fand ich das, was dann kurz vor 18 Uhr passierte, folgerichtig (auch wenn’s mich an Berichte aus StuPa-Sitzungen erinnerte): Das Aktionsbündnis erklärte, sich an der Debatte nicht weiter beteiligen zu wollen, sondern vielmehr jetzt aus der Sitzung herauszugehen, um in einer Sitzungsunterbrechung die weitere Haltung der Aktionsbündnis-Delegation zu klären.

Großes Hallo – und Geißler wurde damit gezwungen, eine Karte früher als von ihm geplant auszuspielen. Statt den Kompromissvorschlag den versammelten AkteurInnen erst auf den Nachhauseweg mitzugeben, gab es ihn – zur Überraschung aller, auch der live übertragenden Fernsehsender – dann schon für die Sitzungspause. Und hier war er dann eher Yoda – denn der von ihm verteilte Vorschlag besagt nichts anderes als eine komplette Umplanung: Statt acht Gleisen Tiefbahnhof nur vier, statt einem komplett abgerissenem Gleisvorfeld ein reduzierter Kopfbahnhof, der für den regionalen Verkehr zuständig ist, während der West-Ost-Fernverkehr durch den Tunnel laufen soll.

Ganz neu ist dieser Vorschlag in der Tat nicht; ähnliches wurde schon in den 1990er Jahren lanciert (u.a. in einem Text, der in den letzten

Monaten immer wieder herausgegraben wurde, um Verkehrsminister Winne Hermann vorzuhalten, er sei doch auch schon einmal für Stuttgart 21 gewesen). Trotzdem ist dieser Vorschlag ein guter Kompromissvorschlag im besten Sinne des Wortes. Beide Seiten müssten sich hier aufeinander zubewegen; auch in der gebauten Sache würde sich tatsächlich etwas ändern. Einige der gravierendsten Probleme mit Stuttgart 21 würden zumindest abgeschwächt. Es wäre mit dem Vorschlag möglich, an den aktuellen Bau- und Planungsstand anzuschließen. Und die – in der Stresstest-Präsentation nicht aufgelösten – Versäumnisse der Bahn in Richtung „S21+“ (also Sicherheit, Barrierefreiheit usw.) wären auch weitgehend vom Tisch.

Boris Palmer hat in einer sehr guten Rede deutlich gemacht, dass er es für sinnvoll hält, über diesen Kompromiss zumindest nachzudenken. Es sei klar, dass nicht alle S21-Gegner diesen teilen würden. Aber ernsthaft in Verhandlungen darüber zu treten und auf beiden Seiten Zugeständnisse in der Sache zu machen, könnte tatsächlich dazu führen, dass die Stadt befriedet wird – Geißlers Anliegen bei der Sache.

Auch ein weiteres Argument von Boris fand ich bedenkenswert: Inhaltlich verantwortlich für den Vorschlag zeichnet nämlich SMA, also die Schweizer Firma, die das Audit des Stresstests übernommen hat. Sowohl die vielen negativen Zwischenbemerkungen im Audit des Stresstests als auch das Renommee dieser Firma in der Fahrplan-Planung sprechen dafür, dass der Kompromissvorschlag damit Hand und Fuß hat.

Ein Geißler'scher Coup? Ich hatte am Bildschirm eher den Eindruck, dass Geißler fast verzweifelt versucht hat, irgendetwas zu tun, was doch noch in Richtung Schlichtungserfolg verstanden werden könne. Dass aus seiner Sicht der Vorschlag eher dazu dient, dem Aktionsbündnis eine Brücke zu bauen, Stuttgart 21 doch irgendwie mitzutragen, als eine ernsthafte Neuplanung zu erreichen. Wenn das so wäre, wäre das schade. (Oder noch böser gesagt: *divide et impera*).

Ich spekuliere hier, kann mir aber vorstellen, dass SMA nicht nur die bahntechnische Zuarbeit geleistet hat, sondern dass der Kompromissvorschlag aus Sicht von SMA sozusagen der zweite, fachlich fundierte

Teil des Stresstest-Audits war – also ein Vorschlag, wie die im Stresstest weiterhin aufgezeigten Probleme bei besserer Betriebsqualität gelöst werden könnten. Zugespitzt: ein ingenieurtechnischer Kommentar zur deutschen S21-Debatte.

Die Resonanz auf Seite des Aktionsbündnisses auf den Vorschlag war unterschiedlich. Auch hier gab es einige, die ihn inhaltlich eher weggewischt haben, um K21 zu propagieren oder den Vorschlag nur als Vorwand für einen weiteren Baustopp sahen (der allerdings für eine ernsthafte Debatte, auch wenn Geißler das nicht so sehen wollte, sicher sinnvoll wäre). Dennoch: überwiegend war der Eindruck, der im Livestream und auch auf Twitter nachzuvollziehen war, einer, sich ernsthaft damit auseinandersetzen zu wollen – um des Friedens in der Stadt willen.

Und die andere Seite? Die scheint am städtischen Frieden nicht interessiert zu sein. Vielmehr wurde in recht arroganter Weise erklärt, der Kompromissvorschlag sei ein alter Hut, es sei entschieden und eh viel zu spät, noch irgendetwas zu ändern und ein solcher Vorschlag würde natürlich von der SPD in der Landesregierung nicht mitgetragen. Kurz: zwischen Bahn, CDU – auch die Stadt Stuttgart – und SPD passte kein Blatt Beton.

Dieses Desinteresse der S21-Pro-Seite daran, über eine mögliche sachliche Lösung überhaupt nur nachzudenken, desavouiert natürlich zum einen den Schlichter Geißler. Offensichtlich war er nur als geduldiger Moderator gefragt, aber nicht als einer, der versucht, eine inhaltliche Lösung zu finden. Was das über den Schlichtungsprozess insgesamt aussagt, darüber wäre noch nachzudenken. Der Schlag ins Gesicht des Schlichters ist aber – und das ist viel schlimmer – auch einer ins Gesicht aller Menschen, die die Hoffnung hatten, ein Verfahren wie das S21-Schlichtungsverfahren könne zu einem ernsthaften und vernünftigen Gespräch werden. Nein, Bahn, CDU und SPD haben ihre Scheuklappen kein einziges Mal abgesetzt, sondern laufen stur in Richtung Untertunelung.

Auf mich macht das nicht den Eindruck, das hier mit offenen Karten gespielt wird, sondern lässt den Verdacht aufkeimen, dass den S21-

Politische Fragen

BefürworterInnen nicht eine gute Lösung für den Bahnverkehr und für die Stadt am Herzen liegt, sondern dass es da andere Interessen geben muss. Vielleicht ist das auch Vorurteil meinerseits – aber Dialogfähigkeit haben diese Akteure jedenfalls definitiv nicht gezeigt. Wenn es in der Politik aber darum geht, materielle Kompromisse zu finden, dann haben sich Bahn, CDU und SPD in dieser Sache schlicht als politikunfähig erwiesen. Und auch das wirft kein gutes Licht auf den Zustand unserer Gesellschaft.

Warum blogge ich das? Als eine Art ausgeweitete Zusammenfassung meiner heutigen Tweets.

Sozialwissenschaft

Das magische Dreieck, oder: Milchkaffee

10. August 2007 - Soziologisch gesehen

Nachdem [Tina Günther](#) mein Blog netterweise zu den soziologischen zählt, und weil mir das Grafikdesign von „[Hard Bloggin' Scientist](#)“ gut gefällt, und ich das überhaupt für eine gute Idee halte, möchte ich mein Blog hier doch verstärkt dazu nutzen, meinen soziologischen Schaffensprozess zu begleiten.

Derzeit schlage ich mich mit dem Problem herum, mir klar darüber werden zu wollen, wie sich das „magische Dreieck“ aus Natur, Technik und Gesellschaft sozialtheoretisch fassen lässt. Das hat zum einen ziemlich viel damit zu tun, die – in großer Zahl vorliegenden Texte zu diesem Thema – zu überblicken und zu verdauen, zum anderen aber auch viel damit, darüber nachzudenken, was ich von den verschiedenen Argumenten eigentlich halte und welche theoretische Position mir sinnvoll erscheint. Vor Jahren schon hat mich Johannes Moes mal darauf hingewiesen, dass es Technik eigentlich gar nicht gibt. Inzwischen kann ich nachvollziehen, warum das eine einleuchtende Position sein kann. Nur: wie damit umgehen, dass „die Technik“ genauso wie „die Natur“ gesellschaftliche Konstrukte sind, einerseits, dass aber, andererseits, sowohl die Grenzziehung innerhalb des Materiellen (was ist noch Natur, was schon Technik?) als auch die zwischen dem Materiellen und der Gesellschaft schwimmen (für letzteres argumentieren beispielsweise Bruno Latour, Donna Haraway oder auch Mike Michael) und eigentlich alles nur noch als Hybrid, Cyborg, Co-Agent, verteiltes Netzwerk denkbar erscheint? Vor allem dann, wenn man gerade dabei ist, eine techniksoziologische Arbeit über im Alltagssinn durchaus dem Gefilde des Technischen zuzurechnende Dinge zu schreiben?

Vielleicht hilft ein Beispiel, die verschwimmenden Grenzen sichtbar zu machen: gerade eben war ich einen Milchkaffee trinken (um über eben

diese Frage nachzudenken), und bin danach durch den Regen wieder in mein Büro gelaufen. Eine ganze Reihe von „Akteuren“ sind an diesem Szenario beteiligt. Konstellationsanalytisch lässt sich beispielsweise nach Menschen, technischen Dingen, natürlichen Dingen und Zeichensystemen (also Diskursen, Regelwerken etc.) sowie Hybriden aus den vier Gruppen unterscheiden. Während klassisch-soziologisch genau zwei Akteure auftreten: ich und der Verkäufer des Milchkaffees, oder mit Luhmann all das beschriebene nur insofern wichtig ist, als es Teil gesellschaftlicher Kommunikation darüber ist (Finanztransaktionen, Kommunikationen innerhalb des Wissenschaftssystems, ...) und Personen keine Rolle spielen, tauchen mit der von Latour u.a. inspirierten Konstellationsanalyse haufenweise Akteure auf (es sei jetzt mal dahingestellt, welche für eine Analyse der Situation wirklich relevant sind):

- *Menschen*: Ego, Verkäufer
- *Zeichensysteme*: Geld; evtl. die Speisekarte; Wissen über das richtige Verhalten in Cafes; die Vorstellung, dass Nachdenken im Cafe besser funktioniert; Distinktion (Milchkaffee aus dem Cafe und nicht Plörre aus dem Automaten)
- *technische Dinge*: ein Tisch, ein Barhocker, die Kaffeetasse, die Straße, Kaffee, eine Espressomaschine
- *natürliche Dinge*: Kaffeebohnen, Koffein, Wasser, Milch (damit auch Kühe), der Regen, ein durch Koffein anstachelbarer Körper
- *Hybride*: das Cafe, die Stadt, der Milchkaffee

Dieses Netzwerk trägt die soziale Praktiken „einen Kaffee trinken gehen, um über nachzudenken“ und „Spaziergang im Regen“

Es ließe sich jetzt jedoch genauso gut fast alles in die Kategorie „Hybride“ packen – und da wird dann mein Problem mit dem Dreieck deutlich. Mal abgesehen davon, dass Menschen natürlich ;-) eh hybrid sind (Körper, Bewusstsein, Brille, Kleidung, Geldbeutel, ...), ist die Milchkaffeetasse zwar ein technisches Ding, aber auch kulturell aufgeladen.

Dass in der Tasse Milchkaffee ist, funktioniert nur durch das Zusammenwirken von Wasser, Kaffeeplantagen und -händlern, den Stromwerken, dem Verkäufer hinter dem Bartresen, den zu diesen Zweck gezüchteten und manipulierten Kühen, ... hinter dem einfachen Milchkaffee steckt also auch schon wieder ein hybrides Netzwerk. Und dass das mit Natur und Technik so einfach nicht ist, machen nicht nur die Kühe deutlich (klar, Natur – aber ziemlich technisierte Natur!), sondern auch der Regen: der fällt wegen Gravitation und Wetterverhältnissen, letztere haben – immerhin haben wir August! – diese Woche aber auch was mit dem anthropogenen Klimawandel zu tun.

Wenn aber, und das ist mein letzter Schlenker für heute, eigentlich eh alles Hybride sind: wie dann hingehen, und die einzelnen Bestandteile, die da zusammenwirken, in ihren Wirkungen und Beeinflussbarkeiten voneinander trennen? Orthodoxe Latour-AnhängerInnen werden jetzt erklären, dass das halt der große Fehler der Moderne ist, der Versuch, dies zu trennen, und ich das halt lassen soll; um darüber zu reden – und um analytische Aussagen treffen zu können – muss ich hier aber trennen, Netzwerke auseinandernehmen und (nicht zuletzt der disziplinären Anschlussfähigkeit in Richtung a. Techniksoziologie und b. Umweltsoziologie zuliebe) Unterscheidungen treffen. Und da stehe ich jetzt.

Warum blogge ich das? Um zum Nachdenken über diesen Umstand heute nicht noch eine dritte Tasse Kaffee trinken zu müssen.

Zwischen Wissenschaft und Kunst

12. Februar 2008 – Soziologisch gesehen, Wissenschaft, Zukunftsvisionen

Futuristisches französisches Design – seltsam geschwungene Linien und Farben – sind vielleicht der richtige Kommentar zu der Konferenz, an der ich gerade zeitweise teilgenommen habe. Das Design liefert der TGV, der mich von Zürich, der unbekannteren Metropole in den Bergen, zurück zur deutschen Grenze bringt. Der diesjährige Kongress der Schweizer STS-Community (STS steht je nach Kontext für *Science, Technology, Society* oder für *Science & Technology Studies*) stand unter dem Motto „ScienceFutures“: wissenschaftliche Zukunftsbilder, Zukunftsforschung, literarische und künstlerische Verarbeitungen etc.



Die angesprochenen Design-Eigenheiten sind in diesem verrauschten Handy-Foto eher zu erahnen denn zu sehen

Da ich nur an zwei der dreieinhalb Kongresstage teilnehmen konnte, kann ich zum eigentlich Kongressprogramm gar nichts richtig ausführliches sagen. Es war jedenfalls bunt gemischt; so richtig fremd fühlt man sich als Soziologe erst, wenn die Debatte zwischen Designern, Literaturwissenschaftlerinnen und „hard scientists turned historians of their discipline“ stattfindet. Aber ich schweife ab, und auch das eindrucksvolle Innere der ETH Zürich soll hier nicht Thema sein. Mich hat-

ten vor allem die Science-Fiction-orientierten Panels angezogen (u.a. gab es einen schönen Vortrag über das Wissenschaftsbild in Greg Egans *Distress* und Kim Stanley Robinsons *Antarctica*). Selbst habe ich auch was vorgetragen; unter dem Titel „From Ecotopia to everyday life: the making of sustainability“ habe ich angeschaut, wie ein praxistheoretische, auf Akteurs-Netzwerke gestützter Ansatz auf Diskursfragmente – hier das für den „Neuen-Lebensstil-Diskurs“ der 1970er Jahre typische Buch *Ecotopia* von Ernest Callenbach – angewendet werden kann. Und wie immer zu viel reingepackt; dazu, danach zu fragen, ob die heutigen „multiple sustainabilities“ eigentlich eine ähnlich aussagekräftige Utopisierung erfahren, bin ich gar nicht mehr gekommen (BTW: www.utoopia.de ist in dem Kontext auch interessant, gerade weil's keine Utopie sucht, darstellt, ist).

Ziemlich typisch für die STS-Community sind Grenzüberschreitungen der verschiedensten Art; Disziplingrenzen werden genauso überwunden, durchbrochen oder übersetzt wie die Grenzziehungen zwischen Kunst und Wissenschaft, sei es als Gegenstand der Forschung, sei es als Thematisierungsform. Das finde ich sympathisch, wenn auch manchmal etwas anstrengend. Siehe oben die Bemerkung zur soziologischen Fremdheitserfahrung. Das letzte Panel auf diesem Kongress (glücklicherweise dorthin verschoben, sonst hätte ich nicht teilnehmen können) stellte eine aus meiner Sicht besonders innovative Form dar, etablierte wissenschaftliche Routinen und Praktiken fragwürdig werden zu lassen und einen Reflexionsraum zu schaffen. Michael Guggenheim, Rainer Egloff und Sha LaBare haben unter dem Titel „The Science Fiction of STS“ an die Stelle der üblichen Präsentationen reflexive Narrative aus den Genres Science Fiction bzw. Fantasy gesetzt, um so die Zukünfte der STS auszuloten. Dies war auf jeden Fall unterhaltsam. Ob das Reflektionsziel erreicht wurde, – da bin ich mir nicht so sicher. Guggenheim trat in der Rolle des seiner Allgegenwart müden „Actualiser“ auf: aus dem *follow the actors* wird ein *eliminate contingency, eliminate history*, wenn die STS-Forschung einem selbstbewussten Computer übertragen wird. Egloff bezog sich in seiner verschachtelten Erzählung

darauf und diskutierte in Form eines Briefes aus dem wissenschaftlichen Untergrund die Grenzen und Notwendigkeiten linksintellektuellen Engagements. Eine etwas andere Perspektive nahm LaBare ein, der in die Rolle eines Drachens – bei Le Guin können Drachen nur wahr lügen – schlüpfte und über Lernen und Vergessen und die Vorzüge der Ignoranz berichtete.



Typischer Blick von der ETH auf die Stadt. Und unter den komischen Kegeln liegt die Vorfahrt Leopoldstraße im dritten Tiefgeschoss, oder so.

Wie gesagt, als Experiment auf jeden Fall spannend. Was allerdings nicht so gut funktionierte, war Kommunikation innerhalb dieses narrativen Rahmens. Erst traute sich niemand, Fragen zu stellen (wiss. Konferenzen funktionieren bekanntlich nach dem Muster Vortrag-Fragen-Vortrag-Fragen-Vortrag-Fragen-Dank), und als es dann doch noch zu einer Debatte kam, war dies vor allem eine darüber, was solche Grenzüberschreitungen bewirken. Einen Diskutanten erinnerte das alles – positiv oder negativ gemeint, blieb unklar – sehr an die 1970er Jahre. Die Zukunft der STS, die Frage, ob eine Konferenz zur Wahrheitsfindung beiträgt, und das kritische Engagement von Intellektuellen wurden dagegen in der Diskussion nicht thematisiert (wohl aber in der anschließenden Kaffeepause).



Züri at night – viel besser als die meisten anderen Großstädte im näheren Umfeld meines Wohnorts.

Mein persönliches Fazit: sich bewusst zu sein, dass auch wissenschaftliche Texte Narrationen sind, ist ebenso fruchtbar wie das Spiel mit den Grenzen des Genres. Für eine Integration derartiger Formen in die alltäglichen Praktiken wissenschaftlichen Austausches scheint mir dagegen mehr notwendig zu sein als einfach nur der Austausch des Vortragsformat mit dem Erzählungsformat. Hier ist noch Brückenbauarbeit zu leisten. Dann könnte daraus auch methodologisch etwas Spannendes werden.

Warum blogge ich das? Um ein paar Gedanken zum interessantesten Element dieser Konferenz loszuwerden, und weil ich mich an der Grenze zwischen STS und Soziologie stehend in der STS immer nur halb heimisch fühle.

Von Luxusgrün zu Notwendigkeitsgrün?

7. August 2008 – Politik und Gesellschaft



Hofladen – Luxusgrün?

Die *taz* berichtet heute über den schrumpfenden Umsatz der Bioläden; dabei geht es vor allem um die schon etwas ältere Konventionalisierungsdebatte, also Bioprodukte im Supermarkt. Interessanter finde ich einen zweiten Aspekt: nämlich den Zusammenhang der letzten „Öko-Wellen“ mit dem wirtschaftlichen Aufschwung. Ich habe das ja die letzten Jahre etwas genauer verfolgt, und „cool green“ ebenso wie Dinge wie das plötzliche Interesse Prominenter für den „*Lifestyle of Health and Sustainability*“ (LOHAS) koinzidieren durchaus mit „keine andere Sorgen“. Umgekehrt wurde das Umweltthema Anfang der 1990er Jahre von Platz 1 der bundesdeutschen Sorgenhitliste verdrängt. Plötzlich ging es um soziale Sicherheit, Arbeitslosigkeit und dergleichen mehr.

Mit dem von einigen jetzt wahrgenommenen Rüberschwappen der Rezession von den USA hierher scheint es eine ähnliche Entwicklung zu geben. Jedenfalls kommentiert die *Times* „Suddenly being green is not

cool anymore“. Kurz gesagt: das nötige Geld, um sich einen grünen Lebensstil leisten zu können und diesen als hip zu propagieren, ist (in Großbritannien) nicht mehr da, die Hypewelle um Luxusgrün scheint sich dem Ende zuzuneigen. Die *Times*-Kommentatorin Alice Thomson sieht darin aber auch etwas Gutes:

But paradoxically, just as Britain is turning its back on the environment, the country is finally becoming greener. Fewer people are moving house so they are buying fewer new white goods such as washing machines and fridges. They may not be queueing up for £9 organic Poilâne bread, but for the first time in a decade they are discarding less food. They buy less impulsively and think more carefully before their weekly shop. Children are wearing hand-me-down uniforms rather than new ones made in sweatshops.

Mich erinnert das an die Beobachtung u.a. von Silke Kleinhüchelkotten (wenn ich mich jetzt an den richtigen Text erinnere), dass die in der tatsächlichen Wirkung „grünsten“ Milieus nicht die Postmaterialisten sind, sondern eher relativ arme, mit Sparsamkeitswerten aufgewachsene traditionelle Milieus. Das könnte als Gegenpol zum Luxusgrün auch als „Notwendigkeitsgrün“ bezeichnet werden (oder auch als „unfreiwillige Umweltschützer“).

Allerdings hat Armut (über deren Unerwünschtheit geht es hier gar nicht) nicht nur ökologisch positive Effekte. Neben den von Thomson beschriebenen stehen die fehlenden Möglichkeiten, mittelfristig in ökosparende Produkte zu investieren. Thomson spricht von weitergenutzten Waschmaschinen und Kühlschränken – genau die sind aber ebenso wie schlechtgedämmte Wohnungen möglicherweise ein großes ökologisches Problem. Und wer gezwungen ist, die billigsten Nahrungsmittel zu wählen, schmeißt diese zwar vielleicht nicht weg, trägt aber trotzdem ungewollt zur Verstärkung industrieller Agrarwirtschaften und zu langen Transportkreisläufen bei. Notwendigkeitsgrün muss also nicht unbedingt funktionieren. Das kann an fehlenden ideellen Werten liegen (Sparsamkeit und auch das von Thomson ebenfalls angeführte Beispiel,

selbst Gemüse anzubauen, funktionieren nur mit entsprechendem Wissen), die fehlenden materiellen Werte können zu ökologischen Fehlallokationen führen, und fehlende Rahmenbedingungen (Discounter nimmt Bio wieder aus dem Angebot, um nur ein Beispiel zu wählen) zeigen die Abhängigkeitsstrukturen deutlich auf, unter denen Notwendigkeitsgrün steht.

Damit wird auch politischer Handlungsbedarf in allen drei Bereichen sichtbar: in der Popularisierung der Wissens- und Wertgrundlagen eines tragfähigen „Suffizienzlebensstil“ (der ja – ebenso wie Subsistenz – durchaus mit Sparsamkeit und nicht Askese vermarktbar ist), in der Unterstützung ökologischer Investitionen bei fehlenden Einkommen (der Öko-Bonus geht in diese Richtung, aber auch mobile Energiesparberatungen sozialer Einrichtungen, die es neuerdings gibt), aber auch in der ordnungspolitischen Steuerung der Rahmenbedingungen (d.h. letztlich auch: Internalisierung externer Konsequenzen in Preisstrukturen, auch wenn das erst mal unsozial aussieht).

Soweit ein paar erste rohe Überlegungen zur Frage, ob das Ende der LOHAS-Welle erreicht ist, und was danach kommen könnte.

Warum blogge ich das? Mich interessiert der scheinbar konjunkturabhängige Zusammenhang von Umwelt und Milieu, aber auch die politische Frage, wie unter wirtschaftlich schwieriger werdenden Bedingungen Nachhaltigkeit gestaltet werden kann.

Natur/Gesellschaft: Technik an der Grenze – Beispiel Mobiltelefon

16. Juli 2009 – Nachhaltiges Leben, Soziologisch gesehen

Fragestellung: Technik als Schnittstelle?

In meinem Promotionsvorhaben beschäftige ich mich mit dem Umgang mit alltäglicher Technik in Nachhaltigkeitsmilieus – ein Beispiel ist das Mobiltelefon. An dieser Stelle möchte ich allerdings nur ein Detail herausgreifen, nämlich passend zum Thema „Grenzüberschreitungen“ das Dreiecksverhältnis zwischen „Gesellschaft“, „Natur“ und „Technik“ (Abb. 1). Zwischen den zwei Formen von Materialität spannt sich ein Kontinuum mit den Polen „Natur“, die ich als im Verhältnis zum Menschen unbestreitbar eigensinnige Materialität definiere, und „Technik“ als in Form gebrachte und „informierte“ Materialität. Am Beispiel des Mobiltelefons sollen nun unterschiedliche Ebenen dargestellt werden, auf denen Technik an der Schnittstelle/Grenze zwischen Natur und Gesellschaft agiert.

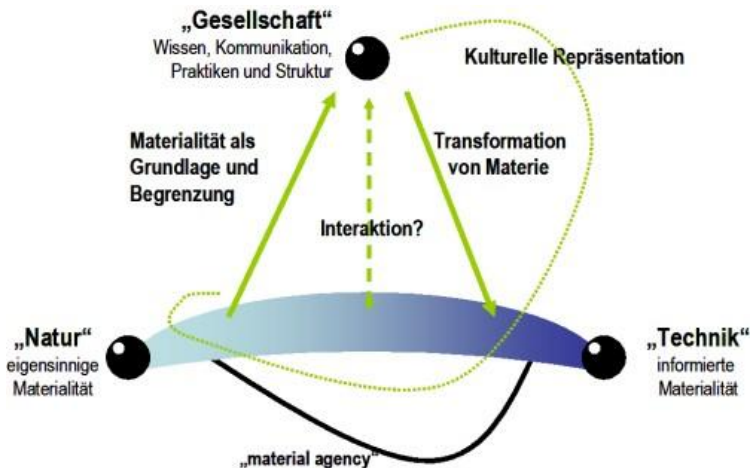


Abb. 1. Wechselwirkungen zwischen Materialität (Kontinuum „Natur“ – „Technik“) und Sozialität („Gesellschaft“)

Theorien sozio-materieller Wechselwirkung

Im traditionellen Blick der Soziologie von Durkheim bis Luhmann zählt nur, was innerhalb der Gesellschaft geschieht. „Natur“ wie „Technik“ sind nur als kommunikative, also kulturelle Repräsentationen vertreten. Wechselwirkungen zwischen Sozialität und Materialität werden ignoriert, ebenso die Tatsache, dass soziale Praktiken (Reckwitz 2000; Shove 2002) durch ihre materiellen Grundlagen ultimativ begrenzt sind und zugleich erst ermöglicht werden. Gleichzeitig transformieren Praktiken immer Materie: gezielt in der Herstellung z.B. einer technischen Konfiguration, aber ebenso in Form nicht intendierter und zuerst einmal „unsichtbarer“ Handlungsfolgen (vgl. Beck 1986; Giddens 1992). Gezielten Transformationen sind allerdings aufgrund der materiellen Eigendynamik Grenzen gesetzt (Pickering spricht von „material agency“, Michael von „co-agency“). Eine nicht in gesellschaftlicher Selbstbeschau verbleibende Umweltsoziologie muss diese Bezüge aufnehmen (vgl. Brand 1998); etwa im interdisziplinären Ansatz sozial-ökologischer Forschung (Becker/Jahn 2006). Über die bereits von Marx betrachtete Arbeitswelt (vgl. Görg 1999) hinaus sind es Artefakte, die diese Wechselwirkungen im Alltag vermitteln und verstärken.

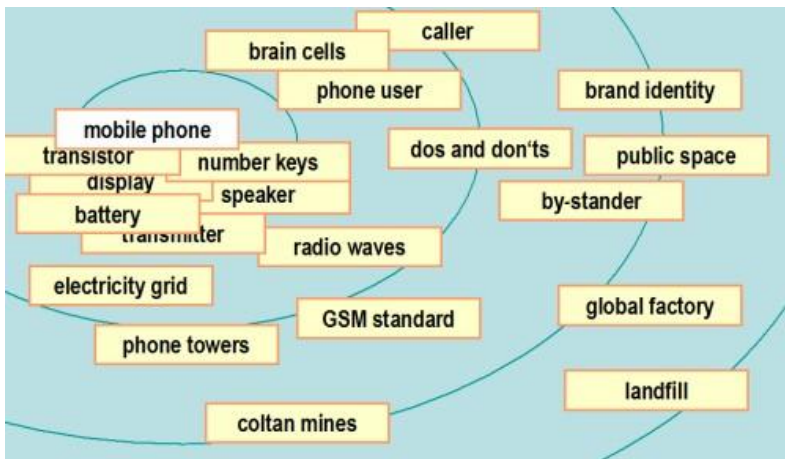


Abb. 2. An der Praxis des Mobiltelefonierens beteiligte „Akteure“

Veranschaulichung am Beispiel Mobiltelefon

Eine heute simpel erscheinende Praxis wie die Nutzung eines Mobiltelefons ist voraussetzungs- und folgenreich. Neben der sozialen Einbettung und kulturellen Zuschreibungen (vgl. Burkart 2007) spielt dabei Materialität eine große Rolle (vgl. Agar 2003, Reller et al. 2009). Das Artefakt Mobiltelefon ist, getragen von vielfältigen „Akteuren“ (Abb. 2), in mehrfacher Weise in die Vermittlung zwischen Natur und Gesellschaft eingebunden:

1. Voraussetzung der Nutzungspraxis ist das Artefakt Mobiltelefon als Produkt eines globalen Herstellungsprozesses, der auf knappe Rohstoffe angewiesen ist und der riskante Nebeneffekte in der Rohstoffgewinnung und Produktion auslösen kann.
2. Die Nutzung des Mobiltelefons ist an die Existenz mehrerer Infrastrukturen gebunden (Stromnetz; Funktürme, um mobile Kommunikation zu ermöglichen; IT), die wiederum folgenreich sind.
3. Der meistdiskutierte Effekt während der Nutzung sind die Emissionen des Telefons und der Funktürme („Elektrosmog“). Auch der verwendete Energiemix ist nicht ohne Umweltfolgen. Zudem wirkt das Artefakt selbst als materieller Körper im Raum.
4. Am Ende der Gebrauchsphase steht nicht nur die Entsorgung (Elektroschrott, Müllhalde, Recycling?), sondern beispielsweise auch der damit verbundene Verlust seltener Metalle.
5. Zu diesen „direkten“ materiellen Effekten kommt die Ebene kommunikativer Vermittlung: von der Landschaftswahrnehmung im Handy-Foto bis hin zur Umweltinformation per SMS.

Fehlende Verschränkung der Perspektiven

In soziologischer Perspektive wird das Mobiltelefon v.a. als personalisiertes, kulturell aufgeladenes Kommunikationsmedium behandelt, das soziale Beziehungen transformiert. In ökologischer Perspektive steht das mögliche Gesundheitsrisiko im Vordergrund; in neuerer Zeit kommt der Blick auf globale Effekte der Verwendung seltener Metalle hinzu. Dagegen fehlt bisher der systematische Blick auf die Verschränkung „materieller“ und „diskursiver“ Effekte beim alltäglichen Mobiltelefonieren, bzw. auf deren Fehlen.

Warum blogge ich das? Text für ein Poster für ein Promovierenden-Kolloquium an der Universität Freiburg – bin damit nicht so ganz zufrieden (naja, vor allem unglücklich über das von mir für das gewählte Thema eher als einschränkend empfundene Poster-Format) und wollte das ganze mal in einem anderen Format und mit Feedback-Möglichkeit sehen. P.S.: War natürlich der Einzige, der nicht genau gelesen hat und A0 abgeliefert hat statt des erwünschte A1-Formats, hat aber keine große Rolle gespielt. Das Poster als PDF: [Poster „Natur/Gesellschaft“, Milestones-Tagung 2009.](#)

Literatur

Agar, Jon (2003): *Constant Touch*. Cambridge: Icon Books.

Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Becker, Egon; Jahn, Thomas (Hrsg.) (2006): *Soziale Ökologie*. Frankfurt: Campus.

Brand, Karl-Werner (Hrsg.) (1998): *Soziologie und Natur*. Opladen: Leske+Budrich.

Burkart, Günter (2007): *Handymania*. Frankfurt: Campus.

Giddens, Anthony (1992): *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt: Campus.

Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Natur/Gesellschaft: Technik an der Grenze – Beispiel Mobiltelefon

Michael, Mike (2000): *Reconnecting Culture, Technology and Nature*. London: Routledge.

Pickering, Andrew (1995): *The Mangle of Practice*. University of Chicago Press.

Reckwitz, Andreas (2000): *Die Transformation der Kulturtheorien*. Weilerswist: Velbrück.

Reller, Armin et al. (2009): „The Mobile Phone: Powerful Communicator and Potential Metal Dissipator“, in *GAIA* 18, 2, 127–135.

Shove, Elizabeth (2002): *Sustainability, system innovation and the laundry*. Lancaster.

Vulkan greift Flugverkehr an!

18. April 2010 - Das Wetter, Nachhaltiges Leben, Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen



Ausbruch des Eyjafjallajökull, [Daníel Örn](#), CC-BY

Vulkanausbrüche sind ein gutes Beispiel für Naturereignisse, die große Konsequenzen für menschliche Gesellschaften haben, ohne dass es sich dabei um menschengemachte Katastrophen handelt. Oder wer hätte bis vor kurzem jemals die Vermutung geäußert, dass ein Vulkanausbruch auf Island zu Chaos in Zügen der Deutschen Bahn führen könnte?

Ich würde ja vorschlagen, derartige Naturereignisse, die massive Auswirkungen auf die globale Infrastruktur haben, in Zukunft als „Eyjafjallajökull Events“ oder als „Eyjafjallajökull Infrastructure Failures“ zu bezeichnen (kurz: „Eyjafjallajökullfail“). Aber das nur nebenbei.

Den ersten Hinweis darauf, dass ein Vulkan Probleme im Flugverkehr bereitet, konnte ich Donnerstagmorgen bei Facebook lesen, als ein Kontakt von mir „All London airports closed! Bloody volcano!“ schrieb. Das machte mich neugierig, und nach einigem Suchen hatte ich dann die

entsprechenden Hinweise bei der BBC gefunden: der Luftraum wird wegen der Absturzgefahr für Flugzeuge durch die Vulkanasche geschlossen. Ein paar Stunden später haben dann auch die Massenmedien hier berichtet, und weitere Länder haben ihren Luftraum geschlossen. Was dann passierte, steht [hier in der en.wikipedia](#).

Meine ersten Gedanken (mal abgesehen vom Mitleid mit den – u.a. bei Twitter nachlesbaren – Millionen Gestrandeten – bis hin zu so krassen Fällen wie z.B. InderInnen bei einem Zwischenstopp in Frankfurt, die ohne Visa den Flughafen nicht verlassen dürfen – und einer gewissen Schadenfreude hinsichtlich all der Inlandsflieger, die jetzt nicht von Berlin nach München oder Köln kamen) war der, „was passiert, wenn das jetzt länger anhält“? Schon die paar Tage Flugausfall führten zu ziemlich vielen Ausfällen von Großereignissen – sei es in der politischen Welt, im Sport oder im Show-Business. Es zeigte sich gleichzeitig schnell, dass alternative Verkehrsmittel (Bahn, Bus, ...) dem Ansturm der „Umbucher“ nur bedingt gewachsen waren.



Auch empty skys sind nicht ganz leer ...

Es gibt ja das SF-Genre des „Steampunk“, also eine Mischung aus SF/Cyberpunk und der Zeit der Dampfmaschinen und viktorianischen Moral. Ein Niedergang des interkontinentalen Luftverkehrs aufgrund länger anhaltender Ausbrüche könnte durchaus ein plausibles Szenario abgeben für eine auf Schiffe, Zeppeline und innerkontinental Bahnen setzende

Gesellschaft. Neben der so stark entschleunigten Direktbewegung stände dann eine starke Belegung von Videokonferenzen und ähnlichen Kommunikationsformen. Da wären wir bei den EU-LuftfahrtsministerInnen, die sich morgen zu einer Videokonferenz treffen. Dazu gleich mehr:

Der zweite Gedanke waren dann die Umweltfolgen: frühere Vulkanausbrüche hatten zu Kälteeinbrüchen geführt, dafür ist dieser ein bisschen klein, aber wer weiß? Gleichzeitig sparen die „empty skies“ massiv CO₂ ein (Nettogewinn: 206 000 t CO₂ pro Tag). Und dann gibt es Rückkopplungen wie die hier ganz am Schluss erwähnte: es wird vermutet, dass aufgrund der globalen Erwärmung schmelzendes Gletschereis dazu führt, dass die Zahl der Vulkanausbrüche in Island steigt, weil das auf der Erde lastende Gewicht dort sinkt. Ob das plausibel ist, weiß ich nicht – jedenfalls scheint es hier einige interessante Feedbackeffekte zu geben.

Von der popkulturellen Ebene will ich jetzt gar nicht anfangen – von „ashtags“ und Witzen mit „ash/cash“ bis hin zum norwegischen Premierminister, in den USA gestrandet, der behauptet, sein Land jetzt per iPad regieren zu wollen. Gewissermaßen popkulturell auch der Eintrag im Blog von Charles Stross, in dem dieser Science-Fiction-Autor berichtet, dass er jetzt in Japan festsitzt.

In den Kommentaren zu diesem Blogeintrag fand ich dann auch erste Hinweise zu Verschwörungstheorien – und darauf, dass das Volcanic Ash Advisory Centre (auch sowas, dessen Existenz mir bisher nicht bekannt war) gar nicht misst, sondern sich auf Computersimulationen verlässt. So heißt es jedenfalls seitens der Luftfahrtgesellschaften (z.B. hier) – die natürlich ein großes Interesse daran haben, Flughäfen wieder aufzumachen. Alles nur Panikmache und Überreaktion? Hier kommen jetzt auch die LuftfahrtministerInnen wieder ins Spiel, die versuchen werden, eine europäische Lösung zum Umgang mit Vulkanasche-problemen in der Luftfahrt zu finden. (Andere Dinge, die zu Tage treten, die mir bisher nicht bekannt waren: Mashups des Flugverkehrs durch Freiwillige)

Um zum Schluss zu kommen: was ich sehr spannend finde, ist die diskursive Rahmenverschiebung des Ereignisses. War es in den ersten

Stunden noch eine Naturkatastrophe, die ziemlich direkt dem Vulkan zugerechnet werden konnte, haben sich in den Tagen danach immer mehr Aktanten ins Spiel eingeschaltet. Aus *Vulkanausbruch – Asche – kein Flugverkehr* ist so in der Berichterstattung der letzten Tage ein Akteursnetzwerk geworden, an dem auch das *Volcanic Ash Advisory Centre*, *Computersimulationen über die Verteilung von Vulkanasche*, *Luftfahrtgesellschaften*, *TestpilotInnen*, *politische Entscheidungsgremien*, *Massenmedien*, *gestrandete UrlauberInnen*, ... teilnehmen.

Gleichzeitig verändert sich die Deutung der Wissensgrundlage. Hinter der Warnung steckte so ungefähr die Aussage „wir haben sicheres Wissen darüber, dass Vulkanasche gefährlich ist, weil es schon mehrere Beinah-Abstürze gegeben hat“. Diese Wissensgrundlage ist jetzt umkämpft. Einzelne Fluggesellschaften berichten von Testflügen, die problemlos waren. Die Relevanz von Computersimulationen wird in Frage gestellt. Es wird auf möglicherweise existente alternative Umgangsweisen mit Vulkanascheproblemen auf anderen Kontinenten hingewiesen. Aus dem sicheren wissenschaftlichen Wissen als politische Entscheidungsgrundlage wird so ein unsicheres und politisiertes Wissen/Nicht-Wissen, das jetzt mit dem Ruf nach politischen Entscheidungen über die Gültigkeit bestimmter Wissensbestände verknüpft wird.

Diese Entwicklung passt ganz gut zu Latours Akteur-Netzwerk-Theorie und zu Aussagen zum Status wissenschaftlichen Wissens in der reflexiv gewordenen „zweiten Moderne“ aus dem Umfeld von Beck. Als Handlungsträger der leeren Lufträume über Europa erscheint jetzt nicht mehr der Gletschervulkan *Eyjafjallajökull*, sondern ein Hybrid aus wissenschaftlichem Wissen, Luftverkehrskontrollbehörden, Computersimulationen und bestimmten Sicherheitspolitiken. Und das ist techniksoziologisch betrachtet hochspannend.

Warum blogge ich das? Um den Begriff „Eyjafjallajökullfail“ zu popularisieren



Homöopathie und die Deutsche Bahn im Sommerloch

12. Juli 2010 – Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen

Vorneweg: Diese Woche gibt es ungefähr drei Dinge, die eine Deadline haben; deswegen kann ich das folgende Argument nicht wirklich ausführlich darlegen. Trotzdem kann ich sowohl das Problem der Bahn mit ihren ICEs als auch die anschwellende Homöopathiedebatte nicht ganz außenvorlassen – das juckt doch in den Fingern ... und ist deutlich länger geworden als geplant.

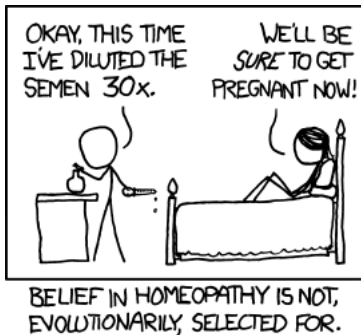
Zur Bahn-Debatte: Ich fahre gern und viel Bahn, trotzdem oder gerade deswegen finde ich das Krisenmanagement der Bahn bedenklich. Letztlich geht's um die Frage, wieviel technische Redundanz – ein großes Sicherheitsmerkmal der Eisenbahn – wegoptimiert werden kann, um betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein. Darf ein für ein geschlossenes System im Extremfall lebensnotwendiges Teil wie eine Klimaanlage so gestaltet sein, dass sie ausfallen kann? Oder muss ein Ausfallrisiko hin-

genommen werden – und was ist dann jenseits der Technik zu tun (Wartungsintervalle, ein Wagenpark, der groß genug ist, um Ersatzzüge bereitzustellen ...)? Wie das ganze politisch einzuschätzen ist, verrät Winne Hermann MdB in einem Interview mit *tagesschau.de*. Etwas allgemeiner: wie muss ein großes technisches System, eine Infrastruktur, gestaltet und reguliert sein, um auch bei Winterwetter und Hochsommerhitze zu funktionieren?

Zum Thema Homöopathie: Unter großem Beifall der Naturwissenschaftscommunity bringen SPD und CDU die Idee ins Spiel, Homöopathie aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen zu streichen. Renate Künast macht die Sache nicht besser, indem sie Homöopathie und Naturheilkunde gleichsetzt. Auf Twitter hauen sich die Leute kräftig die Köpfe ein – Fakten finde ich nur wenige. (Ja, es gibt hunderte Studien, dass Homöopathie nicht funktioniert, und es gibt vielfältige Argumentationslinien von Leuten, die trotzdem möchten, dass die Krankenkassen Homöopathie bezahlen).¹ Aber das meine ich nicht. Vielmehr ist die eigentliche Frage doch erstens, wie groß das Einsparpotenzial eigentlich ist, über das hier geredet wird – es hat ja seinen Grund, warum diese Debatte gerade im beginnenden Sommerloch aufbricht. Richtig handfeste Zahlen sind schwer zu finden, es scheint sich aber um unge-

fähr ein bis fünf Prozent des Krankenkassenbudgets zu handeln.

Und zweitens geht es für mich auch um die Beobachtung, dass hier unterschiedliche Logiken aufeinander prallen. Die eine Seite sieht sich im Besitz der wissenschaftlichen Wahrheit, das heißt sie operiert im Bezugssystem Wissenschaft mit der Unterscheidung wahr/falsch, um den guten alten Luhmann herauszu-



Quelle: xkcd

¹ Die Homöopathie-Debatte hat auch einen innergrünen Aspekt – dazu habe ich vor einem Jahr was gebloggt; interessant ist vor allem die Debatte in den Kommentaren.

holen. In dieser Logik ist „klar“, dass Homöopathie falsch ist, und deswegen kein rational denkender Mensch auf die Idee kommen könnte, dafür öffentliche Leistungen einzufordern. Diese Position wird ganz gut vom heutigen xkcd-Comic illustriert.

Politik operiert nicht im Philosophenkönig-Modus wahr/falsch, sondern im Medium Macht. Und auch die öffentliche Meinung (das System der Massenmedien) hat andere Leitdifferenzen. Von der Wirtschaft – und den Krankenkassen als Organisationssystemen – gar nicht erst zu sprechen (Zahlung/keine Zahlung). Insofern finde ich es überhaupt nicht verwunderlich, dass die naturwissenschaftliche Logik eben nicht 1:1 in Politik umgesetzt wird.²

Oder noch einmal anders angesetzt, und Luhmann beiseitegelassen: wir können auch unterscheiden zwischen dem wissenschaftlichen Wissen, in dem es Möglichkeiten gibt, die Wirksamkeit von Homöopathie zu testen, dem „esoterischen“ Wissen der HomöopathInnen selbst – und dem Alltagswissen der Menschen, die davon überzeugt sind, dass Homöopathie ihnen hilft (warum auch immer sie davon überzeugt sind: auch das Alltagswissen von Menschen folgt eben nicht der wissenschaftlichen wahr/falsch-Logik, sondern lässt sich zunächst einmal einfach nur so beschreiben, wie es eben ist bzw. wie es sich eben beobachten lässt).

Insofern Politik auf Wahlen rekurriert, ist das die populistische Frage danach, ob ein Verbot von Homöopathie als (Zusatz-)Kassenleistung anschlussfähig an das Alltagswissen ist. Ich vermute: eher nein. Es ist daher auch die Frage nach dem Projekt der Aufklärung: wie wissenschaftliche Rationalität ins Alltagswissen bringen. Und es ist nicht zuletzt die Frage danach, wieso diese Debatte gerade jetzt einigen PolitikerInnen als hinreichend anschlussfähig erscheint, um sie in Gang zu bringen. (Und wieso gerade diese, und keine der anderen vielen möglichen Debatten um Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems).

Aber ich schweife ab: Was hat nun das großtechnische System Bahn und die soziotechnischen Probleme, die eine Ausrichtung an ökonomi-

² Wer sich umschaute, wird eine ganze Reihe von Belegen dafür finden, dass auch viele andere politische Entscheidungen irrational sind.

scher Logik mit sich bringen, mit der Homöopathie-Debatte zu tun? Ich sehe eine Gemeinsamkeit, und die liegt letztlich in den Lücken. Mit der Frage nach der soziotechnischen Redundanz ist das für die Bahn schon angesprochen: wie groß sind die Spielräume, um auf Fehler reagieren zu können? Gibt es Ersatzsysteme? Gibt es Ersatzzüge? Sehen die Fahrpläne so aus, dass auch ein anhaltender Zug nicht gleich alles durcheinander bringt? Je fester gekoppelt das System ist, um das mal so zu sagen, desto wahrscheinlicher ist die Gefahr eines Ausfalls, wenn etwas ausfällt.

Auch unsere Krankenkassen sind eine Infrastruktur, ein großes (sozio-)technisches System. Noch dazu eines, das extrem schwerfällig zu steuern und zu verändern ist. Auch hier kann über die Nebeneffekte betriebswirtschaftlicher Effizienz diskutiert werden (u.a. im Bereich Pflege, aber auch im Hinblick auf die Formalisierung von Handlungen durch informationstechnische Abrechnungssysteme – und deren Konsequenzen). Aber die eigentliche Gemeinsamkeit in den Lücken, die ich sehe, ist eine andere: Wie weit darf sich das System von Idealparametern (Wetter ohne Extremereignisse, Bezahlung nur des neuesten Standes der Wissenschaft) entfernen, um noch zu funktionieren? Wieviel Spielraum für „Quatsch“ ist notwendig, um ein weitgehend reibungsloses Funktionieren des Gesamtsystems zu ermöglichen? Wieviel Ressourcen dürfen „verschwendet“ werden (in Redundanzen, in wohl wirkungslose Therapien)?

Die wissenschaftlich-wahre Antwort der Ökonomie lautet vermutlich: keine. Aber ein Just-in-time-System ist störanfällig. Insofern kann ich mir vorstellen, dass das Gesundheitssystem seine Leistung besser erbringt, wenn ein gewisses Maß – fünf Prozent, zehn Prozent – an Spielraum, an Redundanz, gar an Aberglauben vorhanden ist. Da passt Homöopathie rein, da passt auch nichtabrechnungsfähige Gesprächszeit rein.

Natürlich hilft einem die Öffnung von Spielräumen nicht bei politischen Grundsatzfragen weiter. Es ist gut möglich, dass Homöopathie wissenschaftlich weitgehend widerlegbar ist, oder dass der eigentliche Wirkmechanismus bei denen, die glauben, dass das funktioniert, das Gespräch mit den ÄrztInnen und letztlich die Überzeugung sind, dass es wirkt.

Insofern ende ich mit einem etwas paradoxen Plädoyer: Dafür, einerseits einen gewissen Spielraum für (scheinbaren?) Unsinn, für Fehler zuzulassen, andererseits diesen aber auch zu begrenzen. Spielraum für Fehler bei der großtechnischen Infrastruktur Bahn heißt: den Fahrplan nicht gleich durcheinander bringen, wenn technische Komponenten ausfallen. Also (möglicherweise mit präziser Technik unterstützte) Fehlertoleranz statt Abhängigkeit von der Präzision. Aber in Maßen: die Attraktivität des Verkehrssystems Bahn hängt ja auch davon ab, dass diese pünktlich ist, dass diese standardisiert und „präzise“ genutzt werden kann.

Spielraum für Fehler beim Gesundheitssystem heißt: sich damit abfinden, dass medizinische Praktiken nicht durchgängig wissenschaftlich sind (auch in der Allopathie gibt es da vermutlich bei genauem Hinsehen viel an nichtwissenschaftlichem Wissen in der Wissenschaft). Ein optimiertes und finanziell tragfähiges System schaffen, aber nicht um den Preis, jegliche lose Kopplung auszumerzen und jegliche Praxis zu standardisieren. Und auch hier: die Begrenzung der Fehlertoleranz im Sinne einer politischen Regulierung der Grenzen (aber eben bitte nicht zu eng).

Das wäre jedenfalls, so meine ich zumindest, ein soziologisch-wahres Wissen über gesellschaftliche Systeme und deren Gestaltung. Um das paradoxe Plädoyer abzuschließen: es geht darum, dieses Wissen eben auch zur Kenntnis zu nehmen, es anzuwenden, sich bewusst zu sein, dass es auch bei der Anwendung soziologischen Wissens Nebeneffekte gibt – und trotzdem weiterhin für Aufklärung zu kämpfen (aber eben nicht über die Köpfe der Leute hinweg).

Warum blogge ich das? Weil ich versuchen wollte, mein Unbehagen an der und meine ambivalente Position in der Homöopathie-Debatte irgendwie auf den Punkt zu bringen. Wer möchte, darf's aber auch als schlichten Versuch lesen, die Existenz esoterischer Wissensbestände im grünen Programm zu rationalisieren.

P.S.: Wer sich eher für Infrastrukturen als soziotechnische Netzwerke/Systeme denn für die Homöopathie-Debatte interessiert, sollte bei ihld weiterlesen.



Ein Versuch über die Technikfeindlichkeit

18. Mai 2011 – Nachhaltiges Leben, Soziologisch gesehen

Mein im November 2010 eingereichter Aufsatz „Technikfeindlichkeit. Ein Versuch über eine deutsche Debatte“ ist jetzt in der *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande* erschienen¹ – in einer Ausgabe, die sich unter der Gastherausgeberschaft der Straßburger Professorin Florence Rudolf mit Umweltpolitik und Umweltsoziologie in Deutschland auseinandersetzt.

Ausgangspunkt meines Textes ist die Beobachtung, dass im Herbst 2010 mit der öffentlichen Thematisierung des „Ausstiegs aus dem Ausstieg“ (wir erinnern uns: vor Fukushima ...) und der Debatte um Stuttgart 21 sowie den jeweils damit verbundenen Protesten und steigenden Wahlprognosen für Bündnis 90/Die Grünen auch der Topos der

¹ Westermayer, Till (2011): „Technikfeindlichkeit. Ein Versuch über eine deutsche Debatte“, in *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, 43 (1): 39-54.

Technikfeindlichkeit (aka „Dagegen-Partei“) wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Diese Beobachtung irritierte mich (und irritiert mich weiterhin), weil dieser Vorwurf zwar kampagnentauglich ist, aber nicht besonders gut zur heutigen Haltungen von Grünen, Umweltbewegung und Umweltbewegten zu Technik zu passen scheint. Entsprechend gehe ich in dem Text ein bisschen der Debatte um Technikfeindlichkeit seit den 1980er Jahren nach und schaue mir – in Auseinandersetzung mit Huber, Renn und Siefert – die Polarisierung zwischen Fortschrittsgläubigkeit und Technikfeindlichkeit an. Wenn überhaupt, so ein Schluss aus diesen Überlegungen, dann gibt es in der Umweltbewegung und in grünen Milieus heute ein Haltung der Technikambivalenz, wie sie Renn (2005) beschreibt – Skepsis hinsichtlich der vermuteten sozial-ökologischen Auswirkungen von Technik verbunden mit der Erfahrung des Kontrollverlustes und der erlebten Komplexität – und gleichzeitig keine grundsätzliche Ablehnung.

Im zweiten Teil des Textes geht es mit anhand einiger Zahlen zu LOHAS aus der VerbraucherAnalyse dann darum, herauszufinden, ob eine solche kritische oder ambivalente Haltung zu Technik sich im Alltag ökologisch orientierter KonsumentInnen wiederfindet. Einmal generell (mit dem Ergebnis, dass LOHAS, altersabhängig, eher überdurchschnittlich stark an Technik interessiert sind), und einmal in Bezug auf das Mobiltelefon (dessen Verwendung oder Nichtverwendung eher von Alter und Geschlecht als von Lebensstilorientierungen abhängt).

Das aber würde heißen: Die Einstellung zu Technik insgesamt, aber auch zu bestimmten technischen Artefakten lässt sich – wie das bereits Sackmann & Weymann (1994) untersucht haben – eher als Generationeneffekt verstehen. Passig (2009) beschreibt dazu in ihrem Essay Standardsituationen der Technikkritik, wie stark Unmutsäußerungen über Technik vom Lebensalter abhängen, und wie wenig sie mit dem Artefakt selbst zu tun haben (Computer, Internet, Mobiltelefon sind da typische Beispiele). Das heißt dann zunächst einmal – als erstes Fazit in meinem Aufsatz:

Die Polarisierung zwischen Fortschrittsglaube und Technikfeindlichkeit hat ihre Gültigkeit verloren. Die Einstellung zur Technik fällt pragmatisch-ambivalent aus. Sie scheint stärker vom Alter als vom Weltbild abzuhängen.

Damit stellt sich dann die Frage, die ich in diesem Aufsatz nicht beantworte: Kann es in einer technisierten Gesellschaft überhaupt so etwas wie einen technikkritischen Alltag geben, der einen Teil der Versprechungen der neuen sozialen Bewegungen einlöst? Und wenn ja – wie sehen die entsprechenden Handlungsspielräume angesichts großer technischer Systeme und Infrastrukturen aus, und welchen Praktiken und Kontexte könnten einen solchen Alltag stabilisieren?

Warum blogge ich das? Als kleinen Hinweis auf meinen Aufsatz in der Revue – und weil mich die am Schluss angesprochene Frage weiterhin bewegt.

Literatur

Huber, Joseph (1989): *Technikbilder. Weltanschauliche Weichenstellungen der Technologie- und Umweltpolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Passig, Kathrin (2009): „Standardsituationen der Technologiekritik – Internetkolumne“, in *Merkur*, Nr. 727.

Renn, Ortwin (2005): „Technikakzeptanz: Lehren und Rückschlüsse der Akzeptanzforschung für die Bewältigung des technischen Wandels“, in *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis*, Jg. 14, H. 3, S. 29–38.

Sackmann, Reinhold & Weymann, Ansgar (1994): *Die Technisierung des Alltags. Generationen und technische Innovationen*. Frankfurt am Main / New York: Campus.

Sieferle, Rolf Peter (1984): *Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.

Kann Konsum nachhaltig sein?

4. Mai 2011 – Nachhaltiges Leben, Soziologisch gesehen

Ich war gestern und vorgestern auf einer kleinen, aber feinen Fachtagung in München, organisiert von Claus Tully vom Deutschen Jugendinstitut e.V. und von Matthias Groß als Sprecher der Sektion Umweltsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. In den Vorträgen ging's um das Thema „Konsum und Nachhaltigkeit“ – in etwa der Hälfte der Vorträge mit einem Bezug zu Schulprojekten. Ich selbst habe was praxistheoretisches zu den Möglichkeiten und Grenzen „grüneren Telefonierens“ vorgetragen.

Nicht zuletzt aus Zeitgründen will ich aber gar keinen Tagungsbericht schreiben, sondern nur auf vier interessante Ideen hinweisen:

1. *Praktiken ändern, indem vorgelagerte Ketten und Kontextbedingungen verändert werden.* Praxistheorie scheint ja zunächst einmal einen Fokus auf individuelles Handeln zu legen. Bei genauerer Betrachtung rücken in einer praxistheoretischen Perspektive aber schnell die „systems of provision“ (Shove) ins Blickfeld. Ich habe – vor allem auch nach einer schönen Zusammenfassung der praxistheoretischen Perspektive in der Umweltsoziologie durch Karl-Werner Brand – den Eindruck, dass Interventionen in Richtung „nachhaltiger Konsum“ erfolgreicher sind, wenn sie gar nicht an den (Konsum-)Praktiken ansetzen, sondern vorher, also an den Ketten und Kontexten. Auch dazu müssen „windows of opportunity“ da sein und genutzt werden. Ein Beispiel ist die BSE-Krise: die hat zwar auch dazu geführt, dass ein paar Monate lang weniger Rindfleisch verzehrt wurde – sie hat aber vor allem dazu geführt, dass das „system of provision“ der Landwirtschaft so umgebaut wurde, dass eine über die vorherige kleine Nische hinausgehende Bioproduktion möglich wurde (also die Künast-Agrarwende-Politik). Konsumpraktiken haben sich dann an diese neue Situation angepasst (weil wir das mit unseren Praktiken immer machen) – und das in einer stabileren Form.

2. Lieber Konsum als Nachhaltigkeit? Kai-Uwe Hellmann war eingeladen, um eine provokante Keynote zu halten, und hat das im Sinn der „Verunsicherungswissenschaft“ auch gut hingekriegt. Seine Argumentation war so etwa: „Nachhaltiger Konsum“ schaut erstens immer nur auf die dunkle Seite des Konsums und geht zweitens von einem Verbraucher aus, der von Informationen etc. völlig überfordert wird. Stattdessen sei es notwendig, unvoreingenommene Konsumsoziologie zu betreiben und Konsum als aktive, mit Sinnstiftung etc. verbundene Leistung anzuerkennen – egal, ob jetzt nachhaltig oder nicht. Und „nachhaltiger Konsum“ sei letztlich auch nur als über Marken (wie das Biosiegel) komplexitätsreduzierte Lebensstil-Entscheidung denkbar. Da ist einiges wahres dran, trotzdem habe ich mich darüber auch ein bisschen geärgert – mein Eindruck ist der, dass die deutsche Umweltsoziologie deutlich weiter ist (also längst nicht mehr das Programm hat, alle Welt zu moralischen VerbraucherInnen umzuerziehen). Trotzdem ein anregender Außenblick auf den Stand einer Disziplin. – Ebenfalls einen Außenblick auf „Nachhaltigen Konsum“ lieferte Jens Hälterlein von der Uni Jena, der den Weg vom Wirtschaftswunder über moralische Verzichtsappelle (und eine antikapitalistisch-risikominimierungsorientierte Umweltbewegung) bis zum Ökokapitalismus und den LOHAS nachzeichnete. „Nachhaltiger Konsum“ ist dabei ein Versuch, einen Kompromiss zu finden zwischen der Marktlogik und der Nachhaltigkeitslogik. Schön daran der externe Blick auf den Diskurs um Nachhaltigkeit, der – das kam auch bei Brand vor – noch einmal deutlich macht, dass die Frage, was „Nachhaltige Entwicklung“ ist und was „Nachhaltiger Konsum“ ist, immer wieder neu ausgehandelt wird und in einem heftig umstrittenen Diskursfeld positioniert ist.

3. Die Ökobilanz der Großküche: Die Wissenschaftsjournalistin Johanna Bayer stellte eine ganze Reihe von Thesen und wiss. Ergebnissen zum Thema Essverhalten und Ernährung vor. Letztlich ging es ihr vor allem darum, zu zeigen, dass die Ernährungsempfehlungen etwa der Deutschen Gesellschaft für Ernährungswissenschaft oft überholt und unsinnig sind. Zudem wollte sie darauf hinweisen, dass „gesunde Ernährung“

und „Nachhaltigkeit“ vielfach gegenläufig sind – so soll beispielsweise viel Fisch gegessen werden, gleichzeitig leiden die Meere jetzt schon an Überfischung. Über ein bisschen mehr (Ernährungs-)Soziologie hätte ich mich gefreut. Nichtsdestotrotz spannend fand ich einen Gedanken, den sie wohl von Ines Weller übernommen hat:¹ Dass nachhaltige Ernährung eigentlich idealerweise (weil die meisten Berufstätigen auswärts essen, weil die Ökobilanz von Selber-Kochen gar nicht so eindeutig ist, und vor allem, weil es sowas wie ökologische Skaleneffekte gibt) zu einem großen Teil in „Nachhaltigen Kantinen“ (oder ... Volksskichen?) stattfinden müsste. Eine Marktlücke?

4. *Alles nur eine Frage des Geldes?* Roland Bogun schließlich hat versucht, Daten dazu zu kriegen, wie einkommens- und vermögensabhängig die tatsächliche Pro-Kopf-Umweltbelastung ist. Dazu gibt es wenig belastbares Material, sein Eindruck ist aber grob gesagt der, dass Einkommen und auch Vermögen sehr viel mehr Einfluss auf den Pro-Kopf-Umweltverbrauch haben als alle anderen Faktoren – wer reich ist, verbraucht durch größere Wohnfläche, mehr Konsum, mehr Flüge und auch durch Geldanlagen deutlich mehr Umwelt als jemand, der arm ist. Bogun sprach von einer Spannweite von 10 bis 100 Tonnen CO₂-Äq./Jahr/Kopf. Besonders interessant ist dabei der Punkt Geldanlagen – die letztlich (etwa bei Aktien) ja massiv mit dem CO₂-Ausstoss der industriellen Produktion zu tun haben. Nicht völlig klar ist, ob es auch Investmentformen mit negativem Umweltverbrauch gibt.

Warum blogge ich das? Demnächst wird's wohl auch noch eine Seite mit den Vorträgen geben – aber diese Gedanken wollte ich doch auch so schon mal breiter zugänglich machen als nur der kleinen Gruppe, die in den letzten beiden Tagen in München war.

¹ Ich habe jetzt nochmal nachgefragt: Sie bezog sich dabei auf drei Quellen: Dagmar Vinz (2005), „Nachhaltiger Konsum und Ernährung“. PROKLA 138; auf Ines Weller (2002): Zusammenfassung BMBF-Sondierungsstudie „Geschlechterverhältnisse, nachhaltige Konsummuster und Umweltbelastungen“ (dürfte diese Untersuchung sein) sowie auf einen Vortrag von Karl-Michael Brunner im November 2010 an der PH Wien.

Nachdenken über Nachhaltigen Konsum

10. Mai 2011 – Nachhaltiges Leben, Soziologisch gesehen

Vor ein paar Tagen habe ich ein bisschen was über die Münchener Tagung zu Konsum und Nachhaltigkeit geschrieben. Jetzt bin ich am Überlegen, ob ich für die Tagung Sustainable Consumption – Towards Action and Impact im November in Hamburg einen Abstract einreiche (die Deadline ist heute Abend). Mir gefällt jedenfalls die Ausrichtung der Tagung, und einige der Keynote-Speaker klingen auch sehr spannend. Das mal als Vorbemerkung zu den folgenden Überlegungen zum Thema „Nachhaltiger Konsum“.

Ein Grundproblem der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsdebatte ist meiner Meinung nach die doppelte Bedeutung des Begriffs „nachhaltig“. Und damit meine ich jetzt nicht die Tatsache, dass das Adjektiv auch als Synonym für „dauerhaft“ verwendet werden kann, sondern die Unterscheidung zwischen einer materiellen und einer symbolischen Ebene, wenn es um „nachhaltigen Konsum“ oder um „nachhaltige Lebensstile“ geht. Das sieht dann ungefähr so aus:

Symbolische Ebene

		geringe Identifikation mit Nachhaltigkeit	hohe Identifikation mit Nachhaltigkeit
<i>Materielle</i>	geringe Umwelt- auswirkungen ¹	A	B
<i>Ebene</i>	hohe Umweltaus- wirkungen	C	D

¹ Oder im Sinne eines umfassenderen Nachhaltigkeitskonzepts: geringe bzw. hohe Auswirkungen auf die Umwelt und die soziale Gerechtigkeit weltweit und für gegenwärtige und zukünftige Generationen – das macht für meine Argumentation jetzt aber zunächst einmal keinen Unterschied.

Mein Eindruck ist nun der, dass oft nicht klar zwischen beiden Ebenen getrennt wird. Das führt dann dazu, dass viel Energie und Aufwand in Vorhaben gesteckt werden, die darauf abzielen, die Identifikation mit Nachhaltigkeit zu verstärken (gerade auch im Bereich Nachhaltigkeitskommunikation). Ganz ähnlich wie in den Umweltbewusstseinsdebatte des letzten Vierteljahrhunderts (oder auf englisch: „attitude-behaviour-gap“) gibt es doch immer wieder den Fehlschluss, dass nur das Nachhaltigkeitsbewusstsein gesteigert werden müsse, um letztlich auf der Ebene der materiellen Wirkungen Erfolge zu erzielen.

Wenn wir mal annehmen, dass A, B, C und D für unterschiedliche Lebensstile stehen (z.B. A=Traditionsorientiert, B=ÖkopionierIn/Askese?, C=Materiell orientiert, D=LOHAS²), würde das bedeuten, dass versucht wird, insgesamt nachhaltige Entwicklung zu befördern, indem überlegt wird, wie der materiell orientierten Bevölkerungsmehrheit beigebracht werden kann, sich mehr für Nachhaltigkeit zu interessieren. (Und ja, ich verwende den Begriff „beigebracht“ hier bewusst). Also: ein Versuch, von C nach D zu kommen, in der (impliziten) Hoffnung, dass aus D irgendwann B wird, und dann auch die tatsächlichen Umweltfolgen etc. unserer Lebensstile sinken.

Natürlich gibt es im Bereich der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung auch andere Ansätze. Silke Kleinhüchelkotten (2005) beispielsweise geht nicht von einer normativen Vorstellung über den einen nachhaltigen Lebensstil aus, sondern schaut sich unterschiedliche Milieus an, um herauszufinden, wo jeweils Anknüpfungspunkte für Nachhaltigkeitskommunikation liegen – nicht im Sinne der Stärkung der Nachhaltigkeit auf der symbolischen Ebene, sondern im Hinblick auf die tatsächlichen materiellen Effekte. Dann wird zum Beispiel sichtbar, dass das Feld „A“ durchaus gefüllt ist – mit Menschen, die von Kindheit auf mit dem Gebot der Sparsamkeit aufgewachsen sind (also oft heute schon älter sind), die wenig materielle

² *Lifestyle of Health and Sustainability* – je nach Definition zwischen 5 und 35 Prozent der Bevölkerung, denen es wichtig ist, beim Konsum auf Gesundheit und Nachhaltigkeit zu achten.

Ressourcen haben – und die deswegen in ihren Umweltauswirkungen insgesamt gar nicht so schlecht dastehen. Ohne einen Gedanken an Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu verschwenden.

Gleichzeitig wird – von der Presse, aber auch aus der Umweltsozialforschung heraus (etwa Diekmann & Preisendörfer 1992; im Zuge der Debatte um „LOHAS“ wäre beispielsweise Hartmann 2009 zu nennen) – immer wieder mehr oder weniger genüsslich darauf hingewiesen, dass ja gerade überzeugte „Ökos“ mit die schlechteste Umweltbilanz haben. Da wird dann zwar regionaler Bio-Joghurt gekauft, aber mehrfach im Jahr Flugzeug geflogen. Schon ist die Umweltbilanz versaut. Und der schöne Versuch, Kapitalismus, Konsum und Nachhaltigkeit zu verknüpfen, klappt auch nicht so recht (vgl. Hälterlein 2011).

Scheitert damit das Konzept des „nachhaltigen Konsums“? Wenn die, die nachhaltig leben, sich überwiegend nicht dafür interessieren, und möglicherweise auch sofort damit aufhören würden, wenn sie nur könnten – und die, die Nachhaltigkeit gut und wichtig finden, und gerne nachhaltig leben würden, das im Endeffekt nicht tun, weil zum Genuss eben auch der Urlaub im Süden gehört?

Eine Möglichkeit, auf diese Problematik zu reagieren, könnte nun darin bestehen, sich dafür stark zu machen, dass wir alle in das Feld B rücken – also Nachhaltigkeit verinnerlichen und leben, hin zum wahren Nachhaltigkeitskonsum nach Suffizienz- und Subsistenzkriterien. Damit wären wir in modernem Gewand letztlich wieder am Ausgangspunkt der Debatte angelangt (Wenke & Zilleßen 1978). Und hätten eine wichtige Erkenntnis verloren, die im Zuge der langjährigen Auseinandersetzung um nachhaltige Lebensstil(e) und nachhaltigen Konsum zu Tage getreten ist – nämlich die, dass Lebensstile eine (materiell verankerte) gesellschaftliche Funktion haben, und damit nicht einfach zu ändern und erst recht nicht zu vereinheitlichen sind.

Damit meine ich, dass die „Ästhetisierung der Lebenswelt“ (Flaig et al. 1993) in Form ausdifferenzierter Milieus eben nicht zufällig ist (und eben auch nicht einfach einen Nebeneffekt kapitalistischer Bedürfnismaximierung darstellen), sondern mindestens zwei gesellschaftliche

Funktionen erfüllt: Nach innen hin dienen Lebensstile und Milieus der Selbstvergewisserung und Identitätsbildung. Und nach außen ermöglichen sie Komplexitätsreduktion in Abgrenzung zu anderen sozialen Gruppen. Als Ressource der Distinktion sind Lebensstile kontingent, aber nicht beliebig gestaltbar und auch nicht frei wählbar. Sie können als tradiertes Bündel kollektiver Praktiken verstanden werden – und sind damit auch nicht einfach von ihren Umweltwirkungen zu entkoppeln. Als Praxisbündel haben individuelle Lebensstile zudem eine Aneignungsgeschichte; sie wurden gelernt, übernommen, entwickelt – unter spezifischen Bedingungen des biographischen Praxisbestands (d.h. der sozialen Herkunft und der damit verbundenen Sozialisationsprozesse) und begrenzt durch beispielsweise die Verfügbarkeit materieller Ressourcen (und anderer Kapitalsorten im Sinne Bourdieus). Wichtig ist mir hier, dass Lebensstile eine praxeologisch und auch praxistheoretisch erklärbare soziale Bedingtheit in sich tragen, die zwar eine gewisse Dynamik erlaubt (etwa in Reaktion auf populäre gesellschaftliche Diskurse – schön nachzuzeichnen an der Wellenbewegung zwischen „Alternativem Milieu“ (4%) und „Postmaterialisten“ (12–15%) in der Entwicklung der SINUS-Milieus über die Jahre), die aber bestimmte Lebensentwürfe unwahrscheinlich macht. Gleichzeitig korrespondieren Lebensstile mit Konsumententscheidungen. Aus der Perspektive der Märkte werden aus sozialen Milieus damit spezifische Zielgruppen.

„Nachhaltiger Konsum“ geht nicht unbedingt von konsistenten Lebensstilen aus. Vielmehr zersplittert die alltägliche Lebenswirklichkeit in bereichsspezifische Stilisierungen (bspw. Konsumstile, Empacher & Schultz 2001), die möglicherweise als Patchwork wieder zusammenkommen (Ernährung nur Bio, aber bei anderen Konsumententscheidungen aus Geldmangel das Billigste). Trotzdem bleibt etwas von den übergreifenden Bedingtheiten bestimmter Formen der Lebensführung, die mit bestimmten Stilisierungen und letztlich dann doch auch mit bestimmten Milieubildungen zusammenfallen.

Neben den Bedingtheiten haben Lebensstile Folgen – die etwas damit zu tun haben, dass Lebensstile bzw. die ihnen zugrundeliegende Prak-

tiken materiell verankert sind. Eine Entscheidung für oder gegen ein Auto, für oder gegen eine bestimmte Form zu Wohnen, für oder gegen bestimmte Ernährungsformen ist immer auch eine Entscheidung mit materiellen Konsequenzen. Auf der symbolischen Ebene sind unterschiedliche Stilisierungen zunächst einmal „gleichwertig“: Ob jemand Sinn und Identität daraus gewinnt, schnelle Autos zu fahren oder einen urbanen Kleingarten zu pflegen (oder beides zu tun), spielt soziologisch gesehen keine Rolle. Auf der materiellen Ebene unterscheiden sich beide Stilisierungen sehr wohl. Und in der normativen Perspektive der Umweltsoziologie unterscheiden sich letztlich – im Sinne der oben dargestellten Vierfeldertafel – auch die symbolischen Perspektiven.

Märkte setzen nun an der symbolischen Perspektive an, und laden diese (etwa über Formen der Werbung und der „Markenführung“) normativ auf. Bestimmte Konsumformen „passen“ dann besser zu bestimmten Zielgruppen als zu anderen. Ich fühle mich am richtigen Platz, wenn ich im Bioladen Produkte mit dem Biosiegel kaufe, und am falschen, wenn ich im Edeka die günstigste Marmelade erwerbe.

Damit erscheint es zunächst einmal als elegante Lösung, Marktmechanismen dazu einzusetzen, bestimmte Konsumformen zu popularisieren. Die Nachfrage nach „nachhaltigen Produkten“ wird mit einem entsprechenden Angebot gestillt, und die immer wieder wiederholten Kaufentscheidungen stabilisieren die Zielgruppe – und führen dazu bei, den Lebensstil „Nachhaltigkeit“, den Konsumstil „öko und fair“ symbolisch aufzuwerten. Damit laufen dann aber die oben beschriebenen Distinktionsmechanismen an. Zwar kann es durchaus auch passieren, dass es zu Übernahmen kommt (wenn nachhaltiger Konsum als statushoch erscheint, kann es sein, dass als „Luxus“ dann eben auch im Supermarkt die Bio-Erdbeeren gekauft werden) – letztlich scheint mir aber die Abgrenzung zu überwiegen („wer es sich leisten kann“).

Nachhaltige Lebensstile und nachhaltiger Konsum haben damit ein neues Marktsegment geschaffen – und gleichzeitig die Fortexistenz anderer Marktsegmente stabilisiert. Zugleich wurde damit die symbolische Ebene in der Vierfeldertafel gestärkt: Sich für (oder gegen)

bestimmte, als nachhaltig erscheinende Produkte zu entscheiden, wird zu einer Frage der symbolischen Ordnung. Materielle Effekte geraten in den Hintergrund bzw. werden über Vertrauensmechanismen ausgeblendet (Label, Marken, Zertifikate). Solange mein Strom „grün“ ist, muss ich ihn nicht sparen. Und solange das Bio-Label auf dem Apfel klebt, ist es auch egal, wo er herkommt. Flugreisen sind doch über Atmosfair abgegolten, oder?

Gleichzeitig gibt es viele Teilbereiche des täglichen (Konsum-)Lebens, die noch nicht „ökologisiert“ sind; d.h. selbst wenn jemand hier nachhaltige Konsumententscheidungen treffen wollte, wäre das gar nicht so einfach. Wer als Privatkunde mit der Bahn fährt, hat zwar vermutlich die bessere Ökobilanz. Aber auch da kommt es auf die Alternativen an – und auf den Strommix. Oder um das Beispiel meiner eigenen Forschung heranzuziehen: Es gibt zwar diverse Möglichkeiten, Mobiltelefone länger zu nutzen, auf ihre Nutzung zu verzichten oder sie geordnet zu recyceln. Auf den weitaus größten Teil der damit verbundenen sozial-ökologischen Folgen haben NutzerInnen jedoch keinen Einfluss.

Damit wären wir bei der Politik anbelangt. Nachhaltigen Konsum zu fördern, klingt zunächst einmal sinnvoll. Als Konsumententscheidung sind Praktiken, bestimmte als nachhaltig geltende Produkte zu bevorzugen, jedoch nur begrenzt anschlussfähig. Sie „passen“ nur zu bestimmten Lebensstilen. Marktmechanismen unterstützen diese Segmentierung noch. Zudem sind Konsumententscheidungen bedingt: Durch die individuellen Ressourcen („Kann ich mir bio leisten?“), durch die langen und zumeist unsichtbaren Verarbeitungs- und Wertschöpfungsketten, die sozialökologische Folgen global verteilen und nur vermittelt (über mediale Diskurse, über Labels) in Entscheidungen einbezogen werden können, durch das vielfache Fehlen an Konsumalternativen anhand des Kriteriums „Nachhaltigkeit“ und nicht zuletzt durch die Trägheit „eingefleischter“ Alltagspraktiken. Insofern müsste der Begriff der „Entscheidung“ möglicherweise in Anführungszeichen gesetzt werden. Unser Alltag besteht eben zum allergrößten Teil aus Routinen, die bestimmten Kontexten eingebettet sind

– und nicht aus Entscheidungen (Warde 2005; Hand & Shove 2007; Shove et al. 2007; Weller 2008; Brand 2011).

Insofern verwundert es nicht, dass nachhaltigem Konsum nur ein begrenzter Erfolg zukommt, und dass selbst überzeugte AnhängerInnen eines nachhaltigen Lebensstils sich in bestimmten Teilbereichen ihrer Lebensführung im Effekt alles andere als nachhaltig verhalten.

Politisch heißt das für mich: natürlich ist es wichtig, das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ diskursiv weiterhin zu stärken. Die eigentlichen Gelegenheitsfenster, die materielle Ebene von Konsumpraktiken zu verändern, liegen aber vor der „Konsumententscheidung“, in dem, was Shove als „Systems of Provision“ beschreibt (vgl. Shove 2002; Brand 2009; Brand 2011). Und diese Infrastrukturen und Systeme lassen sich politisch-regulativ beeinflussen.

Literatur

Brand, Karl-Werner (2009). „Systems of Provision‘ und nachhaltiger Konsum – Erklärungskraft eines systemischen Ansatzes. Diskutiert am Beispiel des Ernährungssystems“. In: Weller, Ines (Hrsg.): *Systems of Provision & Industrial Ecology: Neue Perspektiven für die Forschung zu nachhaltigem Konsum?* Universität Bremen, artec-paper

Brand, Karl-Werner (2011): „Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang“, in Matthias Groß (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS, S. 173–198.

Diekmann, Andreas & Preisendörfer, Peter (1992): „Persönliches Umweltverhalten – Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 44, H. 2, S. 226–251.

Empacher, Claudia & Schultz, Irmgard (2001): „Nachhaltige Konsumstile: Neue Erkenntnisse“, in Günter Altner et al. (Hrsg.): *Jahrbuch Ökologie 2002*. München: C.H. Beck, S. 199–211.

Flaig, Berthold Bodo; Meyer, Thomas & Ueltzhöffer, Jörg (1993): *Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. Bonn: Dietz.

Hälterlein, Jens (2011): „Nachhaltiger Konsum. Neoliberale Subjekte zwischen grünem Lifestyle und gesellschaftlicher Verantwortung“, in K. Gäbler (Hrsg.): *Gesellschaftliche Ökologie*, Bd. 12 der *Sozialgeographischen Hefte*, Jena, S. 101–124. (im Erscheinen)

Hand, Martin & Shove, Elizabeth (2007): “Condensing Practices: Ways of living with a freezer”, in *Journal of Consumer Culture*, vol. 7, no. 1, pp. 79–104.

Hartmann, Kathrin (2009): *Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt*. München: Blessing.

Kleinhüchelkotten, Silke (2005): *Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Shove, Elizabeth (2002): *Sustainability, system innovation and the laundry*. Lancaster: Lancaster University, Dept. of Sociology. Elektronisches Dokument, URL: <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/Shove-Sustainability-System-Innovation.pdf>, Abruf Jan. 2008.

Shove, Elizabeth; Watson, Matthew; Hand, Martin & Ingram, Jack (2007): *The Design of Everyday Life*. Oxford/New York: Berg.

Warde, Alan (2005): “Consumption and Theories of Practice”, in *Journal of Consumer Culture*, vol. 5, no. 2, pp. 131–153.

Weller, Ines (2008): „Konsum im Wandel in Richtung Nachhaltigkeit? Forschungsergebnisse und -perspektiven“, in Hellmuth Lange (Hrsg.): *Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises?* Wiesbaden: VS.

Wenke, Karl Ernst & Zilleßen, Horst (Hrsg.) (1978): *Neuer Lebensstil – verzichten oder verändern? Auf der Suche nach Alternativen für eine menschlichere Gesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Netz, Medien und digitales Leben

flickr sperrt Deutsche aus?! **(Update 47 und Schluss)**

13. Juni 2007 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Nicht mit uns!
Think flickr, think!
Against censorship!

Seit kurzem gibt es für den Bilderdienst *flickr* ein mehrsprachiges Interface. Das wurde groß auf der Website bejubelt. Weniger prominent dagegen eine zweite Änderung: NutzerInnen aus Singapur, Korea, Hongkong und Deutschland

– wie auch immer diese doch etwas seltsam anmutende Ländersammlung zusammengekommen ist – dürfen ab sofort keine Bilder mehr anschauen, die als „unsafe“ oder „restricted“ eingestuft wurden – also z.B. etwas gewagtere Aktfotos. Warum, weiss bisher niemand; ein offizielles Statement steht noch aus. Was aber schon gibt, ist eine kleine und wachsende recht große Protestbewegung.

Warum blogge ich das? Weil mich flickrs Vorgehen hier gewaltig ärgert.

Update: Wichtig vielleicht noch: „NutzerInnen aus“ meint nicht die Staatsbürgerschaft o.ä., sondern die Tatsache, dass die für flickr verwendete Yahoo-ID bei Yahoo Singapur, Korea, Hongkong oder Deutschland registriert ist.

Update 2: Meine Kopie des Protestbildes ist inzwischen das Bild mit den meisten Favoritisierungen in meinem Stream – bei einigen anderen dürfte das ähnlich sein. Jedenfalls hat's eines davon es bis in die Explore-Startseite geschafft. Auch in diversen Blogs wird inzwischen über das Problem berichtet – hier ein Überblick. Hier übrigens der Startpunkt der Protestaktion. Von flickr noch immer keine Reaktion ...

Netz, Medien und digitales Leben

Update 3: Noch immer keine offizielle Reaktion, aber dafür tauchen (neben vielen interessanten Protestbildern) neue Boshaftigkeiten auf: anscheinend ist auch die Unterstützung für Paypal der Lokalisierung zum Opfer gefallen. Das ist ziemlich kontraproduktiv. Sollte jetzt irgendwo irgendwer zufälligerweise in den nächsten Tagen einen netten, am Original-Flickr orientierten Dienst mit einer Importmöglichkeit für Flickr-Accounts anbieten (technisch wäre das dank Flickr-API wohl möglich), gäbe es sicher ein großes Interesse daran.

P.S.: Wahrscheinlich hätte es einem schon verdächtig vorkommen müssen, dass seit ein paar Wochen das Logo nicht mehr „flickr beta“ bzw. „flickr gamma“, sondern „flickr loves you“ ist. Orwells großer Bruder auch.

Update 4: Noch ein Überblick über Blog-Einträge.

Update 5: (14.06.2007, 0:45 Uhr) – vor etwa einer Stunde gab es dann die erste offizielle Reaktion – der Flickr-Staff war auf diversen Partys weltweit (um die neuen Sprachen einzuweihen) – und ist erst jetzt in der Lage, zu reagieren.

Update 6: (11:30 Uhr) – die erste echte offizielle Reaktion ist ein „Non-Statement“ – aus irgendeinem Grund ist Flickr/Yahoo davon überzeugt, dass zusammen mit der deutschen Sprachversion auch harte Zensurvorschriften einzuführen sind. Warum, sagen sie immer noch nicht.

Update 7: Ich habe mal die PR-Abteilung der deutschen Yahoo-Niederlassung in einer höflichen Mail angefragt, was das ganze soll. Mal schauen, ob was zurückkommt.

Update 8: Neben heise berichtet jetzt auch golem.de und das Fontblog.

Update 9: (13:00) – weitere Statements des Flickr-Staffs (trotz später Nacht in Kalifornien); diesmal klingt es zumindest so, als seien sie ernsthaft daran interessiert, eine Lösung zu finden. Ich würde ja wirklich gerne wissen, was da eigentlich passiert ist (wäre ein schönes Fallbeispiel für Latours ANT).

Update 10: Neben Heise und Golem berichten jetzt auch Computerwoche, Focus und PC Magazin. Wo bleibt Spiegel Online und der Rest?

flickr sperrt Deutsche aus?! (Update 47 und Schluss)

Update 11: (15:30 Uhr) – Spiegel Online berichtet jetzt auch in einem langen Artikel – inklusive der Spekulation, dass der Hintergrund des ganzen die deutsche Forenhaftung sein könnte, und der Versuch, statt teurer menschlicher Moderation lieber einfach alles wegzufiltern. Interessant auch die Tatsache, dass die deutsche Yahoo-Niederlassung für einen Kommentar nicht zur Verfügung stand.

Update 12: (22:30 Uhr) – Es gibt noch immer keine Erklärung über das Warum. Dafür inzwischen 1250 Diskussionsbeiträge, etwa 6000 registrierte Mitglieder in der Against-Censorship-Gruppe und inzwischen auch Berichte in der englischsprachigen Presse (BoingBoing, Salon).

Update 13: (15.06.2007, 11:30 Uhr) – Nachts um 2.00 Uhr kam dann zumindest mal eine Erläuterung: der Grund für das Ganze sind die Jugendschutzbestimmungen:

„The central problem is that Germany has much more stringent age verification laws than its neighboring countries and specifies much harsher penalties, including jail time, for those with direct responsibility“.

Viel mehr steht da noch nicht, aber auch:

„We’ve made and admitted to a couple of big mistakes lately, and as many of you have commented, we should have handled this issue differently.“

Immerhin. Allerdings bringt das Statement des Flickr-Staffs die tobenden Massen auch nicht wirklich zur Ruhe – das Problem Jugendschutz scheinen andere Websites (z.B. mit Postident ja irgendwie auch hingekriegt zu haben (und wenn das ganze nur wegen der neuen Sprachoberfläche gemacht wurde, solle die – eh schlecht übersetzt und vom Flair her falsch – dann doch eh lieber wieder weg.)

Außerdem bleibt unklar, warum Flickr erst jetzt damit herausrückt – nach fast zwei Tagen Spekulation über mögliche Gründe und heftigen Verschwörungstheorien. Außerdem wird Yahoo vorgeworfen, übervorsichtig mit dem Jugendschutzmedienstaatsvertrag umzugehen – andere Seiten seien da deutlich gelassener: „I think it is not so much the German laws, but Yahoo’s braindead interpretation.“ Und letztlich durch die Art der Filterung das Ziel doch nicht zu erreichen.

Netz, Medien und digitales Leben

Update 14: Inzwischen gibt's Flickr Statement auch als dpa-Mitteilung. Wirklich hilfreich ist das nicht – und es klingt auch nicht so, als würde sich die Situation bald ändern.

Update 15: Das Handelsblatt schreibt: „Voll in die Hose gegangen ist in dieser Woche die Internationalisierung von Flickr, der Foto-Community aus dem Hause Yahoo.“ Genau!

Update 16: (21:00 Uhr) – Flickr scheint genug von den Protesten zu haben; es gibt Beschwerden anderer NutzerInnen darüber, dass auf Explore Protestplakate auftauchen, deswegen werden diese jetzt zensiert.

Update 17: (23:30 Uhr) – ich habe gerade einen förmlichen Protestbrief an den Geschäftsführer von Yahoo Deutschland, Terry von Bibra, geschrieben.

Update 18: Noch immer alles offen (und inzwischen grau), aber dafür habe ich 'nen schönen Blogbeitrag über die Besonderheiten von Web2.0-Diensten gefunden – darüber mache ich mir auch gerade einiges an Gedanken.

Update 19: (16.06.2007, 10:30 Uhr) – Inzwischen gibt es ein weiteres Statement von Flickr-Gründer Stewart Butterfield. Kurzgefasst: wir hören weiter zu, können derzeit aber nichts tun, und unter anderem wegen des Wochenendes wird es noch einige Zeit dauern, bis wir was Neues zu berichten haben. Dazu wird es dann einen neuen Thread geben. Außerdem ein impliziter Hinweis darauf, dass die Vermutung richtig ist, dass Flickr weiterhin versucht, eine bessere Lösung zu finden, aber dass das derzeit nicht diskutieren darf. Und schließlich noch die ebenfalls zwischen den Zeilen zu interpretierende Aussage (wiederum S.B.), dass NutzerInnen aus Österreich und der Schweiz sich ja nicht über Yahoo Deutschland einloggen müssen, sondern yahoo.com verwenden können, um die Zensurmaßnahmen zu umgehen. Inzwischen berichten auch AP und die US-Medien.

Update 20: (11:45 Uhr) – eine neue Meldung bei Heise fasst den Stand der Diskussion und das Statement von Yahoo zusammen.

Update 21: Einen schönen offenen Brief, der gut zusammenfasst, warum es so viel Protest gegen das Vorgehen von Flickr gibt, hat Kawazu geschrieben – ich kann ihm nur zustimmen.

flickr sperrt Deutsche aus?! (Update 47 und Schluss)

Update 22: (13:20 Uhr) – Diskussion darüber, wieso auf einmal keine Protestbilder in „Explore“, dem Flickr-Schaufenster, mehr zu sehen sind. Ergebnis: für 2 bis 3 Tage wurden die Sicherheitsmaßnahmen, die sonst verhindern, dass jemand den Algorithmus ausnutzt, ausgesetzt – das dürfte dazu beigetragen haben, dass der Protest auf Flickr sehr sichtbar war. Interessant ist nun natürlich die Frage, was für ein Interesse der Flickr-Staff daran hatte, den Protest hier sichtbar werden zu lassen.

Update 23: Ein Artikel im Wired-Blog Epicenter.

Update 24: (17.06.2007, 0:30 Uhr) – Das Flickr-Debakel ist auch HAL in seiner Wo-chenschau einen Beitrag wert. Ich zitiere:

**** Wie die Strategie funktioniert, wenn eine „moral panic“ ausgelöst werden soll, kann man auch abseits des leidigen Themas Terrorismus sehen, beim noch leidigeren Thema Kinderpornografie. Es musste als Begründung dafür herhalten, dass der Start des deutschen Flickr gründlich misslingen konnte. Natürlich wird in keinster Weise Zensur ausgeübt, sondern nur nach Recht und Gesetz gesperrt. Ubi bene, ibi patria, oder wie das auf Chinesisch heißt. Ganz furchtbar getroffen hat es so manche Blogger mit markanten Inhalten, bei denen Werbung nicht von Herzen kommt.*

Und ein weiterer Medienlink: ZDF heute online.

Update 25: (23:00 Uhr) – im Diskussionsforum zwar inzwischen deutlich über 3000 Einträge, in der Protestgruppe deutlich über 10.000 Mitglieder, aber inhaltlich nichts neues (doch – der erste „Pro Zensur“-Demonstrant/Troll warnt davor, dass Kinder Fotos sich paarender Löwen sehen könnten; außerdem die Frage nach dem Flickr-Organigramm, die niemand so richtig beantworten kann, vor allem auch nicht nach den genauen Zusammenhängen zwischen Yahoo, Yahoo Deutschland und Flickr), aber wohl heftige Disziplinarmaßnahmen gegen einzelne Flickr-Nutzer (Update dazu). Und ein paar harte Fakten über die Mitgliederzahlen von Yahoo, von Flickr, den Umsatz usw.

Update 26: (18.06.2007, 0:30 Uhr) – es gibt Gerüchte darüber, dass Flickr die Protestgruppe Against Censorship zumachen will oder als „unsicher“ eingestuft hat.

Netz, Medien und digitales Leben

Bisher ist unklar, aus welchem Hintergrund heraus einige Accounts nicht auf diese Gruppe zugreifen können.

Update 27: Aktueller Stand der Dinge: der Inhalt der Gruppe „Against Censorship“ ist derzeit für Nicht-Gruppenmitglieder nicht zugänglich. Hintergründe weiterhin unklar. (Update: inzwischen ist die Gruppe wieder zugänglich; wie es dazu kam, ist weiterhin mysteriös).

Update 28: Wie ich gerade sehe, hat Flickr auf eine zu Beginn der ganzen Sache eingereichte Beschwerde inzwischen geantwortet. Ich zitiere (Hervorhebung von mir):

Hello,

Thank you for your email. We kindly ask that you read our official response in the forum:

www.flickr.com/help/forum/42597/page16/#reply230304

Again, thanks for writing. **We hope that you will continue to be patient with us as we work towards the best solution for everyone.**

Kind regards,

Michelle

Update 29: (14:30 Uhr) – Die Diskussion dreht sich im Kreis, noch kein neues Staff-Statement, aber ein Kommentar im Guardian.

Update 30: (16:45 Uhr) – Obwohl jetzt auch in Kalifornien wieder Arbeitswoche herrscht, noch immer nichts neues vom Flickr-Staff. Dafür ein Hinweis darauf, dass auch die heutige FAZ eine kurze Notiz zu Flicks Deutschland-Debakel enthalten hat.

Update 31: The Register hat einen kurzen Artikel (inzwischen auch bei Reddit recht weit vorne).

Update 32: (19.06.2007, 11:30 Uhr) – Nach lauter werdenden Beschwerden darüber, dass von Seiten Flickrs aus nichts zu hören ist, hat sich Stewart Butterfield erneut zu Wort gemeldet. Hauptaussage: noch gibt es keine Lösung, aber es wird weiter daran gearbeitet; innerhalb von etwa 24 Stunden ist hoffentlich etwas gefunden, was zumindest besser ist als der Status Quo. Stewart entschuldigt sich für

flickr sperrt Deutsche aus?! (Update 47 und Schluss)

das Schweigen, begründet wird es damit, dass nicht vorschnell Dinge verkündet werden sollen, die dann doch nicht gehen (und mit der laufenden transatlantischen Kommunikation). Er räumt ein, dass einiges hätte besser laufen können, sagt aber auch: „but for those of you who do have some trust in us, let me say that it is not as simple as it looks from the outside.“ Ich jedenfalls bin froh, ein Lebenszeichen von Flickr zu sehen und gespannt, was dann morgen als Lösung vorgestellt wird.

Update 33: Yahoo-CEO abgesetzt – hat wohl nicht direkt was mit Flickr zu tun, aber immerhin wird das Flickr-Debakel in dem Artikel als Beispiel für die mangelhafte Kommunikation von Yahoo mit Presse und Öffentlichkeit genannt. Vielleicht war's ja auch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Update 34: Der Spiegel online hat einen zweiten, umfangreichen Artikel dazu, was bei Flickr alles falsch gelaufen ist.

Update 35: (16.30 Uhr) – Einzelne NutzerInnen berichten darüber, dass auch mit deutschen Accounts (aber nicht mit allen) SafeSearch wieder ausgeschaltet werden kann.

Update 36: (20.06.2007, 11:00 Uhr) – Die angekündigte Lösung verschiebt sich noch um etwa 6 Stunden, d.h. heute Nachmittag sollte es soweit sein. Außerdem möchte ich noch auf einen Artikel von mir hinweisen, der heute in der Telepolis erschienen ist und sich mit dem Thema „Wechsel nicht möglich – Der Fall Flickr: Soziale Netzwerke als Ware“ auseinandersetzt (Update: siehe hier für ein paar rahmende Worte).

Update 37: Nichts neues, aber eine schöne szenische Darstellung des möglichen Verhältnisses zwischen Yahoo und Flickr, gefunden in der großen Diskussion (Riccardo Mori):

Yahoo: Do this and that, and thou shalt not disclose (that is, shut up), OK?

flickr staff: But it's not...

Yahoo: (Opens the suitcase, takes out contract) You signed here, remember?

flickr staff: Yes, but...

Yahoo: (A faint smirk) You didn't read the small print, did you?

Netz, Medien und digitales Leben

flickr staff: -- --

Yahoo: Sorry, you can't talk about this. But I'm sure you can be friendly, you can do that.

flickr staff: (Weakly) You don't have the faintest idea of the outcry this is going to create...

Yahoo: We'll see. Now, the meeting's off, we have business to do and a CEO to sack... erm... reposition. See ya.

flickr staff: (Gulps)

Update 38: (15:00 Uhr) – Noch immer nichts aus der Flickr-Leitung, aber eine neue Nachricht im Heise-Ticker: ein Vertreter von jugendschutz.de erklärt, dass die von Yahoo/Flickr durchgeführten Maßnahmen weit über das rechtlich erforderliche hinausgehen, und dass es seiner Kenntnis nach auch keine Aufforderung an Yahoo gab, einen derartigen Filter einzuführen.

Update 39: (20:0022:00 Uhr) – Das lange erwartete Statement ist noch immer nicht erschienen, und liegt inzwischen ~~drei~~ fünf Stunden hinter der angekündigten Zeit dafür. Die Stimmung schwankt zwischen „Warten auf's Christkind“ und „Warten auf Godot“.

Update 40: (21.06.2007, 0:15 Uhr) – Einige zunehmend müde & albern werdende Deutsche diskutieren tapfer weiter, aber die große Lösung ist noch immer nicht da (vermutlich, weil sie auf Diskussionseintrag Nr. 5000 fallen soll) – ich gehe jetzt jedenfalls ins Bett, bevor das hier twitter-artige Ausmaß annimmt.

Update 41: (11:45 Uhr) – Die Lösung kam dann gegen 3 Uhr nachts – und enttäuscht insofern, als sie einfach nur darin besteht, dass jetzt zumindest die Kategorie der als „moderate“ eingestuften Bilder auch NutzerInnen von Yahoo.de wieder zugänglich ist. Für die Bilder der Kategorie „restricted“ wird weiterhin nach einer Lösung gesucht (d.h. einer den deutschen Jugendschutzbestimmungen entsprechenden Altersverifikation für die Kategorie „restricted“). Warum das drei Tage dauerte, bleibt ebenso unklar wie die äußerst strikte Interpretation des Jugendmedien-Staatsvertrag (siehe Heise-Meldung oben). Ich habe die über 500 Reaktionen darauf noch nicht durchgesehen, kam mir aber kaum vorstellen, dass das Ergebnis viele zufriedenstellt. Vor allem bleibt offen, wieso Yahoo den Jugendschutz plötzlich so ernst nimmt.

flickr sperrt Deutsche aus?! (Update 47 und Schluss)

Update 42: Interessant am neuen Thread sind die vielen Einlassungen des Staffs – teilweise (Heather) in Richtung „benehmt euch bloß, sonst werfen wir euch raus“, teilweise (z.B. Eric, nochmal Eric, und nochmal – und viele andere Staff-Mitglieder, die ihm zustimmen) eher in Richtung „bitte habt Verständnis für uns, wir versuchen, etwas zu tun, aber es ist halt nicht so einfach“ und, jetzt mal im Wortlaut:

„If we could say more than we have, we would. It might cause you to lose faith in us that we can't talk. Sadly, that does not change the fact. [...] We did not handle this well at all. But we're just people.“

Was ist das los? Geht's wirklich um Non-Disclosure-Agreements mit Yahoo? Leider weigern sich die Flickr-Leute, die rechtliche Seite des Ganzen zu diskutieren. Spiegel Online berichtet auch bereits.

Unklar bleibt weiterhin, warum es keine offizielle Entschuldigung gibt, und wieso die Modifikation des Filters eine Woche gedauert hat. Jedenfalls sind die Gruppendynamiken in der Diskussion spannend zu beobachten – insbesondere die Staff-Postings, die sehr viel häufiger sind als im letzten Thread. Keine Ahnung, ob das ein Wechsel der Kommunikationspolitik ist, oder ob da einfach alle nur noch genervt sind. Benj erklärt es damit, dass die Stimmung im letzten Thread so feindselig war, dass niemand Lust hatte, sich zu äußern. Wundert mich etwas – einige Diskussionen in AgainstCensorship habe ich so empfunden, die Stimmung in der großen Diskussion aber eher nicht (anderen geht es ähnlich).

Update 43: (12:30 Uhr) – Stewart Butterfield äußert sich zu den rechtlichen Hintergründen, verweist ziemlich explizit auf interne Kontroversen und begründet, warum er so vorgegangen ist, wie er es getan hat. Außerdem gibt's endlich mal eine Entschuldigung.

Update 44: (22.06.2007, 14.00 Uhr) Bzw.: kein Update, nur der Hinweis, dass das versprochene zweite Statement von Stewart Butterfield zur Beantwortung offener Fragen noch immer nicht vorliegt.

Update 45: (23.06.2007, 17.00 Uhr) Das versprochene Statement ist inzwischen da und handelt vornehmlich die Frage ab, ob Flickr eine Community darstellt (nein, sondern einen Rahmen, in dem es viele Gruppen gibt) und ob eine stärkere Beteiligung der NutzerInnen erwünscht ist (nein, weil die Mathematik nicht

Netz, Medien und digitales Leben

mitspielt). Als Reaktion darauf gibt es viele lange Beiträge, die ich jetzt nicht alle verlinke, und die von Zustimmung über Ablehnung („es zählen nur noch die Zahlen, oder?“) bis hin zu Vorschlägen reichen, wie eine sehr große, globale Web-Community trotzdem partizipativ gestaltbar ist.

Update 46: (27.06.2007, 10:00 Uhr) Heute gab es nochmal einige Reaktionen von Flickr auf ein paar Tage zuvor gestellte Fragen, ansonsten passiert gerade wenig (na gut, dieselben Diskussionen haben sich ein paar Mal im Kreis gedreht) – wer gehen wollte, ist gegangen, wer protestieren wollte, hat protestiert, wer weiter bei Flickr bleiben will, wartet (mit eher schlechtem Gefühl dabei) ab.

Update 47 und Schluss: (29.06.2007, 22:00 Uhr) Die große Diskussion, Teil II tröpfelt so langsam aus, offiziellen Status hat sie auch nicht mehr. Ein paar Aufrechte diskutieren seit Tagen hin und her, wie genau die deutschen Gesetze zu interpretieren sind und warum alles nicht so einfach ist. Ich mache diese Update-Orgie jetzt einfach mal zu – wenn's was Neues geben sollte, werde ich einen neuen Beitrag dazu schreiben und ein Trackback hierhin einrichten. Bis dahin allen eifrigen LeserInnen (weit mehr als bei jedem anderen Blogeintrag bisher) viel Vergnügen bei Flickr oder anderswo.

Wechsel nicht möglich

20. Juni 2007 – Digitales Leben, Zukunftsvisionen

Ich habe die [Flickr-Diskussion](#) zum Anlass genommen, ein paar Gedanken über die Brüchigkeit sozialer Netzwerke und die Konsequenzen der Verwendung von sozialen Netzwerken als Grundlage von Web-2.0-Anwendungen zu machen. Wer das nachlesen möchte, kann es bei [Telepolis](#) tun. Mein Fazit: eine (möglicherweise dezentrale), nicht-kommerzielle Lösung, die KonsumentInnen aus den Zwängen befreit, möglicherweise lebenslang bei einem Anbieter zu bleiben, und auch nur dort Kontakte knüpfen zu können, ist dringend notwendig. In der [Diskussion im Telepolis-Artikelforum](#) gibt es einige, die meinen, eMail wäre schon längst so eine Metastruktur (andere sehen eh überhaupt kein Problem, weil echte Kontakte gibt es im Netz ja nicht ...). Die Web-2.0-Anwendungen werden aber genutzt, weil sie deutlich komfortabler als eMail sind. Was ich meine, wäre ein Tool, dass auch für so „ausgefallene“ Dinge wie das gegenseitige Kommentieren von Bildern genutzt werden kann, und eben deutlich komfortabler als eMail ist. Ein paar andere Diskussionsbeiträge (z.B. [hier](#), [hier](#) oder [hier](#) – oder auch [hier im Flickr-Forum](#)) finde ich dagegen richtig spannend. Ich bin sicherlich nicht der erste, der sich über dieses Thema Gedanken macht – aber vielleicht trägt mein Artikel mit dazu bei, dass auch virtuelle Sozialbeziehungen irgendwann nicht mehr vorwiegend ein kommerziell genutztes Gut sind.

Warum blogge ich das? Werbung für den Artikel, das auch, aber vor allem, um nochmal die Punkte festzuhalten, die mir an der Diskussion wichtig sind.

Update: Wie ich eben sehe, gibt es in [Against Censorship](#) inzwischen einen [Thread](#) zu dem Artikel. Außerdem gab's in den Telepolis-Kommentaren den Hinweis auf [diesen taz-Artikel](#), der vielleicht eine Lösung für das angesprochene Problem bietet (aus der taz von Montag, die ich Montag wohl nur sehr flüchtig gelesen habe ...).

Netz, Medien und digitales Leben

Update 2: Olivia Adler macht sich anlässlich des Artikels einige Gedanken zum Thema „Web 2.0 macht abhängig“ im Internet Professional Weblog.

Update 3: Ich sehe gerade, dass eine ganze Reihe weiterer Blogs den Artikel aufgegriffen haben. Intensiver befassen sich damit u.a. Sprechblase („Kann man die Komponenten Webanwendung und die Community mit dem Sozialen Netzwerk überhaupt voneinander trennen?“), Fehlanzeige („Ein feiner Artikel – der erste, der sich nicht damit zufrieden gibt, die Tatsachen wiederzukäuen, sondern kritisch analysiert, warum das Ganze solche Ausmaße angenommen hat.“ – geschmeicheltfühhl) und das agenturblog („Aus betriebswirtschaftlicher Sicht getrieben vermeiden es alle großen Services diese Daten freizugeben – Ideen und technische Ansätze dafür gibt es aber zuhauf ...“). Nur mal so als mögliche Debattefortsetzung – in diesem Beitrag habe ich nicht vor, bis Update 45 hochzuzählen.

Update 4: Auch beim Schockwellenreiter fand sich ein Eintrag zum Artikel – und der Hinweis auf zuvor schon geäußerte ähnliche Gedanken, die ich aber noch nicht kannte. Gespannt bin ich jedenfalls, was aus der Ankündigung Jörg Kantels wird, ein Tool zu basteln, das die Richtung einer Vernetzung privaten Foto-Webspaces geht.

Update 5: Und Spreeblick. Wie ich konnte ich Spreeblick übersehen ... Da heißt es: „So richtig spannend wird die soziale Netzabhängigkeit aber sowieso erst, wenn unsere Kinder nur noch online spielen und der Clan auf sie zählt. Jederzeit.“ Und ein Kommentator verweist auf das Friend-of-a-Friend-Projekt.

Update 6: Und noch ein Hinweis aus der Spreeblick-Diskussion, nämlich auf Atomique – ein Projekt, um Photogruppen und Diskussionen dazu ohne zentralen Server zu organisieren.

Der Fall Flickr: Soziale Netzwerke als Ware

20. Juni 2007, Telepolis

Aus dem Fall Flickr lässt sich einiges über die sozioökonomischen Grundlagen des Web 2.0 lernen – und darüber, was passiert, wenn Marktmechanismen nicht mehr richtig greifen können, weil soziale Kontakte den Anbieterwechsel erschweren.

Die vom Internetgiganten Yahoo aufgekaufte Fotografier-Community Flickr ist seit einigen Tagen in den Schlagzeilen. Flickr's Entscheidung, bei Yahoo Deutschland registrierten Nutzerinnen und Nutzern alle als „moderiert“ oder „eingeschränkt“ eingestuftes Fotos vorzuenthalten, rief heftige Proteste hervor. Innerhalb von wenigen Tagen wuchs beispielsweise die flickr-interne Protestgruppe „Against Censorship“ von null auf über zehntausend Mitglieder. In internen Foren wird rege diskutiert. Doch inwieweit können die User in ihrer Abhängigkeit tatsächlich Druck auf Yahoo ausüben?

Die bisherigen Äußerungen des Flickr-Gründers Stewart Butterfield machen zwar deutlich, dass der Protest bei Flickr angekommen ist und dass man dort zumindest vorgibt nach einer Lösung zu suchen, die mit dem als Grund für die Zwangsfiltrierung genannten deutschen Jugendschutz vereinbar ist. Trotzdem ist noch immer offen, ob diese Proteste zu einem Ergebnis führen, das den deutschen Flickr-Mitgliedern gefallen wird.

Das liegt unter anderem an einem allgemein problematischen Aspekt kommerzieller Web-2.0-Angebote, der durch den Fall Flickr besonders deutlich geworden ist. Betrachtet man das Geschäftsmodell von Flickr, stellt man fest, dass der Dienst seinen Mitgliedern eine Webanwendung für das Ins-Netz-Stellen von Fotos und sehr viel Speicherplatz und Bandbreite zur Verfügung stellt. Die Mitgliedschaft bei Flickr wird mit beschränkten Optionen – weniger Fotos, weniger Konfigurationsmöglichkeiten – kostenlos (d.h. letztlich werbefinanziert) angeboten; auf reges Interesse stößt jedoch auch die „Pro“-Variante des Flickr-Accounts, die für etwa 25 Dollar für ein Jahr Mitgliedschaft bei Flickr verkauft

wird und es ermöglicht, eine nahezu unbegrenzte Zahl von Fotos ins Netz zu stellen.

Was Flickr bot

Das eigentlich interessante an Flickr – und der Grund dafür, dass die Webanwendung immer wieder empfohlen und (vor allem auch durch Mundpropaganda) schnell bekannt wurde, ist jedoch nicht diese Infrastruktur, sondern die Community, die diese Infrastruktur nutzt. Zum einen sind viele sehr gute Fotografinnen und Fotografen bei Flickr aktiv, zum anderen gibt es eine kaum zu überblickende Zahl an Gruppen, in denen Fotografie-Begeisterte jeglicher Couleur sich über ihre Fotos, das Fotografieren an und für sich oder spezielle Aspekte austauschen. Dazu kommen weitere Aspekte, die für „social software“ typisch sind: der schnelle Zugriff auf die Bilder der jeweiligen „Kontakte“, die Möglichkeit, sehr einfach Menschen zu Flickr einzuladen sowie das interaktive „taggen“ und kommentieren der Fotos.

Kurz gesagt: wer bei Flickr in den letzten Jahren Mitglied geworden ist, hat das vielleicht auch getan, weil Infrastruktur und Benutzeroberfläche einigermaßen ausgereift sind. Vielen wird jedoch vor allem zugesagt haben, dass es leicht ist, bei Flickr Menschen mit einem ähnlichen Fotografier-Geschmack zu finden und dass neben den auch hier zu findenden Urlaubsfotos ein Schwerpunkt auf eher künstlerischer Fotografie und reger Diskussion darüber liegt. So etwas lässt sich auch in Begriffe wie Flair, Atmosphäre oder Kultur packen.

Zugleich ist Flickr damit ein typisches Beispiel für ein kommerzielles Web-Angebot, das letztlich deswegen erfolgreich ist, weil es auf sozialen Beziehungen und sozialen Netzwerken aufbaut. Dabei geht es nicht unbedingt um dicke Freundschaften, sondern vor allem um Gleichgesinnte, zu denen ein loser Kontakt besteht. Soziologisch gesprochen: es geht um weit aufgeächerte Netze mit vorwiegend „weak ties“. Diese „soziale Infrastruktur“ ist sicherlich ein Faktor, der den Erfolg von Flickr auch gegenüber konkurrierenden Angeboten erklären kann.

Diese konkurrierenden Angebote kommen nun ins Spiel: nach einigen anderen Beispielen der „Yahooisierung“ Flickr war die kaum kommunizierte Einschaltung eines nicht abschaltbaren Filters für viele Mitglieder der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Wo vorher – etwa bei der Umschaltung auf Yahoo-Accounts – damit gedroht wurde, zu kündigen oder die Mitgliedschaft nicht zu verlängern, machen viele jetzt ernst und wechseln zur Konkurrenz. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe ähnlicher Angebote; teilweise mit identischen, teilweise sogar mit erweiterten Fähigkeiten. Prinzipiell ist es relativ einfach, zu einem anderen Anbieter umzuziehen. So bietet Flickr eine recht offene API, auf der u.a. auch Werkzeuge aufbauen, mit denen alle eigenen Fotos auf einmal herunter geladen werden können. Ein entscheidendes Hindernis für den Wechsel bleibt jedoch bestehen – ein Flickr-Nutzer hat dies im Diskussionsforum um die Zwangsfilterung auf den Punkt gebracht:

*„Web 2.0 is not about bringing people together or creating communities or making the world a better place. It's about making huge profits out of peer pressure. And that's the attitude that shows in every action Flickr made since the acquisition by Yahoo.“ (Flickr-Nutzer Scy**e)*

Communities zerreißen

„Peer pressure“ heißt hier: was nicht zu anderen Anbietern mitnehmbar ist, sind die Kontakte – oder anders gesagt: die sozialen Netzwerke, die Flickr erst groß gemacht haben. Dies wird im Zuge der aktuellen Proteste in zweierlei Hinsicht deutlich. Zum einen fehlen die „Wechsler“, die jetzt ihren Flickr-Account löschen, in der eigenen Kontaktliste. Zum anderen gibt es – wie bereits bemerkt - eine ganze Reihe von Konkurrenzangeboten wie etwa Zoomer, Ipernity, Sevenload, 23hq und, und, und. Die einen wechseln hierhin, die anderen dahin. Bisher existierende Beziehungen gehen verloren oder werden – zerstückelt – in der Ferne neu aufgebaut. Das ist zwar auch eine Gelegenheit zum „Ausmisten“ der Kontaktliste. Wer aber weiterhin Interesse an den Bildern

einzelner ehemaliger Kontakte hat, ist nun fast gezwungen, bei jedem der genannten Foto-Communities Accounts anzulegen. Wo früher die neuen Fotos der Kontakte sofort sichtbar waren, ist nun WWW-Zappen angesagt; ein Aufwand, den viele scheuen. Manche haben sich auch entschieden, keiner Firma mehr zu vertrauen und ihre Bilder auf dem eigenen Server zu hosten. Hier multipliziert sich das Problem der verloren gehenden sozialen Netze noch einmal.

Wegen der genannten Gründe gibt es aber auch viele, die Flickr zwar inzwischen sehr kritisch sehen und nicht mehr wirklich an eine Lösung glauben, aber trotzdem nicht zu einem anderen Anbieter wechseln möchten. Dabei geht es zwar auch darum, dass der Transfer der bisher bei Flickr gehosteten Bilder anderswohin beschwerlich ist, und die mit den Bildern verbundenen Kommentare und „Views“ verloren gehen. Wichtiger ist aber auch hier der „peer pressure“. Zwar ist zu vermuten, dass auch für die, die bleiben, einige Kontakte verloren gehen. Aber diejenigen, die nicht direkt von den Filtermaßnahmen betroffen sind - also nicht aus Deutschland, Korea, Singapur oder Hongkong kommen - haben nur bedingt einen Grund, Flickr zu verlassen. Solange jedoch viele bei Flickr bleiben – und oft sind die Kontaktlisten sehr international – heißt ein Wechsel eben auch: sich darauf einzulassen, dass über Jahre gewachsene Kontaktnetzwerke kaputt gehen, dass diese neu aufgebaut werden müssen. Nicht jeder will diese Zeit investieren.

Solange Flickr eine gut funktionierende Foto-Community war, erwuchs der Firma daraus, dass ihr Erfolg auf sozialen Netzwerken aufbaut, eine Art natürliche Monopolstellung. Wer dieses Netzwerk behalten möchte, ist damit Flickr ausgeliefert und gezwungen, dort zu bleiben (oder all seine Kontakte dazu zu überreden, koordiniert an einem Platz neu zu starten). Diese besondere Eigenschaft von Web-2.0-Anwendungen gilt nicht nur für Flickr; sondern für alle Angebote, die einen Teil ihres Mehrwerts aus dem besonderen Flair der Community ziehen. Am klarsten deutlich wird dies vermutlich bei Vernetzungsdienstleistern, die allein um der Kontakte willen existieren - also etwa bei Friendster, Xing oder StudiVZ. Wer hier mit der Firma unzufrieden ist,

kann nicht einfach die Marktentscheidung „Anbieterwechsel“ ausführen – diese ist mit hohen sozialen Kosten belegt. Dies erklärt auch, warum es eben nicht einfach eine Abstimmung mit den Füßen gab, sondern die Unzufriedenheit mit Flickr's Unternehmenspolitik heftige Proteste ebenso wie den beharrlichen Versuch hervorgerufen hat, Flickr dabei zu unterstützen, eine angemessene Lösung für das echte oder vermeintliche juristische Problem zu finden. Viele sind mit Flickr unzufrieden, viele haben ein großes Stück Vertrauen verloren. Die Hoffnung ganz aufgeben und sich damit einzugestehen, dass der Wechsel unabdingbar geworden ist – das wird noch hinausgezögert. Kurz gesagt: auch aus dieser Perspektive wird Flickr vor allem als eine Community wahrgenommen – in der dann natürlich auch der Anspruch erhoben wird, mitzugestalten und mitzuentcheiden.

Web 2.0, das Abhängigkeits-Internet

Das Beispiel Flickr hat deutlich gemacht, dass soziale Netzwerke kein Unternehmenskapital wie jedes anderes darstellen. Die Geschäftsgrundlage von Web-2.0-Angeboten weist einige Besonderheiten auf. Die üblichen Marktgesetze kommen hier nur bedingt zum Zuge. Die Stärke wie die Schwäche dieser Angebote ist die hohe Bedeutung von zwischenmenschlichen Kontakten, Beziehungen und sozialen Netzwerken verbunden, die – was erfolgreiche Anbieter freuen und deren Konkurrenten ärgern dürfte – nicht einfach transportiert werden können. Aus Verbrauchersicht erweist sich diese Kopplung an soziale Netzwerke dann als Ärgernis, wenn das Angebot nicht mehr zufrieden stellt, und sehr hohe Hürden bestehen, zu einem Konkurrenzangebot zu wechseln (Vgl. Gratisdienste und Opportunitätskosten).

Eine mögliche Lösung, die den betroffenen Firmen auf den ersten Blick nicht gefallen wird, auf den zweiten Blick aber vielleicht ebenfalls ein interessantes Geschäftsmodell darstellen würde, wäre ein übergreifender Dienst, der eine abstrakte Informationsinfrastruktur für soziale Netzwerke bereitstellt, die transparent und zwischen einzelnen Ange-

boten transportabel ist. Dabei darf natürlich nicht so was wie Microsofts Passport oder die Yahoo-ID bei herauskommen, sondern es müsste darum gehen, die Kontaktnetzwerke von den konkreten Anwendungen zu trennen. Das „Eigentum“ an den sozialen Netzwerken läge dann nicht mehr bei den Firmen, sondern die Souveränität, Kontakte zu verwalten und Beziehungen zu pflegen, würde den Konsumentinnen und Konsumenten zurückgegeben. Auch wenn die Fotos eines Teilnehmers beispielsweise bei Flickr liegen würden, müsste dieser in einem solchen Szenario nicht darauf verzichten, Kontakte zu haben, die für die Speicherung und Verwaltung ihrer Bilder andere Anbieter vorziehen. Ein oberhalb der einzelnen Web-2.0-Anwendungen liegendes Netzwerk, quasi ein technischer Standard für die Aufrechterhaltung von Kontakten und Feedbacks zwischen Anbietern, existiert bis heute nicht. Die Trackback/Pingback-Funktionen der Blogosphäre, RSS und vergleichbare Dienste sowie die entsprechenden Aggregatoren und nicht zuletzt Vorschläge wie OpenID könnten die Bausteine für eine konzernunabhängige Infrastruktur für soziale Netzwerke bilden. Um das Web 2.0 zu demokratisieren und den Nutzerinnen und Nutzern derartiger Angebote Marktentscheidungen zu ermöglichen, um sich nicht lebenslang an einzelne Firmen binden zu müssen und um den Menschen ein Stück ihrer viel beschworenen Konsumentensouveränität wiederzugeben, wäre ein derartiges System jedoch dringend notwendig. Es durchzusetzen, wird sicherlich nicht leicht werden.

Netzwerk sucht Knoten

31. Juli 2007 – Digitales Leben, Visualisierungen

Letztlich war es Jan Schmidts Bericht über Visualisierungsmöglichkeiten für Netzwerke, der mich dazu gebracht hat, auch noch einen Account bei Facebook anzulegen. So ganz toll finde ich es noch nicht (sehr bunt, noch sehr amerikanisch: oder weiß jemand hier sein „Grad. School“-Jahr?), aber das kann ja noch werden.

Interessant auf jeden Fall die Möglichkeit einer API, die Drittanbieter-Anwendungen auf den Facebook-Daten laufen lassen kann.

Damit die Visualisierung des Kontaktnetzwerks auch einen Sinn macht, hier der Aufruf an alle LeserInnen des Blogs, die einen Facebook-Account haben oder haben wollen, und mich kennen, mich doch auch als „friend“ hinzuzunehmen. Ganz so viele (wie etwa bei Xing/OpenBC), die ich kenne, scheinen allerdings noch gar nicht bei Facebook mitzumachen.

Übrigens: Wie schon bei Flickr („Wechsel nicht möglich“) zeigt sich auch hier, dass eigentlich ein Metastandard für Web2.0-Netzwerke fehlt. Ich würde zumindest gerne mein „Xing-Netzwerk“ (oder auch mein „Flickr-Netzwerk“) mit der Facebook-Benutzerdatenbank abgleichen können. Noch lieber wäre mir eine Architektur, die soziale Netzwerke und Applikationen komplett trennt.

Warum blogge ich das? Um andere darauf aufmerksam zu machen, dass ich jetzt auch bei Facebook zu finden bin – Lust, alle möglichen Kontakte dort von Hand (bzw. per eMail-Adress-Abgleich) zu suchen, habe ich nämlich nicht.

Google regulieren statt Wikipedia schlagen

4. Dezember 2007 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Hermann Maurer ist ein distinguiertes Professor für Informatik an der TU Graz. Stefan Weber hat sich dem Kampf gegen die „Copy-and-Paste-Kultur“ verschrieben. Beide zusammen haben mit weiteren MitarbeiterInnen jetzt einen „Forschungsreport“ verfasst, der darlegen soll, dass erstens Google eine Gefahr für mindestens die Weltwirtschaft darstellt und dass zweitens „other Web 2.0 related phenomena, particularly Wikipedia, Blogs, and other related community efforts“ – also die Organisation von Informationen durch Laien statt durch professionelle Experten-Software – ebenso brandgefährlich seien. Das Ganze hat dem Grazer Institut einige Schlagzeilen gebracht („Google zerschlagen“ (*Netzpolitik.org*), „Google muss zerschlagen werden (*heise.de*)).

Hinter dem Getöse scheint mir allerdings nicht sehr viel zu stecken. Vielmehr wird wild mit Vermutungen um sich geschlagen (etwa der Stefan-Weberschen „These“ des „Google Copy Paste Syndrome“ oder



Universitätsbibliothek – Katalogsuche noch ganz ohne Google-Know-How ...

einer verschwörungstheoretisch erklärten Höherrangung von Wikipedia-Artikeln bei Google). Insbesondere werden zwei Sachen zusammengeworfen: die Tatsache, dass es eine qualitative Veränderung von Web 1.0 zu Web 2.0 gab, also die stärkere Einbeziehung von NutzerInnen in die Generierung von Content, und die Tatsache, dass eine basale Infrastruktur – nämlich die meistgenutzte Suchmaschine – in privater Hand ist. Die Kritik an Punkt 1 erscheint mir nur aus dem akademischen Elfenbeinturm heraus verständlich (bzw. nur im Kontext kulturpessimistischer Weltbilder). Die Kritik an Punkt 2 hat einiges für sich, wird aber so in ein falsches Licht gestellt – und führt angesichts des Hintergrunds der AutorInnen (und der Forderung nach regionalen branchenspezifischen Suchmaschinen) zur Frage, was diese sich davon versprechen. Zumindest weitere Forschungsgelder für öffentlich geförderte Suchmaschinen sollten wohl – so meine ins Blaue zielende Vermutung – wohl rauspringen, oder?

Wenn wir das Getöse und den (ja auch schon in der *Telepolis* und in anderen Medien zu Haufe wahrnehmbaren) Ärger Stefan Webers über die Möglichkeit des erleichterten Abschreibens dank digitaler Kopierbarkeit mal beiseitelassen, bleibt die Frage, ob angesichts eines Geschäftsmodells, bei dem möglichst genaues Wissen über die NutzerInnen zur Erleichterung entsprechender Werbeverkäufe den Grundstock bildet, Google nicht tatsächlich eine Gefahr darstellt. Darf eine private Firma – und sei sie auch noch so bemüht, sich möglichst *un-evil* zu geben – die Kontrolle über einen wichtigen Teil der Webinfrastruktur haben? Und dass eine Suchmaschine heute für die Funktion des Internets extrem wichtig ist – noch dazu eine, die z.B. in Firefox als Standard eingestellt ist – und dass damit Nutzerdaten *en masse* gewonnen werden – stimmt auf jeden Fall. Was nicht in Google auftaucht, wird tatsächlich selten gesehen. Andererseits sind auch die Telefon- und Datennetze in privater Hand. Warum also nicht der Layer „Suchmaschine“? Und auch die Aufmerksamkeitsbündelung funktioniert ja nicht nur über Google. Erstens gab es davor andere Suchmaschinen (die Zeiten von Altavista ...), die von Google vor allem aufgrund der besseren Ergebnisse und Be-

dienbarkeit abgelöst wurden, zweitens gibt es weiterhin andere Suchmaschinen (z.B. Yahoo und die Versuche von Microsoft), drittens tragen private Medienangebote wie Spiegel online sicherlich ebenso massiv zur Formierung von Weltbildern bei, wie dies Wikipedia-Einträge und Suchmaschinentreffer tun, und viertens ist der technologische Vorsprung von Google zwar gewaltig, aber nicht uneinholbar. Technorati ist ein Beispiel dafür.

Wie könnte eine Regulierung von Google aussehen? Wichtige Gesichtspunkte hier sind sicherlich der Datenschutz und die Frage, was Google wie lange speichern kann, die Frage, in welcher Form Suchergebnisse zur Verfügung gestellt werden (also z.B. auch digital an Weiterverwerter ...) und die Frage, ob die Neutralität der Suchergebnisse regulierbar ist (z.B. eine klare Kennzeichnung nicht nur der Textanzeigen am Rand, sondern aller Suchmaschinenergebnisse, die nicht allein algorithmisch eingeordnet wurden). Da ließe sich vermutlich ein entsprechender politischer Rahmen schaffen.

Bleibt als Fazit: Kartellämter und ähnliche Aufsichtsbehörden sind auch im Web 2.0 nicht unwichtiger geworden. Und auch der sympathischsten Firma sollte ab und zu auf die Finger geschaut werden – insbesondere, wenn es um grundlegende Infrastrukturen geht: Wasser, Strom, Verkehrsnetze, Datennetze oder die darüber liegenden Layer an Informationsinfrastrukturen. Monopolbildungstendenzen liegen hier nahe. Die Lösung, „Google zu zerschlagen“, oder massiv öffentliche Gelder in die Konkurrenz zu stecken, ergibt meiner Meinung nach jedoch wenig Sinn. Und Wikipedia, Second Life und andere Web-2.0-Angebot einfach mal so mitzuschlagen, wenn etwas anderes gemeint ist, ist ebenso falsch. Natürlich ist auch das Web 2.0 in großem Maße eine Infrastruktur – am Beispiel Flickr habe ich mir ja schon einmal ausführlich Gedanken dazu gemacht, warum eigentlich ein offener Standard für soziale Netzwerke nottut. Nicht zuletzt Google ist hier übrigens in letzter Zeit ziemlich aktiv ...

Warum blogge ich das? Weil ich mich über die Meldung – und dann über den Report – ziemlich geärgert habe.

Google regulieren statt Wikipedia schlagen

Update: Wer etwas Intelligentes über die Gefahren einer Google-World lesen möchte, ist mit Scroogled von Cory Doctorow bestens bedient. Dank der von Weber verpönten Creative-Commons-Lizenz liegt diese Kurzgeschichte inzwischen in dutzenden Sprachen vor und kann kreativ verwendet werden.

Update 2: Noch zwei interessante Reaktionen der Blogsphäre: Grazer Dekan badet im Fettnäpfchen, heißt es in Österreich, und bei Mathias Schindler gibt es ein paar gute Argumente gegen diesen „Forschungsreport“ aus Sicht der Wikipedia (auch die Kommentare sind lesenswert).

Update 3: (14.12.2007) Florian Rötzer weist in der Telepolis auf Googles Projekt Knol heraus – eine wohl unter Creative-Commons-Lizenz stehende autorenbezogene Wikipedia-Alternative. Also doch auf dem Weg zur informationellen und diskursiven Weltbeherrschung? Oder nur ein Versuch, ein akademisches Äquivalent zu Facebook & Flickr zu schaffen? Mich interessiert vor allem – mal jenseits der dystopischen Unkenrufe – die Frage, ob Knol, wenn es denn wirklich kommt, bidirektional Wikipedia-kompatibel ist; sprich, inwieweit Artikel(fragmente) aus dem einen in das andere System wandern können.

Ideen gesucht: Infostand 2.0

1. Juli 2008 – Digitales Leben, So grün, so grün



Live-Blogging bei der baden-württembergischen Regionalkonferenz um Grundeinkommen/Grundsicherung

In den letzten Jahrzehnten gab es für Wahlkämpfe zwei Hauptspielfelder: die Arena der bundesweiten Massenmedien – vom Talkshowauftritt bis zum Bericht über den Parteitag – auf der einen Seite, und die Straße mit Plakaten, Infoständen, dem Verteilen von Flyern und Hausbesuchen auf der anderen Seite. Irgendwo dazwischen dann noch „Hinterzimmerversammlungen“ (also die üblichen Podiumsdiskussionen und Referate) und neue Aktivitätsformen wie Vorwahlpartys.

Allmählich entdecken die Parteien (nicht zuletzt angesichts der Kampagnen von Howard Dean 2004 und Barack Obama 2008), dass mit dem Web 2.0 die Möglichkeit eröffnet wurde, einen neuen Raum für Interaktionen zwischen Parteien und Öffentlichkeit zu nutzen. Im Sinn von „Visitenkarten“ oder „Schaufenstern“, ja selbst von „virtuellen Parteizentralen“ (C. Bieber) ist diese Entdeckung schon ein paar Jahre alt und inzwischen recht gut etabliert (R. Kuhlen spricht von der jetzt auch

schon zehn Jahre zurückliegenden Bundestagswahl 1998 als „Mondlandung des Internet“). Neu ist die Entdeckung, dass das Internet eben nicht nur die Möglichkeit bietet, Informationen zu senden, Programme und KandidatInnen zu präsentieren, und auch über das Eröffnen von Foren hinausgeht, sondern tatsächlich einen virtuellen Raum darstellt, in dem Menschen sich sowohl aufhalten als auch aktiv sind.

Soweit die Vorbemerkung. Was bedeutet es nun, das „Web 2.0“ für Wahlkämpfe und Parteikommunikation zu nutzen? Naheliegend sind dabei zwei Dinge: zum einen der „user generated content“, also die aktive Beteiligung von Menschen, und zum anderen die soziale Vernetzung über das Internet. Dabei entstehen dann Dinge wie meinespd.net oder my.fdp als große parteipolitische Web 2.0-Plattformen bzw. Communities, und auf einem kleineren Level parteipolitische Blogs, Podcasts (a la Merkel ...) und Wiki-Experimente.

In diesem Rahmen bewegen sich auch Überlegungen, wie Bündnis 90/Die Grünen, lange Zeit netzpolitische Vorreiter und weiterhin eine Partei mit einer sehr netzaffinen Wählerschaft, besser mit dem Web 2.0 klarkommen können. Es gibt viele Blogs einzelner Leute und Kampagnenblogs zu Klima oder Überwachung, mehr oder weniger alle Abgeordneten haben ihre Websites, auf den Bundes- und Landesverbandsseiten sind häufiger mal Podcasts und interaktive Schnippsel (wie der „Grün-o-mat“) zu finden usw. Ab und zu wird mit diesen oder jenen Elementen des Web-2.0-Portfolio experimentiert – diese Experimente (etwa BDK interaktiv oder Wikis für Programmbausteine) verschwinden aber genau so schnell wieder, wie sie gekommen sind. Ein einheitliches Konzept fehlt weitgehend, ist in der sehr auf Autonomie bedachten Struktur der Partei wohl auch schlecht durchsetzbar. Ebenso gibt es bisher nichts in Richtung „mein grün“ für Mitglieder und erst recht nicht für WählerInnen.

2009 stehen nun Europa-, BaWü-Kommunal- und Bundestagswahl an. Umso drängender wird die Frage, in welche Richtung sich der „green space“ entwickeln soll. Dabei geht es um verschiedene Zielgruppen für die Web-2.0-Nutzung der Partei; mir fallen mindestens vier ein:

1. Grüne FunktionärInnen bzw. grüne Gliederungen, die einfach und schnell ins Netz wollen (z.B. mit **WordPress**). Bezogen auf den Kommunalwahlkampf heißt das beispielsweise auch: ungefähr 500 grüne und grün-nahe Listen und etwa zehnmal so viele KandidatInnen könnten im Netz auftauchen. Aber auch außerhalb des Wahlkampfes sollte der virtuelle Infostand nicht eingeklappt werden.
2. Grüne Mitglieder und Aktive, die sich mit Gleichgesinnten austauschen und kurzschließen wollen – neben Blogs findet da viel heute in Mailinglisten statt, so ist's jedenfalls im linken Flügel.
3. (Potenzielle) WählerInnen, die mehr wollen, als nur eine Hochglanzwebsite in die Hand gedrückt zu bekommen, wobei das „mehr“ sowohl in Richtung Unterhaltung als auch in Richtung tiefergehende Information/Interaktion gehen kann.
4. Bisher politisch schlecht erreichte „Netizens“, die, so die Vermutung einiger, eigentlich viel mit Grün anfangen können müssten, wenn sie doch bloß mal herschauen würden.

Meine Frage an alle ist jetzt schlicht: welche (zielgruppenspezifischen) Bausteine sind notwendig, um – möglichst jenseits der großen Lösung – wirkungsvoll den Infostand 2.0 und mehr im virtuellen „green space“ aufzustellen? Oder anders gesagt: welche Elemente werden (von wem) sehnlichst herbeigewünscht?

Warum blogge ich das? Aus prinzipiellem Interesse, aber auch, weil verschiedene parteiinterne Vernetzungen zu diesem Thema existieren, und ich mit manchen dort vorgeschlagenen „Hype“ und/oder Marketing-Lösungen nicht so viel anfangen kann.

Update: Weil's so schön passt, hier noch ein Hinweis auf die gerade erschienen Kurzstudie zu Politik im Web 2.0 von newthinking (dabei geht es um die Nutzung der existierenden Web 2.0-Infrastrukturen durch Parteien und PolitikerInnen).

Update 2: Spreblick geht ebenfalls auf die newthinking-Studie ein und fragt sich, wer die Web 2.0-Lücke „schließen wird. Denn im Grunde stellt die Abwesenheit professioneller Politikkommunikation eine Chance dar. Denn wenn sich Menschen vernetzen, entstehen Macht und Einfluss. Auch in Deutschland.“

Update 3: (4.7.2008) Vielleicht noch eine ergänzende Überlegung: möglicherweise sind kleinere, spezialisiertere Web 2.0-Netzwerke für die Kommunikation und Diskussion politische Botschaften interessanter (oder zumindest ebenso interessant) wie die großen vier oder fünf (Facebook, StudiVZ, XING, ...). Mir fallen dabei einerseits thematisch orientierte Plattformen ein, also z.B. utopia.de (siehe auch hier) mit Themenschwerpunkt „nachhaltig leben“ (zu dem Thema gibt's natürlich auch dutzende kleinere Blogs und Projekte), oder kaioo als „soziales“ social network (mehr bei Henning), aber auch z.B. lokalisierte Communities wie z.B. das BZ-nahe fudder für Freiburg (Stichworte dazu hier) oder stuttgart-blog.net als Vernetzung der lokalen Blog-Szene in Stuttgart. Zu den Aktivitäten lokaler Zeitungen im Netz steht passend heute was bei Spiegel Online. Es gibt sicher noch eine ganze Reihe mehr an lokalen Communities, selbst in Baden-Württemberg. Bisher weniger erfolgreich scheinen mir dagegen Sachen wie meinstadt.de (nur als Beispiel für die Klasse von Plattformen genannt) zu sein, die versuchen, ein globales System für lokale Angebote aufzubauen. Das wächst von unten her IMHO besser.

Update 4: (6.7.2008) In der englischsprachigen Wikipedia gibt es eine lange Liste von „social networking websites“. Scheint mir ganz hilfreich.

Update 5: (7.7.2008) Auch Henning fragt in seinem Blog jetzt: „Was erwartet ihr von der Politik im Web 2.0?“

Twitter, Grüne und Parteitagsinszenierungen

28. August 2008 – Gestaltungsfragen, So grün, so grün

Bündnis 90/Die Grünen haben ja schon relativ lange einen Twitter-Account, über den bisher vor allem „Organisationsgezwoitscher“ lief, was ich auch ganz okay fand. Nachdem Hubertus Heil der SPD einiges an positiver Netz-PR beschert hat, wurde daraus gestern ein Bütikofer-Account, was nicht nur positiv aufgenommen wurde. Letztlich scheint einiges dafür zu sprechen, klar zwischen persönlichen und organisationalen Accounts zu trennen (die *taz* macht das inzwischen auch: mit einem für Chefredakteur Peter Unfried, einem Account für Schlagzeilen und einem für Smalltalk und Gerüchte aus dem taz-Betrieb. Sinnvolle Ausdifferenzierung, also.

Beim grünen Twitter-Account ist es noch nicht so weit, derzeit wird er also von Reinhard Bütikofer aus Denver befüttert. Der hat insofern recht schnell gelernt, als jetzt nicht nur politische Kurzanalysen über den Ticker laufen, sondern auch mal ein Kommentar zur Sicherheitslage („Neue Sicherheitsmaßnahme: Alle Pins und Buttons abnehmen.“), oder auch die (so wie ich ihn kenne) bütikofer-typische Fußball-Wahrnehmung des Politischen („Clinton sehr gut im Angriff gg. McCain. Kerry noch besser: Setzt den Senator McCain gegen den Kandidaten McCain. So funktioniert's!“). Aber dazu wollte ich jetzt eigentlich nichts schreiben, sondern auf folgenden Eintrag hinweisen:

Demokraten steigern sich jdn. Tag in Message, Inszenierung u. Stimmung. Wird mobilisieren u. die Gegner beeindruckten. Morgen mehr #Bütikofer

Nun werden die Grünen häufiger mal als die Partei bezeichnet, die im politischen Stil den amerikanischen Mobilisierungsparteien am nächsten kommt. Auch heute schon gibt es – und da ist wiederum Bütikofer nicht ganz unschuldig daran – gerne mal stark durchinszenierte Parteitage (siehe Abb.).



BDK 2005 als Beispiel für Parteitagsinszenierungen

Das geht nicht ganz so weit, dass Zwischenrufe zum Abstimmungsverfahren vorher abgesprochen werden; aber einen genauen Zeitplan im Hintergrund, eine öffentliche Botschaft, eine strategische Platzierung von Debatten und Kulisse – all das gibt es auch auf deutschen Parteitag, und eben auch bei den Grünen. Der Preis dafür, sich als professionelle Medienpartei präsentieren zu können.

Sehr zum Ärger des Noch-Parteichefs geht das nicht immer glatt; auch das macht den Reiz der Grünen aus. (Wobei es, egal wie der Parteitag läuft, immer falsch ist: entweder gibt es eine glatte Inszenierung, und die Medien finden es langweilig, oder es gibt basisdemokratischen Ärger, und die Medien sehen nur Streit).

Ich bin jetzt gespannt, ob Reinhard Bütkofer mal wieder von den USA lernen will, und die nächste BDK – seine letzte als Parteichef – zur großen Spitzenteamkrönungsmesse wird. Seine getwitterte Begeisterung über den US-Parteitag (dessen demokratisches Gewicht eher in den Vorwahlen als in der tatsächlichen Zusammenkunft liegt) legt das irgendwie nahe.

Warum blogge ich das? Weil mich das Zusammenspiel bzw. der Widerspruch zwischen öffentlicher Inszenierung und demokratischer Partizipation spätestens sein meiner Magisterarbeit interessiert.

Geschichte wird gemacht // change.gov

Geschichte wird gemacht

4. November 2008 – Politik und Gesellschaft



Barack Obama mit Familie am Wahlabend. Quelle, Lizenz.
Foto: Flickr-Account Barack Obama.

Der Webauftritt des Massenblatts USA Today spricht davon, dass viele die heutige Präsidentschaftswahl in den USA als historisch bezeichnen werden, und auch der Live-Ticker der BBC ist mit „America votes in a historic election“ überschrieben. Gründe dafür gibt es genug.

Vielleicht gehört auch der allem Optimismus beigemischte Zweifel dazu. Fivethirtyeight berechnet die Chancen für einen McCain-Sieg mit 1,1 Prozent. Eigentlich hat Barack Obama die Wahl also schon in der Tasche – trotzdem traut niemand diesem Gefühl. Reddit ist von Wahl-

aufrufen überflutet, die Wahlbeteiligung ist vielerorts überwältigend hoch (wobei angesichts des seltsamen Wahlsystems nicht so ganz klar ist, auf was für eine Grundgesamtheit sie eigentlich bezogen wird), aber dass Obama tatsächlich gewonnen hat, wird erst morgen Mittag wirklich, wirklich sicher sein. (Und wenn nicht, dann gibt es Bürgerkrieg?).

Auch ich gehöre zu denen, die bei dieser Wahl mitfiebern (ob ich bis zu den ersten Wahlergebnissen wach bleiben werde – mal sehen). Es sind vor allem zwei Punkte, für die ich die Bezeichnung historisch gebrauchen würde. Beide hängen miteinander zusammen.

Zum einen ist Obama objektiv gesehen wohl die bessere Wahl (selbst wenn er an europäischen Maßstäben gemessen längst keine Lichtgestalt ist). Und noch dazu eine, der vor einiger Zeit noch kaum jemand Chancen ausgerechnet hätte: die falsche Hautfarbe, zu viel Ernst und Intelligenz, teilweise „liberale“ Einstellungen usw. Also jemand, dem ernsthaft abgenommen werden kann, sich zu überlegen, was für Positionen er vertritt; jemand, der für Argumente offen ist; jemand, der Pragmatismus mit Überzeugungen verbinden. Soweit die Lobrede.

Zum anderen finde ich faszinierend, wie die Wahlkampagne verlaufen ist, und wie wohl bereits vorhandene Wechselhoffnungen, ein schlechter Gegenkandidat und der zentral gesteuerte Basis-Aktivismus so zusammengearbeitet haben, dass es heute selbst „Rednecks for Obama“ und „Republicans for Obama“ gibt. Dazu gehört der geschickte Gebrauch der klassischen Massenmedien (das 30-Minuten-Infomercial!) und die Fortsetzung der Howard-Dean-Web2.0-Grassroots-Kampagne mit dem Etat eines erfolgreichen Kandidaten. In der bruchlosen Verknüpfung von *user generated content*, multiplizierender Spendeneinwerbung, Freiwilligen, hunderten von Medienkanälen und einem grandiosen *ground game* in allen fünfzig Staaten scheint nicht nur mir hier die historische Besonderheit zu liegen.

Da werden – Stichwort „Politik 2.0“ und Kampagnenmanagement in einer Balance von Flexibilität und Stabilität – dann auch die deutschen WahlkämpferInnen versuchen, sich einiges abzuschauen. Die Frage, ob

die Vorbedingungen in Deutschland hierfür richtig sind, ist allerdings einen eigenen Blog-Eintrag wert. Aber nicht jetzt.

Wenn nichts mehr schief geht, wird sich dann im Januar zeigen, wie gut das Graswurzelnetzwerk von Obama funktioniert, wenn er Präsident geworden ist. Die Hoffnungen sind hoch gelegt – nicht nur für den politischen Wandel, sondern auch für die politische Einbindung der Bevölkerung, für einen ganz neuen politischen Stil. Auch hierin könnte ein langfristig wirkendes historisches Moment dieser Wahl liegen.

Warum blogge ich das? Wohl vor allem aus Faszination über diese Kampagne.

change.gov

8. November 2008 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Barack Obama macht weiter – die Transition ins Präsidentenamt wird auf change.gov begleitet. Sieht klasse aus, enthält weiterhin ziemliche viele Elemente des interaktiven Web 2.0 und spricht deutlich den Wunsch an, Politik transparent zu machen.

change.gov ist seit zwei Tagen freigeschaltet und hat inzwischen auch den Weg in die Massenmedien gefunden, etwa in den Netzwelt-Ticker von *Spiegel Online*. Dort heißt es aber auch:

„Für deutsche Wähler ist die Change.gov-Site vor allem ein Ort der Trauer. So professionell, gut und offen ist keine deutsche Partei- oder Politiker-Website. Schon im Wahlkampf machten die US-Demokraten vor, wie man moderne Medien und Medienkonsumenten zu bedienen und einzubeziehen hat. Ob so ein Web-2.0-Wahlkampf jedoch auch in Deutschland so ein großer Erfolgsfaktor wäre, stellt Netzpolitik.org jedoch zu Recht in Frage.“

Wie ich bei Markus netzpolitik.org-Eintrag schon geschrieben habe, denke ich ebenfalls, dass ein Teil des Erfolgs auf den spezifischen Bedingungen des US-Wahlkampfes aufbaut, der traditionell ein anderes Verhältnis zu Medien hat, traditionell in einem viel größeren Maße auf Spenden und freiwillige Arbeit von AktivistInnen setzt, und der in

einem auf einen Zweikampf zwischen zwei Personen zugespitzten System stattfindet. Barack Obamas Kampagne – und deren Fortsetzung mit change.gov und dem Anspruch eine „transparente, vernetzte Demokratie zu ermöglichen – geht über diese Vorbedingungen jedoch noch einmal deutlich hinaus und setzt damit neue Maßstäbe.



Screenshot von change.gov – mit Blog, Anmelde-Funktion (oben) und der Möglichkeit, „stories“ und Visionen einzusenden

Insofern glaube ich, dass die Obama-Kampagne auch für den deutschen Netzwahlkampf eine große Bedeutung hat. Die politischen Rahmenbedingungen sind hier anders. Aber ich weiß, dass auch die deutschen Parteien schon heute sehr genau beobachten, wie der Wahlkampf in den USA stattgefunden hat. Und dabei sind, entsprechende Plattformen auszuprobieren und Elemente des Online-Aktivismus verstärkt voranzutreiben. Für die Bundestagswahl 2009 bin ich mir sicher, dass mehr oder weniger alle Parteien mindestens drei der vier im folgenden genannten Ansätze im Wahlkampf „fahren“ werden. Das

meiste davon konnte in der einen oder anderen Form auch schon – bei einzelnen Parteien – im letzten Wahlkampf oder in Landtagswahlkämpfen beobachtet werden:

1. Interne Vernetzungsplattformen, um Mitglieder und Aktive enger als bisher in den Wahlkampf einzubinden.
2. Umfangreiche Wahlkampf-Webauftritte, die auch Web 2.0-Elemente enthalten (seien es nun Twitter-Streams, Online-Abstimmungen, Blogs, Podcasts oder die Möglichkeit, für spezifische Kampagnen-Elemente zu spenden bzw. sich für bestimmte Aktivitäten freiwillig zu melden)
3. Der Versuch, auf virale Elemente zu setzen, also auf Videos, die sich „von selbst“ weiterverbreiten.
4. Wahlkampf an „öffentlichen Plätzen im Netz“ analog zum klassischen Straßenwahlkampf. Also eine aktive Bedienung von abgeordnetenwatch.de, aber auch das Hineingehen in existierende soziale Netzwerke wie Facebook oder Myspace und in große Diskussionsforen.

Was wir dagegen nicht sehen werden, ist vermutlich der Auftritt aus einem Guss – dazu sind die Parteien zu föderalisiert, ist selbst die Bundestagswahl über die Aufstellung von Landeslisten zu sehr ein Wahlkampf in den Ländern. Ebenfalls bin ich noch nicht überzeugt davon, dass der Cross-Media-Wahlkampf gelingen wird. Festzuhalten bleibt aber, dass das Netz in den Wahlkampfstrategien der Parteien für 2009 wohl an Bedeutung gewinnen wird. Und nicht mehr nur ein Ort der Nerds ist, sondern inzwischen auch breitere WählerInnen- und Bevölkerungsschichten erreicht.

Viel interessanter als die Wahlkampffrage ist damit die change.gov-Frage. Selbst bei Obama ist es ja bisher vor allem der hehre Vorsatz, Politik transparenter und offener zu machen. Wieviel davon gelingt, bleibt abzuwarten. Den Versuch zu wagen, ist allein schon ein großer Schritt in Richtung einer „E-Demokratie 2.0“.

Bei genauerer Betrachtung sind die Informationsangebote des Bundestags und der Bundesregierung auch heute schon ganz beachtlich. Allerdings geht es dabei meist darum, Geschehenes zu berichten. Was fehlt, ist die deliberative und partizipative Einbindung – und im Sinne von Transparenz eben auch die frühzeitige Bekanntmachung und breite Kommentierbarkeit von Gesetzesentwürfen. Gerade kontroversere Gesetzesentwürfe – wie das BKA-Gesetz – werden eben erst bei der Abstimmung öffentlich gemacht (und selbst die Oppositions-Abgeordneten bekommen das Gesetz erst unwesentlich früher). Hier wäre ein Ansatzpunkt für eine bessere Nutzung (in reddit wurde für die USA vorgeschlagen, alle neuen Gesetzesentwürfe in einen RSS-Feed zu pushen – warum eigentlich nicht?).

Wer sind die relevanten Akteure, die auch nach der Wahl von den USA lernen könnten? Hier in Deutschland sicherlich zum einen die Bundesregierung und die Ministerien (bzw. ebenso die Landesregierungen) – und zum anderen die Parteien und Fraktionen. Leider ist Netzpolitik – oder besser gesagt, die Nutzung des Internets als Werkzeug zur Herstellung von mehr Demokratie – bisher kein wirklich profilierungsfähiges Thema.

Wie kann es eines werden? Ich sehe drei miteinander vernetzte Wege: durch eine/n charismatische/n KandidatIn aus einer Generation, die derartiges selbstverständlich macht; durch die Eigendynamik, die ein stark auf „grassroots“ (oder wie es neuerdings heißt: „netroots“) setzender Wahlkampf gewinnt; oder durch vorhandene Bürgerbewegungen, wie beispielsweise die Kampagne zur Vorratsdatenspeicherung, Attac o.ä., die auf transparente und offene Politik drängen.

Die erste Variante halte ich für Deutschland für 2009 für unwahrscheinlich. Das derzeitige Spitzenpersonal aller Parteien ist zwar durchaus netzaffin, aber verkörpert keineswegs einen selbstverständlichen Umgang mit den dadurch erreichbaren demokratischen Möglichkeiten. Das gilt für alle Parteien – auch Jürgen Trittin und Renate Künast sind zwar sympathische PolitikerInnen, die ich gerne unterstütze, aber keine, denen ich abnehmen würde, dass sie ab sofort ein

großes Interesse an Netzaktivismus und Inputs aus der Bevölkerung entwickeln. Diesen Obama-Aspekt verkörpert auch bei den Grünen eher eine jüngere Generation.

Mehr Hoffnungen setze ich dagegen auf die Varianten zwei und drei. Sobald Parteien es tatsächlich schaffen, ein Stück weit den Verlust von Kontrolle zu riskieren und eine stabil-fragile Netzgemeinschaft von Freiwilligen und AktivistInnen zu etablieren, die sich selbst auch als eine solche Gemeinschaft, als imaginierte Ganzheit versteht, wird – und das können wir gerade in den USA beobachten – aus der Unterstützung des Wahlkampfes die offensive Forderung, auch in der Nachwahlpolitik eine Rolle zu spielen. Obama hat genau darauf reagiert. Wenn dieses Vorgehen über den 20. Januar hinaus beibehalten wird, werden auch die deutschen Parteien nicht umhin können, sich genau zu überlegen, welche Bindungen sie damit eingehen, Freiwillige und NetzwerkerInnen in den Wahlkampf zu bringen.

Warum blogge ich das? Weil ich change.gov beeindruckend finde.

P.S.: Gerade sehe ich noch ein sehr ausführliches Essay zu diesem Thema von Bernd Herrmann bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Lesenswert!

Update: (11.11.2008) Bei CNET wird darauf hingewiesen, dass die detaillierte Programmatik inzwischen nicht mehr auf change.gov zu finden ist – warum auch immer. Dort ist auch eine Kopie der inzwischen verschwundenen und oben verlinkten Technologie-Agenda gespeichert. (Mehr dazu bei BoingBoing).

Update 2: (26.11.2008) Die Technologiepolitik-Agenda ist (etwas knapper gefasst) wieder aufgetaucht, und ein bisschen Interaktivität etc. auch.

Thesen von Netzpolitik zu Politik 2.0

12. Februar 2009 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Markus Beckedahl hat fünf Thesen zur Politik 2.0 bzw. zur Nutzung von „social media“ im kommenden Wahlkampf aufgestellt. Finde ich spannenden und habe jeweils dazugeschrieben, was ich davon halte.



Meine These: Wahlkampf im Web wird face-to-face-Kommunikation und entsprechende Events im Wahlkampf nie komplett ersetzen können.

These 1: Dabei sein ist alles!

„Jeder halbwegs motivierte Kandidat wird in einem der kommenden Wahlkämpfe einen Account bei Facebook und Twitter haben, dazu ab und an bei Youtube ins Internet sprechen und vielleicht bloggen. Manche werden das auch selbst machen.“

Der leicht sarkastische Unterton mag etwas mit dieser Studie zu tun haben. Ich stimme Markus zu, dass derzeit viel Wirbel um Politik 2.0 gemacht wird, und entsprechend viele KandidatInnen darauf angesprochen werden, sich doch in die schöne neue Web-Welt zu begeben. Ich glaube aber weiterhin, dass nicht alle alles mitmachen, und dass es auch hinsichtlich der genannten Plattformen gewisse Unterschiede gibt.

Youtube: sehe ich weniger als direktes KandidatInnen-Medium als vielmehr als Plattform der Parteien (kanal grün und so weiter). Für Listenplatz 9 oder den Direktkandidaten von Hintertupfingen mag es doch etwas aufwändig sein, eigene Videos zu produzieren (wobei mich auch schon einer unserer Ortsverbände angefragt hat, ob nicht kurze Video-Statements der GemeinderatskandidatInnen eine gute Sache wären).

Facebook: Ja, mit der Einschränkung „dominante Plattform“ (s.u.). Interessant ist, was mit *vz, mit XING und mit dem kürzlich von RTL gekauften „Wer kennt wen“ passiert, die meinem Gefühl nach andere Milieus bzw. Zielgruppen ansprechen als Facebook. Außerdem kosten Facebook-Accounts wenig: einmal anlegen, und wie viel dann getan wird, ist eine andere Sache.

Twitter: Politik mit direktem und nahezu synchronem Rückkanal – für mich eine der spannendsten Entwicklungen, aber auch eine Plattform mit deutlicher Infoflut-Tendenz. Prognose: wenn’s um die tatsächliche bidirektionale Nutzung geht, wird es nur eine Handvoll KandidatInnen geben, die wirklich dabei sind.

Blogs: Sehe ich nicht. Eher Web 2.0-Elemente in klassischen Web 1.0-KandidatInnen-Websites. Die dann aber wirklich jede und jeder KandidatIn haben wird.

Nicht angesprochen sind hier dezidierte Third-Party-Wahlkampfplattformen (abgeordnetenwatch.de) und Nischenplattformen. Wahlkampf bei Gayromeo, Utopia oder in der ZEIT- oder Freitag-Community?

These 2: Politik 2.0 auch leben?

„Einige Politiker werden sich von der Masse absetzen, indem sie nach den Wahlkämpfen immer noch diese Werkzeuge nutzen und sie in ihren Alltag integrieren.“

Schön böse formuliert. Hinzuzufügen wäre vielleicht: einige PolitikerInnen nutzen diese Plattformen auch jetzt schon, auch jenseits des Wahlkampfes. Hier liegt allerdings der Hype nahe: ist es dramatisch,

wenn (Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel) ein Medium wie Twitter z.B. explizit als Wahlkampfmedium verwendet wird? Idealtypisch sollte natürlich jeder und jede immer kommunizieren, PolitikerInnen erst recht. Faktisch sind Wahlkämpfe kommunikationsintensiver als „normale Politik“. Insofern finde ich es verständlich und schon mal die halbe Miete, wenn einE PolitikerIn sich dazu entschließt, „social-media“-Plattformen vorrangig im Wahlkampf zu nutzen.

Nicht zuletzt, weil ich hier auch ein gewisses Skalierungsproblem sehe: wenn allein die 56 oder so grünen Bundestagsabgeordneten alle immer so fleißig wie Volker Beck twittern würden, wäre es selbst für medienaffine Grüne kaum noch möglich, dieser Inoflut zu folgen. D.h., dann müsste letztlich doch wieder technisch gefiltert oder sozial selektiert werden (nicht allen twitternden PolitikerInnen folgen, nicht allen Grünen folgen, sondern nur den zwei persönlich Bekannten, der Wahlkreisabgeordneten und der Fraktionsspitze und dem einen Fachabgeordneten). Oder so. Hier scheint mir die Etablierung sozialer Praktiken und technischer Werkzeuge der massenhaften Nutzung von „social media“ noch deutlich hinterherzuhinken. (P.S.: NYTimes zum Thema „A Beginners Guide for Twitter“ geht schon deutlich in diese Richtung).

These 3: Remix Politics.

„Willkommen im Kontrollverlust: Die spannenden und unerwarteten Entwicklungen werden aus der Zivilgesellschaft kommen.“

Erstmal: Define Zivilgesellschaft. Ich würde diese These etwas anders zuspitzen: spannend wird es da, wo eher unpolitische Web2.0-MediaListInnen (BloggerInnen, Twitter-Junkies, semiprofessionelle, aber nicht berufliche VerlinkerInnen) über diese technischen Schnittstellen mit der Sphäre der Politik zusammenstoßen. Beispiel: Berichterstattung der eingebetteten BloggerInnen vom grünen Parteitag.

Spannend wird es auch da, wo PolitikerInnen kapieren, dass „social media“ einen wahnsinnigen und ganz anders als klassische

Medien beeinflussbaren (allerdings nicht kontrollierbaren) Resonanzraum schaffen können. Beispiel: Howard Dean, und natürlich Barack Obama. Die Piratenpartei wird es allerdings trotzdem nicht ins Parlament schaffen, und der CCC mutiert in Richtung Netzlobby.

These 4: Internet wird nicht dominieren.

„Auch wenn jetzt alle zu den USA blicken und von Obama's [!] Internetkampagne träumen: Fernsehen bleibt 2009 das Leitmedium. Den ersten richtigen Internet-Wahlkampf werden wir 2013 erleben.“

Ich sehe eher eine funktionale Ausdifferenzierung als eine Ablöse-Sequenz. Themen werden weiterhin durch klassische „Leitmedien“ gesetzt – je nach Sphäre kann das *BILD* sein, das Fernsehprogramm (allerdings findet dort ja Politik jenseits von Unterhaltung kaum noch statt, höchstens die Agenda-Setting-Funktion von „Tatort“ und „DSDS“ wäre zu nennen) oder eben auch die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. Mobilisierung findet dagegen dort statt, wo viele Menschen direkt erreicht und zum Mitmachen überzeugt werden können. Für die Großparteien sind das vielleicht die eigenen Mitglieder und eher konventionelle Kommunikationskanäle. Für die Kleinparteien ist das Internet der Königsweg der Mobilisierung. Das heißt auch: Die 5-Mark-Kampagne der Massenmedien würde heute nicht mehr funktionieren, und „Angriffe von unten“ sind mehr denn je möglich. Die Synchronisation der Öffentlichkeit liegt nicht mehr nur beim zentralen Themensetzen der Massenmedien, sondern kann nun – plötzlich, unerwartet und umso gefährlicher – auch dezentral vernetzt geschehen. Und – da gebe ich Markus recht – das wird dann weniger aus den Parteien heraus kommen, sondern eher über Multiplikationsplattformen und technisch vernetzte soziale Netzwerke geschehen.

These 5: Es wird dominierende Plattformen geben.

„Facebook wird zentrale Social-Network Plattform für den Onlinewahlkampf (trotz nach wie vor überschaubarer deutscher Nutzerzahlen). Der Wille der Parteien zur Nutzung von Youtube ist unübersehbar. Twitter wird den Wahlkampf massiv beschleunigen, bleibt aber vor allem Medienhype.“

Youtube ist Fernsehen im Internet, und scheint so schön an die alten massenmedialen Ideen anzuschließen. Aber ernsthaft: ich glaube auch, dass es dominierende Plattformen geben wird. Ob das für alle Parteien die gleichen sein werden, wage ich zu bezweifeln. Offen bleibt, welche Rolle hier die Mitgliedernetze der Parteien spielen werden. Eine technische Wildcard könnte darin liegen, dass Cross-Plattform-Technologien etabliert werden (wenn ich meine XING-Kontakte auch bei Facebook sehe, ist es egal, auf welcher Plattform ich agiere).

Die Einschätzung, dass Twitter Medienhype bleiben wird, teile ich nicht. Twitter ist derzeit medial gehypt, das ist richtig, und dieser Hype wird auch wieder abflauen. Es wird aber weiterhin Menschen geben, die Twitter und kompatible Plattformen nutzen wollen, um schnelle vernetzte Direktkommunikation ohne Langzeitspeicherung zu haben (übrigens: spannenderweise mehr Frauen als Männer, wenn die Statistiken dazu stimmen). JournalistInnen werden dort mitlesen, insofern werden Debatten ihren Weg aus Twitter in die klassischen Massenmedien finden. Twitter funktioniert für die dort vernetzten auch, wenn die Netzwerke nicht allumfassend sind. Die kritische Größe, die Relevanz garantiert, scheint mir jetzt schon überschritten zu sein. Eher stellt sich die bereits erwähnte Frage nach den technischen und sozialen Praktiken, die ein auf einen relevanten Anteil der Gesamtbevölkerung und der „MeinungsträgerInnen“ skaliertes Twitter handhabbar werden lassen.

Zusammengenommen heißt das dann aber wiederum auch, dass es unwahrscheinlich ist, dass jede mit jedem bei Twitter vernetzt sein wird. Möglicherweise kommt es auch da zu funktionalen Differenzierungen im Wahlkampf- bzw. Politikkommunikationsapparat der Par-

Netz, Medien und digitales Leben

teien: wer „bespielt“ das „social-media“-Netzwerk, und wer pflegt die klassischen Kaminzimmerkontakte – und wer macht relativ wenig Kommunikationsarbeit und trotzdem Politik?

Warum ich das blogge? Weil ich es einfacher finde, in dieser Form auf diese Thesen zu reagieren als mit einem Kommentar bei Markus.

Mein Wurzelwerk-Tagebuch

9. April 2009 / 2. Mai 2009 / 17. Februar 2010 – Digitales Leben, So grün, so grün

Teil I

Heute ist Wurzelwerk, die grüne Vernetzungsplattform nach einer mehrwöchigen Wartungspause endlich wieder online. Ich habe ja immer noch die Hoffnung, dass es sowas wie die von mir schon lange geforderte Ent-Eventisierung eines Virtuellen Parteitags werden könnte; gerade in der Kommunikationspartei Bündnis 90/Die Grünen vielleicht tatsächlich einmal zu einem wichtigen Instrument innerparteilicher Meinungsbildung, Sozialisation und Netzwerk-Verknüpfung werden kann. Deswegen möchte ich in diesem Beitrag nach und nach über meine Erfahrungen mit dem Wurzelwerk berichten.

Heute tagsüber konnte ich via Twitter verfolgen, dass das System offensichtlich läuft. Von ziemlich vielen Menschen habe ich ein „Ich bin drin“ gehört. Ich selbst hatte meine Passwort-Daten nicht dabei und konnte deswegen nicht gleich zum Mittagspausentest schreiten. Interessant dabei – nur im Beobachten des Twitter-Streams – schon eine ganze Reihe von offensichtlichen Problemen. So wird bei vergessenem Passwort erwartet, dass die Antwort auf die vorher gewählte Sicherheitsfrage eingegeben wird. Nur diese Frage wird nicht dargestellt. Ist natürlich besonders sicher, aber wer merkt sich schon, welche Frage ausgewählt wurde?

Twitter informierte mich auch schnell über eine zweite Schwierigkeit: eine der wichtigsten Funktionen sozialer Netzwerke, nämlich das Kontakte-Knüpfen, scheint noch nicht richtig zu gehen. Jedenfalls gab es einige Meldungen der Form „kann niemand finden, wo seid ihr alle“, aber auch Beschwerden darüber, dass eine anonyme Nutzung nicht möglich ist. Noch deutlich gravierender schließlich ein anderes Problem, das auch mich dann am Abend ereilte: bei manchen geht gar nichts, ein

Aufruf der Seite „Wurzelwerk“ landet in einer Endlosschleife. Firefox bringt dazu eine schöne Fehlermeldung:



Auch Twitter wusste hier keinen Rat, Cache leeren, Seite gezwungen neu laden oder Browser neu starten – alles half nicht. Es blieb bei der grünen Endlosschleife. *Endless Wurzelwerking*, sozusagen.

Also musste für meinen zweiten erster Eindruck von Wurzelwerk-Beta dann doch ein nicht genannter anderer Browser herhalten, in dem keine Altdaten umhergeisterten. Damit bin ich dann tatsächlich (EMail + Passwort) reingekommen.

Erster Eindruck: sieht optisch schon mal schöner aus als beim letzten Mal. Ein paar augenfällige Verbesserungen, z.B. ist die Liste der Gruppen jetzt durchblätterbar und keine eine lange Liste. Und auch der Landesverbands-Content sieht schon ganz ordentlich aus.

Zum ersten Eindruck gehört aber auch: huch, ist das winzig. Die Schriftgröße ist sehr sehr klein, und die kann zwar in jedem modernen Browser vergrößert werden, ist aber trotzdem eine Zumutung.

Ein paar Funktionen habe ich dann gleich ausprobiert. Das Hochladen eines Profilfotos ging problemlos. Ansonsten finde ich die vorgegebene Liste an Beschreibungsfeldern für das Profil immer noch eher ärgerlich – das hatte ich schon im *closed beta* angemerkt.



Dann habe ich eine Gruppe angelegt. Das hat – mit etwas herumprobieren – auch gut funktioniert (wobei auch hier beispielsweise das Eingabefeld für die Gruppenbeschreibung winzig ist).

Sogar das Einbinden eines externen RSS-Feeds in die Startseite der Gruppe klappte, nachdem ich mal kapiert habe, dass die Fehlermeldung „diese URLs sind ungültig“ sich auf leere URL-Felder bezog.¹

Die Finger weggelassen habe ich von der Funktion „Kontrollbereich“. Im *closed beta* konnte damit ziemlicher Unsinn angestellt werden. Das auszuprobieren, ist mir meine neue Gruppe dann doch zu schade. Verzweifelt bin ich beim Versuch, Leute in die Gruppe einzuladen. Das scheint immer noch nicht sinnvoll möglich zu sein – oder ich bin blind.

¹ Wer es nachmachen will: dafür ist die Funktion „Portlets einfügen“ im „Verwaltungsbereich“ zuständig, da kann dann eine Zusatzanwendung für RSS-Streams eingebunden werden. Die zeigt erstmal Yahoo-News etc., das lässt sich aber konfigurieren – dafür ist das zahnradartige Icon oben im Fensterrahmen da.

Überhaupt: Leute finden. Wer genau weiß, wenn er oder sie sucht, kann die Suche verwenden. Die scheint zu funktionieren. Ich finde mich jedenfalls selbst. Auch die Suche z.B. nach Vornamen geht. An so gefundene Leute lassen sich dann Kontaktforderungen schicken. Ich hätte gerne eine durchblätterbare Liste aller Leute, die angezeigt werden wollen. Oder auch nur die aus einer bestimmten Gliederungsebene.

Auch Gruppen können über die Suchfunktion gefunden werden. Z.B. die meines KV's, die mein Vorstandskollege schon heute Mittag angelegt hat. Da habe ich dann gleich mal die Mitgliedschaft beantragt. Hier (vielleicht nicht bei einer KV-Gruppe, aber generell) vermissen ich die Möglichkeit, eine Gruppe so freizuschalten, dass jeder sofort beitreten kann. Oder habe ich das auch übersehen?

So viel erstmal für heute. Gleich wird das Wurzelwerk eh erstmal für die tägliche Wartung heruntergefahren.

Mein erstes Fazit: die Performanzprobleme sind wohl weg. Optisch hat sich einiges verbessert. Die Funktionalität ist noch gewöhnungsbedürftig und definitiv noch nicht massentauglich. Da muss sich noch einiges tun – was nichts daran ändert, dass eine solche Plattform unbedingt notwendig ist. Zum Glück sind Grüne an Provisorien und Improvisation gewöhnt. Trotzdem bin ich gespannt, ob bis zur BDK im Mai alles einigermaßen glatt läuft – oder ob Wurzelwerk da noch für einen Basisaufstand sorgt.

Teil II

Nein, so richtig viel kann ich gar nicht dazu sagen. Weil das Wurzelwerk so still ist. Was gar nicht unbedingt daran liegt, dass niemand sich beteiligen will. Sondern daran, dass das Wurzelwerk wenig Anreize setzt, aktiv zu werden. Immerhin klappt jetzt auch das Einloggen vom Firefox-Browser zuhause.

Was Wurzelwerk (noch?) nicht macht: mich darüber informieren, dass im Wurzelwerk was los ist. Also: außerhalb davon. Kontaktforderungen, neue Meldungen in Gruppen, all sowas: selbst wenn's die gäbe,

würde ich nicht davon erfahren, wenn ich nicht in das System hineingehe. Dabei kennt es meine eMail-Adresse. Kann mir also ruhig Bescheid sagen.

Im Wurzelwerk selbst ähnliche Kommunikationsunlust des Systems: zwar sehe ich bei Einloggen, ob es neue Nachrichten oder Kontaktanfragen für mich gibt – ob Menschen in meiner Gruppe Mitglied werden wollen, erfahre ich jedoch erst, wenn ich auf die Gruppenseite gehe. Das Nichtkommunizieren scheint System zu haben. Wahrscheinlich hat da jemand Datenschutz und generelle Schweigsamkeit verwechselt.

In anderen Worten: ohne Einloggen keine Information über Aktivitäten, und selbst eingeloggt ohne Wechsel in den Gruppenbereich keine Information über Gruppenaktivitäten. Dass das keine Kommunikationsstürme produziert, wundert mich nicht. Und dann gibt es Gerüchte, dass Wurzelwerk-Profile hackbar sein ...

Was nun? In einer Woche ist Parteitag. Der muss sich auch in Wurzelwerk-Aktivitäten niederschlagen. Wenn nicht, bleibt wohl nur, ernsthaft über Wurzelwerk-Alternativen nachzudenken.



Teil III

Vor einiger Zeit war ich zuletzt im Wurzelwerk, der internen grünen Vernetzungsplattform. Jetzt habe ich mich mal wieder eingeloggt, und es hat sich tatsächlich ein bisschen was getan. Darum geht's hier – und um die Frage, ob das Wurzelwerk inzwischen als Plattform zum Schreiben von Anträgen geeignet ist.

Aber zuerst mal zum Einloggen selbst. Das war aus zwei Gründen qualvoll. Erstens sind wohl die Logins zwischenzeitlich mal ungestellt worden (selbst schuld, wer so lange nicht reingeht), und zweitens gibt es zwar eine Möglichkeit, sich ein vergessenes Passwort zuschicken zu lassen (bzw. neu generieren zu lassen), aber die ist nicht gerade selbsterklärend (es gibt keinen Link „Passwort vergessen“, sondern dazu muss erst die Seite netz.gruene.de aufgerufen werden. Ich weiß zwar technisch in etwa, warum das so ist (weil die Zugangsdaten an der Mitgliederdatenbank hängen und nicht nur für das Wurzelwerk genutzt werden), finde es aber trotzdem unnötig umständlich. Die erste Hürde bleibt also.

Was mir gut gefällt, ist die Tatsache, dass es eine FAQ gibt – und eine gut sichtbare und zumindest ein bisschen aktive Gruppe Rettet das Wurzelwerk!, die versucht, Neulingen den Einstieg zu erleichtern und das Wurzelwerk nutzerfreundlicher zu machen. Das scheint aber ganz ehrenamtlich und von der Basis her zu laufen, wenn ich es richtig verstehe. Es gibt, nebenbei bemerkt, inzwischen auch einen Twitter-Account Wurzelwerk – der war aber kurz vor der Sommerpause vor der Bundestagswahl 2009 zum letzten Mal aktiv.

Zum Thema Aktivität: was mich freut, ist z.B. der Bereich des Landesverbandes, auf dem jetzt tatsächlich nützliche interne Infos stehen – z.B. die Termine und Orte der nächsten Parteitage. Hier werden aktiv Sachen eingepflegt, das ist gut so. Ob das intern sein muss oder wie bei der Piratenpartei nicht einfach öffentlich zugänglich sein könnte, ist eine andere Frage.

Besser geworden ist definitiv die Optik und das Benutzerinterface, auch wenn die arge Kleinschrift noch überwiegt. Wichtig ist auch, dass

es inzwischen die Möglichkeit gibt, über Kontaktanfragen, Gruppenbeiträge etc. per eMail informiert zu werden. Auch wenn ich die letzten Monate nicht ins Wurzelwerk gegangen war, wusste ich, dass da Leute versucht hatten, mich zu kontaktieren. Und auch die Möglichkeit, endlich extern auf interne Seiten verlinken zu können – aufrufbar natürlich nur, wenn eingeloggt – hat etwas.

Weniger überzeugend finde ich die Geschwindigkeit – und das, obwohl derzeit ja immer nur wenige gleichzeitig eingeloggt sind. Die hat zwei Aspekte. Zum einen die tatsächliche Geschwindigkeit, bis eine Seite geladen und aufgebaut ist. Das scheint mir – mit Firefox – ziemlich lange zu dauern, selbst im Vergleich zu Facebook, dass da manchmal auch nicht gerade schnell zu Potte kommt. Zum anderen gibt es so etwas wie die gefühlte Geschwindigkeit. Damit meine ich z.B., dass iPhone und iPad auch deswegen so „geschmeidig“ rüberkommen, weil nichts ruckelt, sondern weich und effektiv überblendet wird – während beispielsweise noch eine Applikation geladen wird. Das Wurzelwerk ist leider noch das genaue Gegenteil dieser *Smoothness*. Wenn ich „meine Gruppen“ aufrufe, erscheint beispielsweise erst einmal zu jeder Gruppe der Volltext der Beschreibung, der dann wieder eingeklappt wird. Bis die Seite steht, ruckelt es also zunächst einmal wild hin und her. Da ist irgendwas an der CSS-Programmierung nicht so perfekt, wie es sein könnte. Es gäbe noch mehr zu bemäkeln, aber das lasse ich jetzt mal.

Ach so – der Grund, warum ich jetzt doch mal wieder ins Wurzelwerk geschaut habe. Der ist profan: ich bin auf der Suche nach einer geeigneten Plattform, um Antragsschreib- und -diskussionsprozesse für die baden-württembergischen Grünen zu virtualisieren. Eigentlich müsste das Wurzelwerk diese Plattform sein (nicht zuletzt, weil ja auch die grünen Landesverbände dafür zahlen). Zudem hat es den Vorteil, mit der Mitgliederverwaltung verknüpft zu sein und so den Zugang auf Parteimitglieder erstens einschränken zu können und zweitens sicherzustellen, dass unter dem Account „Till Westermayer“ auch tatsächlich ich schreibe – und alle beteiligten davon ausgehen können, dass das so ist.

Für den oben genannten Zweck bietet das Wurzelwerk weitere Vorteile. So gibt es ein einigermaßen brauchbare Wikitool, das in beliebige Gruppen integriert werden kann. Damit sollte es möglich sein, gemeinsam an Texten zu arbeiten. Was mir fehlt, ist – neben den bestehenden Zugangshürden in der Technik und im Interface und der Befürchtung, dass das System nicht schnell und flüssig genug ist, damit es auch in einer größeren Runde noch Spaß macht, an Anträgen zu arbeiten, vor allem eine nahtlose Integration verschiedener für die Diskussion von Anträgen wichtigen Funktionalitäten. Für mich wären das:

1. *Kooperative Texterstellung und Bearbeitung* – hier gibt es die Wiki-Funktionalität. Noch schöner fände ich sowas wie etherpad.com oder Google Docs, also einen Texteditor, der von mehreren Leuten gleichzeitig bedient werden kann und markiert, was wer schreibt. Wikis sind ok, Etherpad wäre IMHO attraktiver, weil echtzeitiger.
2. *Diskussion* – da gibt es Foren, die ich überkomplex finde, aber die ausreichen. Foren und Wikis können in einer Gruppe verbunden werden, sind aber trotzdem zum Beispiel nicht gleichzeitig sichtbar. Zudem hat das Wurzelwerk wohl ein Problem damit, wenn mehrere Fenster oder Tabs geöffnet sind und in einem davon nichts passiert – dann loggen sich nach 30 Minuten alle aus, wenn ich das richtig verstanden habe. Wenn Foren (oder auch ein Chat) direkt neben der Texterstellung laufen würden, würde das mehr Spaß machen.
3. *Abstimmungen* – es gibt Voting-Tools, die scheinen mir aber ungeeignet. Muss also über Wikis/Foren simuliert werden.
4. *Integration*: wie schon angesprochen, eigentlich müssten 1, 2 und 3 (und vielleicht auch 4 und 5) nahtlos in einem System und bei Bedarf optisch nebeneinander laufen, statt an getrennten Stellen – und möglicherweise auch noch extern – stattzufinden.

Das macht mich etwas skeptisch, ob das Wurzelwerk tatsächlich gut geeignet ist. Die Alternative wäre, sowas wie die „Liquid-Democracy“-Tools der Piratenpartei, die Abstimmung und Antragserstellung miteinander verknüpfen, zu adaptieren. Da stört mich allerdings die Tatsache, dass diese erstens auch sehr komplex in der Bedienung sind, und zweitens das verwendete Abstimmungs- und Delegationsverfahren für uns nicht unbedingt passt. Zudem fällt der große Wurzelwerk-Vorteil der Authentifizierung der Beteiligten weg, bzw. die Zugänge müssten noch mal extra kontrolliert und eingerichtet werden.

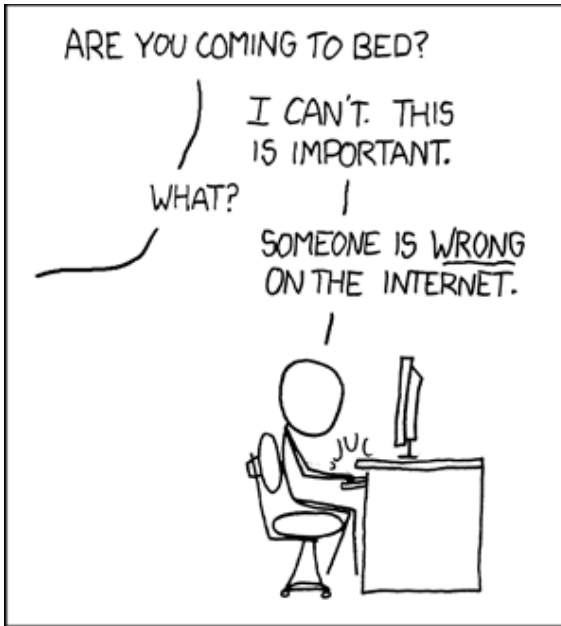
Anders gesagt: wenn jemand ein möglichst freies, bedienfreundliches und flexibles System zur kollaborativen Antragsbearbeitung kennt, das mit einem LDAP-Server zur Authentifizierung verknüpfbar ist – bitte melden! Oder wenn jemand ein derartiges Plugin für das Wurzelwerk hat ...

Warum blogge ich das? Ein Mindestmaß an Transparenz, und die Idee, dass genau hier die Träume elektronischer Partizipation auf dem Beton des Nutzerinterface zerplatzen.

Ergänzung: Ich hatte das zwar zum Jahresende schon gesehen, aber wieder verdrängt: Etherpad wurde von Google gekauft, soll in Google Wave einfließen – und ist jetzt Open Source. Es gibt auch schon ein paar Alternativ-Kopien. Und mit der Offenlegung des Sourcecodes besteht natürlich theoretisch die Möglichkeit, sowas – also einen Echtzeittexteditor für Viele – in Wurzelwerk einzubauen. Ob das praktisch machbar ist? Keine Ahnung.

Ein Versuch über Wikipedia

21. Oktober 2009 – Digitales Leben, Soziologisch gesehen



Die treibende Kraft hinter der Wikipedia:
„someone is wrong on the internet“ (xkcd, Lizenz)

Be bold! Mach's einfach, wenn du etwas ändern willst. Was mich von Anbeginn an an der Wikipedia fasziniert hat, war dieser grundsätzliche Imperativ. Den meisten ist wahrscheinlich der „Neutral Point of View“ wichtiger, oder das kollaborative Prinzip, oder die enzyklopädische Qualität. Aber was mich lange Jahre dazu gebracht hat, viele Abende und Stunden in das Schreiben von Einträgen, in Editwars, aber mehr noch in lange Debatten um die sprichwörtliche Kommasetzung zu investieren, war wohl dieser Imperativ.

Der hat natürlich zunächst etwas sehr Amerikanisches: Wenn du was ändern willst an der Welt, dann tue es einfach, nimm's selbst in die Hand! Oder auch was von Pippi Langstrumpf: Wir machen uns die Welt,

wie sie uns gefällt. Faszination strahlte das „Be bold!“ aber vor allem deswegen auf mich aus, weil sich ein riesiges Projekt mit vielen tausend MitstreiterInnen scheinbar allein an diesem – darf ich das Adjektiv verwenden – anarchistischen Grundsatz kristallisieren konnte. Natürlich ist das verkürzt, natürlich gab es auch von Anfang an andere Regeln (den wissensphilosophisch fragwürdigen neutralen Standpunkt, beispielsweise), und natürlich gab es das Gottkönigtum von Jimbo Wales als Letztinstanz. Trotzdem: der Geist, den ich mit der Wikipedia verbinde – seit 2002 war ich an der englischsprachigen Wikipedia beteiligt – lässt sich am ehesten in diesem „Be bold!“ zusammenfassen – immer zusammengedacht mit einer von mir als angelsächsisch empfundenen, stark deliberativ-diskursiven Atmosphäre des Problemlösens durch Kommunikation auf Augenhöhe. Im schlimmsten Fall dann ein „agree to disagree“.

Vielleicht übertreibe ich auch. Was auf jeden Fall stimmt, war ein Gefühl starker Gemeinschaftlichkeit und Identitätsstiftung in der englischsprachigen Wikipedia. Es gab zwar Trolle und Querköpfe, aber es waren unsere Trolle und Querköpfe – vielleicht unausweichlich in einer relativ kleinen und verschworenen Provinzgemeinde an der Frontier. Was ich als unglaublich motivierend empfand, war nicht nur das Gefühl, Teil eines gemeinschaftlichen Projekts zu sein, sondern auch die Praxis dieses Projekts: in der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen sich völlig Fremden wurde aus dem radebrechenden „Stub“ des Nichtmuttersprachlers ein ausgewachsener Artikel.

Schon damals erschien mir die deutschsprachige Wikipedia, an der ich mich später und spärlicher ebenfalls beteiligte, weniger attraktiv. Vielleicht, weil der Reiz des Fremden fehlte und damit das immergleiche Breiige besser zur Geltung kam. Vielleicht aber auch, weil der kulturelle Rückgriff hier eben nicht bei „tongue in cheek“, Diskurs und einem gewissen anarchistischen Grundverständnis landete, sondern bei Ordentlichkeit und Tümelei. Schon in den Anfangsjahren war mein Bauchgefühl immer das, dass hier, in der deutschen – eigentlich ja: deutschsprachigen – Wikipedia Administratoren (natürlich sprachlich

nur Männer ...) und Bürokraten als Übersetzung von „admin“ und „bureaucrat“ als ernst gemeint verstanden wurden, nicht als unbeliebte, aber notwendige Tätigkeiten. Entsprechend schnell – und schnell auch mit formalisierten Verfahren und Abstimmungen gestützt – entwickelte sich hier ein Ordnungssystem aus Anträgen, Einspruchsmöglichkeiten und letztentscheidenden Gremien. Wer schnell die Überhand gewann, das waren die PerfektionistInnen – die enzyklopädische Liebe fürs Detail übertrug sich auch auf die Verfahrensregeln – und letztlich dann auch die „Deletionists“. Dazu gleich mehr. Erstmal aber möchte ich festhalten, dass mein Eindruck von der deutschsprachigen Wikipedia immer unter dem Vergleich mit der englischsprachigen Wikipedia stand, und dass ich hier das Gefühl einer selbstorganisierten, autonomen, wenig hierarchisch organisierten Gemeinschaft, an der ich gerne und motiviert Teil hatte, nicht wieder fand.

Das gemeinsame Ziel war nicht mehr die Verkörperung des „Hitchhiker Guide“ – manchmal ein bisschen schräg oder im Detail irritierend, aber hilfreich für alle Lebenslagen – sondern das professionelle Konkurrenzprodukt zum Brockhaus. Die typische Handbewegung für das sich rege entwickelnde „Vereinsleben“ der deutschsprachigen Wikipedia ist dementsprechend wohl der „Löschantrag“ – als Symbol für geordnete Verfahrenswege. Vom „Be Bold!“ zum „Sei mutig!“. Zum Vergleich die Hauptaussage der beiden Seiten:

We would like everyone to be bold and help make Wikipedia a better encyclopedia. How many times have you read something and thought, „Why aren't these pages copy-edited?“ Wikipedia not only allows you to add, revise, and edit articles: it wants you to do it. It does require some amount of politeness, but it works. You'll see. Of course, others here will edit what you write. Do not take it personally! (Be Bold!)

* * *

Auf geht's, mach diese oder jene Änderung, korrigiere einen Rechtschreibfehler, füge einen Aspekt hinzu, präzisiere die Sprache und so weiter. Das ist in Ordnung! Es ist

genau das, was alle erwarten. Und es funktioniert tatsächlich, wenngleich ein gewisses Maß an Höflichkeit oder besser noch Freundlichkeit vonnöten ist. Du wirst schnell merken: Der „instinktive“ und verständliche Wunsch eines Autors, sein Geschriebenes zu „besitzen“ und zu konservieren, ist hierbei jedoch kontraproduktiv. Es ist gut, diese emotionale Bindung abzuschütteln, indem man Änderungen von vornherein offen gegenübersteht, denn nur so kann sich das Ergebnis verbessern. Bedenke: Du kennst möglicherweise nicht alle Aspekte eines Themas, auch wenn du noch so sorgfältig arbeitest. Und du kannst keinen neutralen Standpunkt einnehmen, wenn du dich an deinen Text klammerst. Sei daher also auch mutig bei Änderungen anderer an deinen Texten. (Sei mutig!)

Noch deutlicher werden diese kulturellen Unterschiede, wenn die eigentlichen *Policy*-Seiten verglichen werden (vgl. Deletion policy mit Löschregeln).

Damit will ich jetzt nicht sagen, dass die en-Wikipedia das Maß aller Dinge ist, oder paradiesischen Charakter hat. Aber trotzdem hat sie es irgendwie geschafft, bei aller Verregelung ein gewisses Maß an Freiheitlichkeit zu bewahren. Selbst in der Auflistung der Schnelllöschründe wird dies noch deutlich. In der deutschsprachigen Wikipedia haben neue Artikel 15 Minuten Zeit, bis sie gelöscht werden (wenn sie nicht den harten Augen der relevanzkriteriengeschulten AdministratorInnen standhalten). In der englischsprachigen Wikipedia heißt der Grundsatz „if the page can be improved, this should be solved through regular editing, rather than deletion“. Im Vordergrund steht immer noch – trotz tausender Artikellöschungen pro Tag – die Konfliktlösung durch Kommunikation, nicht durch einmal etablierte, harte Standardverfahren.

Trotz alledem: auch in der englischsprachigen Wikipedia haben die „Deletionists“ die Oberhand. In der deutschsprachigen Wikipedia sind sie übermächtig. Wer sind *Deletionists*?

Deletionists are beings who are believed by some to be editing Wikimedia Foundation projects. Although most

people see these fairy-tale like animals as purely mythical, some subscribers to the wikien-l mailing list claim that not only does this species really exist, but that it is devouring the English Wikipedia!

According to folklore, deletionists hold the point of view that deleting poor articles is the only True Way. This is humorously known as deletionism. Previously thought to be solitary creatures quietly defending their right to remove substubs, recent claims have suggested that deletionists in fact gather in groups, known as cabals. (meta:deletionists)

Ich treffe jedenfalls viele der hier eher humorig beschriebenen „beings“ in der deutschsprachigen Wikipedia an. Eine etwas ausgewogenere Beschäftigung mit dieser Spezies – bzw. mit der Notwendigkeit von Relevanzkriterien für eine Enzyklopädie ist hier zu finden. Damit sind wir bei der aktuellen Debatte um die Löschung „irrelevanter“ Artikel wie „MOGIS“ (*feffe*) oder „Christoph Seidler“ (Hanno Böck). Diese Debatte hat es bis in den Spiegel geschafft (und natürlich auch in diverse A-Level-Blogs). Inzwischen reagiert der Wikipedia-Verein mit einem Kommunikationsangebot (mehr dazu hier). Hingewiesen sei auch auf den augenzwinkernden Vorschlag, der in der Piratenpartei kursiert, die Wikipedia zu übernehmen und Basisdemokratie dort einzuführen.

Diese Löschdebatten sind nichts neues. Diesmal sind sie so richtig in die Augen der sonst nicht an der Wikipedia interessierten Netzöffentlichkeit gelangt, anders als z.B. die Löschdebatte um Markus Bechedahl im letzten Herbst. Meine Beteiligung daran – die letztlich im Erhalt eines verbesserten und für relevant befundenen Artikels gipfelte – war eine meiner letzten Aktivitäten in der Wikipedia.

Damit zurück zum Anfang. Von 2002 bis etwa 2006 war ich rege aktiv in der Wikipedia. War (und bin wohl immer noch) Admin der englischsprachigen Wikipedia, habe viele Nächte damit zugebracht. Heute ist das nicht mehr so. Ich nutze die Wikipedia als Informationsquelle – meistens sehr zufrieden, manchmal auch verärgert (etwa, wenn bestimmte sozialwissenschaftliche Denkrichtungen völlig fehlen). Dass

ich heute noch selbst an Artikeln etwas ändere, kommt selten vor – und wenn, dann sind es Rechtschreibfehler. Einen Artikel neu anlegen – aktuell habe ich weder Zeit noch Lust dazu. Dass ich zu einer aktiven Mitarbeit an der Wikipedia nicht mehr motiviert bin, hat verschiedene Gründe. Zur Blockwartigkeit der deutschsprachigen Wikipedia kommt der veränderte Charakter insgesamt: es geht jetzt weniger um den Aufbau eines Projekts, sondern um *producing*, um ein relativ hochwertiges Produkt, dass durch kostenlosen Arbeitseinsatz von Freiwilligen verbessert und erhalten wird. Bleibt abzuwarten, wann einer der großen klassischen Lexikonanbieter (oder Google) ein Angebot zur Übernahme macht, das nicht ausgeschlagen werden kann.

Natürlich sind das nicht die einzigen Gründe. WP steht für mich inzwischen eher für WordPress als für Wikipedia. Meine Netzvergemeinschaft hat sich in Richtung Twitter und Facebook verlagert. Und – typisch Mittdreißiger – freie Zeit zwischen Kindern und Job finde ich auch sehr viel seltener (und wenn, nutze ich sie dazu, Artikel wie diesen zu schreiben).

Unabhängig von meiner persönlichen Geschichte mit Wikipedia lässt sich der Prozess zwischen 2002 und heute aber auch als spannendes Fallbeispiel einer transkulturellen Formation einer Organisation betrachten. Mit Giddens kann die Einführung und andauernde Durchsetzung von Regeln als Strukturierung beschrieben werden, mit Latour (und der Techniksoziologie insgesamt) sehen wir Schließungen und interkulturelle Pfadabhängigkeiten.

Dass hier kräftig geforscht wird, ist daher gar nicht verwunderlich. Spannend ist es allemal – und vielleicht motivierender und weniger frustrierend als die letztlich politische Einbringung in die Aushandlungsprozesse in der Wikipedia selbst.

Warum blogge ich das? Weil mich gerade nach meinen eigenen Erfahrungen mit der Wikipedia die Löschdebatte nicht hat ruhen lassen – und ich mir dann die Zeit dafür genommen habe, diesen Text zu schreiben.

Netz, Medien und digitales Leben

P.S.: Der vorvorletzte kleine techniksoziologische Absatz mag gleichzeitig als Demonstration dafür dienen, wo die Wikipedia inhaltlich gut ist, und wo sie ihre eigenen Qualitätsstandards nicht erreicht. Nicht jeder der Links dort führt zum Ziel ...

P.P.S.: Eine Reflektion über Relevanzkriterien findet sich auch bei Astrodicticum Simplex. Lesenswert.

P.P.P.S.: Bei Rivva wird deutlich, wie breit diese Debatte inzwischen geführt wird. Ich möchte noch auf einen wirklich lesenswerten Text hinweisen: die Sozialtheoristen sehen als Grundproblem der Wikipedia als Organisation, dass ihr ein externer Selektionsmechanismus fehlt (via Isotopp). Daraus ein längeres Zitat:

All diese Organisationen entscheiden selbst, was relevant ist und was nicht. Allerdings: Der Selektionsmechanismus ist ein externer. Eine Partei, die sich thematisch verschätzt, wird abgewählt. Ein Unternehmen, das sich vertut, findet keine Käufer. Eine Zeitung, die Fehlentscheidungen trifft wird entweder nicht gelesen oder gänzlich ignoriert. Die Selektionsmechanismen operieren im Markt, im Wählerpublikum, in der Medienlandschaft – die Organisationen sind diesen Mechanismen ausgeliefert.

Der Wikipedia fehlt solch ein Selektionsmechanismus.

Anders gesagt: trotz der dank freiem Lizenzmodell theoretischen (und diverse Male in der Praxis gescheiterten) Möglichkeit, zu „forken“, also eine Wikipedia mit anderen Regeln zu starten, ist Wikipedia de facto ein Monopolanbieter für freien Wissenszugang. Die Sozialtheoristen kommen jetzt zu der Schlussfolgerung, dass (deswegen) die Welt eine Stimme in der Wikipedia braucht:

„Warum darf man als Leser nicht darüber abstimmen, ob man einzelne Beiträge für gut und informativ findet oder nicht.“

Ich denke, da ist was Wahres dran – natürlich kann in gewisser Weise jedeR heute schon über Artikel in der Wikipedia abstimmen, aber eben nur in der Form intensiver Mitarbeit. Ein Ein-Klick-Feedback im Sinne von „dieser Artikel war interessant“ könnte zwar auch in Editwars missbraucht werden, würde aber eine solche externe Relevanzsetzung ermöglichen.

*P.P.P.P.S.: Die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Lesen und Schreiben.
Bin jetzt bei mspro noch auf den Hinweis gestoßen, dass Relevanz natürlich
längst ein externes Selektionskriterium ist – und zwar nicht zuletzt vermittelt
der Suchmaske. Was mich zu dem Schluss bringt:*

Infos, die in der Wikipedia vielfach gesucht werden, aber ins Leere laufen,
weil es keinen Artikel darüber gibt, sind per se relevant und sollten nach An-
lage des Artikels nicht aus Relevanzgründen wieder gelöscht werden.

Oder noch kürzer:

Was gesucht wird, soll auch gefunden werden dürfen!



Weltherrschaft als Koppelprodukt

9 Dezember 2009 – Digitales Leben, Politik und Gesellschaft

Das große G ist erneut in den Schlagzeilen: Chris Stöcker sieht im *Spiegel Online* schon den Griff von Google nach der Weltherrschaft (Gideon Böss in der *WELT* sieht das anders). Warum? Weil Google seine Suche inzwischen in Echtzeit und personalisiert anbietet, Produkte per Handy-Scan identifizieren können will, einen eigenen öffentlichen DNS-Server (siehe auch *feffe*) betreibt und überhaupt einen Haufen mehr anbietet (und natürlich Chrome, auch als *Stand-alone*-Betriebssystem, und Android, und *Cloud Computing Applications*, und und und).

Das kann jetzt als Griff zur persistenten Weltherrschaft verstanden werden. Kristian Köhntopp dagegen geht – schon vor einigen Wochen – von einem Missverständnis aus: Es ist falsch, Google als Suchmaschine zu interpretieren. Für Köhntopp ist das, was Google macht, vielmehr folgendes:

Alles in allem wirkt der Ansatz von Google auf mich wie eine Firma von Physikern oder anderen Experimental-Forschern mit akademischem Background, die beschlossen haben, einmal 'so richtig' in die Wirtschaft zu gehen und ihre Methoden dort hin zu portieren. Man baut Modelle, identifiziert Abhängigkeiten und eliminiert sie konsequent und man hat keine Angst, dabei auch richtig groß zu denken und Neuland zu betreten.

Oder anders gesagt: eine Firma, die Abhängigkeiten auf der *Input*-Seite maximal reduziert (eigenes Netz, eigene Server-Farmen, eigener DNS-Server, ...), die so entstandene Infrastruktur halböffentlich zugänglich macht (*Open-Source*-Varianten wichtiger Technologien, werbefinanzierte Zurverfügungstellung) und so – ob willentlich und strategisch oder *volens volens* – immense soziotechnische Abhängigkeiten produziert. Google will nicht die Weltherrschaft, sondern will – so meine Synthese aus Stöcker und Köhntopp – die technisch beste Lösung zur Datenverarbeitung im Netz anbieten. Und erzeugt nebenbei ein bisschen Weltherrschaft (oder zumindest eine immense, personalisierte Datenhalde und Tools, um diese zu durchsuchen und möglicherweise auch profitabel zu machen).

Weltherrschaft als Koppelprodukt funktioniert auch deshalb, weil die Google-Lösung (Suchmaschine, GMail, ...) meistens besser funktioniert als die Versuche anderer Anbieter oder gar staatlicher Innovationsprogramme (hallo, IT-Gipfel mit deinen Leuchtturmprojekten). Es gibt aber auch Ausnahmen – *Wave* beispielsweise kommt gar nicht so toll an, und *Chrome* ist bisher als Browser wie als Betriebssystem ein absolutes Nischenprodukt. Besser heißt hier vor allem: Google-Produkte und Dienstleistungen funktionieren, sind relativ fehlertolerant/wartungsarm, sind zumeist sehr einfach bedienbar – und sie sind schnell. Das hängt dann (siehe Köhntopp) wieder mit den eigenen Servern und Leitungen zusammen, und so schließt sich der Kreis zwischen technisch guten Angeboten und der Infrastruktur für die Weltherrschaft.

Bleibt die Frage nach den politischen Konsequenzen des techno-ökonomischen Interesses von Google. Verstaatlichen? Regulieren? Laufen

lassen? Datenschutz neu denken? Google gar als Bündnispartner gegen Angriffe auf Netzneutralität und ähnliches einspannen? Die UNO an Google verkaufen?

Mein vorläufiger Eindruck ist der, dass das Netz hier eine Firma möglich gemacht hat, die bisher so nicht vorgesehen war (um mit Castells zu sprechen: die tatsächlich informationalen und netzwerkförmigen Kapitalismus auf globaler Ebene betreibt, und dabei Wissen auf Wissen anwendet). Was fehlt, ist eine ähnliche konzeptoffene und innovative globale Politikagentur. Dieser politische *global player* fehlt uns heute noch.

Warum blogge ich das? Weil ich die Debatten um Google spannend finde. Vielleicht auch deswegen, weil hier (in Variation der Köhntoppschen Argumentation) eine nerdige/technische Kultur zwar erfolgreich in Richtung Profit evolviert ist, trotz aller social responsibility (google.org usw.) dabei aber auch der für derartige nerd/technische Kulturen typische Autismus gegenüber der sozialen Einbettung und den sozialen und politischen Konsequenzen technischer Lösungen hochskaliert wurde.



Die Sache mit Facebook

9. April 2010 – *Digitales Leben, Politik und Gesellschaft, Soziologisch gesehen*

Facebook ändert mal wieder die Geschäftsbedingungen – diesmal nicht still und heimlich, sondern im „Dialog mit der Community“. Im Kern geht es dabei darum, an wen Facebook Daten ungefragt weitergeben darf. Als Datenschutzzuckerle gibt es dann *Opt-out*-Möglichkeiten – wie auch heute schon bei den sogenannten *Privacy*-Einstellungen. Anders gesagt: die Voreinstellung ist die, dass die bei Facebook gespeicherten Nutzerdaten mehr oder weniger öffentlich sichtbar sind, und dass sie an – ausgewählte – Dritte weitergegeben werden. Wer das nicht will, muss seine oder ihre Einstellungen ändern (wie das Schritt für Schritt geht, steht hier).

Das kommt in Deutschland nicht gut an (siehe auch dieses Interview mit Falk Lüke, Verbraucherzentrale). Die Stiftung Warentest bewertet Facebook hinsichtlich des Datenschutzes jetzt schon mit schlechten Noten. Die Landwirtschaftsministerin – die, wenn ich mich recht erinnere,

aufgrund einer der letzten grünen Amtshandlungen in der vorletzten Legislaturperiode im Verbraucherschutzbereich auch für Verbraucherschutz im Netz zuständig ist – die Ministerin Aigner also schreibt deswegen einen offenen Brief und droht mit Ausdruck^w Austritt, sollte sich nichts ändern. Das ist in der sogenannten Community gleich mal auf breiten Anklang gestoßen. PolitikerInnen der Grünen, der Linken und der SPD rufen dagegen innerhalb von Facebook zu Facebook Privacy Control Now! auf, recht stylish und mit Aktionsideen. Also das Grundprinzip der symbolischen direkten Aktion. Was ist davon zu halten?

Während ich es durchaus sinnvoll finde, durch schlechte Noten, offene Briefe und Aktionen wie *Privacy Now* auf das Problem aufmerksam zu machen – und es natürlich nicht ausreicht, sondern letztlich politische Schritte stattfinden müssen, aber dazu wie zu der Frage, was eigentlich das Problem ist, gleich mehr – bezieht der CCC hier eine Position der Fundamentalopposition. Zumindest, wenn die bei Spiegel Online zusammengefassten Aussagen so stimmen – noch weiter komprimiert und auf den Punkt gebracht: wer seine oder ihre Daten einer Datenkrake in die Hand gibt, ist doch eh selbst schuld.

Damit wären wir beim Problem. Denn natürlich hat der CCC recht. Trotzdem sind soziale Netzwerke in kürzester Zeit zu einer sehr beliebten Kommunikationsplattform geworden. Das betrifft jetzt nicht nur Facebook, sondern alles von Wer-kennt-wen über die Vz-Gruppe bis hin zu XING & Co. All diese Plattformen haben gemeinsam, dass sie privat organisierte und marktwirtschaftlich finanzierte Netzwerkräume bereitstellen, die jedoch faktisch als zumindest semi-öffentliche Infrastruktur wahrgenommen werden.

Was es bedeutet, bei Facebook zu sein

Bei Facebook zu sein, heißt eben nicht, einem Klub beizutreten (auch wenn das den faktischen Geschäftsbeziehungen eigentlich eher entspricht), sondern vermittelt ein Gefühl irgendwo zwischen Marktplatz,

Pausenhof und interaktivem Telefonbuch. Und das sind alles öffentliche Orte. Dies gilt insbesondere für die großen, nicht spezialisierten Netzwerke. Gleichzeitig – und das ist eine strukturelle Besonderheit sozialer Medien – sind diese weitgehend netzwerkförmig organisiert; möglicherweise als homologe Entwicklung zur Netzwerkstruktur spätmoderner Gesellschaften im Sinne Castells. Jedenfalls bilden die „friends“ und „friends of friends“ sich überlappende Scheinwerferkegel der vernetzten Sichtbarkeit, die – je nach Aktivität und Vernetztheit – im direkten Fall ein paar hundert Personen umfassen, im Fall der „friends of friends“ einige tausend oder gar zehntausend Personen.¹ Je mehr „Hubs“ (stark vernetzte Knoten) im Sinne von Barabási bei den Kontakten dabei sind, desto schneller wachsen die Zahlen der Freundesfreunde. Ein Beispiel für solche Netzwerkknoten sind, um bei Facebook zu bleiben, prominente grüne PolitikerInnen mit, die den Kreis der „Freundesfreunde“ schnell erweitern. Beispielsweise hat Volker Beck bei Facebook 2973 „Freunde“.

Warum dieser kleine Exkurs in die *Small-World*-Theorie? Meine Statusupdates bei Facebooks sind nicht weltweit sichtbar, sondern nur für „friends of friends“. Mit einigen stark vernetzten Knoten in meinem „Freundeskreis“ heißt das, dass potenziell mehrere zehntausend Menschen sehen, was ich z.B. über den Kauf von Blumenerde, Kinderanekdoten oder politische Meinungen schreibe. Gleichzeitig sind diese großen netzwerkförmigen Teilöffentlichkeiten nur ein Bruchteil der 400 Millionen aktiven NutzerInnen von Facebook.

Als Zwischenfazit möchte ich erstmal festhalten, dass es sich bei Facebook (und bei ähnlichen großen sozialen Netzwerken) um sich überlappende soziale Räume handelt. Bei durchschnittlich 130 „friends“ pro NutzerIn, und der Annahme, dass sich die direkten Nutzerkreise zu fünfzig Prozent überlappen, wären dies also über den Daumen gepeilt 9000 „friends of friends“ je NutzerIn. Als „Kommunikationsraum“

¹ XING schreibt diese Zahlen immer so schön dazu – dort habe ich beispielsweise 217 direkte Kontakte, 24759 Kontakte von Kontakten, und 1,2 Mio. Kontakte von Kontakten von Kontakten

wahrgenommen werden davon vermutlich vor allem die direkten Kontakte. Wer bei Facebook seinen Status updatet, hat also das Gefühl, mit durchschnittlich 130 Personen aus dem eher engeren Freundeskreis zu kommunizieren, ist – selbst bei der Freigabe „friends of friends“ – bereits für ein paar tausend Personen sichtbar und – um zur Politik und dem CCC zurückzukommen – macht eigentlich etwas ganz anderes, nämlich eine große *Data-Mining-Machine* mit persönlichen Vorlieben und Eigenheiten zu füttern.

Ich hatte bei Twitter (und damit automatisch auch bei Facebook) gefragt, warum Menschen Facebook nutzen. Darauf haben mir drei Leute geantwortet, und die Antworten finde ich durchaus aufschlussreich. Sie ersetzen natürlich keine Netzethnographie, wie sie ja durchaus auch betrieben wird, aber sie sagen etwas daraus aus, wozu Facebook eigentlich da ist, und warum es genutzt wird, obwohl es Datenschutzbedenken, das Gefühl, sich einer Krake auszuliefern und all so was gibt:

- Erste Antwort: um Kontakt mit meiner riesigen Familie zu halten, der sonst eher schwierig herzustellen wäre.
- Zweite Antwort: um „elegant“ mitzukriegen, was so abgeht – nämlich bei Freunden und KollegInnen aus dem Studium. Gleichzeitig „leider“ aber auch, um mitzukriegen, was PolitikerInnen äußern, die über andere Kanäle nicht kommunizieren.
- Dritte Antwort: Facebook ist wie Kneipe, ohne den Hintern hochkriegen zu müssen.

In allen drei Fällen geht es um echte soziale Kommunikation, um soziale Zusammenhänge, die heute nicht mehr an einem Ort festgemacht sind, sondern über Räume und Zeitzonen verstreut sind. Aus dieser Perspektive ist Facebook ein Resonanzraum, in dem Tratsch und Neuigkeiten aus mehr oder weniger bestehenden sozialen Zusammenhängen ihr Echo finden. Auch Politik lebt von solchen Resonanzräumen – nur dass es nicht notwendig ist, das Parteitagsfoyers oder die Stammkneipe auf-

zusuchen, sondern dass das Echo jetzt direkt an den Bildschirm geliefert wird. Es geht also um die Aufrechterhaltung von Kontakten in (diesmal soziologisch gesprochen) den sozialen Netzwerken, um das Aufdem-Laufenden-Bleiben in der eigenen sozialen Sphäre, und nicht zuletzt um einen gewissen Unterhaltungswert (Stammtisch).

Was für die Pflege von *weak ties* in Kauf genommen wird

Der Mehrwert, den Facebook (und ähnliche Netzwerke, so sie nur für die jeweilige soziale Sphäre genügend groß sind), liefert, ist also die trieviale Nebenbeikommunikation, die aber ganz entscheidend zur Fortführung der sozialen Konstruktion beiträgt, in Netze, Gruppen und imaginäre Gemeinschaften eingebunden zu sein. Oder anders gesagt: Facebook ist ein Tool zur computerunterstützten Pflege von „weak ties“ (was den einen oder anderen ganz engen Kontakt nicht ausschließt). Dass es bei Facebook eher um entferntere Kontakte geht, lässt sich anekdotisch z.B. daran festmachen, dass ich es als amüsant empfinde, wenn Facebook mir empfiehlt, doch wieder stärkeren Kontakt zu meiner Partnerin zu suchen – den haben wir tagtäglich, aber eben gerade nicht per *Computer-Mediated Weak-tie Care* (CMWC).

Damit sind wir schlussendlich beim Problem angelangt. Menschen nutzen Facebook primär nicht als Unterhaltungsmedium², sondern als Infrastruktur zur Pflege raumzeitlich auseinandergezerrter sozialer Netzwerke. Der Mehrwert, dieses ganz grundlegende menschliche Bedürfnis zu erfüllen, nämlich das Gefühl vermittelt zu bekommen, Teil der als solche erlebten eigenen Gruppe zu sein, an deren Trivialkommunikation teilzuhaben, auf dem Laufenden zu sein und bei Bedarf soziale Kontakte aktivieren zu können – der Mehrwert, dieses Bedürfnis in einer historisch neuen Situation durch Computerunterstützung zu erleichtern (asynchron, unaufdringlich, multimedial), ist so hoch, dass dafür so ziemlich alles in Kauf genommen wird. Vermutlich

² Auch wenn es gewisse Ähnlichkeiten zur para-sozialen Interaktion mit Soap-Charakteren geben mag, und der eine oder die andere gerne einmal Bauernhofmafia spielt.

wäre es ehrlicher, wenn dieser Mehrwert nicht durch Datenweitergabe, sondern durch ein Bezahlmodell erkaufte würde (wobei ich nicht das Gefühl habe, dass z.B. das XING-Premium-Angebot so wahnsinnig gut läuft ...).

Aus einem etwas anderen Blickwinkel: die großen sozialen Netzwerke sind gerade auch deswegen interessant, weil sie groß sind – weil sie zwar gut dazu geeignet sind, Teilöffentlichkeiten in einer sozialen Sphäre herzustellen, aber eben nicht, wie z.B. die Parteicomunities oder „Stay friends“, auf eine Sphäre beschränkt sind, sondern übergreifende *weak ties* unterstützen. Insofern gibt es eine natürliche Tendenz hin zum Oligopol – aufzuhalten wohl nur durch technische Vernetzungen über einzelne, konkurrierende soziale Netzwerkangebote hinweg.

Und die Alternative?

Hier liegen vermutlich auch die Visionen des CCC – wer den Mehrwert der weiträumigen Kontaktpflege haben will, soll doch bitte dezentrale und echt freie Lösungen nutzen, statt sich in die Fänge einer Firma zu begeben. Auf dem Papier klingt die Strategie, kommerzielle lock-ins zu vermeiden, gut. Faktisch funktioniert sie aber nicht, oder jedenfalls nur als Nischenlösung. Dann liegt aber nicht nur der Komfortvorteil, sondern auch der Größenvorteil auf der anderen Seite. Selbst wenn immer wieder darüber geschimpft wird, dass Facebook lahmt – das Wurzelwerk ist noch viel schlimmer, und wer keinen eigenen Server betreiben möchte, um Kontakt zu seiner Familie zu halten oder den Stammtisch an den Schreibtisch zu holen, steht in der Technoutopie einer freien Gesellschaft schnell blöd da.

Es wird also, so bitter das ist, vermutlich dabei bleiben, dass die Infrastruktur zur weiträumigen Kontaktpflege kommerziell bereitgestellt wird. Auch die Variante, soziale Netzwerke als echte öffentliche Räume anzubieten – der Pausenhof der Internetautobahn, quasi – ist vermutlich zum Scheitern verurteilt, insofern die algorithmische Kompetenz

anderswo sitzt. Oder erinnert sich noch jemand an die durch die EU organisierte und finanzierte öffentlich-rechtliche Konkurrenz zu Google?

Diese Situation heißt aber nun nicht, dass die Anbieter machen und lassen können, was sie wollen. Hier ist vielmehr Netzpolitik in einem ernst gemeinten Sinn gefragt: nämlich als Notwendigkeit, die privat angebotene Infrastruktur sozialer Netzwerke politisch zu regulieren – ohne sie dabei kaputt zu machen. Stichworte sind hier die Durchsetzung von Datenschutz, Verbraucherrechte, aber auch die Garantie gewisser offener Standards. Vielleicht auch sowas wie ein Recht, die eigenen Daten mitnehmen zu können – oder sie umzuziehen -, wenn eine Plattform verlassen wird. Gleichzeitig stößt Netzpolitik damit auf das Dilemma, auf das sie fast immer stößt – das Netz ist global, der Nationalstaat lokal. Es geht also auch darum, Lösungen zu finden, die unterschiedliche rechtliche und kulturelle Standards erlauben, aber trotzdem transnationale Kontakte und Kommunikationen ermöglichen und fördern. Letztlich liegt hier der Kern der Sache. Dass der politische Lösungsapparat in Gang gesetzt ist – Stichwort Enquete – ist hier nur gut.

Warum blogge ich das? Weil mir „Facebook ist böse“ zu platt ist, und sich an der aktuellen Aufregung um die Datenschutzfrage bei Facebook schön zeigen lässt, dass Teilhabe an der digitalen Gesellschaft letztlich die Regulation von privat organisierten Infrastrukturen notwendig macht, die es bisher schlicht nicht gab.

Wie Frauen und Männer das Internet nutzen

30. Juli 2010 – Digitales Leben, Soziologisch gesehen

Ich war eigentlich auf der Suche nach was ganz anderem (nämlich sozio-demographisch aufgeschlüsselten Daten zur Verfügbarkeit von Mobiltelefonen in privaten Haushalten) beim Statistischen Bundesamt, bin dabei aber auf die Publikation Private Haushalte in der Informationsgesellschaft (2009) gestoßen. Das ist eine im April und Mai 2009 durchgeführte europaweite Erhebung zur Nutzung und Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationstechnologie. Diese findet alle drei Jahre statt. Im verlinkten Ergebnisband finden sich nun zwar leider kaum Aussagen zur IuK-Technologie Mobiltelefon (nur zur mobilen Internetnutzung), aber dafür anders interessantes – nämlich nach Geschlecht (selbstverständlich geht das statistische Bundesamt dabei von Zweigeschlechtlichkeit aus) und nach Alter aufgeschlüsselte Daten zur Nutzung des Internet. Die wichtigsten davon habe ich mal in zwei Tabellen gepackt. Im eigentlichen Bericht sind noch einige Daten mehr enthalten, aber diese hier erschienen mir besonders interessant:

Internetnutzung nach Alter und Geschlecht

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, Fachserie 15 Reihe 4

Markierte Diff. 3

Nur Personen, die das Internet im 1. Quartal 2009 genutzt haben

Angaben in %	10 bis 15			16 bis 24			25 bis 44			45 bis 64			65 und älter			Gesamt		
	m	w	g	m	w	g	m	w	g	m	w	g	m	w	g	m	w	g
(fast) tägliche Nutzung	54	55	55	84	79	82	79	69	74	75	58	67	64	46	57	75	65	70
mobile Nutzung (Handy, PDA)	u	u	3	13	7	10	21	10	15	12	3	9	u	0	4	15	7	11
Nutzung (in den letzten drei Monaten) für																		
... Email	69	79	74	93	96	95	92	92	92	90	86	88	89	89	89	89	90	89
... Chatten, Foren, Blogs, IM	66	73	69	87	88	88	49	44	46	29	23	26	17	15	16	47	46	46
... Internet-Radio/-Fernsehen	30	31	30	51	39	45	42	25	33	29	13	22	21	10	17	36	23	30
... eigene Inhalte	28	42	35	53	59	56	34	30	32	22	15	19	16	12	15	31	30	30
... download Software	28	17	23	65	37	51	58	30	44	49	19	34	42	18	33	52	26	40
... download Computer-/Videospiele	41	15	28	61	26	44	36	18	27	22	11	17	23	15	20	35	17	26
... Online-Banking	u	u	3	37	35	36	67	60	64	54	45	50	46	38	43	52	45	49
... e-Government	9	9	9	45	51	48	72	67	70	69	58	64	56	36	49	60	55	58
Anteil an der Bevölkerung																		
Befragte insgesamt pro Gruppe	1351	1251	2602	1213	1262	2475	3065	4194	7259	3377	3783	7160	1974	2086	4060	10880	12576	23556
Anteil Internetnutzenden	95	96	95	98	96	98	96	94	95	81	73	77	47	25	35	83	77	80

Bevölkerung insgesamt

Angaben in %	10 bis 15			16 bis 24			25 bis 44			45 bis 64			65 und älter			Gesamt		
	m	w	g	m	w	g	m	w	g	m	w	g	m	w	g	m	w	g
(fast) tägliche Nutzung	51	53	52	82	78	81	75	65	70	61	43	52	30	11	20	62	50	56
mobile Nutzung (Handy, PDA)	u	u	3	13	7	10	20	9	14	10	2	7	u	0	1	12	5	9
Nutzung (in den letzten drei Monaten) für																		
... Email	66	75	71	91	94	93	88	87	87	73	63	68	42	22	32	74	69	71
... Chatten, Foren, Blogs, IM	63	70	66	85	86	86	47	41	44	24	17	20	8	4	6	39	35	37
... Internet-Radio/-Fernsehen	29	30	29	50	38	44	40	24	31	24	10	17	10	2	6	30	18	24
... eigene Inhalte	27	40	33	52	58	55	32	28	30	18	11	15	7	3	5	26	23	24
... download Software	27	16	22	64	36	50	55	28	42	40	14	26	20	4	12	43	20	32
... download Computer-/Videospiele	39	14	27	60	26	43	34	17	26	18	8	13	11	4	7	29	13	21
... Online-Banking	u	u	3	36	34	35	64	56	61	44	33	39	22	9	15	43	35	39
... e-Government	9	9	9	44	50	47	69	63	66	56	43	49	26	9	17	50	42	46

Netznutzung, Datenquelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 4, 2009.

In den Tabellen sind jeweils Prozentangaben nach Geschlecht (m/w/gesamt) und Altersgruppe angegeben; alle Angaben in der oberen Tabelle beziehen sich auf Personen des angegebenen Geschlechts und Alters, die im ersten Quartal 2009 das Netz genutzt haben. In der unteren Tabelle sind diese umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung (also inkl. Nicht-NutzerInnen) in der jeweiligen Kombination aus Geschlecht und Altersgruppe. Die Angabe „u“ ist der „/“ aus der amtlichen Tabelle und bedeutet, dass die Zahl der Fälle im Feld zu klein für eine sichere Angabe ist (d.h. weniger als 50 Fälle). Befragt wurden in dieser amtlichen Erhebung insgesamt 23556 Personen.

Interessant ist nun der Blick auf die lachsfarben und babyblauen Felder. Babyblau steht dafür, dass hier der jeweilige Anteil bei den Männern um mehr als 3 Prozentpunkte über dem der Frauen liegt; lachsfarben markiert die umgekehrte Differenz. Auch wenn das nicht die sinnvollste Methode ist, um über die Signifikanz von Unterschieden zwischen zwei Gruppen zu sprechen, ergibt sich zumindest schnell ein Bild.

In der letzten Spalte – Gesamtbevölkerung unabhängig vom Alter – sind es nur drei bzw. (bezogen auch auf die Nicht-NutzerInnen, die nach Geschlecht differieren) nur ein Item, bei dem die Nutzung durch Männer nicht um mindestens drei Prozentpunkte über der Nutzung durch Frauen liegt. Mehr Männer als Frauen sind mobil im Internet, mehr Männer als Frauen schauen Fernsehen oder hören Radio im Internet, mehr Männer machen Online-Banking und laden Computerspiele herunter. Die Spannweite der Unterschiede ist dabei beachtlich und reicht von 5 Prozentpunkten beim E-Government (Behördenkontakt per Netz) bis zu 26 Prozentpunkten Differenz beim Download von Software.

Keine (nennenswerte) Differenz ergibt sich in dieser Betrachtungsweise für die drei „aktiven“ Items: nicht nach Geschlecht unterschiedlich fällt demnach die Netznutzung für eMail und für andere Kommunikationsformen (Chatten und Forenkommentare hat das Statistische Bundesamt hier zusammengeworfen) aus – und auch bei der Erstellung eigener Inhalte gibt es kaum Differenzen.

Soweit bestätigt sich zunächst das etablierte Bild netzaffiner Männer und weniger netzaffiner Frauen. Wird nun das Ganze nach Alter disaggregiert, zeigen sich erstaunliche Differenzen zwischen denjenigen ab 25 Jahren und den beiden Altersgruppen darunter. Hier gibt es jetzt nämlich plötzlich Bereiche der Netznutzung, die häufiger von Frauen als von Männern betrieben werden. Namentlich geht es dabei wieder um die Themen EMail-Schreiben, sonstige Kommunikation im Netz und das Erstellen eigener Inhalte. Dazu kommt ein leichter Vorsprung beim E-Government. Die Differenz beim Online-Banking ebnet sich ein.

Sowohl beim Download von Software, beim Download von Computerspielen wie auch bei der Nutzungshäufigkeit und bei der mobilen Nutzung bleibt die Geschlechterdifferenz > 3 % dagegen erhalten.

Wie sind diese Daten nun zu interpretieren? Gehen weibliche *digital natives* ganz anders an das Netz ran als Frauen über 24 Jahren? Oder sind hier Geschlechterverhältnisse im Sinne beispielsweise der zunehmenden Verantwortung für Familienarbeit, die dann weniger Zeit für einen – eh männlich konnotierten (Schönberger 1999, 2008) – experimentellen Umgang mit neuen Technologien lässt?

Und natürlich übertragen sich die alltagsweltlichen Prozesse und Praktiken des *Doing Gender* auch ins Netz – feministische Blogger-(i/I)nnen können davon ein Lied singen, das betrifft aber auch Zuweisungen von Tätigkeitsbereichen, als normal angesehene Aktivitäten und erwartetes Verhalten. In diesem Zusammenhang ist es auffällig, dass es gerade die „kommunikativen“ Bereiche sind, in denen Frauen stärker oder ähnlich stark in der Netznutzung vertreten sind wie Männer. Das könnte jetzt naturalistisch interpretiert werden, im Sinne eines „Frauen sind halt kommunikativer, Männer reparieren halt lieber das Auto spielen halt lieber Computerspiele“.

Ich halte eine solche Interpretation aber nicht nur für unwahrscheinlich, sondern auch für gefährlich – und würde eher davon ausgehen, dass hier zwei Dinge zu beobachten sind: Erstens die Normalisierung der Netznutzung, also eine Verschiebung vom experimentell-techni-

schen ins alltäglich-untechnische, so dass das Netz schon lange nicht mehr als „Männerdomäne“ zu betrachten ist. Diese Veralltäglicung ist aber nicht auf alle Tätigkeitsfelder und Geräte gleichermaßen ausgerichtet und gleichmäßig verteilt. Das Installieren von Software oder der „neue“ mobile Netzzugang ragen hier heraus.

Zweitens ist gerade in diesem veralltäglichten Netz ein Durchschlagen der ganz „normalen“ Selbstverständlichkeiten zu beobachten, und zwar sowohl auf der Ebene „erlaubter“ und als rollenkonform wahrgenommener Aktionsfelder als auch auf der Ebene struktureller Einschränkungen – also Kindererziehung als Bruchlinie zwischen den Altersgruppen. Das spiegelt sich dann vermutlich auch in den einzelnen Bereichen wider, also beispielsweise trotz der fast identischen Anteile beim Erstellen eigener Inhalte, im Phänomen der männlichen Alpha-Blogger.

So interessant diese statistischen Daten sind – eigentliches Wissen darüber, wie diese Differenzen zu Stande kommen, warum sie sich in bestimmten Bereichen über die Altersgruppen hinweg fortsetzen und in anderen aufbrechen, braucht andere Methoden – also den Blick auf die Praktiken der Netznutzung, die Analyse des diskursiven *Doing Gender* und die Untersuchung der strukturellen Möglichkeiten. Daneben wäre es m.E. auch sinnvoll, die Differenzierung noch weiter zu treiben – die Sektionierung nach Alter und Geschlecht zeigt Abhängigkeiten vom Lebensverlauf. Das statistische Bundesamt hat seine Daten auch nach Bildungsstand disaggregiert – aber eben nicht gekoppelt mit den anderen Faktoren. Natürlich gerät auch da die Repräsentativstatistik an ihre Grenzen (schon jetzt sind einige Felder nicht auswertbar, weil die Fallzahlen zu klein werden). Prinzipiell jedoch wäre, wenn schon das quantitative Paradigma bemüht werden soll, genau hier der nächste Schritt, also beim Blick darauf, wie soziale Herkunft – vielleicht auch die Familienstruktur – mit Alter und Geschlecht interagieren.

Literatur

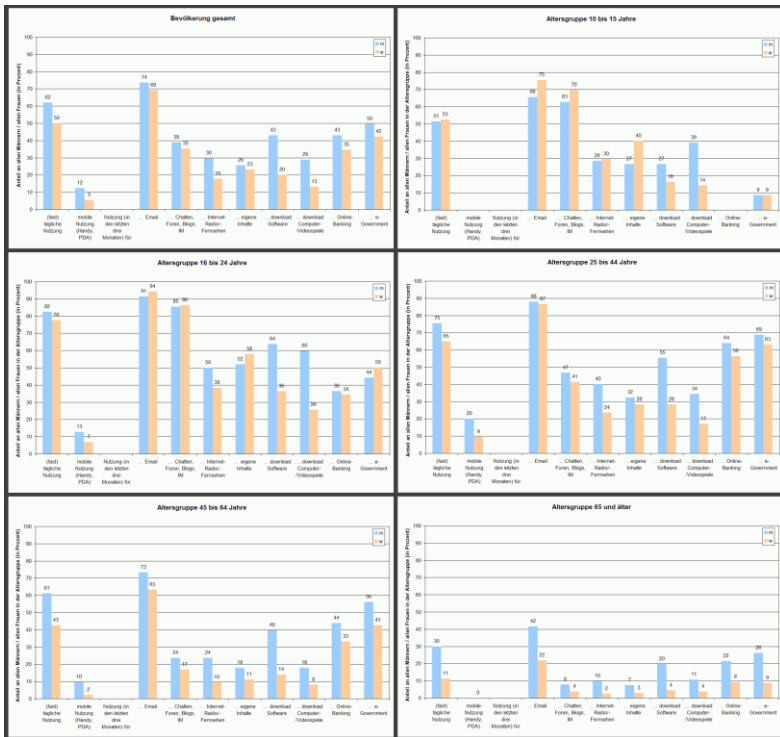
Schönberger, Klaus (1999): „Internet zwischen Spielwiese und Familienpost. Doing Gender in der Netznutzung“, in Eike Hebecker/Frank

Netz, Medien und digitales Leben

Kleemann/Harald Neymanns/Markus Stauff (Hrsg.): *Neue Medienwelten. Zwischen Regulierungsprozessen und alltäglicher Aneignung*. Frankfurt: Campus, S. 249–270.

Schönberger, Klaus (2008): „Doing Gender, kulturelles Kapital und Praktiken des Bloggens“, in Hengartner, Thomas/Simon Michael: *Bilder-Bücher-Bytes*. Berlin.

Statistisches Bundesamt (2009): *Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie*. Wirtschaftsrechnungen. Fachserie 15 Reihe 4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.



Netznutzung nach Alter und Geschlecht. Quelle: Stat. Bundesamt, eigene Darstellung



Vergemeinschaftung statt Expertise, oder: Wo Sascha Lobo falsch liegt

6. Mai 2011 – Digitales Leben, Soziologisch gesehen

Vorneweg: Die Kolumne von Sascha Lobo bei *Spiegel online* finde ich insgesamt sehr gelungen und anregend. Über die letzte Ausgabe (Desinformation: Im Netz der Besserwisser) habe ich mich jedoch geärgert – und möchte versuchen, dem nachzugehen. Weil es erst einmal ja gar nicht so klar ist, was daran ärgerlich ist, dass da jemand versucht, für ein bisschen mehr Aufklärung zu plädieren.

Ich versuche mal, Lobos Argumentation zusammenzufassen: 1. Menschen im Internet sagen gerne ihre Meinung zu allem möglichen, auch wenn sie keine Ahnung haben. 2. Andere Menschen greifen das auf, und sie greifen vor allem – weil Suchmaschinen und Soziale Netze das befördern – das auf, was ihrer eigenen Meinung ähnelt. 3. Das ist blöd, weil sich dadurch unwahre Aussagen verbreiten. Und jetzt komme ich, und versuche mich als Wissensexperte. Wo liegt Sascha Lobo falsch?

Die Aussage, die bei mir am meisten Unwohlsein ausgelöst hat, war glaube ich diese hier:

„Die hohe spezifische Expertendichte des Internets begleitet auch Fukushima, das die bisher kaum bemerkte Expertisekombination von Tsunami-Spezialisten und Strahlungsfachkräften endlich ans Monitorlicht brachte. Ähnlich viele Sachkundige analysieren derzeit die verschiedenen Dimensionen des Einsatzes gegen Bin Laden. Leistungskurs Völkerrecht und Islamismusforschung via Google und Wikipedia in dreißig Sekunden – wenn überhaupt vor der allgemein- und endgültigen Feststellung der Weltfakten nachrecherchiert wird. Viel lässt sich ja auch aus dem Gedächtnis und dem Gefühl heraus sagen.“

Warum? Weil ich mich zunächst mal gut getroffen gefühlt habe. Ich bin ja auch einer davon, der bei Twitter oder hier im Blog schnell mal eine Meinung hat, und die dann auch von sich gibt. Zu Themen, bei denen ich mich gut auskenne, aber auch zu Themen, bei denen ich nicht mehr oder weniger weiss als andere. Damit könnte ich es jetzt bewenden lassen. Lobo hat recht, wir alle sollten viel öfter mal den Mund halten. Sonst ist die „großartige Wissensmaschine [...] in Gefahr, zur Besserwissensmaschine der gefühlten Experten zu werden.“ Wir könnten alle nur noch dazu etwas sagen, wo wir sicher wissen, dass es so ist. Auch wenn das den großen Informationsgenerationsmotor (Someone is wrong on the Internet) stark bremsen würde.

Den Leuten den Mund verbieten? Soweit will auch Lobo nicht gehen. Er schlägt vielmehr Metaaufklärung vor: Wissen darüber, wie Wissen entsteht und verbreitet wird, muss – naja, wohl nicht ganz ernst gemeint – zum Schulfach werden. Aus einer wissenssoziologischen Perspektive finde ich das erstmal gar nicht so unsympathisch. Nur ist Epistemologie natürlich ein bisschen mehr als die Unterscheidung in richtige und falsche Tatsachenbehauptungen. Das sich bestimmte „Laienexperten-Meinungen“ im Netz schnell verbreiten, hat ja auch was damit zu tun, dass sie diskursiv gut anschlussfähig sind. Wer eh schon überzeugt davon ist, dass Obama nichts gutes zuzutrauen ist, gibt ohne

großes Nachdenken Verschwörungstheorien zum Tode Osamas weiter. In einer gesellschaftlichen Stimmung, in der Atomkraft allgemein als gefährlich angesehen wird, werden bestimmte Einschätzungen zu Fukushima zum Selbstläufer und andere gehen unter. Und wenn es ins Bild passt, dass die EU eine furchtbare Bürokratie ist, die alles, was nicht industriell genormt wird, verbieten will, nimmt selbst eine metematische Organisation wie Avaaz das Thema „Heilkräuter“ auf, ohne weiter darüber nachzudenken.

Könnte es anders sein? Hier macht Lobo meiner Meinung nach den Fehler, eine Trennlinie zwischen „Netz“ und „Kohlenstoffwelt“ einzuziehen. Nicht nur im Internet sagen Menschen gerne ihre Meinung zu allem möglichen, egal, ob sie darin Expertise haben oder nicht. Der Nachbar von gegenüber warnt davor, Trampolin zu springen, weil das gefährlich ist. Am Stammtisch wird wild über politische Motivationen spekuliert. JournalistInnen schreiben liebend gerne Artikel, die ihre eigenen Vorurteile bestätigen. Eine Meinung zu haben, ist menschlich. Nur gehen wir bisher von sauberen Trennlinien aus – zwischen wissenschaftlichem Wissen und Expertenwissen auf der einen Seite, und Laienwissen und Alltagswissen auf der anderen Seite. Die scheinen im Netz zu verschwinden.

Ach ja, das Netz. Wenn ich Lobos Argumentation richtig verstehe, dann ist es das Netz, dass die Tatsache, dass Menschen ihre unfundierte Meinung äußern, zu einem Problem macht. Erstens, weil alles viel schneller geht. Zweitens, weil es Suchmaschinen und soziale Netzwerke gibt, die es ermöglichen, sich in Windeseile Scheinwissen anzueignen. Und drittens eben, weil alles nebeneinander steht, ohne säuberlich getrennt zu sein. In einer Art Latourschen Ursuppe.

Dass die Prozesse, in denen sich Wissen (egal, ob falsch oder wahr) im Netz verbreitet, andere sind und teilweise schnelle sind als in der „Kohlenstoffwelt“ – da ist sicherlich was dran. Der Ausspruch, dass nichts schneller als ein Gerücht sei, ist jedoch vermutlich älter als das Internet (und nein, ich habe da jetzt nicht recherchiert, ob es diesen Ausspruch überhaupt gibt, wo er herkommt, und was es damit auf sich hat).

Menschen äußern gerne ihre Meinung, auch wenn sie falsch ist. Andere Menschen nehmen diese auf, oder auch nicht. Wir haben als soziale Gattung Praktiken entwickelt, mit diesem Problem umzugehen. Diese Praktiken sind nicht wirklich effektiv, insofern sie nur bedingt dazu beitragen, das Wissen in „wahr“ und „falsch“ zu sortieren. Lobo steigt in seiner Kolumne mit Aristoteles ein:

„Aristoteles, den man mit nur geringer Vermessenheit als Urvater der modernen Wissenschaften bezeichnen kann, schrieb um das Jahr 350 vor Christus: ‚Eintagsfliegen bewegen sich auf vier Beinen‘. Bis ins späte Mittelalter hielt sich deshalb in vielen Schriften über die Biologie die Behauptung, Fliegen hätten vier Beine.“

Genau: auch ganz ohne Twitter und gefühltes Expertentum haben die menschlichen Wissensvermittlungspraktiken es „bis ins späte Mittelalter“ geschafft, über die unhinterfragte Reproduktion von autoritativem Expertenwissen eine empirisch falsche Behauptung zu reproduzieren. Das hat etwas damit zu tun, dass die einen Mönche von den anderen abgeschrieben haben, aber auch mit einem Vorverständnis, bestimmte Wahrheiten nicht kritisch zu hinterfragen.

Soweit die Kolumne von Lobo dazu beiträgt, uns darauf hinzuweisen, dass es das selbe Problem in anderer Farbe heute noch immer gibt, ist sie zweckmäßig. Die Schwierigkeiten beginnen da, wo es um die unterschwellige Alternative geht. Und die hat etwas mit Trennlinien und Sortiermechanismen zu tun.

Als Lösung für das Problem unzuverlässiger Wissensvermittlungspraktiken entstanden, kurz gesagt, gesellschaftliche Grenzziehungen zwischen unterschiedlichen Wissensformen. Idealtypisch betrachtet gelten für die Genese und Verbreitung wissenschaftlichen Wissens andere Regeln als für die Genese und Verbreitung journalistischen, religiösen oder alltäglichen Wissens. Aber – und da kommt die Wissenssoziologie und Wissenschaftssoziologie ins Spiel – diese Trennlinien sind imaginär und fluider, als wir das gerne wahrhaben wollen. Das scheinbar reine wissenschaftliche Wissen mit seinen *Peer-Review-*

Mechanismen der Fehlerkorrektur ist anfällig für Sprachspiele und *Reputationsbanking*. Die einfache wahr/falsch-Unterscheidung entwickelt selbst im wissenschaftlichen Bereich Dynamiken, die beispielsweise dazu führen, dass es in der Wikipedia immer wieder Edit-Wars gibt – oder dass die diversen Versuche, eine nicht durch Laienmeinungen behinderte Wikipedia-Konkurrenz aufzubauen („Knol“, anyone?) nicht so recht vom Fleck gekommen sind.

Journalistische Wissensverbreitung funktioniert nicht gut, wenn das zu verbreitetende Wissen zu komplex ist, oder zu inkonsistent. Oder wenn nicht klar ist, was daran neu, d.h. kontrovers, ist. Das System der Massenmedien hat seine eigene Selektionslogik entwickelt. Die dazu führt, dass bestimmte Wissensbestände es in bestimmten Formen in die Zeitungen und ins Fernsehen schaffen, und andere nicht. Und in einer immer noch stark massenmedial geprägten Gesellschaft sind das natürlich die Punkte, an denen dann auch der Diskurs der Stammtische, Straßenbahnen, Wohnzimmer und Gartenzäune ansetzt.

Alltagskommunikation hat ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten. Soziale Rollen (was der Chef sagt, wird schon richtig sein – zumindest widerspreche ich besser nicht), situative Bedingungen (ich habe jetzt keine Zeit, das richtigzustellen, also sage ich mal nichts zu dem Blödsinn) und eben wieder die Anschlussfähigkeit an vorhandenes Wissen (das war schon immer so, d'r Lump bleibt a Lump) strukturieren das, was wir sagen können, wenn wir sozial akzeptiert sein wollen. Vorhandenes Wissen: das, was in der Zeitung steht, was die Experten und Expertinnen gesagt haben. Und das, was das Bildungssystem vermittelt hat (mit Filtern wie „Lehrer schlecht gelaunt“ und „wofür brauch ich den Mathe“). Und das, was wir uns selbst ausgedacht haben. Meinungen halt.

Auch JournalistInnen und WissenschaftlerInnen (usw.) haben ein durch den gesellschaftlichen Diskurs geprägtes Vorwissen. Und sie können zwar versuchen, durch professionelle Handlungsformen diese vorhandenen Strukturierungen auszublenden und aus den jeweiligen Wissensproduktionspraktiken herauszuhalten – ganz gelingt das aber nicht.

Worauf ich hinaus will: Es gibt gesellschaftliche Teilbereiche, die ihre jeweils eigenen Logiken der Wissensgenerierung und -verbreitung haben. Diese Logiken lassen sich idealtypisch beschreiben. Luhmann hat das gemacht. Gleichzeitig lässt sich – im Sinne Latours – die Behauptung aufstellen, dass diese Trennlinien nur existieren, weil sie aktiv immer wieder – mit großen Mühen – neu errichtet werden. Es gibt Praktiken der „Reinhaltung“ der verschiedenen gesellschaftlichen Wissensproduktionsbereiche. Wir haben sogar gelernt, damit umzugehen, dass wir als Personen in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Dinge wissen. Weswegen es seltsame Hybridformen wie tiefgläubige NaturwissenschaftlerInnen, meinungsmachende JournalistInnen gibt – oder auch PolitikerInnen, die Gesetze machen, die konträr zu ihrer eigenen Lebenssituation stehen.

Selbst ohne Internet leben wir also in einer Gesellschaft, in der es ganz unterschiedliche Arten von Wissen gibt, und in der die Filterfunktionen nur so teilweise funktionieren. Wir kommen damit einigermaßen zurecht.

Warum sollte es im Netz anders sein? Letztlich ist das, was Lobo in seiner *SpOn*-Kolumne macht, nichts anderes, als ein – in ein bisschen ironisierten Kulturpessimismus verpackter – Ruf nach mehr Medienkompetenz. Dass das sinnvoll ist, wird niemand bestreiten wollen. Nur heißt das eben nicht: „Das Netz ist voll gefühlter Experten – und die brauchen dringend Nachhilfe.“ Und es heißt eben auch nicht, dass die manchmal klar gezogenen, manchmal vagen Trennlinien zwischen unterschiedlichen Wissensformen, die es heute im Netz schon gibt, verstärkt werden müssten – eine funktionale Ghettoisierung funktioniert mit sozialen Netzwerken im Netz nicht. Twitternde PolitikerInnen werden erst dann als erfolgreich in sozialen Medien angesehen, wenn sie dort ihre professionelle Rolle verlassen.

Etwas allgemeiner gesagt: die algorithmischen Filterfunktionen von sozialen Netzwerken, die Suche nach Ähnlichkeit – all das führt in der Tat dazu, dass die „Teilöffentlichkeiten“ im Netz gemeinsame Bezüge haben, und sich Gerüchte, Neuigkeiten und Meinungen hier schnell ver-

breiten, weil sie auf einen dankbaren Boden fallen. Gleichzeitig – und das mag zuerst widersprüchlich erscheinen – gehört es zur Attraktivität des Netzes, dass es dort Bereiche gibt, in denen Erwartungen an die professionelle Rolle des Gegenüber unterlaufen werden. Gerade, weil Identitäten im Netz sich auf eingeschränkte Kanäle verlassen müssen, wollen wir mehr Mensch sehen. Beides zusammen führt zur Bildung von offenen und sich überlappenden Pseudogemeinschaften. (Ein „geselliger Abend“ einer Lobbyorganisation hat übrigens eine ähnliche soziale Form.)

Und da liegt Sascha Lobo dann – meine ich – tatsächlich falsch: nur kleine Teile des Netzes haben enzyklopädischen oder journalistischen Charakter. Wenn es stimmt, dass Facebook inzwischen die am häufigsten aufgerufene Website überhaupt ist, dann ist der größte Teil des Netzes mehr oder weniger entlang der Prinzipien sozialer Vergemeinschaftung strukturiert – mit allen Vor- und Nachteilen alltäglicher Wissensproduktion und -verbreitung, katalysiert und beschleunigt durch einige technische Besonderheiten. Vielleicht sind die Praktiken, Filterfunktionen und Selektionsmechanismen, mit denen wir Wissen aus dem Netz einsortieren, noch nicht ausgereift genug. Aber so, wie vor fünfzehn oder zwanzig Jahren auch niemand daran geglaubt hat, dass Hunde sich an Chats beteiligen, sind wir – im Großen und Ganzen – doch intelligent genug, um zu wissen, dass nicht alles, was am Stammtisch erzählt wird, der Wahrheit entspricht.

Warum blogge ich das? Ist zwar Vergeudung von Lebenszeit, wie einer bei Facebook auf meine Frage, ob ich was dazu schreiben soll, meinte – und was sicher stimmt. Aber irgendwie hatte ich das dieses Bedürfnis, und bin dem dann doch nachgegangen – auch, weil mir selbst gar nicht so ganz klar war, was mich eigentlich stört.

Die unvermittelte Gleichzeitigkeit von Panik und Alltag

22. Juli 2011 – Politik und Gesellschaft

Der plötzliche Einbruch des Schreckens in den darauf vollkommen unvorbereiteten Alltag. Was heute in Oslo und in Utøya passiert ist, macht mich fassungslos. Vielleicht auch deswegen, weil ich mich über die umfangreichen Polizeikordons im Regierungsviertel in Berlin bisher eher lustig gemacht habe. Weil ich mir die Harmlosigkeit eines geselligen Sommerlagers einer politischen Jugendorganisation aus eigener Erfahrung heraus gut vorstellen kann. Weil die Anschläge das Zentrum eines Landes und doch ganz Unbeteiligte treffen.

Panik und Terrorismus sind zwei Worte, die zusammen beschreiben, was hier gerade passiert. Beiden gemeinsam ist, dass sie aus der Ferne betrachtet harmlos klingen, weil sie medial vielfach Verwendung finden für Ereignisse, die im Vergleich zu dem, was da gerade in Norwegen passiert ist, unbedeutend sind. „Terror“ kommt wohl aus dem Lateinischen und meint eine große Angst. „Panik“ bezieht sich, wenn ich mich richtig erinnere, auf das urplötzliche Erscheinen des griechischen Gottes Pan, das damit verbundene Aufschrecken aus dem sommerlichen Dahindösen. Terrorismus ist auf die Spitze getriebene Politik der Angst. Und ja: die Anschläge, die Norwegen aus dem Sommer gerissen haben, machen mir Angst. Aber ich glaube, es ist viel zu früh, das, was da gerade passiert ist, politisch reflektieren zu wollen. Ich finde es richtig, dass Angela Merkel den Menschen in Norwegen ihr Mitgefühl ausgesprochen hat. Darum muss es in diesem Moment gehen.

Ich schreibe diesen Blogeintrag aber nicht nur, um mich mit meiner Fassungslosigkeit, mit dem Nahe-Gehen des Terrors auseinanderzusetzen. Dass in Oslo etwas Schlimmes passiert ist, habe ich heute Nachmittag erfahren, als ich Twitter aufgemacht habe. Mein zweiter Blick ging dann in die Onlinemedien, um näheres darüber zu erfahren, was da passiert ist. Twitter ist ein sehr unmittelbares Medium. Vielleicht trägt das dazu bei, dass mir diese Anschläge als gravierender erscheinen als die

in London oder in Spanien vor einigen Jahren. Das geht bis hin zu Live-Tweets aus Utøya. Aber es ist nicht nur das Gefühl, direkt dabei zu sein, das am Medium Twitter hängt. Es ist – so meine ich jedenfalls – auch die Unerwartbarkeit der Katastrophe in diesem Rahmen. Wer Nachrichtensendungen anschaut, geht davon aus, dass es hier auch schreckliche Bilder geben kann. Wer seine Twitter-Timeline liest, hat zumeist andere implizite Erwartungen.

Schlimmer noch: Der Einbruch des Schreckens, der panische Schock – das findet auf Twitter nur bedingt statt. Zur Unmittelbarkeit von Twitter gehört auch eine Ungleichzeitigkeit der kommunizierten Realitäten. Die Hälfte der Tweets in meiner Timeline beschäftigen sich gerade mit den Anschlägen in Norwegen. Die andere Hälfte verarbeitet und verbreitet weiterhin private und politische Nettigkeiten, die im ungestörten Alltag den Reiz von Twitter ausmachen, im direkten Nebeneinanderstehen aber nur noch banal und taktlos wirken. Wahlumfragen, Nickeligkeiten bezüglich des S21-Stresstests, Flirts, Witze über das Wetter – müsste nicht all dieses kommunikative Prozessieren von Alltäglichkeit angesichts der Anschläge ins Stocken kommen, stoppen, pausieren?

Mir jedenfalls schlägt meine Timeline gerade in diesem Nebeneinander, wo doch ein Ausnahmezustand herrschen müsste, akut auf den Magen.

Das Nebeneinander von Katastrophe und Banalität ist natürlich nicht auf Onlinekanäle wie Twitter beschränkt. Hier wummern die Bässe vom Stadtteilst, während ich diesen Blogbeitrag schreibe. Zeitungen drucken ständig Nichtigkeiten neben Höchstrelevantem, generieren Abgebrühtheit, wo Empfindsamkeit überfordert wäre. Oder verbinden im Sensationsjournalismus beides – machen die Katastrophe in ihrer Permanenz zur Banalität.

Kurzum: Die moderne Gesellschaft kennt keine Pausentaste. Aber einfach zum Alltag übergehen, wenn die medial mitgeteilte Wirklichkeit emotionale Schreckstarre vermittelt – kann es das sein?

Warum blogge ich das? Weil ich mich erschreckt habe.

Anhang

Personenindex

- Adler, Olivia 164
Agar, Jon 127
Aigner, Ilse 216
Alberts, Peter 16
Albrecht, Jan Philipp 26
Allmendinger, Jutta 4
Althaus, Dieter 10
Andreae, Kerstin 10
Aras, Muhterem 107
Aristoteles 230
Baer, Susanne 5
Barabási, Albert-László 217
Battaglia, Santina 33
Bauer, Theresia 32, 64, 107
Bayer, Johanna 143
Beck, Kurt 16
Beck, Marieluise 25
Beck, Ulrich 126, 133
Beck, Volker 25, 191, 217
Beckedahl, Markus 189, 208
Becker, Egon 126
Behm, Cornelia 24
Bieber, Christoph 176
bin Laden, Osama 229
Böck, Hanno 100, 208
Bogun, Roland 144
Borchert, Jochen 21
Borchert, Katharina 21
Böss, Gideon 212
Bourdieu, Pierre 148
Brand, Karl-Werner 126, 142, 151
Brugger, Agnieszka 28
Brundlandt, Gro Harlem 38
Brunner, Karl Michael 144
Burkart, Günter 127
Bush, George W. 19
Bush, George W. 102
Bütikofer, Reinhard 180
Butterfield, Stewart 156, 165
Callenbach, Ernest 119
Castells, Manuel 214, 217
Clinton, Hillary 180
Cohn-Bendit, Danny 14
Dean, Howard 176, 183, 192
Deligöz, Ekin 22, 24
Diekmann, Andreas 147
Doctorow, Cory 175
Druwe, Ulrich 33
Dückert, Thea 25
Egan, Greg 119
Egloff, Rainer 119
Eid, Uschi 19
Empacher, Claudia 148
Ernst, Klaus 50
Ertner, Stephan 42
fefe 208, 212
Fell, Hans-Josef 24
Fischer, Joschka 1
Fischer-Lescano, Andreas 87
Flaig, Berthold Bodo 147
Gabriel, Sigmar 16, 18, 51, 77
Gauck, Joachim 43
Geißler, Heiner 110
Giddens, Anthony 126, 209

- Goetsch, Christa 15
Gönner, Tanja 97
Gore, Al 102
Görg, Christoph 126
Göring-Eckardt, Katrin 25
Grober, Ulrich 38
Groß, Matthias 142
Guggenheim, Michael 119
Günther, Tina 115
Hajduk, Anja 15
Hälterlein, Jens 143, 147
Hand, Martin 151
Haraway, Donna 115
Hartmann, Kathrin 147
Häusler, Johnny 14
Heil, Hubertus 180
Hellmann, Kai-Uwe 143
Hermann, Winfried 112, 135
Herrmann, Bernd 188
Hinz, Priska 25
Höfgen, Ulrike 25
Hoppe, Thilo 25
Huber, Bertold 4
Huber, Joseph 140
Husen, Katja 5, 14
Jahn, Thomas 126
Kartmann, Daniel 59
Kaufmann, Monika 58
Kaufmann, Stefan 39
Keller, Ska 4
Kerry, John 180
Kindler, Sven-Christian 28
Kleinhüchelkotten, Silke 123, 146
Klöppling, Susanne 33
Knüwer, Thomas 21
Kohl, Helmut 76
Köhntopp, Kristian 210, 212
Kotting-Uhl, Sylvia 24
Kraft, Hannelore 45
Kretschmann, Winfried v, 97, 102,
106, 108
Kuhlen, Rainer 176
Künast, Renate 142, 187
LaBare, Sha 119
Latour, Bruno 50, 115, 133, 154, 209,
229
Lazar, Monika 25
Le Guin, Ursula K. 120
Leggewie, Claus 70
Lemke, Steffi 26, 55
Lobo, Sascha vii, 227
Loske, Reinhard 3, 4, 7
Luhmann, Niklas 135, 232
Lüke, Falk 215
Malczak, Agnieszka 28
Mappus 96
Mappus, Stefan 59, 96, 102
Maurer, Hermann 172
McCain 182
McCain, John 180
Merkel, Angela 43, 96, 99, 234
Michael, Mike 115, 126
Michelsen, Gerd 41
Moes, Johannes 115
Montag, Jerzey 25
Mori, Ricardo 159
Müller-Gemmeke, Beate 10, 28
Neumann, Felix 60
Obama, Barack 176, 182, 184, 188,
192
Örn, Daníel 130
Orwell, George 154
Özdemir, Cem 26
Palmer 112
Palmer, Boris 112
Passig, Kathrin 140
Pickering, Andrew 126
Poreski, Thomas 10

Anhang

- Preisendörfer, Peter 147
Rath, Christian 61
Rech, Heribert 59
Reckwitz, Andreas 126
Reller, Armin 127
Renn, Ortwin 140
Rivoir, Martin 110
Robinsons, Kim Stanley 119
Rösler, Philipp 69
Roth, Claudia 26
Röttgen, Norbert 98
Rötzer, Florian 175
Rudolf, Florence 139
Rupp, Jörg 45
Sackmann, Reinhold 140
Sager, Krista 14
Sarrazin, Thilo 75
Schabowski, Günter 99
Schäfer-Gümbel, Thorsten 191
Scheel, Christine 25
Schewe-Gerigk, Irmingard 24
Schindler, Mathias 175
Schmid 106
Schmid, Nils 102, 106
Schmidt, Jan 171
Schneidewind, Uwe 41
Schröder, Gerhard 83
Schultz, Irmgard 148
Schürig, Henning 14, 179
Seeliger, Julia 14, 26
Seemann, Michael 211
Seidler, Christoph 208
Shove, Elizabeth 126, 142, 151
Sieferle, Rolf Peter 140
Siller, Peter 6
Sitzmann, Edith 107
Spoun, Sascha 5
Spreng, Michael 96
Steenblock, Rainer 25
Stefanowitsch, Anatol 87
Steffen, Till 15
Steinbeis, Max 87
Stöcker, Chris 212
Ströbele, Hans-Christian 25
Stross, Charles 132
Tauss, Jörg 26
Terpe, Harald 25
Thomson, Alice 123
Trittin, Jürgen 14, 187
Tully, Claus 142
Unfried, Peter 180
Vinz, Dagmar 144
von Bibra, Terry 156
Wagner, Dietrich 59
Wales, Jimbo 205
Warde, Alan 151
Weber, Stefan 172
Weller, Ines 144, 151
Wenke, Karl Ernst 147
Werner, Götz 11
Westermayer, Till 139
Westerwelle, Guido 45, 75
Weymann, Ansgar 140
Wieland, Wolfgang 25
Winkler, Josef 26
Wulff, Christian 44
Zilleßen, Horst 147
Zion, Robert 14, 16
zu Guttenberg, Karl-Theodor 86